

Helga E. Hörz

# Der lange Weg zur Gleichberechtigung

Die DDR und ihre Frauen

Der lange Weg zur Gleichberechtigung

Die DDR und ihre Frauen

Kollegen Kurt W. Flemming  
als Dank für  
ausgezeichnete Digitalisierung  
vieler unserer Bücher.

Helga E. Hörz

Berlin, den 26. 9. 2024

**Helga E. Hörz**  
**Der lange Weg zur Gleichberechtigung.**  
**Die DDR und ihre Frauen**

trafo Verlag Berlin 2002

## **Einführung: Nostalgie oder Denkanstöße?**

Es war ein langer und komplizierter Weg bis zur Gleichberechtigung der Geschlechter in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Es gab historische Erfolge und Rückschritte. Mutige Frauen brachen in der Geschichte auf, unterstützt von gleichgesinnten Männern, um für ihre Rechte einzutreten. Politische Restriktionen und staatliche Repressionen waren dabei auszuhalten. Einen bedeutenden Aufschwung erhielt die Bewegung, Frauenrechte als Menschenrechte durchzusetzen, mit dem Internationalen Frauentag, dessen 100. Jahrestag wir 2010 begehen. Nach der Befreiung von der Nazi-Diktatur 1945 war die Zeit angebrochen, jahrhundertlanges Unrecht gegenüber den Frauen zu beseitigen. Doch die Wege in Deutschland trennten sich bald. In der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) waren die prägenden Traditionen der Frauen, die sich von ihren Ketten befreiten, Ansporn, wesentliche Schritte auf dem Weg zur Gleichberechtigung zu gehen. Das war nicht leicht. Die Bildung der DDR eröffnete über Gesetze und Verordnungen allen Frauen in der DDR umfassende neue Tätigkeitsfelder. Politische Partizipation an der Macht belegte schon ihre aktive Teilnahme an deren Ausarbeitung und noch mehr bei ihrer Umsetzung. Immerhin waren überholte Rollenklischees zu überwinden. Erst die ökonomische Unabhängigkeit vom Mann ermöglichte die Selbstverwirklichung. Zugleich ging es um neu zu schaffende fördernde Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Warum interessieren uns heute noch die Ergebnisse und Probleme, die die DDR seit ihrer Gründung 1949 bis zu ihrem Verschwinden 1990 durch den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland (BRD) mit ihren Frauen und diese mit ihrem Staat hatten? Denken wir denn überhaupt noch an die Leistungen, die in der DDR für die Persönlichkeitsentwicklung von Frauen erbracht wurden? Sind sie im Alltagsstress vergessen? Gehen sie nicht in den täglichen Diffamierungen der DDR unter? Offensichtlich sind jedoch die Erfahrungen, die Frauen und Männer in der DDR mit der gewollten und doch nicht immer [10:] ganz erreichten Gleichstellung der Geschlechter gesammelt haben, nicht einfach aus dem Denken zu verdrängen. Das zeigen Interviews und Umfragen. Ist das vielleicht einer nostalgischen Verklärung des Erlebten geschuldet? Nostalgie oder auch Ostalgie ist auf jeden Fall unangebracht, denn sie bleibt in der Vergangenheit stecken und hilft uns nicht bei der Überwindung aktueller Schwierigkeiten.

Wer zu seiner Biografie steht, einschließlich seines Wirkens in der DDR, möchte erklären, warum er was getan hat. Ilseget Fink, Pastorin i. R. stellt zu ihrem Leben in der DDR fest: „Und so habe ich von meinem Theologiestudium an bis zum heutigen Tag, da ich als Pastorin im Ruhestand noch einmal angefangen habe, im Gymnasium zu unterrichten, meine Aufgabe darin gesehen, Zusammenhänge des gesellschaftlichen Lebens im Licht der Bibel zu betrachten, in der Gerechtigkeit und Frieden als schaffbare Lebensbedingungen angesehen werden ... Die klassenlose Gesellschaft mag eine Utopie sein, biblisch gesehen kann jedoch Ausbeutung des Menschen durch Menschen als Sünde bezeichnet werden ... Wer die Geschichte begreifen und verstehend mitverantworten will, muß spätestens 1933 anfangen, eigentlich schon mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 ... Ich kann mir nicht vorstellen, was als deutsche Geschichte verstanden wird, wenn heute nur 40 Jahre DDR als Vergangenheit bewältigt werden sollen. Vergangenheitsbewältigung, wenn man nur DDR meint, ist schlichtweg eine verlogene Art mit deutscher Geschichte umzugehen.“ (Szepansky, 1995, S. 324 f.)

Die Liedermacherin Barbara Thalheim erzählt: „Ja, auch einige meiner Programme wurden verboten. Aber ich finde es rechtschaffen blöde, sich heute die DDR-Wunden zu lecken.“ (Ebd., S. 71) Sie meint: „Ich bin eine Ostdeutsche und werde es bleiben. Sollte ich 100 Jahre werden, ich werde eine Ostdeutsche sein.“ (Ebd., S. 75)

Wie viele andere Frauen aus der DDR empfinde ich meinen Lebensweg als emanzipierte Frau mit Beruf und Familie in der DDR, trotz aller Konflikte, nicht als vergebens gegangen. Wir alle sind stolz auf das, was an Erfolgen trotz aller Hemmnisse erreicht wurde. Wer für die Gleichberechtigung der Geschlechter eintrat, ist nicht bereit, [11:] seine Lebensleistung von denen herabwürdigen zu lassen, die meinen, genau zu wissen, wie wir in der DDR gelebt, gewirkt, gefeiert und gelitten haben. Die Frage ist deshalb: Liefert uns das Verständnis dessen, was auf dem langen Weg zur

Gleichberechtigung vor und in der DDR mit und für die Frauen geschah, nicht doch wichtige Denkansätze für Antworten auf viele gegenwärtig noch offene Fragen, die sich, bezogen auf die Gleichstellung der Geschlechter, stellen, sowohl in Deutschland als auch international in vielen Ländern der Welt? Ich beantworte die Frage bejahend und werde das begründen. Die wirkliche Geschichte der Frauen im Aufbruch, die die DDR prägte und das Wirken von Frauen in der DDR, ihre Schicksale und Erfahrungen, sind dabei, soweit das möglich ist, zu berücksichtigen.

Wirklichkeit ist immer widersprüchlicher, als es uns eine Welt der schönen Bilder einerseits oder alleinige herabwürdigende Schwarzmalerei andererseits vorgaukelt. Ich folge deshalb nicht der von manchen Politikern und Historikern erdachten Version über Familie und Frauen in der DDR, die mit deren Vorurteilen gegen diesen Staat übereinstimmt. Meine persönlichen Erfahrungen und wissenschaftlichen Analysen sprechen gegen eine einseitige Betrachtung, die entweder nur Erfolge auf der einen oder nur Unrecht auf der anderen Seite sieht. Das Leben war vielfältiger in der DDR. „Renitente Frauen“, die sich immer wieder lautstark bemerkbar machten, waren anzuhören. Das ist schon in der Familie nicht leicht. Die Obrigkeit eines Staates kann das in große Schwierigkeiten bringen. Ihnen war die „Platzsuche“ in den gesellschaftlichen Strukturen zu ermöglichen. Stolpersteine waren zu überwinden. Es ging darum, in den Köpfen realer Menschen alte Rollenklischees abzubauen. Frauen überwandern sie durch eigene Initiativen und zogen andere mit. Männer waren dafür zu aktivieren. Es traten Generationsunterschiede auf. Jede Generation hat ihre eigenen Sorgen und Wünsche. Sie entwickelt neue Bedürfnisse und will ihre eigenen Fehler machen. So bestimmten verschiedene Interessen, Verständnis und Ignoranz, Illusionen und Realitätssinn, traditionelle Auffassungen und soziale Experimente das Verständnis der prägenden Traditionen, die Gesetzgebung und [12:] die praktische Durchsetzung von Frauenrechten in der DDR. Eine historisch bedeutsame Auseinandersetzung um die Rolle der Frauen in Gesellschaft, Beruf und Familie fand theoretisch und praktisch in der DDR statt. (Aleksander 2005)

National und international habe ich mich für die Rechte der Frauen und Kinder eingesetzt. Mir schwebte das Ideal einer glücklichen Familie ohne Existenzängste vor, für dessen Verwirklichung entsprechende gesellschaftliche Voraussetzungen zu schaffen waren. Dafür trat ich ein. Persönlich hatte ich die Freude, meine Vorstellungen selbst realisieren zu können, mit allen dazu gehörenden Problemen. Ich sah, gegenüber dem Elend in der Welt, bei Kenntnis unterdrückter, vergewaltigter, verstoßener und getöteter Frauen, schon die entsprechenden historischen Fortschritte in der Frauen- und Familienpolitik der DDR. Doch ich stand ihnen, wie viele andere, nicht kritiklos gegenüber. Mehr hätte schon erreicht werden können.

Im Rückblick sollten wir jedoch das Erreichte nicht vergessen. Fragen wir deshalb weiter: Was könnte uns helfen, eine humane Zukunft für Familie, Frauen und Kinder zu erreichen? Was ist für die Gestaltung einer humanen Zukunft von den Erfahrungen, die die Frauen der DDR gesammelt haben, weiter bedenkenswert? Entsprechendes sollte genau analysiert und unter Berücksichtigung der eigenen spezifischen Bedingungen auf ihre Anwendung geprüft werden. Dazu gehören sowohl die gleichen Bildungschancen für Alle, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit der Frau und ihrer Mutterschaft, gleicher Lohn für gleiche Arbeit u. a. Die berufliche Tätigkeit der Frau macht sie ökonomisch unabhängig vom Mann und erzeugt Selbstbewusstsein, weil der Selbstwert als Person erlebt werden kann. So kann eine Frau zum ebenbürtigen Partner des Mannes werden. Kindererziehung wird zur gemeinsamen Aufgabe. Gefühlsreichtum, der im Zusammenleben der Menschen eine wichtige Rolle spielen sollte, entsteht. Die DDR befand sich auf einem schwierigen Weg, um diese humanistischen Zielstellungen erreichen zu können. Prinzipiell ging es darum, Bedingungen für die Gleichbe-[13:]rechtigung der Frauen zu schaffen. Das war das soziale Ziel dieses Staates, was Verfassung, Gesetze und Maßnahmen belegen.

40 Jahre Existenz der DDR sind nur eine kurze historische Zeit, um jahrhundertalte Ungerechtigkeiten zu beseitigen, ein neues Lebensgefühl zu entwickeln, Männerherrschaft abzubauen und das Selbstwertgefühl der Frauen zu fördern. Meine prinzipielle Auffassung, die ich in meiner Arbeit in der UNO, bei meiner Tätigkeit als Hochschullehrerin auf dem Gebiet der Ethik, und als Mutter von drei Kindern, vertrat und auch gegenüber den nun sieben Enkeln weiter vertrete, ist: Frauenrechte

sind Menschenrechte. Keine Frau darf wegen ihres Frauseins unterdrückt, beherrscht oder diskriminiert werden. (vgl. Hörz, H. E. 2009)

Was hat die DDR und was haben ihre Frauen dazu geleistet? Das möchte ich herausfinden, indem ich mich mit traditionellen Vorstellungen auseinandersetze, die Gestaltung der dafür erforderlichen gesellschaftlichen Bedingungen in der DDR in verschiedenen Phasen mit Frauenförderung und sozialpolitischen Maßnahmen betrachte, internationale Aktivitäten der DDR berücksichtige, Schwierigkeiten benenne, Konflikte aufzeige und die kulturelle Auseinandersetzung um die Rolle der Frauen in Geschichte und Gegenwart einbeziehe. Damit sollen Anregungen gegeben werden, sich als Betroffene oder Betroffener mit der eigenen Entwicklung kritisch auseinanderzusetzen, Erreichtes nicht zu vergessen und Probleme nicht zu verschweigen. Der unvoreingenommene Interessierte an der Entwicklung der DDR kann damit sein bisheriges Bild überprüfen, um die Auseinandersetzungen um die Rolle der Frauen in der DDR eventuell besser zu verstehen.

Ich befasse mich dazu zuerst prinzipiell mit der Stellung der Frau in der Gesellschaft als Kriterium des Fortschritts. Vor allem ist genauer zu bestimmen, was wir unter Patriarchat (Männerherrschaft) zu verstehen haben, um zu begreifen, wogegen und wofür eigentlich zu kämpfen ist, wenn es um die Gleichberechtigung der Geschlechter geht. Es gab prägende Traditionen, die die Frauenpolitik in der DDR und den Kampf der Frauen um ihre Rechte bestimmten. Eine große Rolle spielte der Internationale Frauentag, auf dessen Geschichte [14:] einzugehen ist. In der DDR verband man an diesem Tag mit der Verleihung der Clara-Zetkin-Medaille die Mahnung an frühere Opfer und die Ehrung gegenwärtiger Leistungen von Frauen. Die Abrechnung mit dem Nazi-Regime und der Neubeginn von 1945 bis 1949 erfolgten ebenfalls unter aktiver Beteiligung von Frauen. Nach der Gründung der DDR 1949 entwickelte sich Frauenförderung durch Forderungen in verschiedenen Etappen, die in ihren Ergebnissen, Problemen und Konflikten zu behandeln sind. Die Rolle einer einheitlichen Frauenorganisation in der DDR, des Demokratischen Frauenbunds Deutschlands, bedarf einer besonderen Darstellung, da mit seiner Gründung und Entwicklung Konsequenzen aus der Geschichte gezogen wurden, als Spaltung ein geschlossenes Auftreten der Frauen verhinderte. Internationale Aktivitäten der DDR beim Eintreten für Frauenrechte sind nicht zu ignorieren, auch wenn das nun manchmal versucht wird. Das soll mit Initiativen der DDR in der UNO belegt werden, an denen ich in bestimmten Phasen selbst beteiligt war. Wichtig ist weiter die kulturell-philosophische Auseinandersetzung in der DDR, die sich mit Frauenbildern in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in einer möglichen humanen Zukunft befasste. An wichtigen Beispielen kann gezeigt werden, wie sich Schriftstellerinnen der DDR auf verschiedene Weise mit den aktuellen Problemen auseinandersetzten und wie sie mit ihren Werken Einfluss auf verschiedene Generationen in und außerhalb der DDR ausübten. 1990 kam das Ende der DDR. Eine Phase des Aufbruchs endete mit der Abwicklung. Eine historische Chance bei der Wiedervereinigung, Positives aus beiden Staaten zu übernehmen, die Verfassung mit den Rechten der Frau auf der Grundlage von Erfahrungen in der DDR und den Forderungen aus der BRD auszuarbeiten, wurde vertan. Ablauf und Ergebnisse dieser Phase sind zu charakterisieren. Der Schluss meiner Überlegungen ist mit der Antwort auf die Frage verbunden, was denn von dem Wirken der Frauen in der DDR bleibt.

[15:]

## **1. Die Stellung der Frau in der Gesellschaft als Kriterium des Fortschritts**

Das überkommene Erbe der Unterdrückung von Frauen, dem sich die DDR gegenüber sah, war auf der einen Seite schon Jahrhunderte alt, doch durch die Kämpfe fortschrittlicher Kräfte schon in bestimmten Regionen und auf etlichen Gebieten, wie der Bildung, bei Wahlen, in der Anerkennung von Lebensleistungen der Frauen u. a. teilweise überwunden. Viel war noch zu tun. Der Hinweis von Karl Marx (1818-1883), der die Stellung der Frau als Kriterium des gesellschaftlichen Fortschritts sah, wurde als Leitfaden für die Frauenpolitik in der DDR beschworen und mit Maßnahmen untersetzt. 1868 hatte er in einem Brief an den Arzt und sozialdemokratischen Denker Ludwig Kugelmann (1828-1902), einen seiner Freunde, betont: „Jeder, der etwas von der Geschichte weiß, weiß auch, daß große gesellschaftliche Umwälzungen ohne das weibliche Ferment unmöglich sind. Der gesellschaftliche Fortschritt läßt sich exakt messen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts (die Hässlichen eingeschlossen).“ (Marx, Engels 1965, S. 582). Das galt früher und gilt heute weiter. Es ist der Maßstab, der an die Geschichte der DDR anzulegen ist.

In der DDR wurde viel getan, um historische Ungerechtigkeiten zu überwinden, Traditionen im Kampf für die Rechte der Frauen zu würdigen und Leistungen vorangegangener Generationen vorurteilsfrei zu achten. Zugleich war die Überwindung menschenverachtender und frauenfeindlicher Ideologien, wie sie der Nationalsozialismus vertrat, erforderlich. Vorkämpferinnen und Vorkämpfer für Frauenrechte waren dafür Vorbilder. Es gab einseitige Auslegungen und Auseinandersetzungen darüber. Klar ist, der Aufbau einer neuen humanen Gesellschaftsordnung, mit dem Anspruch einer sozialistischen Solidargemeinschaft auf dem Boden Deutschlands als Gegenentwurf zum Ellbogenkapitalismus, war ein Experiment, das nicht ohne Fehler durchzuführen war. Mancher davon hätte vermieden werden können. Doch das Scheitern dieser Alternative in Deutschland hebt die Suche [16:] nach Idealen einer humanen Zukunftsgestaltung nicht auf. Aus der Geschichte ist weiter zu lernen.

Eine Politik der Gleichstellung der Geschlechter, in der DDR mit Erfolgen und Mängeln praktiziert, begann nicht bei einer Stunde Null. Die Vorgeschichte hat Einfluss auf die spätere Entwicklung. Es ist deshalb zu fragen: Womit haben sich schon frühere fortschrittliche Menschen auseinandergesetzt? Welche Vorleistungen von Frauen und Männern waren dabei von besonderer Bedeutung? Wie erfolgte die Kritik an der mit dem Privateigentum an Produktionsmitteln verbundenen Männerherrschaft, dem Patriarchat? Antworten auf diese Fragen charakterisieren den langen Weg zur Gleichberechtigung.

### **1.1. Was bedeutet Männerherrschaft (Patriarchat)?**

Zuerst soll geklärt werden, was aus meiner Sicht unter Männerschaft oder Patriarchat zu verstehen ist. Ich habe Probleme mit dem oft undifferenzierten Gebrauch dieser Wörter, weil die Situation in verschiedenen Regionen der Welt unterschiedlich ist. Darauf verweisen schon die Anstrengungen von Frauen bei der Gestaltung ihres Lebens im aufgeklärten Europa auf der einen und die Unterdrückung der Frauen in anderen Bereichen der Welt auf der anderen Seite. Sie reichen vom Zwang, den Schleier zu tragen, dem Mann in der Ehe bedingungslos zu gehorchen und sich nicht in die Politik einzumischen, bis zu Steinigungen bei Ehebruch, der auch eine Vergewaltigung sein kann. Was ist also die Männerherrschaft, die zu beseitigen ist, um Frauenrechte als Menschenrechte durchzusetzen?

Das Wort Patriarchat hängt mit der Existenz eines männlichen Oberhauptes der Familie zusammen, dem Patriarchen. Ihm ist bedingungslos zu gehorchen. Jahrhundertlang haben Frauen in Gesellschaft und Familie ein dem Mann untergeordnetes Dasein geführt. In manchen Ländern der Welt hat sich daran bis heute nichts geändert. Sie waren rechtlos, ohne eigene Stimme, der Macht von Vätern oder Ehemännern ausgesetzt. Dabei hatten sie ihre männlichen Nach-[17:]kommen, ebenso wie die weiblichen, erst geboren und aufgezogen, ihnen eigene Lebensvorstellungen vermittelt und damit ihren Weg ins gesellschaftliche Leben vorbereitet. Wodurch und warum erfolgte eine Degradierung von Frauen, die sie einseitig auf die Mutterrolle einengte? Die Frage hat ab einem bestimmten Zeitpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung immer wieder Frauen und Männer theoretisch und praktisch beschäftigt. Verschiedene Antworten wurden gegeben. (Hörz, H. E. 2006)

Was ist für unser Thema davon wichtig? Vorherrschend war lange die Überzeugung, von Männern gefordert, von Frauen geduldet, von Kirchen propagiert und von manchen wissenschaftlich Tätigen begründet, die Frau gehöre, wegen der intellektuellen Unterlegenheit nicht in das Berufsleben, wegen ihrer Rolle als Familienorganisator in den Haushalt und als Gebärerin der Kinder in die Kinderstube als deren alleinige Erzieherin. Der überzeugende Beweis für die als naturgegeben angenommene Rolle der Frau als Dienerin des Mannes konnte nicht erbracht werden. Mit dem Fortschritt der Wissenschaft, mit neuen Ergebnissen der Forschung, wurden zwar stets Versuche unternommen, diese Behauptung besser zu unterlegen, doch bis heute ohne Erfolg. Dennoch halten sich diese traditionell immer wieder weitergegebenen Vorstellungen über die Funktion der Frau hartnäckig. Damit wurde und wird in vielen Ländern der Welt heute noch begründet, dass umfassende Bildung und Ausbildung von Mädchen nicht erforderlich sei. Frühehen und Zwangshochzeiten werden verteidigt. Die alleinige Entscheidungsmöglichkeit für alle Belange des Lebens (Arbeit der Frau außerhalb des Hauses, Landerwerb, Scheckkartenbesitz u. a.) obliege dem Mann. So wurden und werden Frauen in Abhängigkeit gehalten. Das spricht, so kann ich als Ethikerin konstatieren, für die Zählebigkeit von historisch entstandenen, doch nun überlebten, Normen, Werten, Idealen und entsprechenden Praktiken.

Gleichzeitig stößt man immer wieder auf die ökonomische Fundierung solcher Normen und Werte, denn Macht über andere Menschen kann nicht nur über den Kopf allein ausgeübt werden. Sie braucht wirtschaftliche Mechanismen, die mit Zwang durchgesetzt werden. [18:] Mit dieser Feststellung kommt man zur Entstehung des Privateigentums an Produktionsmitteln, aus dem sich dann patriarchalische Machtstrukturen entwickelt haben. Patriarchat ist generell zwar Männerherrschaft, doch sie tritt in unterschiedlicher Gestalt auf und verändert sich im Verlauf der historischen Entwicklung.

Es gibt die volle Unterdrückung der Frau, die gar keine eigenen Rechte hat. Das nenne ich die *vollständige* patriarchalische Herrschaft. In solchen Strukturen wird Frauen nicht nur der Zugang zur Bildung verwehrt und das Wahlrecht verweigert. Sie werden mit der Behauptung in Abhängigkeit gehalten, dass die durch die Tradition überlieferten Normen und Werte vom Mann als dem Herrscher, dessen Untertan die Frau zu sein habe, absolut heilig seien und ihre Verletzung irreparable Schäden für die Gesellschaft und die Ehre der Familie nach sich ziehe. Oft noch durch religiöse Vorschriften flankiert, wird eben die Ehre von Männern mit der Tugendhaftigkeit von Töchtern und Ehefrauen verbunden. Beim leisesten Verdacht auf Fehlverhalten werden Frauen ohne weiteres brutal bestraft oder getötet, weil sie die Ehre der Familie angeblich beschmutzt haben. In vollständig patriarchalischen Gesellschaften können Töchter, Schwestern, Ehefrauen und Mütter verkauft, gekauft, eingetauscht, misshandelt oder getötet werden, wenn das Familienoberhaupt, der Patriarch, es für angebracht erachtet und es von den anderen Familienmitgliedern fordert. Ehrenverbrechen gelten strafrechtlich nicht als Verbrechen, sondern als angemessene Vergeltung. Dieser Ehrbegriff bildet die Grundlage für die Bestrafung der Frauen durch die Familie, so auch für Ehrenmorde.

Neben dieser vollständigen patriarchalischen Herrschaft gibt es das *gemäßigte* Patriarchat einer *überwiegend* patriarchalischen Gesellschaftsform. In ihr werden Frauen mehr oder weniger Rechte eingeräumt. Die Mäßigung im Patriarchat ist mit der teilweisen Aufhebung der Rechtlosigkeit von Frauen verbunden, oft in langwierigen und blutigen Kämpfen erreicht. So wird zwar in einzelnen Fällen das Bildungsprivileg durchbrochen, Frauenarbeit zugelassen, weil sie durch bestimmte Bedingungen, wie Kriege, erforderlich ist. Doch [19:] Wahlrecht, Landerwerb, eigene Entscheidung über eine Berufstätigkeit, eigene Kontenführung u. a. bleiben nach wie vor das Privileg der Männer. Kämpfe von einzelnen Frauen und Männern, von Frauenorganisationen, progressiven Parteien und Bewegungen, können in demokratischen Gesellschaftsstrukturen Teilerfolge erreichen. Dazu gehören z. B. das Wahlrecht, Ehegesetze, die Frauen bei Scheidungen nicht benachteiligen, Erlaubnis zur eigenen Kontoführung u. a.. Das schränkt zwar die Männerherrschaft ein, hebt sie jedoch nicht auf. Positive Ergebnisse werden in der überwiegend patriarchalischen Gesellschaftsform gegen die Herrschaft der Männer auch mit Hilfe von progressiven Männern erreicht, weshalb die These vom Kampf der Frauen gegen die Männer falsch ist, weil sie dem wirklichen Geschehen nicht entspricht, Männer aus dem gemeinsamen Kampf um Frauenrechte als Menschenrechte ausschließt und damit falsche Fronten aufbaut.

Neben dem vollständigen und dem gemäßigten Patriarchat gibt es Gesellschaftsprogramme und entsprechende soziale Strukturen, die den Kampf um die Gleichberechtigung der Frauen fordern und fördern. Es geht um die *Überwindung* oder *Auflösung* des Patriarchats, wobei das soziale System keineswegs frei von Resten patriarchalischer Machtstrukturen ist. Doch die soziale Zielstellung des Systems richtet sich gegen sie. Diese Form der angestrebten Auflösung des Patriarchats ist näher zu kennzeichnen, wenn die Stellung der Frauen in der DDR zu behandeln ist.

Es ist m. E. argumentativ nicht haltbar, wenn der Vorwurf patriarchalischer Machtstrukturen generell erhoben wird, ohne zwischen dem vollständigen, dem gemäßigten und dem sich auflösenden Patriarchat zu differenzieren. Es zeugte vom Unverständnis für die internationale Situation, in denen Frauen sich mit verschiedenen und dabei oft grausamen Formen der Männerherrschaft auseinandersetzten, um das Leben zu retten, Bildung zu erhalten, nicht dahinvegetieren zu müssen und vom Mann nicht verstoßen zu werden, wenn mit dem Hochmut von Ignorant/Innen die DDR als Ausdruck patriarchalischer Machtstrukturen bezeichnet wurde. Das grenzte für mich, die viele [20:] Frauen kennengelernt hatte, die in anderen Ländern gegen ihre absolute oder gemäßigte Unterdrückung kämpften, an Provinzialismus, der nur die eigene Umgebung sah, das schon Erreichte negierte und lebensbedrohendes Vorgehen in anderen Gebieten der Welt nicht beachtete. Das beeinträchtigt meine kritische Sicht auf die Probleme, die in der DDR existierten, keineswegs, ordnet diese jedoch in den größeren Zusammenhang ein. Es geht um eine differenzierte und nicht auf den begrenzten Horizont mancher Kritiker/Innen eingeschränkte Betrachtung, mit der die Stellung der Frau als Kriterium des gesellschaftlichen Fortschritts in allen Regionen zur Kenntnis genommen wird, um Erreichtes zu erkennen und noch zu Erreichendes zu bestimmen.

## **1.2. Sind Frauen Menschen zweiter Klasse?**

Der Kampf um die Rechte der Frauen ist lang. Niederlagen blieben nicht aus. Manches was in bestimmten Regionen schon erreicht wurde, ist in anderen noch Tagesaufgabe. Mit dem aufstrebenden Bürgertum begannen die Frauen in Europa an ihren Ketten zu rütteln und sich den Zugang zur Bildung zu erkämpfen. Vorerst gelang das nur Frauen aus begüterten Kreisen. Sie strebten nach Wissenserwerb, auch an Universitäten, wollten humanistisch gebildet dem Mann als Partnerin zur Seite treten und weigerten sich, nur als Gebärende und Seele des Hauses wahrgenommen zu werden. Sie suchten Selbstbestätigung und Selbstbewusstsein, wollten als gleichberechtigt akzeptiert und so selbst Gestaltungssubjekte werden.

Das ist ein komplizierter und in sich gegensätzlicher Prozess, denn das Streben bestimmter Frauen nach Gleichberechtigung brachte und bringt sofort unter anderen Frauen und Männern Widerspruch hervor. Frauen, die ihre Ketten noch putzten und als Heimchen am Herd zufrieden waren, stimmten und stimmen in den Chor derer ein, die diese Bestrebungen von anderen Frauen verhöhnen und diese als krankhafte Ehrgeizlinge beschimpfen. Männer, die diese Frauen als [21:] Gefahr für die eigene Entwicklung, als Konkurrenz, wahrnehmen, treten dann öffentlich auf den Plan. Sie strapazieren den Begriff des „Ewigweiblichen“ und erschlagen damit alle Bestrebungen nach Gleichstellung und Bildung als widernatürlich. Solche Männer fürchten offensichtlich, der von ihnen selbst produzierten Auffassung von ihrer angeblichen geistigen Überlegenheit verlustig zu gehen.

Gelehrte, die sich für die Vermittlung von Wissen bei Frauen einsetzten, wurden ignoriert, angegriffen und beleidigt. Auf die Gegner weiblicher Emanzipation hat deshalb das 1762 erschienene Buch „Emile oder über die Erziehung“ von Jean Jacques Rousseau (1712-1778), der einer der wichtigsten geistigen Vorbereiter der französischen Revolution war, sicher wie ein Befreiungsschlag gewirkt. Seine Hauptheidin Sophie ist Weib, Mutter, Gattin und Hausfrau. Züchtig schaut sie zu ihrem Mann auf. Das Buch, das mit heutigen Worten ein Bestseller war, hat im folgenden Jahrhundert wieder das Bild über Frau und Mann in der Öffentlichkeit bestimmt, war wertbildend und normschaffend. Für den Kampf der aufbegehrenden Frauen wurde es zum Rückschlag, weil es größeren Aufwand an Aktivitäten gegen solche Haltungen forderte und die öffentliche Meinung rückgewandt manipulierte.

1903 erschien das Buch des Neurophysiologen Dr. Paul Julius Möbius (1855-1907) „Über den physiologischen Schwachsinn des Weibes“. Darin fasste er seine in Vorträgen und Artikeln geäußerte

Kritik an der Gleichberechtigung der Geschlechter, gegründet auf physiologische Unterschiede, zusammen. So drückte er unter anderem seine Hoffnung aus, „daß auch in der besseren Zukunft die Geschlechter so unterschieden seien, daß der Beruf für den Mann Hauptsache und für das Weib Nebensache ist. Die wahre Mutterschaft und die Berufserfüllung im Sinne des Mannes werden immer unverträglich sein ...“ (Möbius 2000, S. 102) Im Vorwort zur ersten Auflage von 1903 bescheinigte er seinen Kritikerinnen, sie seien still geworden. Sie wollten ihn offensichtlich totschweigen. Er meinte: „ Gleichmacherei ist überall vom Uebel, aber die Geschlechtsgleichmacherei ist ein besonders großes Uebel.“ (Ebd., S. 11) Innerhalb weniger Jahre [22:] erlebte das Buch viele Auflagen. Im Vorwort zur 8. Auflage von 1906 heißt es: „Was seit der 7. Auflage von der gegnerischen Seite her zu Tage gekommen ist, das ist so albern, daß es reine Zeitverschwendung wäre, darauf einzugehen.“ (Ebd., S. 18)

Doch wie sah es in der Wirklichkeit mit der von Möbius geforderten klaren Trennung von Berufstätigkeit und Mutterschaft aus? Als im Kapitalismus der Bedarf an Arbeitskräften wuchs und zur massenhaften Einbeziehung von Frauen in den Arbeitsprozess führte, allerdings unterbezahlt und, da nicht qualifiziert, schnell ersetzbar, erhielten die Einzelkämpferinnen um Rechtsgleichheit mit Männern, Unterstützung. Die Berufstätigkeit der Frauen wuchs. So ist belegt, dass 1918, während des ersten Weltkriegs, der Frauenanteil der erwerbstätigen Frauen in Deutschland bei 55% lag. Das sind etwa 75% der erwerbsfähigen Frauen. Insgesamt stieg während des Krieges der Anteil der Frauen von 9,5 Mill. (1913) auf 16 Mill. (1918). Frauen arbeiteten im Bergbau, in der Metall-, Maschinen- und der chemischen Industrie. Sie leisteten Schwerstarbeit, ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit oder ihre spezifische Funktion als potenzielle oder schon existierende Mutter für nur 65 bis 75% der Männerlöhne. In solchen Zeiten verstummen die Argumente, dass die wichtigste Funktion der Frau die Mutterschaft sei. Im Kapitalismus diene und dient die Berufstätigkeit immer der Profitmaximierung. Frauen werden schlechter bezahlt, arbeiten in niederen Berufssparten und werden in Krisenzeiten ohne Skrupel als erste ins Heer der Arbeitslosen gestoßen.

Das Problem der Frauenarbeit hatte 1866 in Genf auf dem Kongress der Internationalen Arbeiterassoziation, der Karl Marx und Friedrich Engels (1829-1895), die Begründer eines wissenschaftlichen Sozialismus, vorstanden, auf der Tagesordnung gestanden. Es wurde um das Recht der Arbeit von Frauen gerungen und der Wert für ihre ökonomische Unabhängigkeit hervorgehoben. Im Jahr danach schrieb Marx im ersten Band des Werks „Das Kapital“, dass die Erwerbstätigkeit der Frau einst „die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter bilden“ wird. (Marx, S. 513) In der sozialistischen Gesellschaft, das [23:] gilt auch für den „Frühsozialismus“ in der DDR, wird die Berufstätigkeit der Frau zwar als notwendige ökonomische Unabhängigkeit vom Mann begriffen, doch zugleich der Wert für die Selbstachtung in der Entwicklung der Frauenpersönlichkeit benannt. Dabei wird der ökonomische Aspekt nicht geleugnet, eine Reduzierung auf ihn jedoch abgelehnt.

Bis heute haben manche Frauen und Männer immer noch nicht den Wert der Frauenarbeit für ihre Persönlichkeitsentwicklung und für die Ausprägung des Selbstbewusstseins im Blick. Man bemerkt, dass Marx einfach nicht verstanden wurde. Einseitig wird nur hervorgehoben, dass Frauen aus ökonomischen Gründen arbeiten müssen. Ich leugne nicht, dass das bei manchen Frauen so ist. Es trifft auf Familien mit geringem Einkommen zu. Oft haben Alleinstehende, mit und ohne Kind, Geschiedene u. a. keine andere Wahl. Doch das allein der DDR anzulasten, ist, wenn man Erreichtes bei der gesellschaftlichen Lösung von Gleichstellungsproblemen berücksichtigt, ein unhistorisches Herangehen. Von diesen Leuten werden Ketten weiter gepflegt, die in der Vergangenheit, unter vielen Opfern, von engagierten Frauen und Männern mühevoll zerschlagen wurden.

Um Frauen vor einseitigen, unqualifizierten Arbeiten zu schützen, die sie leicht entbehrlich machten, kämpften und kämpfen Frauen gemeinsam mit Männern, die sich selbstbewusste Partnerinnen wünschten und wünschen und die die Gleichwertigkeit von Frauen anerkennen, um das Recht der Frau auf ungehinderte berufliche Entwicklung. Dabei wird viel Wert auf Bildung und Ausbildung von Frauen gelegt. So nur können Frauen sich von ihren Ketten befreien.

### 1.3. Geschlechterrollen früher und heute

Die Auseinandersetzung um die Evolution von Geschlechterrollen ist auf keinen Fall ein historisch abgeschlossener Prozess. Die DDR fügt sich in die Geschichte als ein Beispiel dafür ein, das vorherrschende Patriarchat, die Männerherrschaft, in einem sozialistischen Staat mit [24:] Gesetzen und Maßnahmen zu überwinden. Da das soziale Experiment, in einem Teil Deutschlands, eine antikapitalistische Alternative zu entwickeln, an inneren und äußeren Bedingungen scheiterte, sind auch die Resultate, die bei der Gleichberechtigung schon erreicht werden konnten, in Gefahr, verloren zu gehen. Es geht um eine Vielzahl aktueller Probleme. Deren Lösung ist nicht einfach, da bestimmte Rollenverteilungen in manchen Köpfen eingepägt sind und von einigen Massenmedien täglich verfestigt werden. Welche Frauenbilder werden dabei vermittelt? Die Frau als Küchenwunder, Schönheitsideal, als Vamp, als rücksichtslose Kämpferin, als Sexobjekt, als Verführerin der Männer, als Sadistin, als Lesbe. Man könnte die Reihe fortsetzen. Die Frau wird aufgefordert, sich entweder in eine untergeordnete Rolle in der Gesellschaft und gegenüber dem Mann einzufügen oder sich als Mann zu bewähren.

Das Problem ist hochaktuell. Der Alternativbericht der Allianz von Frauenorganisationen Deutschlands zum 6. Bericht der BRD zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW) vom November 2008 stellt fest: „Medien spielen eine sehr große Rolle in der Vermittlung von Rollenmodellen an eine breite Öffentlichkeit. Insbesondere das Fernsehen fördert ein Frauenbild, das häufig nicht kompatibel ist mit einem egalitären und partnerschaftlichen Rollenmodell. Großer Beliebtheit erfreuen sich Shows der Privatsender, die Frauen auf äußere weibliche Attribute reduzieren wie ‚Germany’s Next Topmodel‘ oder ‚Deutschland sucht den Superstar‘. Frauen mit Migrationshintergrund sind mehrfachen Diskriminierungen ausgesetzt. Filmrollen werden häufig mit ausländischen Frauen besetzt, die Stereotype bedienen wie z. B. die sanfte asiatische oder die temperamentvolle lateinamerikanische Frau. Infolge ihres anderen Aussehens rufen sie häufig stereotype archaische Bilder hervor, werden als Opfer von Gewalttaten oder als Haushaltshilfen und Servicekräfte gezeigt und herablassend und verletzend behandelt. ... Im letzten Alternativbericht von 2003 haben die NGOs das Problem sexistischer Werbung in Deutschland ausführlich beschrieben. Nach wie vor stellt sexistische Werbung [25:] ein gravierendes Problem der stereotypen Darstellung von Frauen in deutschen Medien und im öffentlichen Raum dar. Sexismus ist so weit verbreitet, dass er oft nicht mehr als störend empfunden wird. So übernehmen vor allem Kinder und Jugendliche Stereotype als kulturelle Vorstellung von Männlichkeit und Weiblichkeit.“ (Alternativbericht 2008, S. 33)

Das Kernproblem, dass Frauen Menschen sind und Frauenrechte Menschenrechte, wird viel zu wenig in der Öffentlichkeit thematisiert. Da gleichberechtigtes Leben von Frauen in der DDR aus der Darstellung von offizieller Seite in der BRD ausgespart ist, werden historische Erfahrungen ignoriert. Es wäre deshalb gegenwärtig interessant, die über Parteigrenzen und Regionen hinausgehenden Forderungen von der 4. UNO-Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 mit den politischen Zielstellungen in der BRD, den UNO-Aktivitäten und der Entwicklung in der DDR zu vergleichen. Die Pekinger Plattform betonte: „Die Gleichberechtigung von Frau und Mann ist eine Frage der Menschenrechte und eine Vorbedingung für soziale Gerechtigkeit sowie zugleich eine notwendige Grundvoraussetzung für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden. Eine neue Partnerschaft auf der Grundlage der Ebenbürtigkeit von Frau und Mann ist Voraussetzung für eine bestandfähige Entwicklung, in deren Mittelpunkt der Mensch steht. Ein nachhaltiges und langfristiges Engagement für diese Ziele ist unverzichtbar, damit Frauen und Männer für sich, für ihre Kinder und für die Gesellschaft gemeinsam daran gehen können, sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu stellen.“ (Pekinger Plattform 1995, S. 11)

Obwohl Programmatik und Realisierung oft weit auseinander klaffen, gibt das Programm Zielsetzungen an, für die es sich lohnt, den Einsatz seiner ganzen Person zu wagen. Das ist sicher eine komplizierte Problematik, über deren Lösung sehr kontrovers diskutiert wird. Ich kann nur einige Facetten des Problems nennen, um zum Nachdenken anzuregen. Nehmen wir dazu einige Beispiele aus Bereichen, die in der Debatte um die Gleichberechtigung eine geringere Rolle spielen. Bei meiner

Teilnahme an der Pfingstwerkstatt 2004 in [26:] Rheinsberg erfuhr ich aus Diskussionen, dass junge Künstlerinnen für die Anerkennung und für Möglichkeiten zur Aufführung ihrer Kompositionen immer noch mehr zu leisten haben als junge Männer. 2005 ging es deshalb um das Thema „Frau Musica heute“, wozu ich einen Einleitungsvortrag über die Evolution der Geschlechterrollen hielt. (Liedtke 2005) Eigentlich dürfte, wenn Frauen nicht Menschen zweiter Klasse sein sollen, die Frage, ob die Komposition von einer Frau oder einem Mann geschrieben wurde, gar nicht mehr gestellt werden, sondern nur noch die Bewertung der Leistung, unabhängig vom Geschlecht, eine Rolle spielen.

Wie werden Musikerinnen, darunter Komponistinnen, und ihr Wirken beurteilt? Im „Lexikon der klassischen Komponisten“ werden nur zwei Frauen genannt. Deshalb weist offensichtlich schon der Titel nur die Männer aus. Über Klara Schumann, geh. Wieck, die nur als Frau von Robert Schumann aufgeführt wird, heißt es: „Ihr Spiel wirkte deshalb so anziehend, weil es männliche Kraft und weibliche Anmut in abgeklärter, künstlerischer Reife in sich vereinigte. Sie erfreute sich eines Weltrufes wie wenige Virtuosen. Nach dem Tode ihres Mannes hatte sie sehr für ihre Kinder zu sorgen.“ (Lexikon der klassischen Komponisten 1995, S. 222 f.) Männliche Kraft und weibliche Anmut drückt ein historisch geprägtes Verständnis dessen aus, was man unter „weiblich „ und „männlich“ zu fassen hat: die männliche Stärke und den weiblichen Charme. Eigentlich wäre das kraftvolle und anmutige Spiel zu loben, ohne sich auf Geschlechterrollen zu beziehen. Es ist als Lob gedacht, wenn dem Spiel männliche Kraft zugesprochen wird. Die Frau hat sich in diesem Fall als Mann bewährt und doch weibliche Eigenschaften nicht vergessen lassen.

Genannt wird noch Ruth Zechlin, die hochgeschätzte Theoretikerin und Praktikerin aus der DDR. Über sie heißt es: „... seit 1950 Professor für Komposition an der Musikhochschule Berlin (DDR) W: 3 Sinfonien, 2 Kammersinfonien, Kammermusik, Klaviermusik, Chormusik, Lieder, ‚Reineke Fuchs‘ Oper für Schauspieler“. (Lexikon der klassischen Komponisten 1995, S. 267) Doch wichtige Komponistinnen fehlen. So ist etwa Wanda Landowska (1877-1959), die [27:] nicht nur als Cembalistin wirkte, nicht erwähnt. Ihr widmete das Buch „Echolos. Klangwelten verfolgter Musikerinnen in der NS-Zeit“ einen ganzen Abschnitt. Dort wird auf Pia Gilberts Motto verwiesen: „Ich finde, dass Komponisten sich nicht als Frauen oder als ‚victims‘ vorstellen sollten.“ (Echolos 2004, S. 14) Gilbert, Komponistin und Weggefährtin von John Cage, aus Deutschland vertrieben, hat eine außerordentliche Karriere innerhalb der Tanz- und Theaterwelt der USA. Sie schrieb ein Grußwort für die Tagung 2002 in Bielefeld, auf der ein Konzert mit Werken verfolgter und exilierter Komponistinnen stattfand.

Bedenkenswert ist die Aussage: „Sucht man den Eintritt von Frauen in die Musikhochschulen, speziell ihre Zulassung zum Kompositionsstudium nachzuvollziehen, so ist man schnell bei der Einsicht angelangt, dass hier keine Frauenverbände, keine Gruppen für das Recht auf Bildung, Ausbildung der Frauen kämpften, sondern jede Frau auf sich allein gestellt war. Der Name Grete von Zieritz ist als Schreker-Schülerin und Komponistin gerade in den letzten Jahren einem größeren Zuhörerkreis bekannt geworden, doch wer kennt den Namen von Charlotte Schlesinger, die, ebenfalls Schreker-Schülerin, auf Grund ihres jüdischen Glaubens ins Exil vertrieben wurde und deren Werke noch der Entdeckung harren?“ (Ebd., S. 11)

Der österreichische Komponist Franz Schreker (1878-1934) war einer der meistgespielten deutschsprachigen Komponisten seiner Zeit. Die Nationalsozialisten griffen ihn schon Ende der zwanziger Jahre an. 1932 zog er wegen des Terrors die in Freiburg geplante Uraufführung seiner Oper „Christophorus“ zurück. Die Nazis zwangen ihn dann zum Rücktritt von seinem Amt als Direktor der Berliner Musikhochschule. Grete von Zieritz (1899-2001) war von 1926 bis 1931 in der berühmten Meisterklasse von Schreker. Während dieser Zeit erhielt sie 1928 den Mendelssohn-Preis für Komposition. Im Jahr 2009 wurde in Wien Donaustadt (22. Bezirk) die Zieritzgasse nach ihr benannt. Charlotte Schlesinger (1909-1976) gehörte zu den wenigen Frauen, die bei Schreker Komposition studierten. Im Alter von 15 Jahren wurde sie 1925 dort angenommen. Als Jüdin verließ [28:] sie Deutschland 1933 und wirkte u. a. am Black Mountain College in North Carolina (USA). Beispiele für die Missachtung der Leistungen von Frauen könnten aus allen Bereichen des Lebens angeführt werden. Lassen wir es bei diesen bezeichnenden Fällen.

Durch die jahrhundertalte Geschichte der Menschheit zieht sich folgende Vorstellung über „Mannsein“ und „Frau-sein“: Der Mann zeichnet sich durch Rationalität, Stärke, Kraft, aber auch durch Aggressivität und Risikobereitschaft aus. In ihm sieht man den Beschützer und Ernährer der Familie. Der Frau werden dagegen Fleiß, Pflichteifer, Beobachtungsgabe, eine schnelle Auffassung und Lernfähigkeit zugesprochen, doch auch die Fähigkeit zum Heucheln und Verstellen, zum listig sein, Lügen und Intrigieren. Ihr fehle die Tatkraft und sie reagiere einseitig gefühlsbetont. Das streng logische Denken, das Abstraktionsvermögen, die Selbstständigkeit im Denken und die sichere Handhabung wissenschaftlicher Methoden spricht man ihr ab. Solche Auffassungen wirken in vielen Köpfen weiter. Doch sie werden auch kritisiert. Es existieren unterschiedliche Leitbilder in allen historischen Zeitabschnitten sozial und kulturell bedingt nebeneinander und durchdringen sich gegenseitig. Aus wissenschaftlichen Erkenntnissen und der Analyse individuellen und gesellschaftlichen praktischen Verhaltens schält sich heraus, dass Frauen zu allen Zeiten, das gilt heute noch, aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert werden. Manche versuchten als Männer Karriere zu machen. Sie wehrten sich in einer männerdominierten Welt gegen Diffamierungen.

Literarisch ist das gut dargestellt in „Die Päpstin“ . (Woolfolk Cross 1999) Das Buch behandelt eine der außergewöhnlichsten Frauen in der Geschichte des Abendlandes, die als Mönch bis zum Papst aufstieg. Es geht um das Leben Johanna von Ingelheims, die in der Kirchengeschichte oft totgeschwiegen wurde. Selbst die Straße, in der sie entband, womit sie sich „entlarvte“, ist in der Geschichte lange Zeit von Vertretern der Kirche gemieden worden. Teresinha Gomez aus Lissabon gab achtzehn Jahre lang erfolgreich vor, ein Mann zu sein, als hochdekoriertes Soldat stieg sie in der portugiesischen Armee bis zum Rang eines Generals auf und wurde erst 1994 „enttarnt“, als [29:] sie aufgrund einer Anklage wegen finanziellen Betrugs festgenommen wurde und sich einer Leibesvisitation durch die Polizei unterziehen musste.

Mann-Sein und Mensch-Sein setzen bestimmte Theoretiker zu unterschiedlichen Zeiten gleich. Am Mann-Sein wird dann das Mensch-Sein der Frauen gemessen. Dagegen wenden sich Bewegungen, die für die Emanzipation der Frauen eintreten. Sie reichen von der Anerkennung des Anders-Seins der Frau bis zur Hervorhebung der Frau als der besseren Hälfte des Mensch-Seins. Doch es gilt: Sachlich dokumentierte Erfahrungen der DDR, ihrer Frauen, ihrer Leistungen, ihrer Erfolge und Misserfolge könnten helfen gegen überholte Geschlechterrollen mit Argumenten und konkreten Beispielen vorzugehen. Das gilt auch, wenn etwa die praktische Machbarkeit der Gleichberechtigung geleugnet wird.

#### **1.4. Prägende Traditionen**

Die DDR stand bei ihren Anstrengungen um die Überwindung des Patriarchats in einer langen Traditionenreihe. Sie beginnt mit den ersten Forderungen nach Anerkennung der Frauenrechte als Menschenrechte. In einer Rückschau ist deshalb an grundsätzlichen Forderungen, die von Parteien, Bewegungen und Einzelpersonen in der Vergangenheit erhoben wurden, zu messen, wie die DDR an den prägenden Traditionen angeknüpfte. Angestrebte Rechte sind weiter ausgestaltet worden. Entsprechend den gesellschaftlichen Bedingungen, verbunden mit der Forderung nach einer sozialistischen Solidargemeinschaft, kam es zu neuen und wichtigen Leistungen für die Gleichstellung der Geschlechter. Die Analyse dessen ermöglicht eine sachliche Sicht auf Erreichtes, kennzeichnet historische Fortschritte und zeigt Stagnation und Regression im historischen Verlauf der Menschheitsgeschichte. Die Geschichte der Frauenemanzipation macht deutlich, was ein Staat zu leisten hat, der sich für Frauenrechte einsetzen will.

[30:]

##### **1.4.1. Frauen rütteln an ihren Ketten**

Die Frauenbewegung mit Forderungen nach Bildung, ökonomischer Gleichberechtigung der Geschlechter und dem Wahlrecht entstand im Kapitalismus. Sie flankierte Einzelinitiativen durch Massenaktionen. 1789 hob im Verlauf der Französischen Revolution der französische Staatsmann Talleyrand-Perigord (1754-1838) in der „Erklärung der Rechte des Menschen und des Bürgers“ zu den

17 Artikeln einleitend hervor: „Frei und gleich an Rechten werden Menschen geboren und bleiben es.“ Damit wurden Hoffnungen geweckt, als Frau endlich die Anerkennung als Mensch zu finden. Das war Anlass für die Französin Olympe de Gouges (1748-1793), eine „Deklaration der Rechte der Frau“ zu veröffentlichen. Sie, fast noch Analphabetin, holte sich Unterstützung bei gebildeten Menschen, um ihre Visionen über das Menschenrecht von Frauen schriftlich einzuklagen. Für sie war „Ziel und Zweck des sozialen und politischen Zusammenschlusses ‚der Schutz der unveräußerlichen Rechte sowohl der Frau als auch des Mannes‘ (Art. II) und nicht nur der von Männern. Auch für Frauen verlangte sie ‚das Recht auf Freiheit, Rechtssicherheit, Eigentum und besonders das Recht auf Widerstand gegen Unterdrückung.‘ Damit wird das patriarchalische Monopol und Privileg auf Freiheit, Recht und Eigentum angegriffen und – wahrscheinlich zum ersten Mal in der Geschichte – das Frauenrecht auf Widerstand gegen die Unterdrückung durch Familienväter als legitim, als Menschenrecht der Frauen artikuliert.“ (Feministische Philosophie 1990, S. 223). Doch die Forderung nach Menschen- und Bürgerrechten für Frauen wurde von der Französischen Nationalversammlung ignoriert. Man nahm keine einzige der Forderungen von Olympe de Gouges in die Verfassung auf. Ihr jedoch brachte es Haft und Enthauptung durch die Guillotine unter Robespierre mit der Begründung: „Anschlag auf die Souveränität“ . Lange wurde die Deklaration von Olympe de Gouges ins Archiv verbannt. Sie geriet in Vergessenheit. Wurde sie bewusst ignoriert? Das Engagement von Feministinnen führte 1977 in der BRD, 1981 in Österreich und 1986 in Frankreich zur Publikation. [31:] Sie konnte zur Kenntnis genommen werden. Doch der Kreis derer, die diese Deklaration kennen und schätzen, ist klein.

In England wandte sich Mary Wollstonecraft (1759-1797) in leidenschaftlichen Worten an Talleyrand mit der Forderung, die proklamierten Menschen- und Bürgerrechte ausdrücklich auch für die Frau zu akzeptieren. Anklagend schrieb sie: „Die Menschenrechte sind auf die männliche Linie, von Adam abwärts, beschränkt.“ (Wollstonecraft 1989, S. 149). Ihr Credo war: „Ich liebe den Mann als meinen Gefährten. Aber seine Herrschaft, rechtmäßig oder angemaßt, erkenne ich nicht an. Es sei denn, die Vernunft eines Individuums verlangt mir Hochachtung ab. Sogar dann gilt die Unterwerfung nur der Vernunft und nicht dem Manne.“ (Ebd., S. 77) Dabei wusste sie, dass Frauen selbst ihre stärksten Gegner sein können. Für sie ist die lange Zeit der Unterdrückung der Frau mit dafür verantwortlich, dass Frauen ihre Ketten sogar pflegen. Das ist eine interessante Feststellung, die wahrscheinlich für alle Gesellschaften gilt und im Blick sein sollte, wenn man konkrete Gleichstellungsprozesse untersucht. Das Buch von Mary Wollstonecraft ist heute noch Leserinnen zur Lektüre zu empfehlen, da es nicht nur den halben Himmel für uns Frauen wollte, sondern den ganzen Himmel für Frau und Mann als Bedingung für ihre eigentliche Menschwerdung. Zu ihren Lebzeiten hat die Autorin zwar Anerkennung erfahren, doch auch Hass, Schmähungen und Diskriminierungen aushalten müssen. Man nannte sie „hyena in petticoats“. Sie ließ sich jedoch nicht beirren und trat weiter für ihre Auffassungen ein.

Zu ihren Verteidigerinnen gehörten später u. a. die jüngste Tochter von Karl Marx, Eleanor Marx-Aveling (1855-1898) und Clara Zetkin (1857-1933). In Deutschland wurde ihr Buch 1794 auf Anregung des bekannten Pädagogen Christian Gotthilf Salzmann (1744-1811), der in Schnepfenthal bei Gotha die philanthropische Erziehungsanstalt gründete, durch einen seiner Mitarbeiter in die deutsche Sprache übersetzt. Eventuell zeigten ihm seine Erfahrungen, dass die Unterschätzung weiblicher Leistungsfähigkeit nicht gerechtfertigt ist.

[32:] Der Sozialdemokrat August Bebel (1840-1913) kannte die Haltung von Mary Wollstonecraft. Er hob in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ ihren kühnen Kampf für die volle Gleichberechtigung der Frauen anerkennend hervor. Dort heißt es: „Aber sie fand wie natürlich den heftigsten Widerstand und die schwersten und ungerechtesten Angriffe. An schweren seelischen Kämpfen ging sie 1797, von ihren Zeitgenossen verkannt und verhöhnt, zugrunde.“ (Bebel 1979, S. 229)

#### **1.4.2. August Bebel: Die Frau und der Sozialismus**

August Bebel gilt mit seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ als einer der wichtigsten Vordenker für die Frauenpolitik in der DDR. Er wurde selbst heftig angegriffen, als er sich vehement für

die Rechte von Frauen einsetzte. 1879 war sein Buch unter dem Titel „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ erschienen. Es löste ein großes Echo aus. So gab es zwar Begeisterungstürme in breiten Frauenkreisen, doch zugleich Angriffe von Frauen, die es ablehnten, von einem Mann die Ursachen für die ungerechte Stellung im gesellschaftlichen Leben zu erfahren. Manche Männer reagierten mit Hohn und Spott auf die Ausführungen. Sie kündigten ein Leseverbot für ihre Frauen an. Einen Monat nach seinem Erscheinen wurde das Buch durch die Regierung verboten, um danach umso eifriger illegal verbreitet zu werden. Die Herausgeberin der Briefe zwischen August und Julie Bebel betont: „Mit seinem leidenschaftlichen, ausführlich begründeten Plädoyer für die Gleichstellung der Frau forderte Bebel Freund und Feind zur Stellungnahme heraus. Von den Gegnern der Arbeiterbewegung wurde das Buch herangezogen, um die Verlängerung des Ausnahmegesetzes zu begründen und die Sozialdemokratie zu diffamieren. In der Arbeiter- und Frauenbewegung wurde es für Jahrzehnte zu einem Handbuch. Bebels Werk trug zum Umdenken hinsichtlich der gesellschaftlichen Stellung der Frau Wesentliches bei“. (Bebel, Briefe 1997, S. 20)

[33:] Sowohl der sächsische Regierungskommissar wie der preußische Innenminister Robert Viktor von Puttkamer (1828-1900) legten Bebels Buch, nun mit dem Titel „Die Frau und der Sozialismus“ erschienen, ihrer Begründung für die Verlängerung des Sozialistengesetzes (Ausnahmegesetz) zugrunde. „In seiner brillanten Rede gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes im Reichstag am 12. Mai 1884 weist Bebel Verdrehungen und Verleumdungen des Innenministers gegen sein Buch zurück. Dieser hatte Bebels politische und soziale Forderungen in seinem Buch als ‚verbrecherisch‘ bezeichnet.“ (Brot & Rosen 1979, S. 11) Bebel dankte ihm für die damit sicher nicht geplante Werbung für sein Buch.

In seiner Ehefrau Julie (1843-1910) fand Bebel eine engagierte Unterstützerin in seinem politischen Kampf. Sie, die durch ihn erst in die Politik hineingezogen wurde, meisterte die schwierige ökonomische Situation in ihrer Ehe, die durch Gefängniszeiten, Festungshaft und sein Wirken im Reichstag immer wieder entstand, mit Charakterstärke und klarer politischer Entscheidung für die Ziele der Sozialdemokratischen Partei. Mitglied der Partei konnte sie nicht werden, weil bis 1908 Frauen die Mitgliedschaft in politischen Vereinen verboten war. Das Hinterland, das seine Frau ihm durch ihre Haltung bot, war für Bebel die Voraussetzung, um ohne Abstriche seiner politischen Arbeit nachgehen zu können.

Mit seinem Buch wollte Bebel Klarheit in seiner Partei und in der Arbeiterklasse generell darüber schaffen, dass Frauen die Bündnispartner im Kampf um menschenwürdige Lebensbedingungen sind. Diese Erkenntnis war in seiner Partei damals nur begrenzt vorhanden. Die Befreiung der Frau verstand Bebel als soziale Frage. Theoretisch fundiert, mit wissenschaftlich unwiderlegbarer Begründung, legte er den Zusammenhang von Frauenfrage und sozialer Frage dar. Er stützte sich auf Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels. Zahlreiche Überarbeitungen des Buches von Bebel sind darauf zurückzuführen, dass er Einsichten in den neu erschienenen Werken von Marx und Engels immer sofort aufgriff. Das gilt auch für die Arbeit von Friedrich Engels „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des [34:] Staates“, die 1884 erschien und den Zusammenhang von ökonomischen Grundlagen, Staatsformen und dem Ursprung der Familie herstellte.

Bebels Werk lag vielen Überlegungen zur Familien- und Frauenpolitik in der DDR zu Grunde. 100 Jahre nach dem Erscheinen des Buchs fanden 1979 in der DDR Ehrungen auf vielen Veranstaltungen statt. Ein Autorenkollektiv, an dem ich beteiligt war, zog unter dem Thema „Die Frau in der DDR“ in einem Buch Bilanz anlässlich dieses Jahrestags. Wir stellen fest, dass diejenigen, die das Buch nun lesen, sicher andere Empfindungen und Gedanken damit verbinden, „als die Generation von Revolutionären, denen es unmittelbar gewidmet war, ist doch für uns Gegenwart, was für jene Zukunftsvorstellung, Anleitung zum Handeln der Arbeiterbewegung war.“ Zugleich betonen wir, dass die Bilanz, die wir über das Leben der Frauen in der DDR ziehen können, nicht allein aus der Gegenwart erklärt werden kann: „Dazu ist ebenso das Überschauen einer geschichtlichen Entwicklung notwendig und – unverzichtbar – die fundierte Kenntnis der Auffassung des wissenschaftlichen Sozialismus von der Rolle der Frau in der Gesellschaft.“ (Autorenkollektiv 1979, S. 5)

Unser Buch behandelt die Frau als gleichberechtigten Bürger der DDR im Zusammenhang mit der Forderung Bebels, dass die Frau „das gleiche Recht wie der Mann auf die Entfaltung ihrer Kräfte und auf die freie Betätigung derselben hat.“ (Ebd., S. 19) Grundlage für das Kapitel „Die Frau in der DDR – aktive Mitgestalterin der entwickelten sozialistischen Gesellschaft „ bildete die Aussage von Bebel: „Die Frau der neuen Gesellschaft ist sozial und ökonomisch völlig unabhängig, sie ist keinem Schein von Herrschaft und Ausbeutung mehr unterworfen, sie steht dem Manne als Freie, Gleiche gegenüber und ist Herrin ihrer Geschichte.“ (Ebd., S. 46) Das Kapitel „Revolution – auch in der Familie“ bezog sich auf Bebels Worte: „Dieses Verhältnis zwischen den beiden Geschlechtern wird in demselben Maße sich verschönen, wie die gesellschaftlichen Einrichtungen Mann und Frau von materieller Sorge und übermäßiger Arbeitslast befreien.“ (Ebd., S. 95) Ein Anhang belegt mit Dokumenten und Fakten für die DDR [35:] die rechtliche Gleichstellung der Frauen mit den Männern und ihre umfangreichen Aktivitäten auf den verschiedensten Gebieten.

Der Stolz von damals über das schon Erreichte, der uns motivierte, die vorhandenen Mängel zu analysieren, Schwierigkeiten zu beseitigen und unseren Kampf fortzusetzen, ist nun einer gewissen Bitterkeit gewichen, wenn man an die Verliererinnen der Einheit denkt, an arbeitslose Frauen, an fehlende Kindereinrichtungen, manche verkamen zu Anstalten zur Aufbewahrung, an mangelnden Gesundheitsschutz, an das Wiedererwachen unterdrückter Rollenklischees der 3 K vom Platz der Frauen in Küche, Kinderstube und Kirche. Wenn es gelingen sollte, Frauen- und Familienprobleme vom Wahlkampfthema zur programmatischen Zielstellung zu machen, um Maßnahmen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zur Förderung der Frauenbildung, zur Überwindung überholter Auffassungen von angeblich naturgegebenen Unterschieden geistiger Leistungsfähigkeit zu erreichen, dann sind wieder Ansätze dafür zu erwarten, den humanistischen Erwartungen solcher historischer Vorläufer, wie August Bebel, im Kampf um die Rechte der Frauen zu entsprechen.

### **1.4.3. Über das Wirken von Clara Zetkin**

Für Clara Zetkin und ihre Gleichgesinnten wurde das Buch von Bebel zur Waffe im Kampf um die Durchsetzung der Menschenrechte von Frauen. Zetkin griff die klaren Worte zur Bedeutung der Berufstätigkeit der Frau auf. Ihr ging es um die Selbstverwirklichung von Frauen in der Arbeit. Sie war selbst eine ungewöhnliche Frau. (Herve 2007) Ihr kämpferisches Eintreten für die Rechte der Frauen brachte ihr Anerkennung, liebevolle Zuneigung, doch zugleich Neid, Ablehnung und Hass ein. Charakterfest, aufrichtig, menschenfreundlich, hat sie als Internationalistin für die Belange der Frauen gekämpft. Manchmal schoss sie dabei über das Ziel hinaus. So wetterte sie 1896 auf dem „Internationalen Frauenkongress“ in Berlin gegen Frauen, die einen bürgerlichen Hintergrund hatten, indem sie deren Arbeit als Harmonie-Kaffeekränzchen und Damenbewegung abqualifizierte. [36:] Anna Dünnebier und Ursula Scheuch berichten darüber in „Die Rebellion ist eine Frau“ , in dem sie Anita Augspurg (1857-1943) und Lida G. Heymann (1868-1943) vorstellen. Clara Zetkin betonte, dass bürgerliche Frauen noch nie den Mut gehabt hätten, für ihre Rechte einzutreten. „Wenn eine Frau jener Klasse in den Kampf tritt, so ist es der Kampf für die Sicherung ihres Vermögensbesitzes“. (Dünnebier, Scheuch 2002, S. 65) Sie meinte, als Konkurrenz empfinde sie die bürgerliche Frauenbewegung nicht, dazu halte sie diese für viel zu unwichtig. Sie lasse sich für die Linsensuppe einer Reform nicht ihr Erstgeburtsrecht als Revolutionärin abkaufen. Anita Augspurg reagierte darauf ebenso heftig. Sie verwies auf Aktionen der bürgerlichen Frauenbewegung, um Frauenrechte im bürgerlichen Gesetzbuch festzuschreiben. Sie meinte, dass sie sicher damit schneller Erfolge erzielen würden, als durch rhetorische Leistungen der sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag zu schaffen sei. So könnte sie damit z. B. durchsetzen, dass Fabrikinspektorinnen eingestellt würden. Sicher war Clara Zetkin stark durch ihr Wissen um die Armut der Frauen und Kinder in Arbeiterfamilien beeinflusst und fühlte sich durch die extravagante Art des Auftretens und das Aussehen von Augspurg provoziert. Später hat sie sehr wohl die Leistungen der bürgerlichen Frauenbewegung anerkannt und ein Bündnis in wichtigen Fragen akzeptiert und befördert.

Durch ihr Engagement für die gesellschaftlich Schwachen, die unter dem Existenzminimum lebten, stand Zetkin auch in der eigenen Partei Schikanen, Anfeindungen, Verleumdungen aus. Es kam zur Entlassung aus Tätigkeiten, die ihr viel bedeuteten. Ihre Parteiführung trat im Parlament für die

Erhöhung des Militärbudgets ein. Sie billigte so 1914 den ersten Weltkrieg. Dagegen trat Zetkin scharf auf. Sie bemerkte, dass die Mehrheit des Volkes Kriegsoffer sei, vor allem Frauen und Kinder. In der Zeitschrift „Gleichheit“, die sie seit 1891 als Redakteurin herausgab, betonte sie, dass Frauen im Krieg nicht nur schwerste Arbeiten in Militärbetrieben verrichten mussten, sondern dabei die Arbeiterfamilien unsäglich unter Hunger litten. Das führe zu Krankheiten und Säuglingssterblichkeit. Zwischen 1913 und 1917 [37:] stieg diese um 150% und die Kindersterblichkeit der 5 bis 15-jährigen um 153%. Clara Zetkin analysierte Ursachen von Kriegen, zeigte die Nutznießer und benannte die Verlierer. Im Ersten Weltkrieg verhungerten in Deutschland etwa 5 Millionen Menschen. Früh erkannte sie, dass die Ablehnung kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen ethnischen Gruppen und Völkern mit der politischen Erziehung von Frauen zu verbinden ist. Sie sollten lernen, in politischen Vereinigungen und Gewerkschaften um ihre Rechte zu kämpfen.

Unermüdlich setzte sich Zetkin für Friedenserziehung ein. Der 1910 beschlossene Frauentag am 8. März sollte nach ihrer Meinung und der ihrer Mitstreiterinnen und Mitstreiter Friedenstag sein. Der sozialdemokratischen Führung missfiel diese klare Haltung Zetkins. 1917 entließ man sie nach 25 Jahren erfolgreicher Tätigkeit als Redakteurin der „Gleichheit“. Die Haltung ihrer Parteiführung fand ihre Fortsetzung im öffentlichen gesellschaftlichen Leben. Zetkin wurde für ihre Forderung, den Frauentag als Friedenstag zu begehen, von der Polizei scharf beobachtet. Gingen Frauen mit dieser Losung auf die Straße, schritt die Polizei ein und löste die Demonstrationen auf. All diesen Schikanen zum Trotz wurde der Frauentag seit 1914 als Friedenstag begangen. Dieses Engagement für den Erhalt des Friedens zwischen Ländern und Völkern ist deshalb eine Verpflichtung, der am Frauentag zu entsprechen ist und damit ein Kriterium, woran gemessen werden kann, wie man dieser Tradition gerecht wird.

Den Krieg zwischen den Geschlechtern lehnte Zetkin ab. Ihr Blatt wollte Frauen unterhalten. Vor allem sollte es jedoch ein Schulungsblatt sein, das zur Herausbildung eines kritischen Sozialbewusstseins beiträgt. Der Zusammenhang zwischen prinzipiellen gesellschaftlichen Fragen und persönlichen Lebensbedingungen, oft auch heute manchem nicht einsichtig, sollte aufgedeckt werden. Ab 1904 brachte die Zeitschrift verstärkt Beiträge, die die allseitige Selbstbildung für die Pflichten der Frauen als Hausfrau und Mutter zum Inhalt hatten. Erziehungshilfen in pädagogischen Beiträgen sollten dazu beitragen, die Chancen der in Arbeiterfamilien Heranwachsenden im Berufsleben zu verbessern.

[38:] Der von Zetkin damals charakterisierte Bildungsnotstand ist keineswegs überwunden. Weltweit haben 100 Millionen Kinder, davon 60 Millionen Mädchen, keinen Zugang zur Grundschulausbildung. Die UNO fordert, diesen Zustand bis 2012 zu beseitigen. Mindestens zwei Drittel der 900 Millionen erwachsenen Analphabeten in der Welt sind Frauen. Die Zahl der Analphabeten in Deutschland wird mit ca. 4 Millionen beziffert. Nach internationalen Einschätzungen sind in Deutschland bestimmte soziale Schichten in der Bildung benachteiligt. Es gibt wegen der Bildungsprivilegien, die in der DDR nicht existierten, einen engen Zusammenhang von Bildungsdefiziten und sozialer Herkunft. Die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund geht nur schleppend voran.

#### **1.4.4. Weitere Vorkämpferinnen für die Frauenrechte**

Viele Frauen engagierten sich für die Gleichberechtigung der Frauen im gesellschaftlichen Leben, verbunden mit einer allgemeinen Volksbildung, die auch Mädchen einschloss. Sie gehören alle zu den prägenden Traditionen für die spätere Entwicklung in der DDR. Ihr Vermächtnis sollte dort erfüllt werden. Greifen wir dazu das Wirken der Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung Anita Augspurg und Lida G. Heymann und das Wirken der Sozialistin Käthe Duncker (1871-1953), die ihre Erfahrungen noch in die frühe DDR einbringen konnte, heraus.

Augspurg und Heymann engagierten sich für eine gute Bildung aller Kinder. Sie bekehrten gegen die Männerherrschaft auf, organisierten Kongresse, um Frauen zum Kampf für ihre Rechte zu aktivieren. Sie hassten alle Formen von Kriegen, traten kühn gegen den sich formierenden und organisierenden Nationalsozialismus auf und führten ein selbstbestimmtes Leben ohne Rücksichtnahme auf gesellschaftlich geforderte Tabus. Mutig machten sie die Anfänge nazistischer Aktivitäten öffentlich und

forderten, dass auf der Grundlage der neuen Verfassung Schulunterricht im Geiste der Völkerverständigung erfolgen müsse. Sie blieben nicht bei Appellen an die Ob-[39:]rigkeit und die Öffentlichkeit stehen, sondern organisierten einige Jahre lang „Sommerschulen“. Schülerinnen und Schüler aus aller Welt trafen sich dabei mit Angehörigen der Frauen-Liga und Gästen zum Reden, Lernen und Erholen. Prominente Gäste diskutierten mit den Teilnehmer/Innen über unterschiedliche Themen. So berichteten Bertrand und Dora Russell aus London über ihre Reise durch China und Japan, Heinrich Vogeler über das Leben in der Künstlerkolonie Worpswede. Wissenschaftler/Innen vermittelten neue Erkenntnisse. Ökonomen setzten sich kritisch mit dem Kapitalismus auseinander. Augspurg und Heymann sprachen selbst über ihre politische Arbeit, wanderten mit Schülern/Innen, machten Musik und lasen abends am Kamin Märchen vor. In späteren Jahren waren Romain Rolland, Hermann Hesse, Albert Schweitzer und Pandit Nehru zu Gast.

Schon beherrschten Hunger, Inflation und rechte Gewalt das Leben in Deutschland. Antisemitismus ließ Juden um ihr Leben fürchten. Augspurg und Heymann wandten sich mit einer Vertreterin des Katholischen Frauenvereins und Frauen der Friedensgesellschaft 1923 an den bayrischen Innenminister, da sie in München lebten, und forderten mutig, dass der Kopf dieses Terrors, der Österreicher Adolf Hitler, aus Bayern ausgewiesen werde. Der Minister äußerte zwar Bedauern über Hitlers Gewalttaten, doch es war nicht zu übersehen, dass der ihm lieber war, als eine sozialistische Regierung. Empört fragte ihn Heymann, wie er wohl reagieren würde, wenn ein Kommunist aus Braunau in München die Massen aufhetzen würde. Darauf gab der Minister keine Antwort.

Die beiden Frauenaktivistinnen wurden durch diese und andere Aktionen zu unerwünschten Personen. Ihnen wurde mit Ermordung gedroht, wenn Nazis die Regierung übernehmen würden. In der nationalsozialistischen Presse waren Feministinnen automatisch Jüdinnen. Mit drei Hassworten wurden beide in der „Deutschen Zeitung“ charakterisiert: Jüdisch, international, pazifistisch. Später konfiszierten die Nazis das Vermögen der beiden Frauen. Sie konnten ihr Leben retten, waren jedoch fortan mittellos.

[40:] Käte Duncker, Sozialistin, engste Verbündete von Clara Zetkin, engagierte sich, wie die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, für die Bildung von Frauen. Als Lehrerin nahm sie sich vor allem der Mädchen an. Ihre Heirat zwang sie, aus dem Schuldienst auszuschcheiden, denn Lehrerinnen durften nicht heiraten. Danach wollte sie voll in der Sozialdemokratischen Partei wirken. Sie organisierte Kurse zur Ausbildung von Frauen als Agitatorinnen. Die Frauen lernten bei ihr, mit sachlichen Argumenten um ihre Rechte zu kämpfen. Der Erfolg hierbei beflügelte sie und führte zu weiteren Aktivitäten. Als im November 1896 wieder eine Hörererlaubnis für Frauen an der Universität Leipzig erteilt wurde, nutzte sie die Chance und besuchte soziologische und historische Vorlesungen. Ihre eigene Weiterbildung war ihr wichtig. 1899 publizierte sie die Broschüre „Über die Beteiligung des weiblichen Geschlechts an der Erwerbstätigkeit.“ Sie schrieb: „Statt weiblicher Streikbrecherkolonnen brauchen wir weibliche Gewerkschaftsmitglieder, statt der verdammt bedürfnislosigkeit der Arbeiterin einen Drang nach menschenwürdigem Dasein. Es wäre ebenso unrichtig, die Frauen in ihrer Berufstätigkeit beschränken zu wollen. Die Losung muß hier heißen: Aufklärung und Organisation. Die Gewerkschaften müssen in den Frauen sicheres Selbstvertrauen und den Stolz der Arbeit großziehen. Eine gesunde Entwicklung der Frauenarbeit wird allein erstrebt mit der Forderung: Gleichen Lohn für gleiche Arbeit.“ (Kirsch 1982, S. 8) Als Redakteurin der „Gleichheit“ kam ihr ihre reiche Erfahrung in der Erziehung und Bildung junger Menschen zugute. Sie gestaltete besonders die Beiträge für die Kinder- und Jugendbeilagen und fand damit großen Anklang bei jungen Leser/Innen. An ihren Mann Hermann Duncker (1874-1960) schrieb sie: „Die Arbeit der Beilagen liegt mir, glaube ich, ganz gut. Und man kann doch eine Menge Tüchtiges leisten bei einem Leserinnenkreis von 46.000 Personen. Gerade bei meiner Schulmeisterbefähigung.“ (Ebd., S. 77)

Dem Vorurteil, sozialistische Frauenrechtlerinnen hätten vor allem politische Aspekte im Blick und vernachlässigten die praktische Arbeit, widerspricht das Wirken von Käte Duncker. Sie wählte in ihren [41:] Artikeln oft die Form von Gesprächen, geführt in einer Arbeiterfamilie. Den Kindern von Proletariern wollte sie zwar Verständnis für den politischen Kampf, doch zugleich neue Erkenntnisse in den Naturwissenschaften und der Geschichte vermitteln. Eine Vielzahl ihrer Beiträge setzte sich

scharf mit Kinderarbeit auseinander. Insgesamt war die Varianzbreite ihrer Themen groß. Sie empfahl gute Kinderbücher, erteilte Ratschläge für die Kindererziehung, forderte den Mutterschutz, gab Hinweise, wie man sich als Konsument verhalten sollte, um nicht von „geschäftstüchtigen“ Händlern betrogen zu werden. Ihr stetiges politisches Engagement führte sie in die Kommunistische Partei. Überwachung, Haft, Besuch der Sowjetunion, Emigration in die USA waren weitere Stationen in ihrem Leben. Im Mai 1947 kehrten die Dunckers nach Deutschland in die SBZ zurück. Sie engagierten sich in der DDR für ein demokratisches Schulsystem, das kein Bildungsprivileg zuließ.

Es ist schon interessant, wenn der sozial bestimmte „*numerus clausus*“ in der DDR, der der Förderung von Arbeiter- und Bauernkindern diente, damit sich die Intelligenz nicht allein aus sich selbst heraus rekrutieren sollte, als Nachweis für Bildungsprivilegien angeführt wird. Sicher hat es bei der Zulassung zur Oberschule und zum Studium Fehlentscheidungen in der DDR gegeben, was konkret zu prüfen wäre. Erstaunlich ist es nur, wie viele Menschen aus kirchlichen Kreisen, die sich gegen Ende der DDR in Bürgerbewegungen organisierten, ihre offensichtlich nicht schlechte Ausbildung in der DDR erhielten. Die Bundeskanzlerin z. B. promovierte an der Akademie der Wissenschaften der DDR.

Viele Frauenpersönlichkeiten, die sich für die Gleichberechtigung von Frau und Mann in der Geschichte eingesetzt haben, wären noch zu nennen. Doch hier ging es vor allem um die prägenden Traditionen, die in die Entwicklung der DDR hineinwirkten. Die Anfänge der Forderung, Frauenrecht mit allen dazugehörigen Konsequenzen als Menschenrecht anzuerkennen, ist ein Maßstab, Ergebnisse des dabei in der DDR Erreichten daran zu messen.

[42:]

## **2. 100 Jahre Internationaler Frauentag: Erinnerung und Mahnung**

2010 begehen wir den hundertsten Geburtstag des Internationalen Frauentags. In der DDR war der 8. März ein wichtiger Tag, um Leistungen von Frauen zu würdigen. Das ist Grund genug, auf seine Entstehung zurückzublicken, seine Grundgedanken zu rekapitulieren und Aufgaben im Kampf für Gerechtigkeit gegenüber Leistungen von Frauen zu benennen. Das kann hier nur in groben Zügen erfolgen. Es könnte jedoch für Manche(n) eine Anregung sein, sich intensiver damit zu befassen.

### **2.1. Zu den Anfängen des Internationalen Frauentags**

Die Geschichte des Internationalen Frauentags ist spannend und widersprüchlich, mit Höhen und Tiefen verbunden. Unterschiedliche Interessen, vertreten durch verschiedene politische und wirtschaftliche Kräfte, stießen, und stoßen auch heute noch, aufeinander. Man agierte und agiert zustimmend oder ihn bekämpfend, mit Anerkennung oder Ablehnung auf einen Tag, der besonders die Probleme von Frauen thematisieren sollte und soll. (Wurms 1980, Scholze 2001) Zur Vorgeschichte des historischen Beschlusses, einen Frauentag zu begehen, gehörten erste Demonstrationen von Frauen in Amerika. Diese waren meist gewerkschaftlich organisiert. Ihnen ging es um menschenwürdige Arbeitsbedingungen, um Forderungen nach gleichem Lohn für Frauen und Männer, um kürzere Arbeitszeiten und um das Wahlrecht. Die Polizei ging brutal dagegen vor. Viele Frauen wurden verhaftet. Die Achtung vor dem Engagement dieser mutigen Frauen im Kampf um Menschenrechte dürfte einer der Ausgangspunkte gewesen sein, um am 20. Februar 1908 in allen Städten Amerikas, auf Beschluss [43:] der amerikanischen Sozialist/Innen, einen Frauentag feierlich zu begehen.

In Deutschland griff Clara Zetkin gemeinsam mit anderen Frauen, so Käthe Duncker, die Idee eines Frauentages auf. Sie sahen das als internationale Aufgabe. Vereinzelt Aktionen von engagierten Frauen und Männern sind zwar hoch zu achten und für Erfolge, ein bestimmtes Ziel zu erreichen, unverzichtbar, doch noch wichtiger sind Massenbewegungen. Sie machen auf ein Problem aufmerksam, das große Menschengruppen betrifft. Deshalb bemühten Zetkin und ihre Mitstreiterinnen sich, eine breite Basis unter den Frauen für den Kampf um ihre Rechte zu schaffen. Auf der II. internationalen sozialistischen Frauenkonferenz 1910 in Kopenhagen wurde nach gründlicher Diskussion der Beschluss gefasst: „Im Einvernehmen mit den klassenbewußten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder

jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Wahlrecht dient. Die Forderung muß in ihrem Zusammenhang mit der ganzen Frauenfrage der sozialistischen Auffassung gemäß beleuchtet werden. Der Frauentag muß einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten.“ (Dokumente 1975, S. 61).

Über die Frauenfrage gab es auch in den sozialistischen Parteien Auseinandersetzungen. So waren Angriffe von Gegnern der Gleichberechtigung zurückzuweisen. Diese gingen von einem abstrakten menschlichen Wesen aus und leugneten die Gleichwertigkeit von Frauen. Es ging sowohl um die Aufklärung über die Rechte der Frauen, als auch um die scharfe Zurückweisung unwissenschaftlicher Auffassungen. Edmund Fischer (1864-1925) war seit 1882 Mitglied der SPD und für sie Reichstagsabgeordneter. Er vertrat den Standpunkt, dass die sogenannte Frauenemanzipation der weiblichen und der menschlichen Natur widerstrebe, Unnatur und daher undurchführbar sei. Sein aufbrausendes Temperament erschwerte die mit ihm zu führenden Auseinandersetzungen innerhalb der Partei über öffentliche Äußerungen dieser Art. Eine derartige Haltung zu Beginn des [44:] zwanzigsten Jahrhunderts in der SPD war ein Rückfall, der alle Argumente von Zetkin, Duncker, Bebel u. a. ignorierte, sie als falsch und überflüssig denunzierte. Heftige Gegenreaktionen von ihnen waren das Echo auf Fischers Auftreten. Sie verstärkten ihre Anstrengungen für einen Internationalen Frauentag.

Am 19. März 1911, die Einigung auf den 8. März erfolgte erst später, fand nach dem 1910 gefassten Beschluss, der erste internationale Frauentag in Dänemark, Deutschland, Österreich und der Schweiz statt. Innerhalb kurzer Zeit gewann er große Bedeutung für die sozialistische Frauen- und generell für die Arbeiterbewegung. Massendemonstrationen ließen Frauen ihre Kraft spüren. Sie organisierten sich in der SPD und der Gewerkschaft. Plötzlich waren sie Akteure und nicht mehr unscheinbares Anhängsel von Männern. Der Aufbruch von Frauen in die Politik rief Gegenreaktionen der politisch Herrschenden hervor.

Vor dem Ausbruch des 1. Weltkrieges gab es eine Massenkundgebung zum Frauentag, an dem die Frauen unüberhörbar Frieden forderten. 1915 waren jedoch solche Kundgebungen nicht mehr möglich. In der „Gleichheit“ am 3. März 1916 rief Zetkin auf: „Genossinnen! Groß sind die Schwierigkeiten, stark die Hindernisse, die den Frauentagsveranstaltungen im Wege stehen. An euch ist es in erster Linie, den Erfolg der geschlossenen Veranstaltungen zu sichern. An euch ist es aber auch, den guten sozialistischen Geist in die Versammlungen zu tragen: Den Geist internationaler Solidarität. Den Geist des Friedens- und Freiheitswillens, der sich auf die Dauer nicht knebeln und töten läßt.“ (Brot & Rosen 1979, S. 88)

Forderungen, die am Internationalen Frauentag weltweit von Frauen, auch von einzelnen Männern, gestellt wurden, widerspiegeln ihre Sorgen und Nöte, den Wunsch nach Frieden mit der Beendigung des grausamen Krieges, generell den Kampf gegen die Diskriminierung von Frauen. Der Wunsch nach Frieden galt 1915 in Deutschland als Vaterlandsverrat. Demzufolge ging die Regierung gegen alle Friedensbestrebungen von Frauen mit brutaler Gewalt vor. Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Redeverbot, z. B. gegen Käthe [45:] Duncker ausgesprochen, Schutzhaft für Rosa Luxemburg, Verhaftung von Karl Liebknecht und seine gerichtliche Verurteilung, konnten die Friedensbestrebungen breiter Volksschichten jedoch nicht aufhalten. 1919 waren Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet worden. Selbst davor schreckten Reaktionäre nicht zurück, um ihre Interessen durchzusetzen. Lida Heymann und Anita Augspurg ergriffen die Initiative zur Einberufung einer Frauen-Friedens-Konferenz. Sie fand 1915 in Den Haag statt. Von den Kongressteilnehmerinnen wurde ein internationales Komitee für dauernden Frieden gegründet. Aus ihm ging später die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit“ hervor.

In Deutschland waren Streiks eine Gegenreaktion auf die Willkür der Herrschenden. Vor allem nach dem schrecklichen Hungerwinter 1916/1917 und den Notstandsverordnungen 1916, die der Aufrechterhaltung der Rüstungsproduktion dienen sollten, brachen die Streiks in Deutschland nicht mehr ab. Frauen mussten unter gesundheitsschädigenden Bedingungen in der Rüstungsindustrie arbeiten. Arbeitszeit-Begrenzungen existierten nicht. Der Lohn war gering und nicht gleich mit dem der Männer. Jetzt waren zeitweilig alle Reden verstummt, die der Frau nur die Mutterrolle auf den Leib schrieben.

War denn Mutterschaft von Frauen aus dem Volk überhaupt von Interesse für die jeweils Regierenden? Gegen die alleinige Mutterrolle der Frau war schon die Frauenrechtlerin Hedwig Dohm (1831-1919) zu Felde gezogen. Sie schrieb: „Übrigens würde ich erst daran glauben, daß dieser Einwand ernsthaft gemeint ist, wenn man Müttern aus dem Volk, 2/8 aller Mütter, einen Lebensunterhalt sicherte, der ihnen die Sorge für ihre Kinder als einzige Lebensaufgabe zu betrachten gestattet. Was dem einen Kind recht ist, ist dem anderen billig.“ (Dohm 1893, S. 251) „Feindseligkeiten von absoluten Gegnerinnen der Frauenfrage dürfen uns nicht Wunder nehmen“, schreibt sie über die, die meinten mit ihrem Leben als Hausfrau und Mutter zufrieden zu sein. „Wenn aber freidenkende Schriftstellerinnen, die selbst der Enge des Hausfrauentums entschlüpft, im goldenen Licht der Freiheit atmen, sich mit despotischer Heftigkeit gegen die Radikalen wenden, so machen [46:] sie sich einer Undankbarkeit sondergleichen schuldig, da sie doch schon die Früchte ernten von dem, was jetzt gesät, und wir haben das Recht, sie zurückzuweisen.“ (Dohm 2006, S. 168) Haben wir es in diesem Sinne nicht auch mit Undankbarkeit zu tun, wenn Frauen, die in der DDR die dort errungenen Rechte in Anspruch nahmen, um sich heute zu den Gegnern der DDR zu gesellen. Auf jeden Fall ist das umfassende Werk von Hedwig Dohm auch für die heutigen Leser/Innen von Interesse. (Dohm 2006 bis 2009) Viele Feststellungen Dohms zeigen die Aktualität ihrer Kritik und machen deutlich, wie langlebig sich tradierte Vorstellungen halten.

Gleichzeitig ist man erstaunt, wie phantasielos und Gegenargumente ignorierend, jeweils Herrschende ihre eigenen Interessen immer wieder mit fast gleichen Argumenten durchsetzen. Dagegen formierten sich immer wieder neue Kräfte. So hat der Kampf von Frauen gegen den § 218, der den Abbruch einer Schwangerschaft verbietet, eine lange Tradition. Er ist verbunden mit der Forderung nach Schwangeren- und Mutterschutz. Gegen den Paragraphen haben Frauen mit phantasievollen Demonstrationen ihren Protest, gerade auch am 8. März, in die Öffentlichkeit getragen. In vielen Ländern der Welt ist dieser Kampf gegen diese Entmündigung der Frau heute leider immer noch aktuell.

Die Festlegung des Datums 8. März für den Internationalen Frauentag erfolgte auf Beschluss der 2. Internationalen Konferenz der Kommunistinnen 1921 in Moskau. Damit wurden zugleich Massendemonstrationen von Frauen geehrt, die die Februar-Revolution in Russland und den Sturz des Zarismus einleiteten. Sie gehörten zu den Vorläufern der Sozialistischen Oktoberrevolution 1917. In Deutschland brachte die Novemberrevolution 1918 den Frauen das Wahlrecht. Ein Ziel des Frauentages war damit erreicht, doch die Gleichstellung mit dem Mann noch lange nicht Realität. Frauen waren während der Novemberrevolution aktiv am Kampf beteiligt, wurden in die Soldatenräte gewählt und formulierten aktiv ihre Ansprüche, als Menschen gleichberechtigt ins gesellschaftliche und politische Leben eingebunden zu werden. Nach der Niederschlagung der revolutionären Bestrebungen, eine Gesellschaft aufzubauen, die allen Menschen gleiche Entwicklungschancen garantiert, waren Frauentags-Feiern in Deutschland nur geheim möglich und ab 1921 direkt verboten. Für die Führung der Sozialdemokratie waren mit dem Wahlrecht für Frauen die Ziele des Internationalen Frauentages erreicht. Dagegen setzten sozialdemokratische Frauen sich zur Wehr. Auf dem Parteitag der Sozialdemokraten 1925 stimmte eine Mehrheit für die Beibehaltung des Frauentages. Im März 1926 fanden dann mehrere Frauenveranstaltungen statt.

## **2.2. Ein düsteres Kapitel: 1933-1945**

Nachdem sich immer mehr die Übernahme der Macht durch die Nationalsozialisten in Deutschland abzeichnete, formierte sich unter den politisch aktiven sozialdemokratischen, kommunistischen, pazifistischen und in der Friedensbewegung agierenden Frauen der Widerstand gegen die neuen Machthaber. Folgerichtig wurden die Frauentage 1931 und 1932 unter das Motto gestellt: Kampf gegen ein faschistisches Deutschland und Frieden für alle Völker.

Im Ergebnis der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten folgte die Verabschiedung einer Reihe von Gesetzen, die nicht nur die Abhängigkeit der Frau vom Mann wieder zementierten, sondern menschenfeindliche Aktionen rechtfertigten, Genannt sei hier das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“, das „

Reichsbürgergesetz“. Auf der Grundlage des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses wurden gleich in den ersten Jahren der Nazi-Herrschaft 10.000 behinderte Menschen umgebracht. Die anderen Gesetze waren Grundlage für Diskriminierung, millionenfache rassische Verfolgung von Frauen, Männern, Kindern und in vielen Fällen ihrer Ermordung. Der Holocaust gegen die Juden ist dabei ewige Mahnung für Humanisten in der Welt, Anfängen von rassistischen und generell menschenfeindlichen Erscheinungsformen vehement entgegenzutreten.

[48:] Viele Frauen unterordneten sich willig der Nazi-Ideologie und trugen dieses System mit. Dennoch ist die oft wiederholte Aussage, Frauen hätten vor allem Hitler gewählt, fragwürdig. Es ist nachweisbar, dass Frauen bis 1930 die Katholische Zentrumspartei und die Deutsch-Nationale Volkspartei, also mehrheitlich christlich und national-konservativ, wählten. Frauen stellten nur 6% der NSDAP-Mitglieder. Das sind weniger als 1% der gesamten weiblichen Bevölkerung. (vgl. Schad 2002, S. 19 f.). Hitler ist nicht vor allem durch Frauen an die Macht gekommen. Ihn wollten die Vertreter des in- und ausländischen Kapitals zur Durchsetzung ihrer Interessen.

In der Naziideologie wurde der Frau nahe gelegt, sich als „Mutter des neuen Lebens“, als „Hüterin des heiligen Feuers“ zu sehen. Die NS-Frauenschaft verkündete, dass sie gegen den jüdisch-marxistischen Geist und den Pazifismus entschieden kämpfen werde. Die Sachbearbeiterin für Kulturfragen in der Abteilung Frauenarbeit der Reichsleitung der NSDAP, Guida Diehl, brachte ihren Hass auf jede Form von Widerstand gegen das NS-Regime und gegen das Auftreten von Frauen in der Politik mit den Worten zum Ausdruck: „Wer einmal das Gekreis der Kommunistinnen und Sozialdemokratinnen auf der Straße, im Parlament, im Saal gehört hat, der weiß, daß sich dazu eine wahrhaft deutsche Frau nicht hergibt.“ Hitler trat seiner Sachbearbeiterin mit den Worten zur Seite: „Ein Frauenzimmer, das sich in politische Sachen einmischt, ist mir ein Greuel. 1924 tauchten bei mir die politischen Weiber auf ... sie wollten Reichstagsmitglieder werden! Völlig unerträglich wird es, wenn es sich um militärische Dinge handelt! In keiner Ortsgruppe der Partei durfte eine Frau auch nur die kleinste Stelle haben. Ich sage, neunundneunzig Prozent aller Beratungsgegenstände sind Männerdinge, die sie nicht beurteilen können.“ (Ebd., S. 28)

Gegen die Diffamierungen von Frauen nahmen politisch engagierte Frauen und Männer mit unterschiedlicher weltanschaulicher Grundhaltung den Kampf auf. Sie wandten sich gegen Menschenverachtung und Menschenvernichtung und traten für Frieden, Freiheit und Völkerverständigung ein. Viele haben das mit ihrem Leben bezahlt. [49:] Unter ihnen waren standhafte Humanist/Innen aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Dazu gehörten Intellektuelle, Künstler/Innen und Journalist/Innen. Neben Sozialdemokratinnen und Kommunistinnen kämpften namhafte Pazifistinnen mit Wort und Tat gegen den Nationalsozialismus. Zur breiten Front der Nazi-Gegner/Innen gehörten u. a. die Frauenrechtlerin Constanze Hallgarten, Leiterin der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ (IFFF), Erika und Klaus Mann, Oda Schottmüller, eine jüdische Malerin und Zeichnerin, die durch das Fallbeil starb, Christa von Hatvany-Winsloe, die standrechtlich erschossen wurde, Elfriede Scholz, Schwester des Schriftstellers Erich Maria Remarque, wegen defätistischer Äußerungen zum Tode verurteilt, Liselotte Herrmann, Kommunistin, die erste Frau, die im nationalsozialistischen Deutschland hingerichtet wurde, Hilde Coppi und viele andere Frauen und Männer, die ihr Eintreten für Frieden und Freiheit gegen ein menschenverachtendes System mit dem Leben bezahlten. Ihrer zu gedenken, bleibt ständige Verpflichtung und moralische Verantwortung. Die DDR nahm diese Mahnung sehr ernst.

Der 2. Weltkrieg konnte leider nicht verhindert werden. In den Jahren der Herrschaft des Nationalsozialismus gab es keine offiziellen Zusammenkünfte zum Frauentag. Der Sinn des Frauentags, zugleich ein Friedenstag zu sein, erfüllte sich in anderen Formen. So formierte sich Widerstand von Menschen, die aus unterschiedlichen weltanschaulichen Grundhaltungen für ihre Friedensideale eintraten. 1943 entstand beispielsweise das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ (NKFD) durch kommunistische Emigranten und deutsche Kriegsgefangene, von sowjetischen Staatsangehörigen unterstützt. Es wollte deutsche Soldaten an der Ostfront von der Aussichtslosigkeit eines deutschen Kriegsgewinns überzeugen und das Ende des Krieges schneller herbeiführen. Deutsche Exilanten in den USA reagierten auf diese Initiative. Unter ihnen waren Thomas und Heinrich Mann, Lion Feuchtwanger,

Bruno Frank, Bertolt Brecht, Hans Reichenbach, Ludwig Marcuse u. a. Sie veröffentlichten einen politischen Aufruf, in dem sie die Gründung dieses Komitees nachdrücklich begrüßten. [50:] Von besonderer Bedeutung war, dass sie damit dazu aufriefen, sehr genau zwischen dem Hitlerregime einerseits und dem deutschen Volk andererseits zu unterscheiden.

### **2.3. Frauentag als Friedenstag**

Am Ende dieses grausamen Krieges waren 60 Millionen Menschenopfer zu beklagen. Zerstörte Städte und Dörfer, Hunger, Elend, Flüchtlingsströme, kaputte Familien, Waisen, das waren die Hinterlassenschaften des Krieges in den Ländern, gegen die der Krieg geführt worden war. Am stärksten betroffen war die Sowjetunion. Nun fanden sich unterschiedliche Kräfte, um verstärkt ihren Friedenswillen zu bekunden und die Potenzen für Frieden, Freiheit und Solidarität zusammenzuführen. Politisch engagierte Frauen und Männer schufen internationale Verbände, die der Verständigung durch gegenseitiges Kennenlernen dienen sollten.

Zugleich ging es wieder um die Rechte der Frauen. Am 1.12.1945 bildete sich in Paris die Internationale Demokratische Frauenföderation (IDFF). Im Namen von 81 Millionen Frauen aus 41 Ländern gegründet, entwickelte sie sich im Laufe der Jahre zu einer bedeutenden Kraft im Kampf für Frieden, Demokratie, sozialen Fortschritt, für die Durchsetzung der politischen und sozialen Rechte der Frauen und das Glück der Kinder. Eine der Organisatorinnen und ihre erste Präsidentin war Eugenie Cotton (1881-1967), Professorin an der Sorbonne in Paris. Sie war eine bemerkenswerte Frau, die für ihren Widerstand gegen das Hitlerregime hohe Anerkennung erfuhr. In ihrer wissenschaftlichen Arbeit drückte sich mit der Ausarbeitung von Programmen für die Bildung und Erziehung von Mädchen ihr Engagement für die Menschenrechte von Frauen aus.

Viele Staaten zogen mit der Gründung der UNO aus dem 2. Weltkrieg die Schlussfolgerung, dass in einem solchen Gremium Streitfragen zwischen Gegnern mit friedlichen Mitteln einer Lösung zugeführt werden sollen. Die damals existierende Sowjetunion war federführend [51:] und brachte ihre Erfahrungen bei der Durchsetzung der Gleichberechtigung für die Geschlechter ein. 1946 entstand die Kommission „Zum Status der Frau“ als Funktionalkommission des Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC) der UNO. Sie hat Empfehlungen und Berichte für den ECOSOC über die Förderung der Rechte der Frauen auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem, kulturell-erzieherischem und familienrechtlichem Gebiet vorzubereiten. Außerdem soll sie Aktionsvorschläge zu dringenden Problemen, die ein unverzügliches Handeln mit dem Ziel der Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau erfordern, unterbreiten.

In der IDFF und in der UNO-Kommission zum Status der Frau habe ich seit den siebziger Jahren bis zum Ende der DDR bei der Lösung dieser Aufgaben mitgewirkt und dort die in der DDR gesammelten Erfahrungen im Gleichstellungsprozess der Geschlechter dargestellt. Dabei waren sowohl Erfolge, als auch Probleme, Fortschritte und Stagnationen, einschließlich der Rückschläge, zu kennzeichnen. (Hörz, H. E. 2009)

Die IDFF als wichtige nichtstaatliche Organisation (NGO) und die UNO-Kommission mit ihren Staatenvertretern übernahmen damit die Verpflichtung, alte verkrustete Strukturen, die die Frauen ihrer Menschenrechte beraubten, aufzuweichen. Das erforderte zugleich, sich mit der menschenverachtenden nationalsozialistischen Ideologie in den Köpfen von Menschen auseinanderzusetzen. Die Erfüllung dieser Aufgaben wurde und wird sehr unterschiedlich praktiziert. Während die IDFF in allen Jahren konsequent auf Friedenserhaltung gedrängt hat und dafür den Frauen Verantwortung auferlegt, begegnete mir in der UNO-Kommission doch wieder die These: Der Kampf um Frauenrechte ist von der Politik zu trennen. Es war deshalb immer ein Kraftakt der mit mir Gleichgesinnten aus den verschiedenen Kontinenten, den untrennbaren Zusammenhang zwischen Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden bei der Ausarbeitung von Dokumenten in der Kommission herzustellen, weil enorme Widerstände dagegen aufgebaut wurden. Dennoch habe ich als Vertreterin der DDR, mit Unterstützung der Sowjetunion, junger Nationalstaaten und Ent-[52:]wicklungsländern, eine Deklaration über die stärkere Einbeziehung von Frauen in den Friedenskampf in die Kommission erfolgreich eingebracht, die erst noch den Weg bis zur Verabschiedung durch die Vollversammlung der UNO zu

gehen hatte. Eine UNO-Konvention über die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung der Frau, an deren Ausarbeitung ich ebenfalls beteiligt war, fand die Zustimmung der UNO-Vollversammlung. So konnten nun auf Zusammenkünften zum Internationalen Frauentag, auf einer neuen juristischen Basis, die Rechte der Frauen eingeklagt werden. Das war ebenfalls von großer Bedeutung für die DDR, die mit der nationalsozialistischen Vergangenheit abzurechnen hatte und einen Neubeginn startete, um vergangenes Unrecht zu beseitigen und Bedingungen für die Gleichberechtigung zu schaffen.

In der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) wurde am 8. März 1946 erstmalig der Internationale Frauentag feierlich begangen. Im Zusammenhang mit dem Internationalen Jahr der Frau, das für 1975 ausgerufen wurde, richteten die Vereinten Nationen am 8. März 1975 zum ersten Mal eine Feier aus, um auf die existentiellen Fragen von Frauen und ihren Kindern in vielen Ländern der Welt aufmerksam zu machen. Die UNO-Dekade für die Frau von 1976 bis 1985 brachte ebenfalls Früchte in dieser Richtung. Basierend auf einer UNO-Resolution im Jahre 1977 beschloss die UNO-Vollversammlung 1977, dass der Internationale Frauentag jährlich offiziell als UNO-Feiertag begangen wird. Das Motto an diesem Tag ist: Frauen brauchen für ihre Gleichberechtigung Frieden und die Chance, an der sozialen Entwicklung teilzunehmen.

Waren die Feiern zum 8. März 1946 in der DDR noch dadurch bestimmt, dass die Mehrheit der Frauen ihn zum ersten Mal begingen, so begriffen viele erst allmählich die Bedeutung für ihr eigenes Leben. Im Verlauf der weiteren ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklung in der DDR hat die Anerkennung der Leistung von Frauen in der alljährlichen staatlichen Festveranstaltung zum 8. März eine große Rolle gespielt. Doch große Feiern sind das eine und die Arbeit vor Ort das andere. Das weiß ich selbst sehr gut, da ich [53:] sowohl mit Frauen im Betrieb zusammengearbeitet habe, als ich im Glühlampenwerk NARVA in Berlin tätig war, die Nöte schwangerer Studentinnen aus eigenem Erleben und als in der Universität Tätige kannte, oft Briefe nach Vorträgen mit persönlichen Hilferufen empfing und Berichte über Schwierigkeiten immer ernst nahm, um zu helfen, wo ich konnte. So wurde bei den Feiern zum 8. März in den unterschiedlichen Einrichtungen sicher nicht in allen Veranstaltungen der Bezug zur Tradition dieses Tages und zur Aufbaugeneration der DDR hergestellt. Das kann man zwar bedauern, doch es negiert nicht die Bedeutung dieses Tages für die Anerkennung der Gleichberechtigung, die in vielen Ländern der Welt noch nicht verwirklicht ist. Für deren Durchsetzung ist der Internationale Frauentag Erinnerung und Mahnung, sich weiter aktiv für die Frauen einzusetzen. Bis zum Ende der DDR wurde der 8. März feierlich begangen. Bis zum heutigen Tage lebt in vielen Familien, bei ehemaligen Bürger/Innen der DDR, diese Tradition weiter. Mit Blumen „bewaffnete“ Männer, die an diesem Tag zu beobachten sind, bestätigen das.

#### **2.4. Clara-Zetkin-Medaille: Mahnung und Ehrung**

Besondere Leistungen von Frauen in Industrie, Landwirtschaft, Handwerk, Wissenschaft, Kunst und Kultur wurden nach 1954 in jedem Jahr am 8. März mit der Clara-Zetkin-Medaille als staatlicher Auszeichnung geehrt. Woran sollte man sich erinnern? Welche Mahnung war zu beachten? Frauen waren nach 1945 in die harten Auseinandersetzungen um den Aufbau einer neuen gesellschaftlichen Ordnung voll eingebunden. Daran sollte am 8. März mit dem Gedenken an die Aktivitäten von Clara Zetkin und der Frauen, die aufopferungsvoll den Weg der DDR begleiteten, mit der Hervorhebung besonderer Leistungen von Frauen durch die Ehrung mit der Medaille gedacht werden.

[54:]

##### **2.4.1. Harte Auseinandersetzungen**

Ein gesellschaftlicher Neubeginn ist immer schwer. Wütende Attacken von Gegnern der neuen Ordnung im Osten Deutschlands, die antikapitalistisch und antimilitaristisch ausgerichtet war, waren abzuwehren. Enteignungen, Bodenreform und andere Maßnahmen, durch Volksentscheid gebilligt oder durch entsprechende Gremien verfügt, riefen Widerstände hervor. Der in Deutschland immer vorhandene Antikommunismus, verbunden mit Russenfeindlichkeit, untermauerte ideologisch die Gegnerschaft.

Dabei schreckten Feinde, man sollte es nicht vergessen, selbst vor großangelegter Sabotage und Mord nicht zurück. Nachdem Martha Brautsch, Leiterin der Frauenabteilung der Bezirksleitung der KPD

in Halle und Frauenausschuss-Vorsitzende der Provinz Sachsen, 1946 in Torgau über die Bedeutung des Internationalen Frauentages geredet und damit vielen Frauen Zuversicht vermittelt hatte, dass ihre Mitarbeit am gesellschaftlichen Neuaufbau unbedingt gefragt ist, wurde sie bei ihrer Heimfahrt nach Halle aus dem Auto gezerzt und auf grausame Weise umgebracht. Sie war erst 38 Jahre alt. Ihre Ermordung sollte Menschen davon abhalten, sich für ein Deutschland einzusetzen, das friedlich mit anderen Völkern leben, gerechte Beziehungen zwischen Frau und Mann herstellen und Kindern eine glückliche Zukunft garantieren wollte. Nationalsozialistisches Gedankengut existierte in der Zeit nicht nur in vielen Köpfen, sondern motivierte noch zu schrecklichen Taten. Vereintes Handeln fortschrittlicher Menschen konnte dafür nur die Gegenreaktion sein.

Wie bedrückend und erschreckend die Atmosphäre durch die ständige Hetze gegen die DDR, die von der BRD ausging, für viele Menschen war, schildert die bekannte Lyrikerin Eva Strittmatter in einem Interview, das 2008 publiziert wurde. Sie antwortete auf die Frage nach ihrer Sicht auf die DDR in den fünfziger Jahren: „Die DDR hätte sich nie alleine halten können. Das war auch 1956 so. Du kannst Dir nicht vorstellen, was für eine kritische Situation das war. Wir haben das hier in Schulzenhof hautnah erlebt. Was denkst du, [55:] wie häufig hier Ballons runtergingen aus Westberlin, mit Flugblättern, die speziell vom Ostbüro der SPD hierher geschickt wurden. Alle vier Wochen wurde verkündet, in vier Wochen geht die Sowjetzone ein. Die haben ja nicht von DDR gesprochen. Das war nur die Zone für sie. Das war so militant, und wir haben uns hier wirklich gefährdet gefühlt. 1956 hatten wir richtig Angst, denn hier draußen gab es schon Leute, von denen man ahnen konnte, die hätten uns aufknüpfen können. Die waren so verbissen in ihrer Feindschaft zum Staat.“ (Gutschke 2008, S. 65)

Nach 1990 war ich dann schockiert, als jemand als Bürgerin und Gegnerin der DDR in den Zeiten der Verfolgung von denen, die überzeugt der DDR als sozialer Alternative zum Kapitalismus dienten, öffentlich in einer Versammlung erklärte: „Wir hätten doch die Stabilität von Laternenpfählen überprüfen sollen.“ Offensichtlich hat sich der Hass, der die Feinde der DDR nach ihrer Gründung zu schrecklichen Taten antrieb, weiter vererbt.

Doch das ist nur die eine Seite der Geschichte, an die erinnert werden sollte, wenn eine Medaille, die den Namen Clara Zetkin trägt, am Internationalen Frauentag vergeben wurde. Die andere, die humane und positive, Seite ist das Wirken vieler Frauen im Sinne des Internationalen Frauentags als Friedenstag und als Mahnung, die Rechte der Frauen einzufordern.

Als in Sachsen im Juni 1946 ein Volksentscheid über eine entschädigungslose Enteignung der Betriebe von Kriegs- und Naziverbrecher und die Überführung dieser Betriebe in Volkseigentum durchgeführt wurde, beteiligten sich viele Frauen an dieser Aktion. Sie sahen in dieser Enteignung eine Voraussetzung, um im Frieden mit ihren Kindern leben zu können. Nachdem 77,62% aller daran Beteiligten mit „Ja“ gestimmt hatten, wurde dieser Ausgang des Volksentscheids in Sachsen zum Beispiel für alle Länder Ostdeutschlands. 1948 wurden dann die Werke der Konzerne IG-Farben, Siemens, Flick, Krupp und AEG in Volkseigentum überführt. Viele Frauen nahmen ideenreich an der Werbung von „Ja“-Stimmen teil.

[56:] Mit den politischen Parteien, vor allem der SED, aktivierte die Frauenorganisation, der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD), die Frauen immer wieder für bestimmte gesellschaftliche Tätigkeiten, um der Gleichberechtigung ständig näher zu kommen. Die für die Ausbildung als Richterinnen nach dem Krieg geworbene Lotte Leßig machte deutlich, wie schwer das Einsteigen von Frauen in Männerdomänen war. Oft verlangten Häftlinge, dass sie dem Richter vorgeführt werden wollten und nicht ihr, einer Frau. Es war eine harte Bewährung für sie, gleich in bedeutenden Strafprozessen gegen Nazi-, Kriegs- und Wirtschaftsverbrecher, Schieber und Spekulanten agieren zu müssen. Doch waren im Jahr 1948 in der DDR schon ca. 100 Frauen als Richterinnen oder Staatsanwältinnen tätig. (Geschichte des DFD 1989, S. 75)

Diese erste Frauengeneration im Osten Deutschlands, die nicht nur Wegbereiter für alle nachfolgenden Generationen war, hat unter vielen Opfern Hervorragendes geleistet. Ihnen am 8. März für ihre Leistungen Dank zu sagen, war das Anliegen der seit 1954 erfolgten Auszeichnung mit der Clara-

Zetkin-Medaille. Als ich nach dem Erscheinen meines Buches „Die Frau als Persönlichkeit“ (1968) und anderen Aktivitäten 1970 für meinen Einsatz für die Rechte der Frauen mit dieser Medaille geehrt wurde, dachte ich an die früher Geehrten und an die vielen Frauen, die mit ihrer Einsatzbereitschaft mir stets Vorbild waren.

#### **2.4.2. Ehrung für besondere Leistungen**

Wenn man über Frauen im Aufbruch berichtet, dann liefern die mit der Clara-Zetkin-Medaille Geehrten wichtige Beispiele für die Vielfalt der Aktivitäten. Zu den ersten Ausgezeichneten gehörten Frida Hockauf, Rosa Thälmann, Roberta Gropper, Käthe Kern, Wilhelmine Schirmer-Pröscher, Dr. Eva Schmidt-Kolmer, die Schriftstellerinnen Anna Seghers und Hedda Zinner sowie die Schauspielerin Helene Weigel. Einige dieser Frauen kannte ich persönlich und schätzte sie wegen ihres kompromisslosen Engagements für die Rechte von Frau-[57:]en. Diese Aktivistinnen der ersten Stunde kamen aus verschiedenen Tätigkeitsbereichen.

Wilhelmine Schirmer-Pröscher (1889-1992), die 1945 die LDPD und 1947 den DFD mitbegründet hatte, lernte ich als Mitglied des Präsidiums des Komitees zum Schutz der Menschenrechte kennen. Ausgebildet als Drogistin und Lehrerin, in beiden Berufen war sie tätig, engagierte sie sich in der DDR vorwiegend in gesellschaftlichen Organisationen. Sie war von 1949-1990 Abgeordnete der Volkskammer, Mitglied des Präsidiums des Friedensrates, Mitglied des Präsidiums der Liga für die Vereinten Nationen und des Komitees für Menschenrechte. Ihr Auftreten war für mich und andere stets ein Gewinn, da sie aus einem umfangreichen politischen Erfahrungsschatz schöpfte.

Hedda Zinner (1907-1994), Schriftstellerin, lernte ich zuerst durch das Schauspiel „Der Teufelskreis“ kennen. Danach las ich mit großem Interesse den Roman „Nur eine Frau“, der das Leben von Luise Otto Peters, einer Vorkämpferin für die Frauenemanzipation darstellte. In der Trilogie „Ahnen und Erben“ greift Zinner die Problematik des Weges von bürgerlichen Frauen auf, die gesellschaftliche Konventionen durchbrechen, um ihren Glücksanspruch an ein selbstbestimmtes Leben zu verwirklichen. Die Trilogie trägt autobiografische Züge. Der dritte Band „Fini“ fesselte mich besonders, weil er den widersprüchlichen Entwicklungsweg einer Schauspielerin darstellt, die in die kommunistische Partei eintritt und sich mit dem Faschismus auseinandersetzt. Ich verschlang die Bücher von Hedda Zinner sofort nach ihrem Erscheinen. Als ich später persönlich mit ihr in Kontakt kam, lernte ich sie als eine sympathische kluge Frau kennen, deren komplizierte Lebensstationen und Erfahrungen sie engagiert für den Aufbau einer neuen, an humanistischen Zielen orientierten, Gesellschaft eintreten ließen. Als ihr Buch „Auf dem roten Teppich“ mit Erinnerungen an ihren nicht einfachen Lebensweg erschien, gratulierten ihr mein Mann und ich telegrafisch und baten sie, weiter am roten Teppich zu weben.

Mit Prof. Dr. Eva Schmidt-Kolmer (1913-1991) bestritt ich gemeinsam viele wissenschaftliche Debatten zur Kindererziehung und [58:] ihren neuen Formen in der DDR. Aus der Londoner Emigration war die gebürtige Wienerin 1946 mit ihrem Ehemann in die SBZ übersiedelt. Hier hatte sie an der Ausarbeitung des Gesetzes für den Mütter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau mitgearbeitet. Danach setzte sie dieses Gesetz in verantwortlichen Ämtern in der Praxis um. Sie sorgte u. a. dafür, dass Einrichtungen für den prophylaktischen Schwangeren-, Mütter- und Säuglingsschutz aufgebaut wurden. 1952 promovierte sie über den Gesundheitsschutz für Mutter und Kind. Nachdem sie 1958 am Institut für Sozialhygiene über das Verhalten und die Entwicklung des Kleinkindes habilitiert hatte, übernahm sie als berufene Professorin die Leitung der Abteilung für Hygiene des Kindes. Da das Wohl der Entwicklung von Kindern ihr immer am Herzen lag, hatte sie besonders Kinderkrippen und Kindergärten darauf getestet, ob das angestrebte Ziel, altersgemäß Wissen zu vermitteln, aktiv die Gesundheit zu fördern, Spaß und Spiel nicht zu kurz kommen zu lassen, erreicht wird. Manchmal glaubten ja manche Mütter, sie müssten ein schlechtes Gewissen haben, wenn ihre Kinder nicht zu Hause aufwachsen. Mit den vorgelegten Untersuchungsergebnissen, publiziert in verständlich geschriebenen Büchern, konnte Schmidt-Kolmer das Gewissen dieser Mütter beruhigen. Mit eigenen Erfahrungen stellten sie dann meistens fest, dass ihre Kinder den Umgang mit anderen Kindern für die eigene Entwicklung nutzen konnten, sozialen und psychischen Gewinn davon hatten. Kinder

lernten in der Gruppe, Rücksicht auf andere zu nehmen, Freundschaften zu schließen und sich durchzusetzen. Mütter und Väter, die pädagogische Kenntnisse nicht durch die Zeugung und Geburt von Kindern erwerben, erhielten Hilfe für Erziehungsaufgaben. Natürlich geschieht das nicht im Selbstlauf. Eigene Anstrengungen und die Bereitschaft, sich helfen zu lassen, müssen von Seiten der Eltern vorhanden sein.

Anna Seghers (1900-1983) kannte ich nur aus der Literatur und von ihren öffentlichen Auftritten in der DDR, die ich stets interessiert verfolgte. Die aus einem jüdischen Elternhaus stammende Schriftstellerin hatte aus rassischen Gründen das nationalsozialistische Deutschland verlassen müssen. Nach Emigration in verschiedenen Ländern [59:] der Erde kehrte sie 1947 in den östlichen Teil Deutschlands zurück. Sie brachte sich gleich aktiv in das gesellschaftliche Leben ein. Sie war Vizepräsidentin des Kulturbundes, Mitglied des Präsidiums des Weltfriedensrates und wurde mit Gründung des Schriftstellerverbandes der DDR deren Präsidentin. Ehre und Verehrung erfuhr sie durch ihre schriftstellerischen Werke. So wurde ihr Buch „Das siebte Kreuz“ nicht nur zur Pflichtlektüre in Schulen, sondern unterstützte in breiten Bevölkerungskreisen der DDR auf seine Weise die Auseinandersetzung mit dem Faschismus. Zugleich setzte es Solidarität als wichtigen soziokulturellen Wert im gesellschaftlichen Zusammenleben, da es zeigt, wie auch unter lebensbedrohenden Umständen Menschlichkeit möglich ist. Die Erzählung „Aufstand der Fischer von St. Barbara“, der Roman „Transit“, die Erzählung „Der Ausflug der toten Mädchen“, der Roman „Das Vertrauen“ sind nur einige Titel, die großen Einfluss auf die Bewusstseinsentwicklung von Menschen in der DDR ausübten und von mir in Vorlesungen und Vorträgen als Belege für unterschiedliche moralische Verhaltensweisen in konkreten Situationen herangezogen wurden. Seghers wirkte weltweit. Sie war in vielen Ländern der Welt eine vielgelesene Autorin, die damit die DDR bekannt machte.

Helene Weigel (1900-1971) war eine Schauspielerin, die ihre Rollen nicht nur verkörperte, sondern lebte. Mein Mann und ich ließen keine Aufführung aus, in der sie Schicksale von Frauen dem Publikum nahe brachte. Das galt für die Stücke „Mutter Courage und ihre Kinder“, „Die Mutter“, „Der kaukasische Kreidekreis“, „Frau Flinz“ u. a. Sie hat vielen Generationen den Blick geschärft, über den Tellerrand des eigenen Erlebens hinaus zu sehen, Kriege als Mittel der Lösung von Konflikten zwischen Menschen abzulehnen, Gefühle von Müttern zu bedenken und aufgefordert, zwischenmenschliche Probleme mit Gefühl und Verstand zu lösen.

Die Regierung der DDR hat mit der Ehrung dieser Frauen durch die Auszeichnung mit der „Clara-Zetkin-Medaille“ nicht nur an hervorragende Leistungen einzelner Frauen gedacht, sondern deutlich gemacht, dass den Frauen das Recht zusteht, sich mit ihren Fähig-[60:]keiten und Talenten in eine gesellschaftliche Entwicklung ungehindert einzubringen. Eine sozialistische Gesellschaft kann es sich nicht leisten, das gilt jedoch ebenfalls für andere soziale Systeme, auf die Mitarbeit von Frauen zu verzichten.

[61:]

### **3. 1945-1949: Abrechnung und Neubeginn**

In der SBZ ab 1945 und ab 7. Oktober 1949 in der DDR war mit einem schwierigen Erbe fertig zu werden, was nicht in kurzer Zeit zu erledigen war. 1945, nach der bedingungslosen Kapitulation des faschistischen Deutschland vor den Alliierten, bestand eine fast ausweglose Situation auf allen Gebieten. Sechs Millionen Deutsche hatten im zweiten Weltkrieg ihr Leben gelassen. Hunderttausende Soldaten befanden sich in Kriegsgefangenschaft. Viele kehrten als Krüppel heim. Etwa jedes fünfte Kind hatte im Krieg seinen Vater verloren. Die Bevölkerung in Deutschland bestand zu mehr als 60% aus Frauen. Zerstörte Städte, verwaiste Kinder, Hunger, politische Orientierungslosigkeit beherrschten das Leben im Land. Frauen übernahmen zwangsläufig politische Verantwortung in dieser Situation.

#### **3.1. Aktivistinnen der ersten Stunde am Werk**

Nach Kriegsende bildeten sich Frauengruppen gegen den sozialen und politischen Notstand. Angeregt und organisiert wurden sie oft von den Frauen, die aus Konzentrationslagern und Emigration zurückgekehrt waren oder ihren aktiven Widerstand im Land überlebt hatten. Die politischen Aufgaben hießen: Versorgung mit Wasser, Renovierung von Schulen, Einrichtung von Kindergärten, Entbindungsheimen, Waisenhäusern u. a. m. 490.000 Kindern drohte Unterernährung, Kälte und Krankheiten. Manche Frauen und Kinder ernährten sich durch Diebstahl oder Prostitution. Zwar atmeten viele Menschen nach Kriegsende auf, doch nun standen sie orientierungslos der neuen Lebenssituation gegenüber. Es war eine komplizierte Aufgabe, der sich die Aktivistinnen der ersten Stunde stellten, wenn sie gegen Resignation, Panik und alleinigen individuellen Überlebenskampf Mut machten. Dem Leben war wieder ein Sinn zu geben. Es ging darum, [62:] die Not zu besiegen. Der Einsatz für die gesellschaftlich Schwachen, die Kinder, war zu organisieren. Die Aufgaben wurden mit umfangreichem organisatorischem Aufwand, mit Kraft und dem Glauben an die menschliche Lernfähigkeit, sich selbst wieder aus dem Sumpf zu ziehen, von mutigen Frauen und Männern angepackt. Trümmer auf der Straße und in den Köpfen waren zu beseitigen. Von den 30.000 Bauarbeitern in Berlin waren zwei Drittel Frauen. Die Trümmerfrauen wurden später in Berlin vor dem Roten Rathaus durch ein Denkmal des Künstlers Fritz Cremer (1906-1993) geehrt.

Um möglichst viele Frauen in den Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung einzubeziehen wurden auf Initiative der Kommunistischen Partei Deutschlands schon im Juli 1945 auf öffentlichen Frauenversammlungen antifaschistische Frauenausschüsse gebildet. „In diesen Ausschüssen, um die sich Elli Schmidt (KPD) und Käthe Kern (SPD) besondere Verdienste erwarben, arbeiteten fortschrittliche Frauen unterschiedlicher Herkunft, politischer und weltanschaulicher Überzeugungen zusammen.“ (Geschichte des Demokratischen Frauenbundes 1989, S. 46). Es ist interessant, den Lebensweg der beiden Initiatorinnen zu verfolgen, die aus KPD und SPD kamen, sich für die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien einsetzten und intensiv den Kampf um die Rechte der Frauen führten.

Elli Schmidt (1908-1980) stammte aus Berlin, lernte Schneiderin und arbeitete bis 1932 in diesem Beruf. Sie war seit 1926 im Arbeitersportverein Fichte und seit 1927 im Kommunistischen Jugendverband organisiert. Von 1932 bis 1934 qualifizierte sie sich auf der Internationalen Lenin-Schule der Kommunistischen Internationale in Moskau. Bis 1937 wirkte sie illegal für die KPD in Deutschland. Von 1935 bis 1946 war sie als einzige Frau Mitglied des Zentralkomitees der KPD. Von 1937 bis 1940 arbeitete sie für die KPD-Leitungen in Prag und Paris und lebte dann in der Sowjetunion, wo sie sich an deutschen Frauensendungen im Rundfunk beteiligte. Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland 1945 gehörte sie zu den Unterzeichnern des KPD-Aufrufes vom Juni 1945 für die Neugestaltung des Landes. Sie leitete als Vorsitzende den Frauenausschuss des Magistrats von [63:] Groß-Berlin. 1945/1946 gehörte sie der KPD-Landesleitung von Groß-Berlin an und war 1946 bis 1953 Mitglied des Parteivorstandes bzw. Zentralkomitees und des Zentralsekretariats der SED, sowie bis 1948 Stadtverordnete von Berlin. Von April 1946 bis Mai 1949 leitete sie gemeinsam mit Käthe Kern das SED-Frauensekretariat. Sie wurde 1947 Mitglied des DFD-Vorstandes und 1948 erste Vorsitzende des Demokratischen Frauenbundes Berlin (DFB) und 1949 erste Vorsitzende des DFD, war Mitglied der Exekutive bzw. des Rates der IDFF, von 1950 bis 1954 Abgeordnete der Volkskammer

und seit 1950 Kandidatin des Politbüros des ZK der SED. 1953 entthob man sie im Zusammenhang mit den scharfen Auseinandersetzungen um die Unruhen am 17. Juni 1953 (vgl. Herrstadt 1990) ihrer leitenden Funktionen in der SED und im DFD und schloss sie 1954 aus dem ZK der SED aus. Bis 1967 war sie Direktorin des späteren Deutschen Modeinstituts. Ihre Rehabilitierung erfolgte 1956 durch das ZK der SED.

Käthe Kern (1900-1985), schon als eine mit der Clara-Zetkin-Medaille 1954 ausgezeichnete Aktivistin der ersten Stunde erwähnt, war zur kaufmännischen Angestellten ausgebildet und arbeitete erst in der Landesversicherungsanstalt Hessen und dann beim Allgemeinen Freien Angestellten-Bund. Sie wurde 1919 Mitglied im sozialdemokratischen Jugendverband und trat 1920 in die SPD ein. Von 1928 bis 1933 war sie Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD in Berlin und leitete dort das Frauensekretariat. Im Juni 1933 wurde sie inhaftiert. Nach ihrer Freilassung im Juli 1933 war sie als Sekretärin tätig. Sie hatte dann Kontakte zu Widerstandsgruppen. Ab 1945 war sie Mitglied des Zentralkomitees der SPD in Berlin und Frauensekretärin der SPD. Als Befürworterin der Vereinigung von KPD und SPD wurde sie im April 1946 auf dem Vereinigungsparteitag in den Parteivorstand der SED gewählt und leitete paritätisch mit Elli Schmidt bis 1949 das Frauensekretariat der Partei. Sie war 1947 Mitbegründerin des DFD und bis 1949 eine der fünf ehrenamtlichen stellvertretenden Vorsitzenden. Sie blieb bis zu ihrem Tod Mitglied des Bundesvorstandes des DFD. Nach Abgeordnetentätigkeit im Landtag von Sachsen-Anhalt [64:] wurde sie 1949 in die Volkskammer gewählt. Sie übernahm 1957 den Vorsitz der DFD-Fraktion, die sie bis 1984 leitete.

Aus verschiedenen politischen Richtungen der Arbeiterbewegung kommend, setzten sich beide vehement für die Rechte der Frauen ein. Ihre Erfahrungen waren wichtig für die Organisation von Massenaktionen. Die Mehrheit der Frauen, die nach dem Kriegsende Frauenversammlungen besuchten, erlebten zum ersten Mal, dass man ihre aktive Mitarbeit beim Wiederaufbau eines neuen Lebens wünschte, erwartete und einpflanzte. Zögerlich setzten sie solche Anforderungen in Aktionen um. Das war ein erster Schritt, um sich als gleichberechtigter Mensch zu fühlen. Erste erfolgreichste und größte Aktionen der neu geschaffenen Frauenausschüsse in Berlin und anderen Teilen Ostdeutschlands waren die Kampagnen „Rettet die Kinder“ und „Volksweihnacht 1945“. Dafür wurden Sammelaktionen ins Leben gerufen, die alles nahmen, was für Kinder, und als Weihnachtsgeschenk für ältere Menschen, genutzt werden konnte. Mit großem Enthusiasmus wurden Nähstuben geschaffen. Allein in Berlin konnten 82.000 Kleidungsstücke für die Aktion „Volksweihnacht 1945“ angefertigt werden. In Heringsdorf, auf der Insel Usedom, erhielten 266 Kinder Spielsachen, warme Kleidung und Pfefferkuchen. In anderen Orten gab es ähnliche Aktivitäten. Für viele Waisenkinder wurden Adoptiveltern gefunden und ihnen damit wieder ein Zuhause gegeben. Um Umsiedler und Kriegsheimkehrer kümmerten sich die Frauenausschüsse ebenfalls. Das war Demokratie in Aktion und keine leere Worthülse. Es gab vielen Frauen neues Selbstbewusstsein, weil sie etwas bewirkten und veränderten.

### **3.2. Ein Lernprozess begann**

Selbst wenn Frauen aktiv an der Überwindung des Chaos', das der Krieg und die Nazi-Herrschaft hinterlassen hatten teilnahmen, bedeutete das jedoch nicht, dass sie sich bewusst waren, am Aufbau einer neuen sozialen Ordnung, eines qualitativ neuen Gesellschaftstyps [65:] mitzuwirken. Eine antifaschistisch-demokratische Ordnung sollte im Osten Deutschlands, in der SBZ, errichtet werden. Der Antifaschismus zeigte sich in der Genugtuung über das Ende des schrecklichen Krieges, nicht etwa in der Beseitigung jedes nationalsozialistischen Gedankenguts. Das war ein langer Prozess der Umwertung bisheriger Werte. Demokratie in Aktion praktizierte man. Ein demokratisches, neutrales Deutschland sollte es sein. Doch die Spaltung mit der Einführung einer neuen Währung in den westlichen Besatzungszonen und die Bildung der BRD führten in Ostdeutschland, in der SBZ, zur Gründung der DDR.

Es war die Aufbaugeneration der DDR, die, mit den Erfahrungen aus langen Kämpfen ausgestattet, Schwerstarbeit leistete, um mit dieser gesellschaftlichen Situation umzugehen. Eine davon war Liddy Kilian (1895-1972). Liddy hat sich schon vor 1933 politisch betätigt. In der Parteizentrale der KPD arbeitend, erlebte sie als junge Mutter oft Unverständnis bei einigen ihrer männlichen Kollegen, wenn

Mutterpflichten gegenüber Parteaufträgen Vorrang hatten. Clara Zetkin machte ihr Mut, ihre Anliegen öffentlich zu machen. Sie meinte zu ihr: „Du mußt schwimmen lernen, denn Du hast Schnauze und Verstand. Heute sprichst Du.“ (Frauenmosaik 2009, S. 35). Liddy Kilian wurde eine einfühlsame Rednerin, die mutig Nazis in öffentlichen Auftritten entgegen trat. Das brachten ihr Hass und Beschimpfungen durch die SA ein. Ihr Mann, ebenfalls aktiv in der KPD tätig, wurde verhaftet und starb 1940 an den Folgen der Folter, die er durch die SA erlitten hatte. Liddy Kilian schaltete sich 1945 gleich aktiv in das gesellschaftliche Leben ein. Sie wollte tatkräftig mithelfen, die Nachkriegsnot zu überwinden. Sie nutzte die eigene Erfahrung, um den Frauen, die oft allein mit ihren Kindern und ohne Beruf waren, Mut zu machen, sich am Aufbau einer neuen Gesellschaft zu beteiligen. Folgerichtig engagierte sie sich für die Arbeit der Frauenausschüsse. „Eine Frauenkonferenz im November 1945 wählte Liddy Kilian einstimmig zur Bürgermeisterin, was aber von der männerdominierten Antifa ignoriert wurde.“ (Ebd., S. 41) Bis zu ihrem Tod nahm sie aktiv am gesellschaftlichen Leben teil, trotz Blessuren, die ihr zugefügt wurden.

[66:] So vollbrachten viele Frauen und Männer für die DDR, manchmal unter Hohn und Spott ihrer Gegner und der noch Abseitsstehenden, Aktivistenleistungen in Industrie und Landwirtschaft. Das war die Voraussetzung für die nächste Generation, ein sorgenfreies Leben zu führen. Viele konnten sich später, darauf aufbauend, durch bezahltes Studium und Weiterbildung erforderliches Wissen aneignen, um gesellschaftliche Zusammenhänge besser zu erklären und bewusst verändern zu können.

Wie kompliziert und widersprüchlich die Entwicklung der SBZ und der DDR war, zeigt sich besonders an der Landwirtschaft. Die im September 1945 durchgeführte Bodenreform, die Landarbeitern, landlosen und landarmen Bauern, vor allem auch Umsiedlern, neue Lebensbedingungen schuf, brachte sofort Gegenaktionen von Großbauern und Gutsbesitzern hervor. Generell führte die Entwicklung in der DDR zu Angriffen, gesteuert durch Gegenpropaganda im westlichen Teil Deutschlands gegen alle Schritte, die beim Aufbau der Gesellschaft gegangen wurden. Das begünstigte politische und kriminelle Handlungen von den in der DDR lebenden Gegnern eines nicht kapitalistischen Weges.

Durch die Bodenreform erhielten Frauen, deren Männer gefallen oder noch in Kriegsgefangenschaft waren, Grund und Boden, um für ihre Kinder sorgen zu können. Die spätere Kollektivierung der Landwirtschaft zeigt, dass Widerstände gegen neue Entwicklungsschritte sogar dann auftreten, wenn sie den davon Betroffenen Vorteile (geregelt Arbeitszeiten, Urlaub, gesichertes Einkommen, kulturelle Erlebnisse u. a. m.) bringen. Frauen, denen diese Vorteile ja besonders zugute kamen, erkannten nicht unbedingt diese Arbeitserleichterungen für sich. Der DEFA-Film „Wege übers Land“ verdeutlicht diese Probleme und unterstützte Denkanstöße, um das Für-und-Wider der Genossenschaftsbildung gegeneinander abzuwägen. Eine sachlich-fundierte Darstellung der landwirtschaftlichen Entwicklung in der DDR bleibt anderen Autoren vorbehalten.

In den Frauenausschüssen arbeiteten Frauen aus der SPD, der KPD, der CDU, der LDPD, der Gewerkschaft und parteilose Frauen [67:] zusammen. Das war eine Schlussfolgerung aus der Geschichte, in der die Zersplitterung humanistischer Kreise das Erstarken reaktionärer Kräfte begünstigt hatte. Zugleich drückte sich darin das Bemühen aus, für Entscheidungen, die der gesellschaftlichen Entwicklung dienten, eine breite demokratische Mehrheit zu erhalten. Diese Orientierungen bestimmten die Gründung des Zentralen Frauenausschusses 1945 in Berlin. Zur Vorsitzenden wurde Elli Schmidt (KPD), zu stellvertretenden Vorsitzenden Toni Wohlgemuth (SPD), Hildegard Staehle (CDU) und Helene Beer (LDPD) gewählt. Eines ihrer intensiv verfolgten Ziele war die Gewinnung von Frauen für die Übernahme verantwortlicher Funktionen in Verwaltungsorganen und Ausschüssen. Das war nicht immer leicht. Manche Frauen scheuten davor zurück. Sie wollten sich zwar in konkreten Aktionen (Wärmestuben, Beheizung von Schulräumen, Arbeit in Nähstuben u. a. m.) betätigen, hatten jedoch noch nicht das nötige Selbstbewusstsein, um verantwortliche Funktionen zu übernehmen. Für sie waren das noch Aufgaben, die Männer zu leisten hatten. Ein altes Rollenverständnis über die unterschiedlichen Aufgaben von Frau und Mann spukte noch lange in vielen Köpfen herum und konnte erst mühsam mit Gegenargumenten, die wissenschaftlich fundiert und praktisch durch profilierte Frauen vorgelebt wurden, abgebaut werden.

### 3.3. Alle Kräfte bündeln!

Im April 1946 hatten SPD und KPD sich zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) zusammengeschlossen. Durch ein einheitliches Handeln sollte auch auf dieser Ebene die Kraft gebündelt werden. Zugleich ging es um eine einheitliche Frauenorganisation, über die noch genauer zu berichten sein wird. Durch sie und mit ihren Mitgliedern konnte der Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung und die Überwindung alter Klischees über das, was Frauen und Männer leisten können, unterstützt werden. In zahlreichen Initiativen wurde dieser Schritt vorbereitet. In einigen Parteien, z. B. [68:] der Christlich Demokratischen Union (CDU) und der Liberaldemokratischen Partei (LDPD) engagierten sich so hervorragende Frauen wie die schon erwähnte Wilhelmine Schirmer-Pröscher von der LDPD und Frieda Radel (1869-1959) von der CDU gegen Tendenzen, durch Bildung eigener Frauenorganisationen der Parteien wieder einer Zersplitterung von Frauenaktivitäten Vorschub zu leisten.

Frieda Radel gehörte zu dem radikalen Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung. Sie war Mitglied im Verein „Frauenwohl“, im „Hamburg-Altonaer Verein für Frauenstimmrecht“ sowie im „Bund für Mutterschutz“. Sie schrieb viele Artikel über Frauenfragen und die Frauenbewegung. Ihr Engagement für die Rechte der Frauen nach 1945 ergab sich für sie als selbstverständlich. Wilhelmine Schirmer-Pröscher habe ich, wie schon erwähnt, noch in Diskussionen als sachkundige Streithin für die Interessen von Frauen kennen gelernt. Sie gehörte dem Bundesvorstand des DFD seit 1948 an.

Der Zentrale Frauenausschuss berief ein Vorbereitungskomitee ein, dem 79 Frauen aus allen Kreisen der Bevölkerung angehörten. Mit einem Aufruf wandten sie sich an die gesamte Bevölkerung und forderten Stellungnahmen zu diesem Vorhaben. Über 200.000 Zuschriften gingen dem Vorbereitungskomitee zu. In ihnen wurde das Interesse an einer einheitlichen Frauenorganisation bekundet und der Wille zur Mitarbeit erklärt. Nachdem die Sowjetische Militäradministration Deutschlands (SMAD), die nach Besatzungsrecht zustimmen musste, ihr Einverständnis für die Gründung einer Frauenorganisation gegeben hatte, fand im März 1947 der Gründungskongress statt. Die Frauenorganisation wurde Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD) genannt. Die Zielstellung war, in schwesterlicher Verbundenheit, über Weltanschauung, Konfession und Beruf hinweg, zu helfen, Militarismus und Faschismus völlig auszumerzen und das Sehnen der Menschen nach Frieden zu verwirklichen. Im Gründungsdokument heißt es zu den Aufgaben:

„– gemeinsam alle reaktionären Bestrebungen zu bekämpfen, an der Beseitigung des faschistischen Gedankengutes mitzuarbeiten;

[69:]

- an der Förderung und dem Ausbau der staatsbürgerlichen und beruflichen Bildung und der Wirkungsmöglichkeiten für die Frauen teilzunehmen;
- dafür zu sorgen, daß in einer künftigen deutschen Verfassung die volle Gleichberechtigung der Frauen verankert wird;
- sich für die Schaffung gerechter, sozialer Lebensbedingungen einzusetzen;
- Einfluss auf das gesamte kulturelle Leben und auf die Erziehung der Kinder im Geiste des Humanismus und des Friedens zu nehmen;
- für die Zusammenarbeit mit der fortschrittlichen demokratischen Frauenbewegung aller Länder zu wirken.“ (Geschichte des DFD, S. 67).

Die Umsetzung dieser Verpflichtungen wurde zum Prüfstein für die Durchsetzung der Gleichberechtigung durch die Frauenorganisation in allen Phasen der Entwicklung der DDR.

### 3.4. Bildung tut not!

Wichtig war es, Bildung als Grundvoraussetzung für mündige Bürger zu vermitteln. Orientiert an den Arbeiten von August Bebel und Clara Zetkin und allen progressiven Denker/Innen der Vergangenheit sollte eine antifaschistisch-demokratische Schule in der SBZ einheitlich für alle Kinder sein. Die Trennung von Kirche und Staat wurde durchgesetzt, Mädchen und Jungen gemeinsam unterrichtet.

Einige kirchliche Mädchenschulen existierten weiter. Bereits im Herbst 1945 war der Schulbetrieb in der SBZ wieder aufgenommen worden. Kinder mussten von der Straße geholt werden, um einer weiteren Verwahrlosung entgegenzuwirken. Die neue Schule sollte sich nicht nur von der Nazi-Schule, sondern auch von der alten, durch Standes- und Elitedenken geprägten, Schule grundlegend unterscheiden. Sie war nicht nur Schule für alle Kinder des Volkes, sondern hatte die Aufgabe, in den Kindern den Geist des Antifaschismus, den Friedenswillen, den Humanismus-Gedanken und die Bereitschaft zur Freundschaft mit [70:] anderen Völkern zu fördern. Bestrebungen der Reformpädagogen, die sich stark für die Rechte der Kinder engagiert hatten, wurden aufgegriffen. So hatte sich z. B. die schwedische Frauenrechtlerin Ellen Key (1849-1926) vehement gegen die Drill- und Paukschule gewandt. Sie lehnte die Prügelstrafe ab.

Im Eilverfahren sollten alle Forderungen in Lehrplänen umgesetzt werden. Bereits im Herbst 1946 traten Pläne in Kraft, die einen anspruchsvollen Fachunterricht vorsahen. Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Deutsch und eine Fremdsprache (Russisch, da wir durch die Sowjetunion besetzt waren) wurden gleichermaßen an Mädchen und Jungen als Wissen vermittelt. Diese anspruchsvollen Lehrpläne waren vor allem durch junge Neulehrer/Innen, die in Schnellkursen ausgebildet wurden, auszugestalten. Erfahrene Pädagogen/Innen, die entnazifiziert worden waren, unterstützten sie. Oft waren Neulehrer/Innen nur etwas älter als ihre Schüler/Innen. Doch sie ersetzten mit großem Engagement die durch ihre Nazi-Vergangenheit belasteten Lehrer/Innen, die aus dem Schuldienst entfernt wurden. Unter den Neulehrern dominierten junge Frauen. Da ihnen in der Vergangenheit der Beruf der Lehrerin oft die einzige Chance bot, eine berufliche Tätigkeit auszuüben und damit materiell auf eigenen Füßen zu stehen, war keine große Hemmschwelle zu überwinden, um sie für diesen Beruf zu begeistern.

Viele Kinder hatten durch Krieg, Nazizeit, Hunger und Desorientierung beim Neubeginn körperliche, geistige und psychische Schäden davon getragen. Mit sozialpädagogischen Sondermaßnahmen war darauf zu reagieren. Es war keine leichte Arbeit für junge Lehrerinnen und Lehrer. Demokratie war ebenfalls zu lernen. Kinder und Jugendliche hatten für die Durchsetzung ihrer Rechte Kinder- und Jugendparlamente. Es wurde experimentiert. Lehrpläne änderten sich. Neue Methoden probierte man aus. Das war sicher nicht einfach für alle Beteiligten, doch insgesamt eine anspruchsvolle Herausforderung für die eigene Persönlichkeitsentwicklung.

Die Frauenorganisation unterstützte mit ihren spezifischen Mitteln die Schulumgestaltung. Einzelne Gruppen organisierten Elternsemi-[71:]nare und Leseabende, um die Mütter an klassische und neuzeitliche Literatur heranzuführen und über sie die Kinder für das Lesen von Büchern zu begeistern. Hiermit wurden zweifellos Erfahrungen aufgegriffen, die die Zeitschrift „Gleichheit“ unter Zetkin und Duncker gesammelt hatte. Der DFD aktivierte dabei die Kinder selbst, indem er z. B. Preisausschreiben über Berufswünsche ausschrieb. An einem habe ich mich beteiligt. Von der Generalsekretärin des DFD Maria Rentmeister (1905-1996) erhielt ich 1949 eine Karte, auf der sie mir mitteilte, dass ich einen dritten Preis erhalte und ein kleines Päckchen an mich abginge. Im Päckchen war ein Pullover für mich. Damals war das ein kostbares Geschenk. Meine Freude darüber war deshalb groß. Mein Berufswunsch, den ich erläutert hatte, war Lehrerin. Als Arbeiterkind habe ich die Ausbildungsmöglichkeiten der DDR genutzt und wurde Hochschullehrerin.

[72:]

## 4. Frauenförderung durch Forderung in der DDR

Die Frauenförderung in der DDR, stets verbunden mit gesellschaftlichen Anforderungen, durchlief verschiedene Etappen mit Aufbruchsphasen und wachsenden Hemmnissen, mit Erfolgen und Niederlagen. Geschichte ist nie eine Straße, auf der es nur vorwärts geht. Jede Entwicklung von Niedrigerem zu Höherem ist mit Stagnationen und Rückschritten (Regressionen) verbunden. Das gilt auch für die Durchsetzung von gleichen Rechten der Frauen in der DDR. Man kann insgesamt festhalten, dass sich unter den gesellschaftlichen Bedingungen der DDR ihre Frauen in der Mehrheit zu selbstbewussten und sich selbst verwirklichenden Persönlichkeiten entwickelt haben, was mit Beispielen noch zu belegen ist. Viele von ihnen fanden Befriedigung in ihrem Beruf, konnten Berufsleben und Familie vereinbaren, erlangten eine hohe Bildung, reiften zu verantwortungsbewussten und entschlossfreudigen Leiterinnen heran.

Das in der DDR vermittelte Ideal der Frauenpersönlichkeit entsprach den Forderungen, die schon lange auf Internationalen Frauentagen erhoben wurden. Es umfasste die Erfahrungen und Folgerungen der auf diesem Gebiet politisch, wissenschaftlich und kulturell Tätigen. Vor allem war es darauf gerichtet, Frauenrechte als Menschenrechte mit Rechtsnormen genauer zu fixieren, sie in der Wirklichkeit durchzusetzen, um die Selbstverwirklichung der Frauen in Gesellschaft, Beruf und Familie zu fördern. Doch Ideal und Wirklichkeit stimmen nicht immer überein. Zentrale, regionale und lokale Hemmnisse waren zu überwinden, denn nicht jede und jeder legten in ihrem Verantwortungsbereich die Gesetze und Verordnungen, die Beschlüsse und Maßnahmepläne, gleich aus. Es ist also zu differenzieren, was staatsgewollt und was hausgemacht war.

[73:]

### 4.1. Etappen der Frauenförderung

Wir können in der Frauenförderung der DDR von mehreren Etappen ausgehen, die wesentlich mit den vier Dekaden ihrer Existenz übereinstimmen. Entscheidend ist die Gründung der DDR mit ihrer ersten Verfassung, in der die Gleichberechtigung der Frauen verankert ist. Sie ist die Voraussetzung für die gesellschaftlichen Aktivitäten der 50er Jahre, gekennzeichnet vom Willen von Frauen, sich zu bilden, verantwortliche Positionen zu übernehmen, Familien zu gründen, bisheriges Unrecht zu überwinden. Eine gute Grundlage bot die bereits vollzogene Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu einer volksdemokratischen Ordnung, wie sie von den politischen Kräften und der Besatzungsmacht nach Kriegsende im Osten Deutschlands angestrebt wurde.

Nimmt man die Vorgeschichte und die Gründung der DDR als Basis für die Frauenförderung in der DDR, dann kann man die *erste Etappe* (Dekade) mit der *aktiven Rolle von Frauen im politischen und wirtschaftlichen Leben* und der *grundlegenden rechtlichen Normierung der Gleichberechtigung von Frau und Mann* in den fünfziger Jahren verbinden.

Die *zweite Etappe* (Dekade) umfasst die *Realisierung gesetzlicher Forderungen in den sechziger Jahren*. Am 31. April 1961 trat das „Gesetzbuch der Arbeit“ in Kraft, das besondere Rechte der werktätigen Frau und Mutter festschrieb. (vgl. Hovenbitzer 1978) Nun wurden Frauenförderungspläne gesetzlich vorgeschrieben. 1961 beschloss das Politbüro der SED ein Frauenkommuniqué. (vgl. Geschichte des DFD) Es sind also Verfassungsgrundsätze, umgesetzt in Rechtsnormen, und Verfassungswirklichkeit, praktiziert im täglichen Leben, in Beziehung zu setzen, um wesentliche Resultate und die oft nicht geringen Probleme bei der Frauenförderung in diesem Jahrzehnt aufzuspüren.

Die *dritte Etappe* (Dekade) ist durch die *sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung, ihre Ergebnisse, Schwierigkeiten und Konsequenzen in den siebziger Jahren* zu charakterisieren. Die SED beschloss auf dem 8. Parteitag 1971, nun unter Generalsekretär Erich [74:] Honecker, die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, nach der wirtschaftlich Erarbeitetes sozial wirksam umgesetzt werden sollte. Für Frauen und Familien wichtig war der 1971 gefasste Beschluss von Partei und Regierung über sozialpolitische Maßnahmen zur Förderung von Gleichberechtigung. 1972 nahm dann die

Volkskammer das Gesetz zur Geburtenreglung an. Es kam zu einem Geburtenboom. Maßnahmen zur Frauenqualifizierung auf allen Ebenen wurden beschlossen. Debatten über den Hausfrauenstatus fanden statt. Aus Zeitbudgetanalysen ergab sich die Notwendigkeit, mehr für die Technisierung der Hausarbeit zu tun.

Die *vierte Etappe* (Dekade) ist mit dem *erstarkten Selbstbewusstsein der Frauen in den achtziger Jahren* verbunden. Berufstätigkeit wird von vielen Frauen immer mehr als ein Bedürfnis empfunden, um der Enge des Haushalts zu entkommen, Verantwortung in einem größeren Rahmen zu übernehmen, an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen beteiligt zu sein und dabei das Glück der Familienbindung zu haben. Der Feminismus in doch sehr unterschiedlichen Schattierungen ist im Vormarsch. Neue verwirklichtbare und illusionäre Forderungen werden erhoben. Manches scheitert an der Reformunwilligkeit bestimmter Teile der Obrigkeit. Ignoranz der Traditionalisten, denen Bisheriges ausreicht, ist bemerkbar. Die Implosion des „real-sozialistischen Systems“ der DDR bereitet sich vehement seit der Mitte der achtziger Jahre vor.

Gehen wir nun auf diese Entwicklungsphasen der Frauenförderung in der DDR, auf die Ergebnisse, Konflikte, Lösungsmöglichkeiten und kontraproduktive Entscheidungen ein.

#### **4.2. Vorgeschichte: Widersprüchliches im Osten und Westen Deutschlands**

Die Frauenförderung in der DDR hat eine Vorgeschichte, die mit der widersprüchlichen Entwicklung im Osten und Westen Deutschlands und dem Kampf um die Rechte der Frauen verbunden ist. Im sow-[75:]jetisch besetzten Teil Deutschlands ging es darum, gesellschaftliche Grundrechte zu sichern. Dazu gehörten das Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit, auf Bildung und berufliche Ausbildung, Wohnraum und Gesundheitsfürsorge, die Gleichberechtigung der beiden Geschlechter, das Recht auf ein Leben im Frieden. Das wurde von den nun herrschenden politischen Kräften sofort nach dem Kriegsende in Angriff genommen. Zwar verstanden nicht alle Männer und Frauen gleich die historische Tragweite solcher Veränderungen und anerkannten sie nicht als wichtigen Schritt zur Durchsetzung von Demokratie und Freiheit, doch es war die Voraussetzung dafür, mit Gesetzen und Verordnungen, mit Aufklärung und Maßnahmen, die erste Stufe auf dem Weg zur Durchsetzung der Rechte von Frauen auf dem Gebiet der DDR zu erreichen. Frauenrechte als allgemeine Menschenrechte zu erfassen und dazu entsprechende Gesetze zu erlassen, im Interesse des schrittweisen Abbaus der Diskriminierung von Frauen. Menschenrechte umfassen die volle Verwirklichung aller Bürgerrechte, also der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte.

Die Sowjetunion forderte als Besatzungsmacht Anstrengungen in dieser Richtung und unterstützte alle Kräfte, die gewillt waren, die gesellschaftlichen Veränderungen in einer volksdemokratischen Ordnung mit zu tragen. Sie setzte mit den erlassenen Anordnungen die in der Antihitlerkoalition im Potsdamer Abkommen übernommenen Verpflichtungen um. Der deutsche Faschismus und Militarismus war mit der Wurzel auszurotten. Außerdem sollte das deutsche Volk bei der Errichtung eines friedliebenden demokratischen Staates Unterstützung erhalten. Die anderen Siegermächte taten das nur halbherzig. Im Osten Deutschlands wurden alle Initiativen, die von Parteien, Organisationen und dafür engagiert eintretenden Persönlichkeiten in Vorschlag gebracht wurden, aufgegriffen und nach Prüfung ihrer Berechtigung gefördert. Das existierende Chaos, Hoffnungslosigkeit, Kriminalität, Hunger, Wohnungsnot, Schwarzmarktgeschäfte sollten überwunden werden, um das Leben wieder zu normalisieren.

Die Sowjetunion (SU) hatte, was auf die anderen Siegermächte nicht unbedingt in gleichem Umfang zutraf, die umfassenden Zerstö-[76:]rungen im eigenen Land zu überwinden. So sind die vom Osten zu leistenden Reparationen zu erklären, die in weiten Teilen die Infrastruktur zerstörten. Nach Berechnungen von Experten hätte die DDR dafür Leistungen der BRD, die von Reparationen verschont wurde, verdient, denn nicht die Bevölkerung der DDR hat die Kriegsschäden in der SU allein verursacht, für die sie nun zu zahlen hatte. Praktische Hilfe leistete die SU der DDR jedoch auf allen Gebieten. Gestützt auf eigene Erfahrungen beim Kampf um die Rechte der Frauen, besonders schwierig in ländlichen Bereichen und in den Regionen, in denen der Islam einen spezifischen Wertekanon ausgeprägt hat, legten die Verantwortlichen aus der SU, im Einklang mit den Forderungen deutscher Humanist/Innen,

besonderes Augenmerk auf die Förderung von Frauen. Das berücksichtigte sowohl die Tatsache, dass die Frauen die Bevölkerungsmehrheit bildeten, als auch die Erfahrungen im Heimatland.

Schon am 17.8.1946 erließ die SMAD den Befehl 253. Er forderte: Gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit, unabhängig vom Geschlecht. Das war ein erster Schritt zur Überwindung der Ungerechtigkeit gegenüber den Frauen. Von besonderer Bedeutung war, dass unmittelbar nach Kriegsende das nationalsozialistische Ehegesetz vom 8. Juli 1938 aufgehoben und Eheschließung und Eheauflösung mit dem Kontrollratsgesetz Nr. 16 neu geregelt wurden. Jedoch waren für die Frauenrechte und die Förderung der Familien relevante Bestimmungen erst noch zu definieren und auszuarbeiten. Doch schon mit der Aufhebung des reaktionären, frauenfeindlichen nationalsozialistischen Ehegesetzes war die Frau nicht länger Untertan des Mannes, sondern eine eigenständige Person, die sich selbst verwirklichen konnte.

Für die praktische Umsetzung gefasster Beschlüsse waren alle Kräfte in der Bevölkerung zu mobilisieren. Der Neubeginn im Osten Deutschlands, nach der menschenfeindlichen Nazi-Herrschaft, wäre ohne die demokratische Mitwirkung politischer Parteien und Organisationen, ohne die Bodenreform- und Entnazifizierungskommissionen, ohne die wieder entstandenen Konsumgenossenschaften, die Volkssolidarität, die Betriebsräte, die dann vom Freien Deutschen [77:] Gewerkschaftsbund (FDGB) übernommen wurden, die Schülerräte, deren Interessen dann die Leitungen der Freien Deutschen Jugend (FDJ) wahrnahmen, nicht machbar gewesen. Unter den Massenorganisationen kam der Frauenorganisation eine große Bedeutung zu. Frauen leisteten eine umfangreiche Arbeit.

Diese breite Basisdemokratie wurde im weiteren Verlauf der Entwicklung im Osten Deutschlands leider nicht in dieser Form weiter gestärkt und ausgebaut. Zwar gab es weiter demokratische Strukturen, wie Debatten um Verfassung und Gesetze, um Kandidaten der Nationalen Front für die Wahlen, zur Vorbereitung von Beschlüssen der Parteitage der SED u. a. zeigen. Kritik aus der Bevölkerung nahm die Obrigkeit, besonders vor Wahlen, sehr ernst. Manche Hausgemeinschaften organisierten solidarisch ihr Zusammenleben. Doch das hebt nicht auf, dass diese positiven Demokratieerfahrungen mit dem demokratischen Zentralismus gekoppelt waren, der immer mehr zum Zentralismus verkam.

In Westdeutschland gingen antifaschistische Kräfte mit dem gleichen Elan, wie im Osten, an die Überwindung der materiellen und geistigen Hinterlassenschaft des nationalsozialistischen Deutschlands. Dennoch verlief die Entwicklung anders. Auch hier waren vor allem Frauen nach dem Krieg in der Pflicht, die Trümmer auf der Straße, in Betrieben, in der Politik und in den Köpfen wegzuräumen, aber die alliierten Besatzungsmächte honorierten ihren Einsatz nicht durch Erlass von Gesetzen, die ihre Gleichberechtigung einleiten sollten.

Erst einmal wurden alle Bestrebungen, Deutschland als einen einheitlichen, friedliebenden Staat aufzubauen, unterlaufen. Im Juni 1948 fand im westlichen Teil Deutschlands eine Währungsreform statt. „Die Grundzüge der Währungsreform waren von den Amerikanern ausgearbeitet worden, in Amerika war auch das neue Geld gedruckt worden. Offenbar kam der Zeitpunkt der Währungsumstellung für sie (die Behörden der sowjetisch besetzten Zone) überraschend, denn es waren keine neuen Banknoten vorhanden. Statt dessen mußten die Reichsmarkscheine mit schnell gedruckten Coupons beklebt werden, Späßvögel taufte das Geld ‚Tapetenmark‘.“ (Pötzsch 1998, S. 63) [78:] Nachdem am 7. September 1949 die Gründung der Bundesrepublik (BRD) erfolgt war, die alten kapitalistischen Grundlagen wieder restauriert wurden, stellten sich tendenziell auch die alten Verhältnisse in Familie und Beruf wieder ein. Die regierenden Parteien CDU, FDP und DP hatten kein Frauenprogramm, das die Überwindung der ungleichen Behandlung von Frau und Mann in Beruf und Familie zum Anliegen machte. Im Parlamentarischen Rat gab es ein monatelanges Tauziehen um den Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes, der lautet: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Bis 1953 sollten alle dem Grundgesetz zuwiderlaufenden Gesetze und Bestimmungen aufgehoben sein. Das wurde jedoch nicht realisiert. Das Gleichberechtigungsgesetz trat in der BRD erst 1957 in Kraft. Es räumte dem Mann das Recht ein, in strittigen Familienfragen zu entscheiden. Dass dabei zusätzlich noch immer eine Kluft zwischen Realität und Wirklichkeit existiert, wissen wir aus eigener gesellschaftlicher Entwicklung.

### 4.3. Gründung der DDR und die Gleichberechtigung von Frau und Mann

Nach der Gründung der BRD, was der Absage an eine gemeinsame Entwicklung von Ost und West gleichkam, entstand am 7. Oktober 1949 die DDR. Es gehörte zu den humanistischen Idealen ihrer Gründer- und Aufbaugeneration, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Verfassung zu verankern, um sie als Aufgabe konkret zu lösen. So lautet der erste Halbsatz des Artikels 7 der ersten Verfassung der DDR: Frau und Mann sind gleichberechtigt. Über dieses wichtige Bekenntnis hinaus wurde 1949 der Verfassungsartikel 18 ebenfalls verabschiedet, der den Weg zur Verwirklichung der Gleichberechtigung zeigte: „Durch Gesetze der Republik werden Einrichtungen geschaffen, die es gewährleisten, dass die Frau ihre Aufgabe als Bürgerin und Schaffende mit ihren Pflichten als Frau und Mutter vereinbaren kann.“ Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstanden, waren aufgehoben. [79:] Mit sozialer Sicherheit, Vollbeschäftigung, allgemeiner Volksbildung, Gleichstellung der Geschlechter waren soziale Werte gesetzt, die zwar ständig neu auszugestalten waren, doch als gesetzliche Vorgaben erst einmal existierten, die nun durch angestrengte Arbeit, eigenes Bemühen der betroffenen Frauen und Männern eingeschlossen, immer wieder neu umgesetzt werden konnten und mussten.

Im Jahre 1949 hatten nur 5 Prozent der Arbeiterinnen in der DDR einen fachlichen Abschluss. Es gab also einen großen Nachholbedarf, um Frauen größere Chancen für einen beruflichen Aufstieg zu ermöglichen. Der Wert beruflicher Tätigkeit für die Persönlichkeitsentwicklung war politisch aktiven Frauen und Männern klar, doch nicht der Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung. Viele engagierten sich für die Trümmerbeseitigung, für verwaiste Kinder, für den Schulunterricht von Kindern, für Schulspeisung und vieles mehr, aber das war noch keine Entscheidung für oder gegen einen neuen Gesellschaftsaufbau. Anfänglich war in den Köpfen einer Mehrheit von Menschen keine Klarheit darüber vorhanden, dass es noch in keinem bisherigen deutschen Staat solche umfassenden Rechte und Möglichkeiten für Frauen und Mütter, gesetzlich fixiert, gegeben hatte, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und es mit zu gestalten. Eine immense Aufklärung war als Überzeugungsarbeit durch Parteien und Organisationen erst noch zu leisten. Es gab Fortschritte und Rückschritte bei der Bewusstseinsbildung. Nicht wenige Rückschläge der verschiedensten Art waren dabei zu verkräften. Manche fortschrittlichen Kräfte, die theoretische Kenntnisse über Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung gerade erst erworben hatten oder noch erwarben, um sie praktisch umzusetzen, machten bei ihrem Lernprozess Fehler durch Übertreibungen und ungenügendes Eingehen auf historisch entstandene Vorurteile im Umgang mit Andersdenkenden, die eventuell veralteten und nun überholten Rollenklischees verhaftet waren. Insgesamt war das für Initiatoren, Beteiligte und Betroffene eine spannende und komplizierte Zeit.

Immerhin verlief die Entwicklung der DDR nicht nach inneren Vorgaben allein, etwa unter einer schützenden Glocke. Es gab viele [80:] Außeneinflüsse. Störaktionen durch westliche Agenten behinderten den Aufbau. Es erfolgte eine gezielte Abwerbung von gut ausgebildeten Fachkräften. Die in der DDR subventionierten Waren, z. B. Kinderkleidung, wurde in großem Maße mit einem für die DDR-Wirtschaft schädlichen Umtauschkurs von West- in DDR-Mark aufgekauft. Embargo-Listen für dringend benötigte Güter aus dem Ausland existierten. Warenlieferungen an die DDR wurden oft ausgesetzt. Der ideologische Einfluss über West-Rundfunk und dann das Fernsehen gegen die DDR waren stark. Werbung und Erzählungen aus der BRD vermittelten das Ideal einer glücklichen wohlhabenden Familie mit gut erzogenen Kindern, einer zufriedenen Hausfrau, technisch hochwertigen Haushaltsgeräten und nicht selten mit Dienstboten. Schein und Sein zu unterscheiden, fiel manchen in der DDR Sozialisierten schwer.

Hinzu kamen die schon erwähnten Reparationsleistungen, die an die SU zu begleichen waren. Sie belasteten die junge Republik sehr. Belegen wir das mit einem Vergleich. Im Handbuch „Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000“ heißt es dazu: „In den Westzonen gingen von 1945 bis 1948 etwa 3 Prozent der industriellen Kapazitäten von 1944 durch Demontagen verloren, in der SBZ dagegen 30 Prozent. Rechnet man den Demontageverlusten die Kriegsschäden und den Verschleiß hinzu, verblieben der ostdeutschen Wirtschaft 1948 kaum 50 Prozent der Kapazitäten des Jahres 1944.“ Manchem westdeutschen Politiker war klar, was das für den Vergleich zwischen Ost und West bedeutete.

Wenn die BRD ihren Anteil an Reparationen an die SU hätte beitragen müssen, dann, so Franz Josef Strauß, hätte das den „wirtschaftlichen Aufstieg der Bundesrepublik um Jahre zurückgeworfen, ja unmöglich gemacht.“ (Zitate in: Wenzel 2008, S. 12 f.)

Werner Eberlein (1919-2002), der 1934 in die SU emigrierte, acht Jahre Verbannung in Sibirien erlebte und später Politbüromitglied der SED war, setzt sich mit der Problematik ebenfalls auseinander, beleuchtet jedoch einen anderen Aspekt. Die Berechtigung von Reparationsleistungen war nach seiner Meinung bei der Mehrheit der deutschen Bevölkerung nach den bekanntgewordenen furchtbaren [81:] Zerstörungen durch kriegführende Truppen in der Sowjetunion anerkannt. Die Frage war jedoch, wie sie erbracht wurden. „In der sowjetischen Führung gab es zu dieser Frage unterschiedliche Ansichten. Anastas Mikojan plädierte nur für Warenlieferungen, während Georgi Malenkow auf Demontage von Betrieben und Lieferungen bestand und seinen Standpunkt auch gegenüber Stalin durchsetzte. So wurden rund 2500 Betriebe demontiert und dadurch die Industrieproduktion auf 50 Prozent des Standes von 1936 reduziert. ... Reparationen und Besatzungsgeld beliefen sich ohne Besatzungskosten pro Einwohner der BRD auf 23 Reichsmark, in der DDR auf 1349 Reichsmark. Grundlage der Berechnung waren die Preise von 1944.“ (Eberlein 2009, S. 205) Eberlein belegt zugleich, dass die Hilfe für die BRD durch den Marshall-Plan und weitere Maßnahmen sowohl politisch durch die Angst führender Politiker wie Harry S. Truman und Winston Churchill vor dem Kommunismus, als auch ökonomisch zur Rettung der Konzerne in den USA begründet war. 1947 verkündeten die USA in der Truman-Doktrin den weltweiten Kampf gegen den Kommunismus. Sie waren entschlossen, der internationalen Ausdehnung des kommunistischen Einflusses mit wirtschaftlichen und militärischen Mitteln energisch entgegenzuwirken.

Bei der nach der deutschen Wiedervereinigung von den politisch Herrschenden forcierten Kritik an der DDR werden die Ausgangsbedingungen ignoriert, die Zielvorstellungen der Gründer der DDR und die enormen Anstrengungen der Aufbaugeneration diffamiert und die eigenen Überlegungen aus der damaligen Zeit vergessen und kritische Aussagen nicht öffentlich wieder ins Bewusstsein gehoben. Es ist jedoch wichtig, dass alle diese genannten Faktoren als Hintergrundwissen mit im Blick sein müssen, wenn die Leistungen der DDR in ökonomischer, politischer und sozialer Hinsicht heute bewertet werden. Das darf auch bei der Einschätzung des in der Gleichberechtigung Erreichten nicht ausgeklammert werden.

[82:]

#### **4.4. Bedingungen und Frauenaktivitäten in den fünfziger Jahren**

Die Entwicklung der DDR in den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts, verbunden mit den großen Leistungen von Frauen, erfolgte in der Ökonomie unter besonders komplizierten Bedingungen. Die ehemals einheitliche deutsche Wirtschaft wies nach der Spaltung große Disproportionen auf, die sich nun verschärften. Die DDR blieb auf wichtigen Gebieten stark auf den Import von Rohstoffen, Materialien, Maschinen, Ausrüstungen und Ersatzteilen aus der BRD angewiesen. Handelsboykott, Wirtschaftsspionage, gezielte Sabotage, Rohstoff- und Warenschiebungen sowie Währungsspekulationen über die offene Grenze verstärkten wirtschaftliche Schwierigkeiten. Es sind also, wie betont, auch in dieser Entwicklungsphase die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu beachten, wenn man die Frauenaktivitäten in den fünfziger Jahren der DDR betrachtet.

##### **4.4.1. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen**

1952 war auf der II. Parteikonferenz der SED der Aufbau des Sozialismus in der DDR verkündet worden. Das erweckte große Erwartungen. Doch sie wurden enttäuscht. Administrativ durchgeführte Normerhöhungen in der Produktion, Preiserhöhungen infolge des Wegfalls staatlicher Subventionen und Fahrpreiserhöhungen bei der Reichsbahn waren Maßnahmen von SED und Regierung als Reaktion auf die provozierten wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Sie lösten jedoch Unzufriedenheit und Missstimmung unter der Bevölkerung aus. Es gab Kritik vom Präsidium der KPdSU am fehlenden Realitätssinn der SED-Führung, die in Moskau den eingeladenen Politbüro-Mitgliedern mit der Aufforderung zur Kenntnis gegeben wurde, den Kurs zu korrigieren. (Herrnstadt 1990) Daraufhin wurden

Anfang Juni 1953 mit dem propagierten „Neuen Kurs“ nicht genügend durchdachte und fehlerhafte Entscheidungen wieder aufgehoben. Eberlein bemerkt dazu: „Die Kritik der KPdSU an der SED offenbarte auch, [83:] dass sich im Kreml wieder einmal diejenigen durchgesetzt hatten, die nach wie vor auf ein einheitliches, neutrales Deutschland setzten, Das blieb den Mitgliedern der SED natürlich verborgen, offenkundig aber auch den Politikern der BRD, es sei denn, man geht davon aus, dass Bonn weiter auf die Formel vom halben, aber sicheren Deutschland setzte.“ ( Eberlein 2009, S, 249) Das war offensichtlich der Fall, wenn man berücksichtigt, wie in der BRD gegen die Kräfte, darunter nicht wenige Frauen, vorgegangen wurde, die ein neutrales friedliches Deutschland forderten.

Trotzdem die kritisierten Maßnahmen mit dem „Neuen Kurs“ schon zurückgenommen waren, kam es am 17. Juni 1953 zu Arbeitsniederlegungen in Berlin und in anderen Städten der DDR. Augenzeugen berichteten von Provokationen und Zerstörungen. Die offene Grenze zu Westberlin ermöglichte das Anheizen der Atmosphäre in Berlin durch gezielt eingeschleuste Provokateure und den Sender im amerikanischen Sektor (Rias). Bezeichnend dafür sind dazu die Aussagen von Egon Bahr, dem damaligen Chefredakteur des Senders, in seinem Buch „Zu meiner Zeit“. Er leugnet nicht, dass in seinem Zimmer die Forderungen der Streikleitung aus der Stalin-Allee aufgeschrieben wurden. Der Rias rief direkt dazu auf, die Regierung der DDR zu stürzen. Bahr schreibt über diese Ambitionen und das Eingreifen der USA durch ihren Vertreter: „Drei Stunden später kam Ewing, aufgeregt, blaß, fast zitternd, und gab zum ersten und letzten Mal einen klaren Befehl: Die Forderungen des Streikkomitees dürften ab sofort nicht mehr gesendet werden. Anordnung des amerikanischen Hochkommissars McCloy. Der habe angerufen und gefragt, ob der Rias vielleicht den dritten Weltkrieg beginnen wolle.“ (Bahr 1996, S. 78).

Eberlein stellt zur damaligen Situation fest: „Es kam zu Demonstrationen und auch Streiks, an einen Generalstreik war allerdings nicht zu denken. Das bestätigte eine später von der Bonner Regierung angestrenzte Untersuchung der Ereignisse, die feststellte, dass sich insgesamt nur sechs Prozent der arbeitenden Bevölkerung an Arbeitsniederlegungen beteiligt hatten.“ (Eberlein 2009, S. 249) Es dürfte zutreffen, dass die Basis der Bewegung relativ schmal war und [84:] politisch diffus. Allgemein ging es um bessere Lebensbedingungen für die Bevölkerung. Frauen haben sich an den Demonstrationen beteiligt, doch eine Mehrheit hat sich davon distanziert und in ihren Betrieben den Schutz der Einrichtungen mit gewährleistet. Hier kann es nicht um eine historisch detailgetreue Einschätzung des 17. Juni 1953 gehen. Sie bleibt Historikern auf der Grundlage von Archivmaterialien überlassen. Es sollte damit nur auf die komplizierten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verwiesen werden, unter denen großartige Leistungen von Frauen für die Entwicklung in der DDR erbracht wurden.

Der Bundesvorstand der Frauenorganisation zog im September 1953 aus den abgelaufenen Ereignissen den Schluss, dass es mehr als zuvor gilt, stärker die Fragen, Wünsche und Bedürfnisse der Frauen, besonders die Interessen der Arbeiterinnen und anderer weiblicher Berufstätiger, zu berücksichtigen. Durch kluge Überzeugungsarbeit, vor allem auch in den Wohngebieten, sollten Frauen für die aktive Mitarbeit am sozialistischen Aufbau begeistert werden.

Die Männerherrschaft, oder anders ausgedrückt, patriarchalische Strukturen, wurden in der DDR durch die Aktivitäten von Frauen allmählich von innen heraus aufgeweicht und immer mehr von vielen Menschen als nicht mehr zeitgemäß empfunden. Das heißt jedoch nicht, dass sie aus den Köpfen mancher Frauen und Männer, wo sie in Gestalt alter Rollenklischees, überholter Wertvorstellungen und Normen existierten, einfach verschwanden. Gesetze, Verordnungen, bewusst gestaltete Lebensabläufe, die die Auseinandersetzung mit überlebten Verhaltensweisen einschlossen, erwiesen sich als wichtige Stationen auf dem Weg der Überwindung einer einseitigen männerdominierten Gesellschaft.

#### **4.4.2. Frauen machen Dampf**

Viele Frauen, die an der Neugestaltung der sozialen Ordnung nach 1945 mitwirkten, machten damit ihre ersten Schritte auf dem gesellschaftlichen „Parkett“ außerhalb ihrer eigenen vier Wände. Be-[85:]rührungssängste mit neuen Tätigkeiten wurden überwunden und die Lust auf die berufliche Bewährung wuchs. Das verstärkte sich in den fünfziger Jahren. Stimulierend wirkte das Beispiel einiger

Frauen, die durch ihre besonderen Leistungen in der Arbeit von sich reden machten. Ihre Namen sind auch heute nicht vergessen. Stellvertretend seien hier Frida Hockauf, Luise Ermisch, Frida Hoffmann und Else Merke genannt.

Frida Hockauf (1903-1974) hatte als Hausmädchen und Weberin schon vor 1945 kapitalistische Ausbeutung in beiden Tätigkeiten und als Erwerbslose kennengelernt. Nach 1945 engagierte sie sich zuerst in der Zittauer Stadtverwaltung als Sozialarbeiterin, später in ihrem Beruf als Weberin, für die Überwindung von Not und Elend und für soziale Gerechtigkeit. Sie wusste, nur durch die eigene Arbeit ist das zu schaffen. Bekannt wurde sie in der DDR durch ihre Verpflichtung zur Übererfüllung des Plans als Weberin im VEB Mechanische Weberei Zittau, dem größten Webereibetrieb der DDR. Während des ersten Fünfjahrplans der DDR, der am 1.11.1951 von der Volkskammer der DDR als Gesetz für die Jahre 1951 bis 1955 verabschiedet worden war, übernahm sie im September 1953 die Verpflichtung, über 45 laufende Meter Stoff bis Jahresende über ihren normalen Plananteil hinaus zu leisten. Sie rief gleichzeitig Frauen und Männer dazu auf, ihr zu folgen, um mit Einzel- oder Kollektivverpflichtungen mehr von den dringend benötigten Konsumgütern herzustellen. Die propagierte Frida-Hockauf-Methode sollte andere anregen, ähnliche Verpflichtungen auf ihrem Gebiet zu übernehmen, nach dem Motto: „So wie wir Werktätigen heute arbeiten, wird morgen unser Leben sein!“ Das wurde dann zur populärsten Losung des ersten Fünfjahrplanes verallgemeinert: „Wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben!“ Für ihre Leistungen wurde Frida Hockauf vielfach geehrt. Nach ihrer Wahl als Abgeordnete der Volkskammer erweiterte sich ihr Einflussbereich. Sie beriet nun über Gesetze mit, die das Leben der Menschen in der DDR veränderten.

Luise Ermisch (geb. 1916[-2001]) lernte Damenschneiderin und war nach ihrer Gesellenprüfung bis 1942 in diesem Beruf in den Halleschen [86:] Kleiderwerken beschäftigt. Sie war eine der Frauen, die im Nationalsozialistischen Deutschland zur Arbeit als Schweißerin zwangsverpflichtet wurden. 1946 begann sie wieder in den Halleschen Kleiderwerken zu arbeiten. Hier initiierte sie schon 1949 die landesweite Bewegung für ausgezeichnete Qualitätsarbeit. Waren sollten in guter Qualität das Werk verlassen. Ab 1954 wurde die „Luise-Ermisch-Methode“ zur Planaufschlüsselung im Rahmen des sozialistischen Wettbewerbs propagiert. Es ging darum, den Betriebsplan auf jede einzelne Brigade und Arbeiterin aufzuschlüsseln und Produktkennziffern für Qualität festzulegen. Bei der Abrechnung im Wettbewerb wurden dann Menge und Qualität bewertet und das Ergebnis für Prämierungen zugrunde gelegt. 1951 übernahm sie als Betriebsleiterin und ab 1971 bis zu ihrer Pensionierung 1976 als Betriebsdirektorin den Volkseigenen Betrieb (VEB) Bekleidungswerk Mühlhausen. 1966 legte sie das Staatsexamen als Ingenieurin für Bekleidungsindustrie ab. Sie hatte einen weiteren Wirkungskreis als er durch die berufliche Tätigkeit gegeben war. So gehörte sie dem SED-Zentralkomitee an und war außerdem von 1959-1963 Kandidatin des SED-Politbüros. Als eine der ersten Frauen der DDR wurde sie 1950 als „Held der Arbeit“ ausgezeichnet, erhielt den Karl-Marx-Orden und die „Clara-Zetkin-Medaille“. In der Volkskammer gehörte sie zuerst der Fraktion des DFD, dann der SED an. Dadurch war sie direkt in die Diskussionen um eine Verfassung einbezogen. Beide Frauen kannten auch die Probleme verheirateter Frauen und hatten ein Kind.

Frida Hoffmann (geh. 1920) pflegte persönlich ihre Maschine im VEB Sachsenwerk Radeberg, Bezirk Dresden, in dem Fernsehgeräte hergestellt wurden. Das war keine leichte Arbeit für eine Frau. Männern war sie darin Vorbild. 1951 wurde sie für ihre Leistungen als „Held der Arbeit“ geehrt.

Else Merke (1920-2005), geboren in einer Bauernfamilie, absolvierte eine landwirtschaftliche Lehre und war dann bis 1950 Landarbeiterin in der elterlichen Bauernwirtschaft. Sie kannte also alle Probleme, die mit der Arbeit in der Landwirtschaft verbunden waren. 1948 wurde sie Mitglied der Demokratischen Bauernpartei Deutsch-[87:]lands (DBD). Gemeinsam mit ihrem Mann, zu ihrer Familie gehörten vier Kinder, übernahm sie 1951 eine Bauernwirtschaft. Sie erkannte schnell die neuen Arbeitsmöglichkeiten, die eine Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) bot und trat 1952 in die LPG Schenkenberg ein. Zuerst arbeitete sie im Feldbau, dann qualifizierte sie sich zur Meisterin in der Rinderzucht und erwarb 1970 den Abschluss als Agraringenieurin. Sie bemühte sich, besonders Frauen für die LPG zu gewinnen, und übernahm dabei immer auch Funktionen, um aktiv diese neue Form der Zusammenarbeit in der Landwirtschaft zu gestalten. Sie vertrat die DBD bis 1990 in der

Volkskammer und gehörte außerdem dem Präsidium des DFD an. Für ihre besonderen Leistungen wurde sie bereits 1958 mit der „Clara-Zetkin-Medaille“ ausgezeichnet. Von 1964 bis 1990 war sie stellvertretende Vorsitzende des DFD.

Man könnte weitere Frauen nennen. So qualifizierte sich Rosemarie Gutermuth zur ersten Schachtmeisterin im Eisenhüttenkombinat Ost. Diese herausragenden Leistungen von Frauen wirkten zwar beispielhaft, doch das schloss nicht aus, dass zugleich in den Köpfen einiger Leiter und bei nicht wenigen Männern noch das alte Leitbild, der Platz der Frau ist am häuslichen Herd, herum spukete. Solche Leute begegneten den Frauen im Betrieb mit Vorbehalten. Sie zweifelten an deren technischem Verständnis und wollten keine Qualifizierung für sie akzeptieren. Sahen etwa bestimmte Wirtschaftsfunktionäre die Berufstätigkeit von Frauen nur als vorübergehend an, dann waren für sie die Bildungsmaßnahmen für Frauen eine Fehlinvestition. Sie hatten offensichtlich den neuen Wert der Gleichberechtigung von Frauen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens noch nicht verinnerlicht. Sie gingen vielleicht sogar noch von einer Differenzierung der geistigen Fähigkeiten der Geschlechter aus, wonach Männer besser zu abstraktem Denken geeignet, Frauen dagegen fleißiger und lernwilliger seien. Das war ein alter Zopf, der jeder wissenschaftlichen Grundlage entbehrte, und abgeschnitten gehörte.

Es ist wissenschaftlich nicht haltbar, Begabungen und Fähigkeiten, statt nach den Anlagen der Individuen, nach Geschlechtern zu differenzieren. Rationalität und Emotionalität, dürfen nicht in unzulässiger Art auseinandergerissen werden, indem man sie den Geschlechtern zuteilt. So gibt es weinende Männer und emotionslose Frauen, rational denkende Frauen und mitfühlende Männer. Unterschiede in den Fähigkeiten, Anlagen und Talenten sind nicht typisch für Männer oder Frauen, sondern für Menschen generell. Bei der Charakterisierung beider Geschlechter gilt, dass genetisch-biologische Prädispositionen individuellen Verhaltens lediglich ein Möglichkeitsfeld darstellen, das in der einen oder anderen Weise, eventuell im Sinne der Rollenklischees, realisiert wird. Manche Menschen sind mathematisch, technisch, musisch, mimisch, handwerklich oder anders begabt, andere weniger, ganz unabhängig vom Geschlecht. Die unterschiedlichen Anlagen der Menschen werden durch die entsprechende soziale Situation, in der das Individuum aufwächst, geformt und entwickelt. Für beide Geschlechter gilt, dass Emotionalität und Rationalität eine Einheit bilden. Das Handeln verläuft über Denken und Gefühle. Auf solche Haltungen zu den Fähigkeiten von Geschlechtern, die sich dann in abzulehnenden Verhaltensweisen zeigten, war in der DDR auf unterschiedliche Art und Weise zu reagieren.

Oft war ich als Ethikerin, UNO-Diplomatin und praktizierende Frauenrechtlerin an solchen Auseinandersetzungen beteiligt. Die wichtigste Form öffentlicher Kritik an den Haltungen, die die Gleichberechtigung der Frauen blockieren konnten, bestand sicher erst einmal darin, noch bessere Gesetze für die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau zu schaffen, die weniger „Lücken“ zum Durchschlüpfen ließen. Die praktische Umsetzung erforderte dann wieder neue Kraft. Doch mit den Gesetzen als Rückenstärkung ließ es sich besser streiten.

#### **4.4.3. Gesetze und Rechte für die Frauen**

Viele Frauen nahmen auf verschiedenen Ebenen schöpferisch an der Ausarbeitung von Gesetzen teil und förderten damit die Durchsetzung von Frauenrechten. Es gab dazu weitere Initiativen. In Versammlungen wurden Forderungen erhoben und an die Gesetzgeber über [89:] die politischen Parteien und Massenorganisationen herangetragen. In öffentlichen Debatten ging es um Erfolge und Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von Rechtsnormen ebenso, wie um ihre Präzisierung. Manche der aktiven Frauen wirkten in gewählten Funktionen direkt in den entsprechenden Kommissionen zur Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen und in Ausschüssen der Volkskammer der DDR entscheidend an der Gesetzgebung mit. (vgl. Pawlowski 2008)

Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts wurden in der DDR unter aktiver Beteiligung von Frauenvertreterinnen drei Gesetzeswerke erarbeitet: (1) die erste Verfassung der DDR von 1949 mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau, (2) das 1950 verabschiedete „Gesetz über den Mütter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau“ und (3) der

„Entwurf eines Familiengesetzbuches.“ Dieser stand zur Diskussion in verschiedenen Gremien und wurde nach mehrfacher Präzisierung, nachdem Stellungnahmen von politisch, wissenschaftlich, wirtschaftlich und sozial Tätigen berücksichtigt waren, 1965 als Gesetz verabschiedet. Es ging generell darum, mit der garantierten Gleichberechtigung von Frauen und Männern, den Männern die gleiche Verantwortung für die Entwicklung der Familie, einschließlich der Kindererziehung, aufzuerlegen.

Im „Gesetz über den Mütter- und Kinderschutz“ wurden konkrete Wege benannt, wie der Sinn dieses Schutzes von gesellschaftlichen Einrichtungen und Betrieben durchzusetzen ist. So wird im § 22 verlangt, Kindertagesstätten, Waschanstalten, Nähstuben u. a. zu schaffen. Die Leiterinnen und Wirtschaftsfunktionäre konnten auf diese gesetzliche Forderung nicht ablehnend reagieren. Wenn sie, was auch geschah, auf Verzögerungstaktik setzten, hatten sie sich dafür vor den entsprechenden Kontrollorganen zu verantworten. Bürgerinnen und Bürger der DDR konnten sich, wenn sie Mängel in der konkreten Einhaltung der Gesetze feststellten oder sich ungerecht behandelt fühlten, an Parteien, Gewerkschaft, Organisationen und später an die Eingabestelle im Staatsrat wenden, um entsprechende Rechte einzufordern.

[90:] Von besonderer Bedeutung für die Rechte der Frauen war der § 14 des Gesetzes, der festlegte: „Das bisherige Alleinbestimmungsrecht des Mannes in allen Angelegenheiten des ehelichen Lebens wird aufgehoben und durch das gemeinsame Entscheidungsrecht beider Eltern für das Wohl der Kinder ersetzt.“ Verstöße gegen das Gleichberechtigungs-Gesetz, die eine Einschränkung der Rechte von Frauen zur Folge hatten, konnten strafrechtlich geahndet werden.

Dieses Gesetz sollte die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft erleichtern. Soziale Anstrengungen im Wohnungsbau, Kinderkrippen- und Kindergartenausbau und bei der Betreuung von Kindern in Schulhorten waren deshalb Folgeerscheinungen. Gleichzeitig erhöhten sich die Bemühungen, medizinisch und pädagogisch ausgebildete Kräfte in genügender Anzahl für die Betreuung der Kinder in den Kindereinrichtungen beschäftigen zu können. Kinder sollten in Kinderkrippen und Kindergärten nicht „aufbewahrt“, sondern ihre körperliche, geistige und psychische Entwicklung gefördert werden. In der Familie geleistete Erziehung und Bildung erfuhr dadurch außerfamiliäre Unterstützung.

#### **4.5. Zur Realisierung gesetzlicher Forderungen in den sechzig er Jahren**

Gesetze waren ständig zu überprüfen, um neu herangereiften Bedingungen zu entsprechen. Das traf auch auf die Sicherung des Rechtes der Frau zu, gleichberechtigt am Arbeitsleben teilzunehmen. Von der Volkskammer verabschiedet, trat am 31. April 1961 das „Gesetzbuch der Arbeit“ in Kraft. Es stellte die erste umfassende Regelung der Arbeitsbeziehungen der Werktätigen in der DDR dar, unter besonderer Berücksichtigung der Rechte der werktätigen Frauen. Das Gesetz verpflichtete deshalb die Staatsmacht und die Betriebsleiter/Innen, „alle Voraussetzungen zu schaffen, die es den Frauen ermöglichen, am Arbeitsprozeß teilzunehmen, ihre schöpferischen Fähigkeiten zu entwickeln und zugleich ihrer hohen gesellschaftlichen Aufgabe als [91:] Mutter gerecht zu werden.“ Das Gesetz enthält darüber hinaus Regelungen über die Förderung und Qualifizierung der Frau, über die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen und über den besonderen Schutz der werktätigen Mutter. Frauen, die aus familiären oder gesundheitlichen Gründen nicht vollbeschäftigt sein können, hatten nach dem Arbeitsgesetzbuch die Möglichkeit, ihr Recht auf Arbeit durch Teilzeitbeschäftigung wahrzunehmen. Sie waren in jeder Beziehung arbeitsrechtlich den Vollbeschäftigten gleichgestellt.

##### **4.5.1. Hilfe (oder Nachhilfe?) für Männer**

Hemmnisse in den Köpfen wurden 1961 im Kommuniqué des Zentralkomitees der SED „Die Frau, der Frieden und der Sozialismus“ einer kritischen Bilanz unterzogen. (vgl. Geschichte des DFD) Männern sollte geholfen werden, ihr rückständiges Denken, das die Durchsetzung der Gleichberechtigung hemmte, schneller zu überwinden. Zugleich wurde ein ungenügender Anteil von Frauen in Leitungsfunktionen bemängelt. Das setzte einen Prozess der Berufung fähiger Frauen in Gang, der dazu führte, dass in den letzten Jahren der DDR ein Drittel aller Leitungsfunktionen von Frauen besetzt war. Staat, Parteien und Organisationen wollten ihren Beitrag leisten, um die Rechte der Frauen

zu stärken. Viele Frauen und Männer sahen ihre Auffassung von der Gleichberechtigung gestützt. Sie erhielten offiziellen Rückhalt, um sich gegen eine ungerechtfertigte Herabwürdigung der Berufstätigkeit von Frauen zur Wehr zu setzen. Das ermutigte sie, negativen Erscheinungen, die gegen die Gleichberechtigung gerichtet waren, energisch entgegenzutreten.

Das Frauenkommuniqué löste viele Diskussionen in der Bevölkerung aus, was sich in den Massenmedien widerspiegelte. So wurde über die Frage gestritten: „Ist der Beruf ein Notbehelf?“ Sowohl einige Frauen, als auch Männer, fühlten sich angegriffen: Frauen, weil sie den Wert der Berufstätigkeit noch nicht für die eigene Persönlichkeitsentwicklung begriffen hatten und ihre Arbeit nur auf den Erwerb einiger Konsumgüter orientierten. Danach wollten sie wieder [92:] ins Hausfrauendasein zurückkehren. Männer, weil sie in ihrer selbstbestimmten höheren Wertschätzung von Talenten und Fähigkeiten nicht bestätigt wurden.

Zum Thema bekamen die Zeitungen viele Leserbriefe. In ihnen wurde sowohl die fehlende Motivation von Frauen für eine Qualifizierung im Beruf kritisiert, als auch betont, Männer seien daran schuld, weil sie mit eigenartigen Ansichten und ungenügender Bereitschaft zur Übernahme von Pflichten im Haushalt die Weiterbildung der Frau hemmen würden. Andere Frauen bestätigten die Feststellung im Frauenkommuniqué: „Man verlangt von ihnen oft mehr als von einem Mann in der gleichen Funktion.“ Sie hätten, so ihre Meinung, trotz größerer familiärer Belastung, ihre Eignung stets besonders nachzuweisen.

Am 13. August 1961 schloss die DDR die Grenze zur BRD. Warschauer Pakt und NATO waren nun in Europa durch eine Staatsgrenze, die leider die Heimat vieler Deutscher in zwei Teile spaltete, getrennt. Wollte man über den Mauerbau sachlich diskutieren, dann hätte man auch die Vorgeschichte der Spaltung Deutschlands durch die BRD einzubeziehen. Es wäre über den wirtschaftlichen Schaden zu sprechen, der der DDR durch die offene Grenze entstand. Sicherheitspolitische Erwägungen der Warschauer-Pakt-Staaten spielten beim Schließen der Grenze eine Rolle. Das kann Trauer und Leid nicht aufheben. Im Mittelpunkt der Überlegungen zur Gleichberechtigung stand nun vor allem die innere Entwicklung der DDR. Es ging um die bewusste Mitwirkung von Frauen der DDR für die Sicherung des Friedens, um die Herausforderungen für ihre Leistungen bei der Produktion materieller Güter, um die zu erweiternden Bedingungen für eine sinnvolle und glückliche Verbindung von Beruf und Familie, um die Qualifizierung von Frauen, um ihren Einsatz in wichtigen Positionen. Die Qualifizierung von Mädchen und Frauen in technischen Berufen war erforderlich, um den Anforderungen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung entsprechen zu können.

Generell ging es darum, die Selbstverwirklichung von Frauen in der DDR weiter staatlich zu fördern und gesellschaftlich durchzusetzen. [93:] Im Kommuniqué ist dazu festgehalten. „Das Politbüro hält es aus diesen Gründen für erforderlich, daß die Leitungen der Partei und der Massenorganisationen, der Nationalen Front und der Staats- und Gewerkschaftsorgane beraten, wie es mit der Förderung der Frauen und Mädchen in ihrem Bereich aussieht und welche Veränderungen notwendig sind.“ In jedem Betrieb und jeder Einrichtung sollte darüber debattiert werden. Anfangs waren die Frauen bei solchen Beratungen meist unter sich. Das änderte sich bald. Insgesamt gab das Frauenkommuniqué der Frauenförderung einen neuen An Schub. Nachkontrollen auf seiner Grundlage wurden kontinuierlich fortgesetzt.

#### **4.5.2. Frauenförderungspläne als erfolgreiches Förderinstrument**

Am 2.5.1952 hatte die Regierung der DDR den Beschluss gefasst, dass in allen Betrieben und Einrichtungen staatliche Frauenförderungspläne als Bestandteil der zwischen Leitung und Gewerkschaft abzuschließenden Betriebskollektivverträge (BKV) aufgestellt werden. Diese Pläne leisteten inzwischen einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Frauen. Mit dem „Gesetzbuch der Arbeit“ von 1961 waren sie gesetzlich vorgeschrieben. Sie flankierten die erforderliche Bildungsoffensive für Frauen. In ihnen wurden konkrete Festlegungen für namentlich benannte Frauen festgeschrieben, die ihre Qualifizierung im Beruf betrafen, aber auch Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb des Betriebes und manchmal auch Tätigkeiten, z. B. als Abgeordnete, betrafen. Sie enthielten Maßnahmen zur Unterstützung der Frauen durch die betrieblichen Kindereinrichtungen, durch Verkaufsstellen des

staatlichen und genossenschaftlichen Handels. Verbesserungen der Arbeitsbedingungen wurden festgelegt. Frauenruheräume entstanden in Betrieben u. a. m.

Ich selbst habe mit Frauenförderungsplänen positive und negative Erfahrungen als Vorsitzende des Frauenausschusses der Gewerkschaft an der Humboldt-Universität gesammelt und als Mitglied der Frauenkommission der Bezirksleitung Berlin der SED in vielen Berliner [94:] Betrieben Gespräche dazu geführt und mitgeholfen, Streitigkeiten zwischen Betriebsleitung und Frauen im Sinne der Frauenrechte zu schlichten. Als Ethikerin, die sich wissenschaftlich mit der Gleichberechtigung der Frauen befasst, und in der ehrenamtlichen Tätigkeit in der UNO, habe ich nationale und internationale Erfahrungen kennengelernt, für die Rechte der Frauen mich persönlich eingesetzt und so den Blick geweitet, um manche Schwierigkeit in der DDR theoretisch besser einordnen und Hindernisse mit mehr oder weniger Erfolg praktisch bekämpfen zu können. Das gilt für alle Etappen der Frauenförderung in der DDR, in denen ich zwar keinem gesetzgebenden Gremium in der DDR angehörte, doch an den UNO-Vorgaben für diese Gesetzgebung beteiligt war.

Frauenausschüsse in Betrieben und Einrichtungen hatten viele Einwirkungsmöglichkeiten auf Betriebs-, Gewerkschafts- und Parteileitungen. Sie entstanden als selbständig arbeitende, durch die werktätigen Frauen und Mädchen gewählte, Vertretungen. 1965 wurden sie dann den Gewerkschaften unterstellt und mit den Rechten und Pflichten einer Kommission der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) ausgestattet. Frauenförderungspläne als ein betriebliches Dokument, in demokratischer Beratung entstanden, jährlich zwischen Betriebsleiter/in und der BGL abgeschlossen, drückten die Interessen der Frauen aus. Den Frauenausschüssen oblag es, den konkreten Inhalt mitzubestimmen und die Umsetzung in den Betrieben und Einrichtungen zu kontrollieren. Es war vor der Vollversammlung der Beschäftigten Rechenschaft über seine Erfüllung durch Direktor/in und BGL abzulegen. Damit waren die Verantwortlichen für die Förderung und Entwicklung von Frauen klar definiert.

Da ich ab 1965 für einige Jahre Vorsitzende des Frauenausschusses der Gewerkschaft an der Berliner Humboldt-Universität war, spreche ich dazu aus meiner Erfahrung. Ich kannte die Möglichkeiten der Einflussnahme auf staatliche Leitungen, weiß jedoch auch um die Mühen, manche Frauen für eine Weiterbildung zu gewinnen. Es gab manchmal Argumente, die wir zu akzeptieren hatten. Eine alleinstehende Frau mit Kind, wobei das Kind vielleicht noch oft krank war, hatte [95:] Schwierigkeiten, sich ohne zusätzliche Hilfe, weiter zu qualifizieren. Doch auch Bequemlichkeit spielte eine Rolle, wenn es darum ging, sich höheren Anforderungen zu stellen, z. B. eine Habilitation anzustreben. Unvermögen war ebenfalls zu berücksichtigen. Manche Frau verwies auf die geringe Unterstützung durch den eigenen Mann. Es existiert also stets ein Ursachenbündel, wenn Probleme bei der Entwicklung von Menschen und der Überwindung von Hemmnissen rückständiger Ansichten auftreten. Wir beschäftigten uns bei den Beratungen mit fehlenden Kindergartenplätzen, zogen jedoch auch Lehrstuhlinhaber zur Rechenschaft, die Frauenförderung missachteten oder zu leicht nahmen. Nicht nur Leiterinnen und Leiter unterschätzten die Bedeutung persönlichkeitsfördernder Maßnahmen. Es bedurfte des Willens der Frauen, Schwierigkeiten zu meistern, die auf jeden Fall auftreten würden. Beim Rektor der Universität, Prof. Dr. Karl-Heinz Wirzberger (1925-1976), fanden wir immer ein offenes Ohr für alle unsere Sorgen. Gemeinsam suchten wir für manches konkrete Problem eine Lösung zu finden, wobei vielen Frauen geholfen werden konnte. Unter seinem Rektorat war konsequenterweise der 8. März ein Tag der Rechenschaftslegung über Erreichtes und diente zugleich dazu, Schwachpunkte unserer Arbeit herauszufinden, die durch geplante Aktionen überwunden werden sollten. Der Rektor sah sich dafür in der Verantwortung, was richtig war, denn nicht der Frauenausschuss hatte die Probleme zu klären, die er aufdeckte. Doch wir brachten uns natürlich mit unseren Möglichkeiten in Lösungsprozesse ein.

#### **4.5.3. Bildungserfolge**

In den sechziger Jahren kamen in der DDR die ersten Ergebnisse der allgemeinen Volksbildung zum Tragen. Mädchen und junge Frauen konnten eine Berufsausbildung absolvieren, hatten damit Chancen für eine Tätigkeit außerhalb der Familie. Mit Ausnahme solcher Berufe, die für Mädchen und Frauen aus medizinischen und biologischen Gründen nicht erlaubt sind, waren weibliche Lehrlinge

in allen Ausbildungsrichtungen zu finden. Immer mehr wurde eine Berufstätigkeit [96:] nach Eheschließung und Familiengründung durch die Partner akzeptiert. Die Gründe dafür waren sicher unterschiedlich. Arbeit in einem Betrieb oder einer Einrichtung brachte nicht nur Kontakte zu anderen Menschen mit sich, sondern erweiterte den eigenen Horizont und erzeugte so Selbstbewusstsein. Das Bedürfnis, sich in der Arbeit Selbstbestätigung zu holen, bildete sich allmählich immer mehr heraus. Der Beschäftigungsgrad der arbeitsfähigen weiblichen Bevölkerung stieg in dieser Zeit von knapp 70% auf 80%. Manchmal waren jedoch Frauen selbst ihre größten Gegner bei der Wahrnehmung gesellschaftlich gebotener Chancen. Sie reagierten teilweise mit Neid auf Erfolge und Häme auf Probleme ihrer Geschlechtsgenossinnen. Vielleicht verteidigte man damit die eigene Passivität oder gar Faulheit.

Allen Widerständen zum Trotz eroberten viele Mädchen und Frauen ihren Platz im gesellschaftlichen Leben. Darauf orientierte die erweiterte Gesetzgebung. Mädchen und Frauen nutzten die so gebotenen Möglichkeiten. Nachdem 1965 die Volkskammer das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem beschlossen hatte, gab es noch bessere Chancen für eine gleichberechtigte Persönlichkeitsentwicklung von Mädchen und Jungen. Das Gesetz umfasste die Kindereinrichtungen der Vorschulerziehung, die polytechnische Oberschule (POS) mit zehn Klassen, die Erweiterte Oberschule (EOS) mit zwölf Klassen, die Berufsausbildung mit Abitur, die Einrichtungen der Berufsausbildung, die Hoch- und Fachschulen und die Erwachsenenbildung. Mädchen und Jungen waren in allen Einrichtungen gleichberechtigt vertreten. Eltern brauchten Mädchen aus finanziellen Gründen nicht von der weiterführenden Bildung auszuschließen, wie es in gesellschaftlichen Ordnungen mit Bildungsprivilegien gegenwärtig der Fall ist, oder in vorausgehenden historischen Zeiten üblich war, weil existenzielle Gründe dazu zwangen. In der DDR bestand Schulgeldfreiheit. Das Studium an Universitäten, Hoch- und Fachschulen war für alle Bürger/Innen der DDR gebührenfrei. Die Teilnahme an der polytechnischen Bildung und Erziehung gab den Mädchen die gleichen objektiven und subjektiven Möglichkeiten bei der Wahl und Ausübung eines Berufes. Darüber hinaus sorgten Berufsberatungen für [97:] die richtige Auswahl eines Berufes. Mädchen drangen in technische Bereiche vor. Bald betrug ihr Anteil an Ingenieur- und Fachschulen 70%. Insgesamt waren sie in technischen Berufen in der Industrie und der Landwirtschaft durch 40% vertreten.

Flankiert wurden die direkten Bildungsmaßnahmen durch die Vielzahl von Einrichtungen, die in der Freizeit genutzt werden konnten. An den Schulen gab es die Arbeitsgemeinschaften auf allen Gebieten, an denen man teilnehmen konnte. Die Pionierorganisation und die FDJ betrieben Stationen junger Naturwissenschaftler. Es gab Arbeitsgemeinschaften für alle Interessen. Sportvereine beschäftigten Jungen und Mädchen, männliche und weibliche junge Erwachsene in allen Sportarten, ohne besonderen finanziellen Aufwand. Mein großer Sohn war Sprecherkind beim Rundfunk. Der andere Sohn und meine Tochter waren Kanuten. Sie fuhren, ohne finanziellen Aufwand für uns, zu Regatten und in Ferien- und Trainingslager. In den Ferien boten alle Einrichtungen Programme an, die sich jeder leisten konnte. Es ist schon interessant, wenn nun mehr Polizisten und schärfere Gesetze gefordert werden, um der Jugendkriminalität zu begegnen, doch Ursachen, wie fehlende Freizeiteinrichtungen in großem Ausmaß, d. h. flächendeckend, vom Staat gefördert und von den Angesprochenen angenommen, werden kaum benannt. Was trotzdem auf diesem Gebiet in der BRD geschieht, macht den Initiatoren alle Ehre, ist jedoch bestens ein Tropfen auf dem heißen Stein.

#### **4.5.4. Ein interessanter Fall: Landwirtschaft in der DDR und in der BRD**

Die Entwicklung in der Landwirtschaft ist besonders erwähnenswert. Dafür ist es wichtig, einen größeren Zeitraum zu betrachten. 1945, vor der demokratischen Bodenreform, hatte nicht einmal 1% der Frauen einen Berufsabschluss. Sie waren einfach nur mitarbeitende Ehefrauen oder Mägde, oft ohne rechtlichen Schutz. Es gab für sie keinen zeitlich begrenzten Arbeitstag. Schwere körperliche Arbeit war zu verrichten. 1980 besaßen dann 83% der Frauen für die Tätigkeit, die [98:] sie ausübten, eine abgeschlossene Berufsausbildung. Viele bedienten moderne Maschinen und wurden dadurch von schwerer körperlicher Arbeit entlastet. In 20 Jahren konnte die Arbeitszeit der Bäuerinnen von 12 auf 8 Stunden täglich reduziert werden. Da im Durchschnitt, wie Zeitbudgetuntersuchungen ergaben, noch zweieinhalb Stunden täglich für Nahrungszubereitung und rund zwei Stunden für

Hauspflegearbeiten Zeit beanspruchten, war dafür etwas zu verändern. Das leisteten die LPG durch die Einrichtung von Gemeinschaftsküchen, mit öffentlichen Wäschereien, dem Einsatz von Schulbussen, um den sicheren Transport von Kindern zur Schule, die eventuell in einem anderen Ort lag, zu gewährleisten. Die LPG brachten nicht nur kürzere Arbeitszeiten, einen bezahlten Haushaltstag und bezahlten Urlaub mit sich. Kinderkrippen und -gärten, Schwesternstationen und Landambulatorien, Klubhäuser, Bibliotheken entstanden. Wissenserwerb und Bildung waren kein Luxus mehr. Wenn Qualifizierungslehrgänge für Frauen am Wochenende stattfanden, übernahmen Frauen, die daran nicht teilnahmen, oft die Betreuung der Kinder dieser Frauen. Alle diese Leistungen hingen aber im starken Maße von den Arbeitsergebnissen einer LPG ab und von dem oder der Vorsitzenden. Die Landwirtschaft wurde in einem Maße für die Allgemeinheit verändert, wie nie zuvor in der historischen Entwicklung.

Frauen, die in der Landwirtschaft in der DDR tätig waren, spürten das. Dazu gehören die Zwillingsschwestern Louise Beuster und Martha Buch, die bei ihrer Befragung schon 83 Jahre alt waren, also entsprechende Lebenserfahrungen hatten. Sie sagten von sich, ihr Leben sei immer harte Arbeit von der Kindheit an gewesen. Für Louise und ihren Mann wurde das Leben erst mit dem Eintritt in die LPG erträglich. Sie berichtet: „Wir fingen um 8 Uhr bzw. um 7 Uhr 30 an und hatten um 17 Uhr Feierabend, eine Stunde war Mittagspause. Alles ganz pünktlich. Das wäre früher unmöglich gewesen. Da wurde nicht auf die Uhr geguckt, da ging es so lange, wie es noch hell war, da gab es um 4 Uhr nachmittags 'ne Tasse Kaffee und 'ne Quarkstulle, dann wurde weitergemacht, das Käsebrot mußte ja noch verdient werden. ... Viel Geld hat man ja nicht verdient, aber [99:] wir hatten sichere Arbeit und auch etwas nebenbei durch das Land und den Viehverkauf. Jedes LPG-Mitglied bekam einen Morgen, 25 Ar, zu eigen. Man mußte jährlich 140 Mark an die LPG bezahlen, und dafür wurde dieses Land von ihr beackert, und die Produkte wurden frei Haus geliefert, darum brauchten wir uns nicht weiter zu kümmern. Es gab eine Auswahl. Jeder wurde gefragt, ob er Körner haben möchte, Schrot oder Kartoffeln oder irgendetwas anderes. Dann konnten wir uns Tiere halten und einen Garten haben. Das war wichtig.“ (Szepansky 1995, S. 205)

Die Schwester Martha erzählt: „Ich war nicht in der LPG. Ich habe immer weiter auf den Waldkulturen gearbeitet. Auch da hat sich einiges geändert. Nebenher noch für die Förster arbeiten, gab es nun nicht mehr. Die Arbeitszeit war streng geregelt. Statt der Regimenter, wie die Arbeitsgruppen früher hießen, gab es jetzt Brigaden und nicht mehr unter Männeraufsicht. Ich war jetzt selbst eine der Brigadierinnen, ich war es gern.“ (Ebd., S. 206) Louise trauert der Vergangenheit nach: „Das mit der LPG war schon richtig. Was ist von ihr übriggeblieben? Ein Schweinestall und ein Kuhstall mit 1800 Kühen. ... Jetzt stehen wir vor dem Rätsel, daß das Land, was uns ernährt hat, brach liegt. Da wird von wo anders alles rangeschafft, und hier sind die Menschen arbeitslos, und das Vieh bringt kein Geld mehr.“ (Ebd. S. 206) Sie nennt als Beispiel, dass sie früher zu guten Preisen Schafwolle verkaufen konnten. Jetzt zahlt man ihnen für das Kilo nur 20 Cent. Deshalb wurden die Schafe abgeschafft. Die Jungen sind in die Stadt gezogen und die Alten bleiben allein in den Dörfern.

Die prinzipiellen Veränderungen in der Landwirtschaft der DDR werden 2007 in den Worten von Christa Erdmann aus der ehemaligen LPG Abtsbessingen (Thüringen) deutlich. Sie schildert die Reaktion ihrer Mutter als sie nach der 9. Klasse ihren Berufswunsch, Gärtnerin zu werden, äußert: „Meine Mutter ist fast umgefallen. Ihr Arbeitstag begann morgens um vier und endete nachts, nach zwölf ging sie ins Bett. Das wollte sie mir ersparen und hatte für mich eine Lehrstelle im Büro besorgt. ... Ich habe meinen Kopf durchgesetzt und Gärtner gelernt.“ (Maier 2007, S. 62) Nach Lehre und Studium [100:] an der Fachschule für Gartenbau kamen 1970 und 1972 ihre Kinder. Sie begann danach im Rinderstall der LPG zu arbeiten. Als 1978 ihr drittes Kind sich ankündigte, ging sie in den Schweinestall, weil dort die Arbeit erst später begann. Sie stellt fest: „Im Schweinestall gab es wie in der Industrie feste Arbeitszeiten. Von sieben Uhr früh bis viertel zwölf, und nachmittags noch einmal von eins bis halb fünf. Zum Verladen mussten wir manchmal auch nachts raus, aber das wurde extra vergütet. Mit den Jungfacharbeitern waren wir im Stall insgesamt neun Mann, jetzt sind wir nur noch anderthalb. Wir Frauen bekamen jeden Monat einen Haushaltstag, und wenn ich mit den Kindern zum Arzt musste, dann konnten wir das untereinander absprechen. Seit 1980 gab es hier im Ort eine

Großküche, die für die ganze Umgebung gekocht hat. Die Kinder bekamen in der Schule ihr Essen, mein Mann und ich haben in der LPG gegessen, und für die Mutter nahm ich das Essen mit nach Hause. Dadurch hatte ich mehr Zeit für mich.“ Sie hat sich in der DDR wohl gefühlt und beklagt heute die Kinderfeindlichkeit, weil dadurch das Leben ihrer Tochter wieder viel schwerer ist, als das ihre. Dafür nennt sie u. a., dass der Betrag im Dorfkindergarten auf 200 Euro steigen soll. Ihr ist klar, dann bringt keiner mehr sein Kind in den Kindergarten, obwohl es der Entwicklung der Kinder dienlich wäre. Die vierjährige Ehe ihres Sohnes ist kinderlos, weil die Schwiegertochter den Verlust ihres Arbeitsplatzes befürchtet, wenn sie ein Kind bekommt.

Im Gegensatz zur Frauenförderung in der Landwirtschaft der DDR steht die Entwicklung der Bäuerin Beate Simon aus Westerkappeln/Westfalen. Sie berichtet, dass sie als Auswärtige und Flüchtlingsmädchen in einen Hof einheiratete. Ihr Mann musste sich damit gegenüber seinen Verwandten durchsetzen, denn noch galt: Hof muss zu Hof. Sie brachte nur ihre Arbeitskraft ein. Ihr Arbeitstag war immer sehr lang. „Über den Betrieb entscheidet eigentlich mein Mann. Es wird zwar einiges besprochen, aber für meine Begriffe zu wenig. Letztlich hatte ich ja auch nichts mitgebracht. Das war für mich immer ein Handicap, das liegt mir bis heute im Magen. Manchmal denke ich: Schade, wenn du eigenes Geld hättest, würdest du einiges verändern.“ (Ebd., [101:] S. 72) Von ihren Kindern wird keiner den Hof übernehmen. Sie wollen nicht so leben, wie ihre Eltern: nie zusammen Urlaub machen, nie zusammen wegkönnen, keine Freizeit, jedes Wochenende gebunden. Hinzu kommt die schwierige Situation in der Landwirtschaft, mal machen sie nur Verluste, dann haben sie Einnahmen, doch notwendige Reparaturen können trotzdem nicht bezahlt werden. Die Bürokratie belastet sie zunehmend. Die Infrastruktur hat sich verschlechtert: kein Bahnhof, keine Post und keine Geschäfte mehr. Die Ablehnung der Kinder, unter diesen Umständen einen Hof zu übernehmen, ist also verständlich.

Es wird deutlich: Unterschiede zwischen Landwirtschaft Ost und Landwirtschaft West waren vorhanden und zeigen gleichzeitig den Versuch eines neuen Weges in der DDR. Über die heute leider wieder sich abzeichnende Angleichung in der Landwirtschaft, was Länge des Arbeitstages, Härte der Arbeit, fehlende Infrastruktur u. a. betrifft, geben solche Interviews viele Hinweise.

#### **4.6. Sozialpolitische Maßnahmen: Ergebnisse, Schwierigkeiten und Konsequenzen**

In der Wirtschaft der sechziger Jahre brachte das schnelle Vordringen der Mädchen und Frauen in berufliche Tätigkeiten Probleme mit sich. Da sich ihre Rolle in der Familie nicht im gleichen Tempo veränderte, kam es Mitte der sechziger Jahre zu einem Geburtenrückgang. Eine weitere Konsequenz war die Zunahme der Teilzeitarbeit bei Frauen. Das betraf über ein Drittel der berufstätigen Frauen. Zusätzlich konnten viele gut ausgebildete junge Frauen nicht arbeiten, weil trotz aller Fördermaßnahmen, die Kinderkrippen- und Kindergartenplätze noch nicht ausreichten. Der volle Bedarf konnte damals noch nicht gedeckt werden. Von Partei und Regierung der DDR war deshalb zu reagieren, damit die Frauen nicht nur gleiche rechtliche Möglichkeiten für die Verwirklichung ihrer Gleichberechtigung hatten, garantiert durch Gesetze und Verordnungen, sondern auch die praktischen Bedingungen [102:] zur Realisierung dieser Möglichkeiten. Das sollte mit den sozialpolitischen Maßnahmen erreicht werden, die die Frauenförderung in den siebziger Jahren bestimmten. Über Ergebnisse, Schwierigkeiten und Konsequenzen ist zu berichten.

##### **4.6.1. Beschlüsse und ihre Umsetzung**

1972 wurde von Partei und Regierung der DDR beschlossen, einer alleinstehenden Mutter oder auch einem alleinstehenden Vater, denen nicht sofort ein Krippenplatz für das Kind zur Verfügung gestellt werden konnte, eine Unterstützung zu gewähren. Sie wurde in gleicher Höhe wie bei Erkrankung des Kindes gezahlt. Bei einem Kind betrug sie monatlich 250 Mark, bei zwei Kindern 300 Mark und bei drei und mehr Kindern 350 Mark. Das sollte jungen Menschen helfen, ihren Kinderwunsch zu verwirklichen.

Ein anderes Problem betraf die Teilzeitarbeit von Frauen. Neben ihrer positiven Seite, Frauen und Müttern die Möglichkeit zu geben, sich sowohl beruflich zu betätigen, als auch für die Familie zu

sorgen, gab es negative Auswirkungen. Das war vor allem der damit verbundene ökonomische Verlust. Zugleich entstand so die Möglichkeit, dass Frauen wieder in ihrem Vormarsch bei der Durchsetzung der Gleichberechtigung aufgehalten würden, weil alte Rollenklischees neu Auferstehung feiern konnten. Alle diejenigen, die Berufstätigkeit und Mutterschaft für unvereinbar hielten, konnten sich eventuell bestätigt fühlen. Auch darauf war umgehend zu reagieren. Mit großer Kraftanstrengung wurden deshalb neue sozialpolitische Maßnahmen beschlossen und durchgeführt; Sie setzten voraus, größere Arbeitsergebnisse in Industrie und Landwirtschaft zu erreichen, um sie bezahlen zu können. Zu den Maßnahmen gehörte eine Erweiterung des Wohnungsbauprogramms und vor allem der verstärkte Ausbau neuer Krippen- und Kindergartenplätze. Erfolge stellten sich ein.

Im Zeitraum von 1971-1979 wurde erreicht, dass 60% aller Kinder bis zu drei Jahren in Krippen und 95% aller Kinder ab drei Jahren bis zu ihrem Eintritt in die Schule den Kindergarten besuchen [103:] konnten. An allen Schulen gab es Hortbetreuung für Schüler/Innen der Klassen 1 bis 4. Bis zu 78% der Kinder erfasste dieses für die Eltern wichtige Betreuungssystem. Betreuung und Bildung, verbunden mit Erziehung durch ausgebildete Kräfte in den Kindereinrichtungen, waren kostenlos. Lediglich für das Essen zahlten die Eltern einen geringen Betrag. An allen Schulen der DDR gab es für einen ebenfalls minimalen Geldbetrag ein warmes Mittagessen und Trinkmilch. Das Angebot nutzten viele Eltern, wie ich aus eigener Erfahrung mit meinen Kindern weiß.

Um einen gewissen Ausgleich für berufstätige Mütter zu schaffen, die Hausarbeit zu leisten hatten, verkürzte sich die gesetzliche Arbeitszeit für Mütter mit zwei und mehr Kindern bei vollem Lohnausgleich um eine dreiviertel Stunde täglich auf 40 Stunden wöchentlich. Diese Mütter erhielten außerdem einen um zwei bis fünf Arbeitstage längeren Urlaub als andere Werktätige. Alleinstehenden Müttern zahlte man, abhängig von der Anzahl der Kinder, für vier bis dreizehn Wochen im Jahr eine Unterstützung von 65% bis 90% des Nettolohns, wenn sie zur Pflege ihrer erkrankten Kinder zu Hause bleiben mussten. Den gleichen Anspruch hatten auch alleinstehende Väter. Zuerst erhielten Mütter und verheiratete Frauen zusätzlich einen bezahlten Hausarbeitstag. Ab 1977 kam diese Vergünstigung allen anderen vollbeschäftigten Frauen, die das 40. Lebensjahr erreicht hatten, zugute.

Eine wichtige Forderung, jahrzehntelang immer wieder erhoben, war das Recht der Frau, über ihren Körper selbst zu entscheiden. Kritik am § 218 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der Schwangerschaftsunterbrechung unter Strafe stellte, gab es in der Frauenbewegung schon lange. Als selbständige Persönlichkeit sollte die Frau selbst darüber befinden können, ob sie ein Kind haben wollte oder nicht. 1972 beschloss die Volkskammer der DDR das Gesetz „Über die Unterbrechung der Schwangerschaft“. Endlich war damit ein wichtiges Ergebnis im Kampf um die Rechte der Frauen gesetzlich fixiert. Nun konnte jede Frau frei bestimmen, ob sie innerhalb von 12 Wochen nach Beginn ihrer Schwangerschaft diese unterbrechen [104:] lassen wollte. Es gab keine Pflicht zur Begründung. Die Kosten übernahm die Sozialversicherung. Zugleich sollte ein umfassendes Beratungssystem jedoch mithelfen, Frauen nicht in diese unangenehme Lage einer Gewissensentscheidung zu bringen, indem sie rechtzeitig über alle möglichen Verhütungsmaßnahmen Bescheid wussten und sie nutzen konnten.

Es bedurfte eines harten Kampfes aller, die für die Rechte der Frauen und besonders für ihr Recht zur Schwangerschaftsunterbrechung eintraten, dieses Gesetz gegen Rollenklischees, politische Vorbehalte und gesellschaftliche Vorurteile durchzusetzen. Das Hauptargument dafür war und ist: Es gehört zur Freiheit der Persönlichkeit, wenn Frauen über ihren eigenen Körper entscheiden und damit entwickelte Persönlichkeiten über potenzielles personales Leben bestimmen. Die Annahme dieses Gesetzes gehört zu den wichtigsten Ergebnissen der sozialpolitischen Maßnahmen zur Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frauen. Es war ein entscheidender Bruch mit vielen traditionellen Vorstellungen und Praktiken.

Für mich ist es bedenklich, wenn solche schon erreichten Rechte wieder aufgegeben werden, denn damit wird eine neue Unfreiheit der Frau in Kauf genommen. Womit kann denn das Recht einer Kommission begründet werden, einer Frau Vorschriften zu machen, die ihren Körper betreffen? Soll sie unmündig sein? Die Sorgen mit den dann geborenen und nicht selten ungewollten Kindern tragen nicht die Entscheider, die den Abbruch verhinderten, sondern die Mütter oder die Eltern. Sie werden

damit von der Gesellschaft allein gelassen. So etwas sollte mit den sozialpolitischen Maßnahmen der DDR verhindert werden. Sie bauten auf das Verantwortungsbewusstsein der Frauen, auf staatlich geförderte Aufklärung, auf umfassende Betreuung, materielle Bedingungen und finanzielle Hilfen.

Mediziner hatten gegenüber den Frauen, die zur Konsultation kamen, nur das Recht eines Beraters, der sie zwar über die bei einem Abbruch der Schwangerschaft möglicherweise auftretenden gesundheitlichen Probleme aufklären sollte, doch ihr dabei keine Entscheidung aufdrängen durfte. Diese lag in ihrer Verantwortung. Verheiratete Frauen konnten sich mit ihrem Partner beraten. Frauen suchten den Rat von Verwandten und Freunden. Doch die letzte Entscheidung lag bei der schwangeren Frau. Davon konnte sie keiner entbinden. Mit den Folgen hatte sie zu leben. Gesetzlich festgelegt war, dass sie die Unterbrechung der Schwangerschaft kostenlos in einer Klinik vornehmen lassen konnte. Die Frau in der DDR hatte zugleich alle Möglichkeiten, eine nicht gewünschte Schwangerschaft zu verhindern, denn jede sozialversicherte Frau erhielt schwangerschaftsverhütende Mittel kostenlos.

Der nun wieder erforderliche Kampf um die Selbstbestimmung der Frau in dieser für sie existenziellen Frage wird mit den praktischen Erfahrungen der Frauen in der DDR weitergehen. Die DDR war gegenüber anderen sozialistischen Ländern in der Gleichstellung der Frau Vorbild. Marktwirtschaftlich orientierte Länder boten keine besseren Konzepte. Das wurde international registriert. In vielen persönlichen Gesprächen am Rande von UNO-Tagungen bestätigten mir das nicht nur Vertreter der nichtstaatlichen Organisationen, sondern Botschafter und Ministerinnen westlicher Länder. Man kann also festhalten: Der Erlass dieses Gesetzes 1972 durch die Volkskammer der DDR war wichtig, notwendig und ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Anerkennung der Frau als selbständiger Persönlichkeit.

Dem Schutz der Gesundheit der Frau wurde mit der Erweiterung der sozialpolitischen Maßnahmen noch in anderer Weise Rechnung getragen. Ab 1976 erhöhte sich der bezahlte Urlaub der Schwangeren und künftigen Mutter auf 26 Wochen. Sechs Wochen vor einer Entbindung und zwanzig Wochen danach konnte man sich auf diese neue Lebenssituation, die die Geburt eines Kindes ja darstellt, einstellen und seinen Lebensrhythmus umstellen. Den Verlust des Arbeitsplatzes hatte keine zu fürchten. Gleichzeitig wurde die einmalige Geburtenbeihilfe für die Geburt eines jeden Kindes auf einheitlich 1000 Mark erhöht. Nach der Geburt eines zweiten oder dritten Kindes gab es für jede Frau die Entscheidungsfreiheit, ein Jahr das letztgeborene Kind zu Hause zu betreuen. Das stand auch dem Mann zu, wenn er alleinstehender Vater war. Zusätzlich konnten verheiratete Paare [106:] unter sich ausmachen, wer zu Hause bleibt und die Pflege des Kindes übernimmt. Für diese Zeit wurde eine Unterstützung in Höhe des Krankengeldes, das jemand bei eigener Arbeitsunfähigkeit von der siebenten Woche an erhielt, gewährt. Unterstützung gab es für kinderreiche Familien durch zinslose Kredite, Hilfe beim Hausbau und der Wohnungssuche.

Interessant ist nach der Einführung aller dieser Maßnahmen zweierlei, was Kritiker nicht unbedingt erwartet hatten. Erstens ging die Zahl der verkürzt arbeitenden Frauen zurück. Damit hatten manche Zweifler an den Maßnahmen noch eher gerechnet, während sie in vielen Debatten, an denen ich teilnahm, vor einem Rückgang der Geburten warnten. Es ist deshalb zweitens hervorzuheben, dass es nicht zu einem Geburtenrückgang kam, nachdem nun endlich der Schwangerschaftsabbruch gesetzlich erlaubt war. 1976 gab es in der DDR sogar einen Geburtenanstieg von 7,5% und 1977 gegenüber 1976 von über 14%. Das war eine positive Entwicklung, die sich weiter fortsetzte, positiv deshalb, weil Kinder erst das Leben reicher machen und sinnvolle Akzente setzen. Sie sind eine Herausforderung für die eigene Persönlichkeitsentwicklung.

Als Hochschullehrerin, die ihr erstes Kind 1954 im Studium bekam, zu einem Zeitpunkt, an dem Studentinnen weder gern gesehen, noch gefördert wurden, fand ich es wichtig, dass in diesen Sozialmaßnahmen auch Studentinnen und andere in der Aus- und Weiterbildung sich befindende Mädchen und Frauen eingeschlossen waren. Es war deshalb eine Freude für mich, dass meine Tochter später als Ingenieurstudentin die Fördermaßnahmen in Anspruch nehmen konnte. Im Studentenheim gab es entsprechende Unterkünfte. Man konnte Waschmaschinen benutzen. Studentinnen in der

gleichen Lage halfen sich solidarisch bei der Kinderbetreuung. Man konnte erfahren, wie staatliche Maßnahmen dazu beitrugen, schon das Studium als Vorbereitung zu sehen, wie später berufliche Tätigkeit und der Kinderwunsch zu vereinbaren sind.

An Hochschulen, Universitäten und Fachschulen waren Ideen zu entwickeln und praktisch umzusetzen, um Studentinnen oder Stu-[107:]dentenehepaare mit Kind im Studium zu unterstützen, damit es nicht zum Abbruch ihres Studiums kam. Hochschullehrer/Innen und der wissenschaftliche Mittelbau, der vor allem für die Betreuung der Studierenden sorgte und im Vergleich mit den gegenwärtigen Zuständen personell gut ausgestattet war, standen dadurch in der Mitverantwortung. Doch vor allem hatten die Student/Innen selbst verantwortlich mit der neuen Situation diszipliniert und schöpferisch umzugehen. Förderpläne wurden abgeschlossen. Persönliche Patenschaften von HochschullehrerInnen gaben den entsprechenden Studierenden Sicherheit und berieten sie. Finanzielle Unterstützung sorgte für gute Studienbedingungen. Jede Studentin, die ein Kind hatte, erhielt, unabhängig vom Einkommen der Eltern, ein Stipendium. Darüber hinaus bekamen Studentinnen für jedes Kind einen monatlichen Zuschuss von 50 Mark für die gesamte Zeit ihres Studiums. Kinderbetreuung an den Einrichtungen war gewährleistet. Wenn trotzdem nicht jedes Kind sofort in einer Kindereinrichtung untergebracht werden konnte, dann zahlte der Staat eine monatliche Unterstützung. Sie betrug je nach Anzahl der Kinder 125 bis 175 Mark.

Studentinnen oder Paare meisterten ihre neue Lebenssituation ganz unterschiedlich. Bei manchen wirkte das Kind leistungsstimulierend, bei anderen als Entschuldigungsgrund bei nicht erbrachter Leistung. Einige wollten das Studium abbrechen. Unter denen, die das Studium aufgeben wollten, waren nach meiner Erfahrung manchmal gerade die, die vorher keine Gründe dafür sehen wollten, Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Man kann deshalb feststellen: Die Sozialmaßnahmen schlossen einen Lernprozess für Alle mit ein, die sie umzusetzen und zu gestalten hatten. Wer sich der neuen Herausforderung stellte, konnte dabei im Überwinden von Schwierigkeiten nur gewinnen. Manche(r) trug, symbolisch gesprochen, Beulen davon, die entweder mit Stolz ertragen wurden oder dazu zwangen, andere Wege zu gehen.

Es ging jedoch bei den Sozialmaßnahmen nicht allein um die Jugend. Wenn ich manche Debatte in Talkrunden gegenwärtig verfolge, dann entsteht nicht selten der Eindruck, als ob Generationenkonflikte [108:] gewünscht sind, wenn die Jungen gegen die Alten und die Alten gegen die Jungen gesetzt (aufgehetzt?) werden. Schon allein dadurch, dass jede Generation sich durch die Vorleistungen erarbeiteter Ergebnisse erst mehr leisten kann, ist es wichtig, an die zu denken, die diese Leistungen erbracht haben. Deshalb war es nur mehr als gerecht, dass in diesem Sozialpaket der DDR eine Rentenerhöhung eingeschlossen war.

Es gab weitere wichtige Maßnahmen, die auf Zustimmung stießen. Erwähnt sei etwa, dass die Arbeitszeit für Schichtarbeiter/Innen verkürzt und ihnen ein Zusatzurlaub gewährt wurde. Auch sie schufen durch ihre Leistungen erst Voraussetzungen für Maßnahmen im sozialen Bereich. Insgesamt machte die Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse 15 Jahre nach der Annahme des Arbeitsgesetzes eine Neuregelung der Arbeitsbeziehungen notwendig. Es entstand das Arbeitsgesetzbuch von 1977. Es zeigte, dass Frauen in allen volkswirtschaftlichen Bereichen tätig waren und auf unterschiedlichen Leitungsebenen mit Sachkenntnis Entscheidungen trafen und mit verantworteten.

Vor allem jedoch ging es darum, der Jugend durch solche, in der Geschichte bisher nie dagewesene, bessere soziale Bedingungen die Chancen für eine sinnvolle und glückliche Zukunft zu erhöhen. Das zeigt zwar den gesellschaftlichen Fortschritt, darf jedoch nicht im Sinne einer Harmonie-Gesellschaft ausgelegt werden. Immer gibt es in solchen historisch neuartigen Prozessen Wegbereiter und Bremser, Unterstützer und Störer, Zögernde und Gegner.

Offensichtlich versuchen nun diejenigen, die die DDR nur diffamieren wollen, allein die Deutungshoheit über die Geschichte zu erlangen, indem sie die Erzählungen der Bremser, Störer und vor allem der Gegner der DDR in den Vordergrund stellen. Akribie, Sachlichkeit und historisches Verständnis für eine einmalige Umwälzung, in der mit sozialpolitischen Maßnahmen die erforderliche Durchsetzung von Frauenrechten als Menschenrechten in einem Staat in Gang gesetzt und damit auf eine höhere

Stufe gehoben wurde, geht ihnen ab. Er war auf jeden Fall mit Schwierigkeiten, Fehlentscheidungen, [109:] Misserfolgen und notwendigen Korrekturen verbunden, was seine historische Dimension, die nun zu einer Fußnote der Geschichte degradiert werden soll, nicht aufhebt. Man kann also sagen, dass mit den Sozialmaßnahmen im Kleinen, weil nur in einem Staat, der noch Teil eines Landes war, Geschichte geschrieben wurde. So oft sie auch verteufelt wird, spätere Generationen werden sie ohne Vorbehalte prüfen, um zu erkennen, was davon in neue Reformbestrebungen einfließen kann.

#### **4.6.2. Familie in der Wandlung**

Neue Familiengesetze waren der erste und entscheidende Schritt für eine Umwälzung alter traditionell immer wieder hervorgebrachter Strukturen der Männerherrschaft. Ihm hatten dann die Handlungen konkreter Menschen, die etwas Neues wollten, zu folgen, um die neuen Möglichkeiten zu verwirklichen. Frauen, das zeigt die Geschichte, waren früher das Dienen gewöhnt, Männer das Herrschen. Über viele unterschiedliche Wege war mit einer solchen Vorstellung und Verhaltensweise aufzuräumen. Neue menschliche Beziehungen zwischen Frau und Mann wurden vorgelebt und so zum Vorbild für andere. Es gab öffentliche Auseinandersetzungen mit nicht mehr zeitgemäßen Verhaltensweisen. Wissenschaftliche Forschungen erwiesen sich als notwendig, um aus der Vergangenheit überkommene, an bestimmte Interessen gebundene und damit zweckbestimmte Geschlechterbestimmungen zurückweisen zu können. Das wurde in großem Umfang geleistet.

Es zeigte sich in der Familienentwicklung, dass neue moralische Beziehungen, die ja auf neuer gesellschaftlicher Grundlage, die die gleichberechtigte Stellung beider Geschlechter einschloss, möglich und notwendig waren, sehr viel schwieriger, konfliktreicher und widersprüchlicher sich entwickelten, als in anderen Lebensbereichen. Hier kam es auf die jeweiligen Partner an, wie sie ihre Beziehungen gestalteten. Der Staat hatte zwar über Gesetze einen allgemeinen Rahmen abzustecken, doch konnte die Gesellschaft, etwa mit ihrer Ge-[110:]richtsbarkeit, bei Zerwürfnissen oder Fehlentwicklungen nur wirksam werden, wenn sie etwa durch Scheidungsanträge durch einen Partner, zum Handeln aufgefordert wurde. Außerdem war ein Eingriff des Staates möglich, wenn die Entwicklung von Kindern in einer Familie gefährdet war, weil Eltern ihrer Verantwortung ungenügend nachkamen. Dann durften Kinder- und Jugendfürsorge sich der Sorgen und Nöte dieser Kinder annehmen. Eigentlich war die Tür für glückliche Familienbeziehungen durch die ökonomische Unabhängigkeit der Frau weit geöffnet worden. Sie stand damit dem Mann als Freie und Gleiche gegenüber. Manchmal begünstigte gerade dieser Umstand das schnelle Scheitern einer Beziehung, weil die Partner sich ungenügend klar machten, dass die Ehe als eine Aufgabe existiert, die Anstrengungen zu ihrer Ausgestaltung erfordert.

Es ist schon interessant, wie schwierig es für manche Frauen war, komplizierte Situationen zu meistern. Die Ehe ist eine Partnerschaft, die auf Liebe basiert. Gleichberechtigung in der Ehe verlangt Achtung für die Leistungen des anderen und Rücksichtnahme auf den anderen. Es geht nicht um Gleichverteilung aller Arbeiten, da jeder andere Fähigkeiten hat, doch um eine gerechte Verteilung des insgesamt zu leistenden Aufwands.

Ein bedenkenswertes Beispiel, das sich auf eine frühere Zeit in der DDR und doch auf den Zusammenhang von Liebe und Finanzen bezieht, nennt die emanzipierte Schriftstellerin Eva Strittmatter in ihrem Interview. Es ging um den Entschluss ihres Mannes, des bekannten Autors Erwin Strittmatter, aufs Land zu ziehen. Sie hatte keine Lust, aus Berlin wegzugehen. Auf die Frage, ob sie Erwin so geliebt habe, dass sie trotzdem zustimmte, erklärte sie: „Es war auch eine Zwangslage. Zunächst hieß es: Er sucht einen Ort, wo er in Ruhe arbeiten kann. Das Haus hat er mit dem Geld von seinem ersten Nationalpreis gekauft. Wir wohnten damals mit unseren Söhnen und mit dem Umsiedlermädchen Christa, das uns meine Mutter geschickt hatte, in der 4-Zimmer-Wohnung am Strausberger Platz. Dort habe ich mich absolut wohl gefühlt und keinen Moment daran gedacht, aufs Land zu gehen. Als er aber dann hier draußen war, meinte er, er wolle nun [111:] hier leben und brauche die Wohnung nicht mehr. Wenn ich sie behalten wolle, müsse ich sie selbst finanzieren. Hundertsieben Mark Miete – soviel konnte ich nie verdienen. Also blieb mir nichts anderes übrig, als mit nach Schulzenhof zu gehen ...“ Eva Strittmatter bestätigt, unter Druck gesetzt worden zu sein. (Gutschke 2008, S. 12)

Keine sozialpolitische Maßnahme eines Staates räumt die Konflikte in einer Ehe aus. Sie sind bei Gleichberechtigung so zu lösen, dass für die Entwicklung des Partners kein Rückschlag entsteht. Doch wer kann die Folgen einer Entscheidung schon voraussehen? Wichtig ist es, dass keine ökonomische Abhängigkeit die Frau zwingt, jede Handlung ihres Mannes, auch seine Marotten, zu akzeptieren. Gesellschaftliche Bedingungen geben nur den Rahmen für das eigene Handeln ab. Doch es ist wichtig, dass sie auf die Förderung der Gleichberechtigung und nicht auf ihre Behinderung gerichtet sind. Das war in der DDR der Fall. Es ging um die Überwindung historisch entstandener Familienstrukturen. Karl Marx und Friedrich Engels schrieben dazu 1848 im „Kommunistischen Manifest“: „Worauf beruht die gegenwärtige, die bürgerliche Familie? Auf dem Kapital, auf dem Privaterwerb. Vollständig entwickelt existiert sie nur für die Bourgeoisie; aber sie findet ihre Ergänzung in der erzwungenen Familienlosigkeit der Proletarier und der öffentlichen Prostitution. Die Familie der Bourgeois fällt natürlich weg mit dem Wegfallen dieser ihrer Ergänzung, und beide verschwinden mit dem Verschwinden des Kapitals.“ Die Heuchelei moralisierender Familienapostel wird von ihnen scharf kritisiert: „Die bürgerlichen Redensarten über Familie und Erziehung, über das traute Verhältnis von Eltern und Kindern werden um so ekelhafter, je mehr infolge der großen Industrie alle Familienbände für die Proletarier zerrissen und die Kinder in einfache Handelsartikel und Arbeitsinstrumente verwandelt werden.“ (Marx/Engels 1959, S. 478)

Mit einer überkommenen Tradition, die allen Ausbeutergesellschaften entsprach, nämlich die patriarchalischen Herrschaftsverhältnisse der Gesellschaft auch in der Familie durchzusetzen, war zu brechen. Nicht der Mann war der Herrscher in der Familie, wie es jahrhundertlang Praxis war. Früher konnte er die Frau schlagen, [112:] demütigen, verstoßen, was in manchen Regionen heute noch möglich ist. Später stand der physische Druck zwar unter Strafe, doch der psychische blieb. Der Mann bestimmte. Er war der Haushaltsvorstand. Ironisch galt der Spruch: In der Familie entscheidet der Mann über alle Kleinigkeiten und die großen Probleme löst die Frau, doch große Probleme gibt es nicht. Herrscherallüren und Machogehabe reproduzierten in der Familie die patriarchalischen Strukturen in der Gesellschaft immer aufs Neue. Unter diesen Vorzeichen blieb der Zweck der Ehe und Familie immer gleich. Der Mann war der Versarger und die Frau die Hausdienerin. Kinder sollten das väterliche Erbe antreten und möglichst für kommende Generationen weiter vermehren.

Ein neues Familienbild entstand, denn nun hatten sich in der DDR mit ihrem sozialistischen Anspruch die Aufgabe von Ehe und Familie verändert. Eine ökonomisch unabhängige Frau, die über ihren Körper selbst entscheiden konnte, verantwortlich bei der Gestaltung der Gesellschaft mitwirkte, sich weiterbildete und ihre Angelegenheiten selbstbewusst regelte, brauchte einen ebenbürtigen Partner, wenn eine glückliche Familienbeziehung sich herausbilden sollte. Möglich war es. Das belegen meine Erfahrungen mit Freunden und Bekannten und meine persönlichen Erlebnisse. Doch in den Köpfen mancher Menschen war diese Erkenntnis noch nicht angekommen.

Zugleich zeigen die Erfahrungen von Eva Strittmatter und anderen, dass die Gesellschaft nicht die persönlichen Konflikte lösen kann. Liebe kann Nachgiebigkeit mit sich bringen. Wie weit darf sie gehen? Der Verlust eigener Persönlichkeitsentwicklung sollte nicht in Kauf genommen werden. Wer bestimmt das? Es ist die eigene Entscheidung, deren Folgen zu tragen sind. Zwar hat die sozialistische Familie als erste in der menschlichen Geschichte die reale Chance, die alte Tradition der Männerherrschaft auch auf diesem Gebiet zu beenden, da sie die Gleichheit der Menschen anstrebt. Liebevolle Gefühle füreinander, Achtung und Vertrauen konnten unter dieser Zielstellung die Grundlage für eine Partnerbeziehung sein. Doch es gibt in keiner Gesellschaft einen Automatismus für glückliches Zusammenleben. Jede Ehe- und Familienbeziehung braucht individuelle Anstrengungen, um [113:] kulturvoll und sinngebend zu sein. Sexuelle Übereinstimmung darf nicht fehlen, weil Sexualität beide Partner reicher macht.

#### **4.6.3. Forschungen orientieren praktische Gestaltung**

Eine Erfahrung, die in der DDR gewonnen wurde, bestand darin, dass die Ausgestaltung einer Partnerbeziehung unter Gleichen nicht allein durch Vorbildwirkung anderer und öffentliche Diskussion von Hemmnissen in Gestalt von überlebten Verhaltensweisen möglich ist. Solche Darstellungen in

den Massenmedien setzen zwar Richtwerte, indem sie Leitbilder und Ideale charakterisieren, doch sie sind durch individuelle Erziehung und Bildung des Kleinkindes in der Familie, durch Kinderkrippe, Kindergarten, Schule und weitere Bildungseinrichtungen zu begleiten. Als wichtig erwies es sich deshalb, über die Entwicklung der neuen Lebensformen Forschungen durchzuführen. Das wurde in großem Umfang geleistet. Philosophie und Psychologie hatten dabei eine besondere Funktion. Philosophie befasst sich als Welterklärung mit dem Wesen der Menschen. Da sie in ihrer langen Entwicklung im Mann-Sein das Mensch-Sein sah, hatte sie nun besonders die Aufgabe, Einseitigkeiten der klassischen Aufklärung in dieser Richtung zu überwinden, um die Gleichberechtigung der Frau als Ausdruck menschlicher Gleichheit zu begründen. Psychologie, die menschliches Verhalten untersucht, studiert Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Das Spektrum ist breit. Es reicht etwa vom Lernverhalten von Mädchen und Jungen, über die Belastbarkeit von Frauen und Männern im Beruf, bis zu den Auswirkungen der Geschlechterrollen auf allen Gebieten. Die Bedingungen zur Förderung von kognitiven Fähigkeiten, von mathematischen, naturwissenschaftlichen und technologischen Talenten der Mädchen und Frauen, die manchmal bestritten werden, sind zu analysieren. So liefert die Psychologie Lösungsansätze für die charakterisierten Probleme.

An der Akademie der Wissenschaften der DDR entstand ein Wissenschaftlicher Beirat „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“. Mit der Herausgabe von Heften durch ihn wurden erreichte Erkenntnis-[114:]nisse in der Frauen- und Familienforschung allen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, sowie weiteren Interessierten, zur Verfügung gestellt, die sie in ihrem Tätigkeitsbereich nutzen wollten. Verantwortlich für diese Publikationen war Prof. Dr. Herta Kuhrig. In wissenschaftlichen Tagungen und Beratungen, zu denen der Beirat einlud, vermittelten interessante Diskussionen weitere Denkanstöße über Probleme auf dem Weg zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frau und Mann. Erfahrungen aus der UNO, Ergebnisse meiner ethischen Forschungen und praktizierte Problemlösungen stellte ich dort ebenfalls vor. An der Pädagogischen Akademie der Wissenschaften betrieb Dr. Erna Scharnhorst Familienforschung. In anderen wissenschaftlichen Einrichtungen ging es generell im philosophischen, psychologischen und soziologischen Sinn um Normenherausbildung, um die Normenaneignung (Verinnerlichung und Entäußerung), die Rolle und Bedeutung von Werten und Wertvorstellungen im Erziehungsprozess. Das waren wichtige Forschungsfelder, die zur kritischen Begleitung der sozialpolitischen Maßnahmen gehörten. Wir, die an solchen Studien beteiligt waren, arbeiteten interdisziplinär, weil die Probleme zwar auf hohem disziplinären Niveau zu erforschen waren, doch zugleich nur in interdisziplinärer Zusammenarbeit praktikierbare Lösungen entstehen konnten. Interessant waren etwa Untersuchungen zum Disziplinverhalten von Mädchen und Jungen. An ihnen konnte man deutlich studieren, dass Erwachsene auf Grund ihrer Prägung oft Unterschiede sahen, wo Kinder und Jugendliche, die vergleichbare Situationen erlebt hatten, keine Differenzen feststellten.

Verdienstvoll waren die Arbeiten am Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig. Die von den Mitarbeiterinnen durchgeführten Befragungen zeigten ungeschminkt den sich stets verändernden Verhaltenskodex junger Menschen in der DDR, der nun nicht mehr mit den Idealen der älteren, in der kapitalistischen Gesellschaft geformten, sozialistischen Politiker übereinstimmte. Ihnen reichte es, wenn Obdach, Bildung, Arbeit, Erholung und Erfüllung des Kinderwunschs unter guten Bedingungen gesichert war. Das sollte mit den sozialpolitischen Maßnahmen geschehen. Doch die Jugend wollte ihre eigenen [115:] Fehler machen und nicht gegängelt werden. Sie suchte Betätigungsfelder, die nicht immer mit den Vorstellungen Älterer übereinstimmten. Ihre Musikgewohnheiten differierten mit staatlichen Vorgaben. Es gab Kleider-, Reise- und Tätigkeitswünsche, die nicht erfüllt wurden. Das deckten solche Befragungen auf. Nicht immer waren deshalb ihre Ergebnisse Parteifunktionären und staatlichen Stellen genehm. Doch das änderte nichts an ihrer Gültigkeit. Vogel-Strauß-Politik konnte keine Veränderung bringen. Die damals sich schon andeutende Reformunwilligkeit der Obrigkeit der DDR war einer der Faktoren für die spätere Systemimplosion.

Es konnte nur auf einige Wissenschaftsdisziplinen und Forschungsinstitutionen verwiesen werden, die sich der Geschlechterproblematik verschrieben hatten. Sie verdeutlichen die Anstrengungen, sich mit den veränderten Bedingungen bei der Durchsetzung der Gleichberechtigung und mit dem Frauen-

und Familienbild auseinanderzusetzen, sowie die Schwerpunktsetzung und die Stoßrichtung der Forschungen. Mängel wurden benannt, Schwierigkeiten aufgedeckt und Problemlösungen vorgeschlagen, was leider dann nicht selten an der Ignoranz der Obrigkeit einfach abprallte.

#### **4. 7. Erstarktes Selbstbewusstsein der Frauen in den achtziger Jahren**

Die enormen Anstrengungen des Staates in den siebziger Jahren, um durch sozialpolitische Maßnahmen die Möglichkeiten der Frauen zu erhöhen, Berufstätigkeit und Familie besser zu vereinbaren, trugen in den achtziger Jahren zunehmend ihre Früchte. Verstärkter Ausbau von Kindereinrichtungen, Wohnungsbau, um vor allem junge Leute mit einer Wohnung versorgen zu können, größere materielle Fürsorge bei Schwangerschaften und Geburten, Verlängerung des Schwangerschaftsurlaubs und vieles andere mehr, brachten Mädchen und Frauen dazu, die damit gebotenen Chancen selbstbewusst wahrzunehmen. Mit ihrer Berufstätigkeit, ihrem Wissen und Können, ihren großen [116:] beruflichen Erfahrungen, ihren gesellschaftlichen Aktivitäten, entwickelten sie in immer stärkerem Maße ihre Fähigkeiten und Talente und brachten sich damit bewusst in die Ausgestaltung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR ein.

Das erstarkende Selbstbewusstsein zeigte sich so auf der einen Seite in den Leistungen der Frauen zur Stärkung der DDR. Möglichkeiten wurden realisiert. Die Qualifizierung erhöhte sich. Der Kinderwunsch konnte unter besseren Bedingungen erfüllt werden. Das war mit der Kritik an überwindbaren Hemmnissen, an formaler Erfüllung von Beschlüssen und an der Trägheit von Leiter/innen bei der Frauenförderung verbunden. Sie war keine Systemkritik. Diese entwickelte sich auf der anderen Seite, besonders unter dem Dach der Kirche, in verschiedenen Zirkeln von Intellektuellen und Künstler/Innen. Der Reformstau wurde beklagt, eine bessere DDR mit mehr Demokratie gefordert. Sie zielte scheinbar zwar auf eine bessere DDR, war jedoch, was jedem denkenden Menschen einleuchten musste, Wasser auf die Mühlen aller derer, die die soziale Alternative DDR zum Kapitalismus in Deutschland beseitigen wollten. Das geschah dann auch. Ob jede selbstbewusste Frau, die mit der Männerherrschaft im Politbüro der DDR, mit Mängeln bei der Umsetzung wichtiger Maßnahmen zur Gleichberechtigung, nicht einverstanden war, deshalb berechtigt Reformen forderte, um die Ideale des Sozialismus besser zu verwirklichen, nun mit dem Ergebnis zufrieden sein kann, ist zu bezweifeln. Doch die Einheitsgewinner feiern die Beseitigung der DDR und damit, ob sie wollen oder nicht, die Rückschritte bei der gesellschaftlichen Förderung von Frauen.

##### **4. 7.1. Ergebnisse, Aufgaben und Hemmnisse**

1987 betrug der Beschäftigungsgrad der arbeitenden weiblichen Bevölkerung in der DDR 91,1%. Aus dem politischen Leben waren Mädchen und Frauen nicht mehr wegzudenken. Der Anteil von Frauen war in den Gewerkschaften, den Parteien und Massenorganisationen kontinuierlich gewachsen. In den Volksvertretungen, in der [117:] Gemeinde, in den Kreistagen und Stadtverordnetenversammlungen, in den Bezirkstagen und in der Volkskammer bestimmten sie in hohem Grade alle Entscheidungen mit. Der Jahrhunderte alte Schlachtruf herrschender Männer und ihnen ergebener Frauen, „Frauen gehören nicht in die Politik“, den die am Erhalt patriarchalischer Strukturen Interessierten früher ausstießen und in einigen Ländern der Welt heute noch vertreten, wäre von der Mehrheit der Frauen in der DDR verlacht worden.

Dennoch konnte ihr Anteil in Spitzenfunktionen nicht zufrieden stellen. In einer Studie, die durch Mitarbeiterinnen der Abteilung Frauen des ZK der SED 1988 vorgelegt wurde (Studie 1988), werden dafür Ursachen benannt. Die Untersuchungen zeigten, dass der geringe Anteil in Spitzenfunktionen auf ernsthafte Versäumnisse in der Leitungstätigkeit zurückzuführen war. Erstens gaben sich einige Leiter/Innen mit dem Frauenanteil auf unteren und mittleren Leitungsebenen zufrieden. Zweitens gab es eine ungenügende Auseinandersetzung mit Vorbehalten gegenüber Frauen auf der Leitungsebene. Zu ihnen gehörten solche Meinungen, Frauen würden eventuell zu emotional reagieren, oder sie seien zeitlich nicht unbegrenzt einsatzfähig. Drittens fehlte eine kontinuierliche, langfristige Vorbereitung von Frauen auf Spitzenfunktionen.

Durch viele Gespräche mit Frauen darüber, wie sie z. B. ihre Mutterschaft mit einer Leitungsfunktion in Einklang bringen könnten, kristallisierte sich heraus, dass Kinder kein Hinderungsgrund waren, um leitend tätig zu sein. Viele Leiterinnen übten ihre Funktionen schon jahrelang zur Zufriedenheit der ihnen unterstellten Mitarbeiterinnen aus. Gerade sie, die leitende Funktionen bekleideten, hoben hervor, dass sie ihre beruflichen Erfolge eben nicht, wie manchmal angenommen, allein den besonders günstigen familiären Umständen verdankten. Wichtig sei vor allem der eigene Wille, die in der Ausbildung und Praxis erworbenen Fähigkeiten und Kenntnisse sinnvoll zu nutzen. Man brauche das entsprechende Stehvermögen, um auftretende Schwierigkeiten und Probleme lösen zu können.

[118:] Ein Verweis in der Studie auf eine Kontrolle der Arbeiter- und Bauerninspektion (ABI) unter dem Aspekt „Zur beruflichen Förderung werktätiger Frauen“ machte darauf aufmerksam, dass es eine große Unzufriedenheit von Hoch- und Fachschulabsolventinnen gab, weil sie sich unterfordert fühlten, nicht ausgelastet waren und deshalb sogar einen Übergang in eine Teilzeitbeschäftigung erwogen. Gerade in den Betrieben und Einrichtungen, in denen diese Absolventinnen arbeiteten, zeigte sich, dass Frauenförderungspläne unkonkret und oftmals formal waren. (Ebd., S. 42 f.) Unpräzise, manchmal phrasenhafte, Frauenförderungspläne waren nach meiner Erfahrung ein Indiz für mangelhafte staatliche und gewerkschaftliche Tätigkeit der Leitungen auf der Ebene der Betriebe und Einrichtungen zur Förderung der Frauen. Man genügte den gesetzlichen Forderungen und den Beschlüssen übergeordneter Leitungen formal.

Die ABI hatte deshalb eine wichtige Funktion, um die Durchsetzung von Beschlüssen zu kontrollieren. Sie gehörte zu den drei Säulen eines sozialistischen Staates, wie sie etwa von W. I. Lenin in seinen Arbeiten begründet wurde: (1) planmäßige Entwicklung durch staatliche Leitungen; (2) Kontrollorgane, die der Leitung nicht unterstanden; (3) Wettbewerb zur Förderung der Eigeninitiative. Unter Stalin wurde der innere Zusammenhang dieser Bedingungen für eine demokratische Entwicklung zerstört. Der Stalinismus behinderte Eigeninitiative, indem er den Wettbewerb selbst plante. Er unterstellte die Kontrollorgane der zu kontrollierenden Leitung. Trotzdem wirkten Elemente der sozialistischen Verbindung von Leitung, Kontrolle und Wettbewerb in der DDR weiter. Mit einem Ministerratsbeschluss vom 14. Mai 1963 erhielt die ABI die Aufgabe, die Erfüllung des Wirtschaftsplanes sicherzustellen. Die Einhaltung der Gesetze und Beschlüsse und der Produktionspläne war ebenso zu kontrollieren, wie die Verbesserung von Organisation und Leitung durch Abbau von Bürokratie. Es wirkten rund 280.000 ehrenamtliche ABI-Kräfte in Genossenschaften, Betrieben und Kombinat, Ministerien und Verwaltungen. Sie waren befugt, Weisungen zu erteilen und sogar Disziplinarmaßnahmen anzuordnen. Der Vorsitzende des Komitees [119:] der ABI war Mitglied im Ministerrat der DDR. Die ABI kontrollierte damit auch die Beschlüsse zur Förderung von Frauen.

Die erwähnte Überprüfung der beruflichen Förderung durch die ABI ergab, dass die für die Kontrolle der Frauenförderungspläne und ihre Umsetzung verantwortlichen Frauen oberflächlich ihre Aufgaben erfüllten und ihrer Leitungsfunktion in dieser Richtung nicht voll gerecht wurden. Ich betone das besonders. Es macht deutlich, dass auftretende Probleme, Hemmnisse und Schwierigkeiten im Prozess der immer besseren Umsetzung der Gesetze im Gleichstellungsprozess der Geschlechter nicht nur dem Versagen von Männern zugeschrieben werden konnte. Frauen und Männer hatten Ideen für die Überwindung von Schwierigkeiten zu entwickeln. Das sollte im Blick sein, wenn über patriarchalische Strukturen in der DDR gesprochen wird. Diese sind nicht einfach plakativ zu behaupten, weil man eine Stimmung der kritischen Haltung zur DDR damit artikulieren kann, sondern konkret nachzuweisen, also mindestens mit Beispielen zu belegen. Zugleich ist zu beachten, dass Beispiele noch keine Beweise sind. Jedes Beispiel ist in die gesellschaftlichen und persönlichen Zusammenhänge einzuordnen und es ist zu prüfen, ob es als Kriterium von Massenerscheinungen dient oder nicht.

Manche verwechselten und verwechseln Gleichberechtigung mit Gleichmacherei. Dazu gehören aus meinen Erkundungen etwa Versuche, die Arbeitsteilung in Familien paritätisch so zu verteilen, dass jeder nur egoistisch seine Pläne umsetzen kann. Arbeitsteilung beruht immer auf unterschiedlichen Fähigkeiten und Kompetenzen. Das sollte auch in der Familie berücksichtigt werden. Wenn sich eigene Interessen nicht durchsetzen lassen, wird schnell die „patriarchalische Keule“ geschwungen.

Manchmal kocht der Mann gern, dann sollte er es tun dürfen und nicht dafür beschimpft werden, wenn er dafür Reinigungsarbeit der Partnerin überlässt. Übrigens wird in Darstellungen, die betonen, die Frau gehöre an den Herd, was ihre „natürliche“ Rolle ausmache, sicher nicht an die Chefköche in den Hotels und Restaurants gedacht. Hier ist es ein Beruf und der ist, wie die Berichte zeigen, meist Männern vorbehalten.

[120:] Die Durchsetzung der Gleichberechtigung in der Familie war in der DDR, und ist es auch heute, eine Aufgabe, die Partner und Partnerin gemeinsam, unter Berücksichtigung der Interessen beider, zu lösen haben. Kriterien sind dabei die Persönlichkeitsentwicklung beider, die erforderliche Rücksichtnahme bei Krisen, die Achtung der Eltern und die Förderung der Kinder. Das ist keine leichte Aufgabe. Doch sie ist lösbar. Grundsätzlich sollten in Familien die unterschiedlichen Belastungssituationen der Partner freundschaftlich besprochen und danach die Pflichtenverteilung erfolgen. So haben mein Mann und ich das in nun schon 55jähriger Ehe erfolgreich praktiziert. Mal hatte der eine wichtige Termine einzuhalten, dann der andere. Immer galt dabei: Die Kinder dürfen nicht zu kurz kommen. Bei ihren Sorgen, Problemen und Nöten haben sie Gehör bei uns zu finden. Der Haushalt hatte zu funktionieren, um das Wohlbefinden zu gewährleisten.

Es gab interessante Zeitbudget-Untersuchungen in der DDR, um die Belastung der Familien mit Hausarbeit zu erfassen. (Gans, Liebe 1982) Ich kenne sie aus den Gesprächen mit daran Beteiligten, die mir einen Überblick über die Probleme vermittelten, die zu lösen waren. Die Charakteristik des Zustands, der die existierende Mehrbelastung von Frauen durch Speisenzubereitung, Reinigung der Wohnung und der Wäsche betraf, verbanden die Autoren zugleich mit Ideen, wie man diesen Aufwand vermindern könnte. Als eine der wichtigsten Forderungen gehörte dazu der bessere Ausbau des Dienstleistungssektors. Es beschäftigte mich, wenn ich erfuhr, dass es schwierig sei, manche Tätigkeit richtig einzuordnen. Stellt etwa Gartenarbeit nur eine Belastung dar, oder ist sie ein Hobby, das der Reproduktion der Arbeitskraft dient? Das Hobby einer Partnerin oder eines Partners, das vom anderen nicht durch Teilnahme oder Respekt mit getragen und doch intensiv verfolgt wurde, brachte nicht selten „Zündstoff“ für Streit in viele Familien. Es war ein Weg zu finden, um unliebsame Auseinandersetzungen zu vermeiden. Alle gesellschaftlich unternommenen Anstrengungen heben, eben das wird hier deutlich, die Eigenverantwortung des Einzelnen für seine Lebensgestaltung nicht auf. Es ist oft leichter, die Gesellschaft, den Staat, die Umgebung, die Familie [121:] für eigenes Versagen verantwortlich zu machen, statt selbstkritisch zu sein und sich zu ändern. Beides zu differenzieren: die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und das persönliche Verhalten, ist aber notwendig.

Da die Arbeit außerhalb des Hauses gerade in den achtziger Jahren für Frauen immer mehr zum Bedürfnis wurde, hatten der Staat und seine unterschiedlichen Institutionen ihre Anstrengungen zu erhöhen, um dafür die Möglichkeiten ständig zu vergrößern. 1988 wurden aus dem Staatshaushalt bereits 3.952 Mark pro Jahr für einen Kinderkrippenplatz und für die 890.823 Kindergartenplätze je 1.932 Mark zur Verfügung gestellt. Zu diesen Geldausgaben, die dem Wohlbefinden von Kindern dienten und Eltern entlasteten, gab es keine öffentliche Debatte des Für und Wider. Das war zwar wohltuend, führte jedoch dazu, dass manche Väter und Mütter sie, ohne darüber nachzudenken, als Selbstverständlichkeit hinnahmen. Mancher denkt heute wehmütig an diese Zeit zurück, wenn er ständig davon hört, was alles nicht bezahlbar ist, obwohl es um das Wohl der Kinder geht. Um es noch einmal zu betonen: Jedes Kind, dessen Eltern es wollten, konnte einen Kindergarten besuchen. Neben diesen staatlichen Kindereinrichtungen verfügten verschiedene Religionsgemeinschaften über Kindergärten und Freizeitzentren. Der Schulhort für die Klassen eins bis vier konnte ebenfalls alle Kinder, deren Eltern es wünschten, betreuen. Eine finanzielle Belastung der Eltern war damit nicht verbunden.

Diese Leistungen ermöglichten einen weiteren Schritt zur Erhöhung des Selbstbewusstseins der Frauen. Sie konnten durch Weiterbildung eine höhere Qualifikation erreichen. Frauen und Männer nutzten diese Chance, zumal die Weiterbildung kostenlos war. 1988 waren 41,7% der Teilnehmer einer weiterbildenden Maßnahme in der Wirtschaft Frauen. In Lehrgängen an einer der vielen Volkshochschulen konnten sie, wie Männer, ihre Allgemeinbildung vertiefen und erweitern, Fremdsprachenkurse belegen, oft auf Vermittlung ihrer Einrichtungen und auf deren Kosten, die Hochschulreife

erwerben oder für die berufliche Qualifizierung notwendige Abschlüsse erreichen. Daneben gab es eine Reihe von Sondermaßnahmen, um berufstätige Mütter, [122:] die den Wunsch und die Fähigkeit hatten, sich weiter zu qualifizieren, zu unterstützen. Das sonst geltende Prinzip, die Weiterbildung von Erwachsenen außerhalb der Arbeitszeit durchzuführen, durchbrach man. Frauen wurden zu für sie günstigen Bedingungen, ohne inhaltliche Abstriche, in Sonderklassen ausgebildet. Für Alleinerziehende war es so möglich, sich beruflich zu entwickeln. Da mehr als 10% aller Haushalte alleinerziehende Frauen mit Kindern waren, erhielt eine relativ große Gruppe, wenn der Wunsch bestand, Karrierehilfe.

Was mich als Hochschullehrerin mit besonderer Genugtuung erfüllte, war der Umstand, dass der Anteil der Frauen, die erfolgreich eine Promotion A abgeschlossen und damit den Titel eines Doktors hatten, sich immer mehr erhöhte. Fast ein Drittel der Promovierten waren Frauen. Selbst mit Habilitationen (Promotion B), mit denen man den Titel eines Dr. sc. erhielt, hatten die Frauen aufgeholt. Ihr Anteil betrug schon 16,8%. Mitte der achtziger Jahre waren etwa die Hälfte der Studierenden an den Universitäten und Hochschulen Mädchen und Frauen. An den Fachschulen betrug ihr Anteil sogar 70%. Mathematik, Naturwissenschaften und Technik überließen Studierende nicht länger den Männern. 1989 hatten Mädchen und Frauen die bisherige Männerdomäne mit 46% erobert.

Mit höherer Bildung vollzogen sich entscheidende Veränderungen in der Bedürfnis- und Interessenstruktur sowie in den Wertorientierungen der Rentnergeneration. 1989 hatte sich der Anteil der Rentnerinnen mit abgeschlossener Berufsausbildung von ca. 43% auf 89% erhöht. Geistige Beweglichkeit, Interessiertheit und der Wunsch, sich noch aktiv in das gesellschaftliche Leben einbringen zu können, nahm zu und wollte befriedigt werden. Für die eigenen Kinder und Enkel weiter wichtiger Gesprächspartner zu sein, stand auf der Werteskala hoch oben. Das war lebendiges Kapital, das in die Wiedervereinigung eingebracht wurde. Aber ob und wie es genutzt wurde, darüber wird noch zu reden sein.

Wie verhielt es sich in dieser Zeit mit den Auffassungen zur Partnerwahl bei der Gründung von Familien? Welche Vorstellung Jugendliche über Liebe und Partnerschaft hatten, wie sie über die ideale Part-[123:]nerin, den idealen Partner dachten, wurde erfragt. Diese differierten z. B. 1981 schon von der Elterngeneration. (Bruhm-Schlegel, Kabat vel Job 1981) Junge Menschen, egal ob Mädchen oder Junge, wünschten sich vor allem eine Partnerin oder einen Partner, mit der oder dem die sexuellen Beziehungen harmonisch möglich sein sollten. Doch die Liebesbeziehung war für sie keine Alternative zu anderen Kontakten. Zwar wollte man oft allein in der Zweisamkeit sein, doch gemeinsame Freunde und Bekannte waren ebenfalls von großer Bedeutung. Mädchen und Jungen wussten schon in der 9. Klasse, wie sie sich die Partnerschaft wünschten. Gleiche Freizeitinteressen rangierten ganz weit vorn. Die Intelligenz des Partners war wichtig, bei den Jungen mit 78% sogar noch etwas mehr, als bei den Mädchen mit 69%. Für die Partnerbilder insgesamt kann eingeschätzt werden, dass berufliche Tüchtigkeit und Klugheit Eigenschaften sind, die sich junge Männer bei ihrer zukünftigen Partnerin wünschten. Berufstätigkeit wurde bejaht, aber Pflichtenübernahme im Haushalt nicht gleichermaßen bei manchen jungen Männern anerkannt. Da schien immer wieder noch der alte Adam durch. Neue Partnerbilder waren 1981 auf der einen Seite schon stark ausgeprägt, doch alte Normierungen und Wertorientierungen für die Gestaltung der Partnerbeziehungen existierten auf der anderen Seite weiter. Das zeigt, wie kompliziert, selbst bei entsprechenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die Herausbildung neuer gleichberechtigter Verhaltensweisen zwischen den Geschlechtern im Sinne der Frauenrechte ist. Eine durch die Rückkehr zum Kapitalismus erfolgte Änderung der Rahmenbedingungen wird die Waage zwar wieder nach der anderen, der eigentlich historisch schon überholten Richtung der 3-K-Politik senken und die alten Rollenklischees befördern, doch ganz zurückzudrehen ist das Rad der Geschichte nicht.

#### **4.7.2. Außeneinwirkungen**

Lässt man gegenwärtig alle die vom Staat DDR und seinen unterschiedlichen Institutionen erbrachten Leistungen zur Gleichberechtigt-[124:]ung der Geschlechter Revue passieren, dann weiß man, dass es viele Bürgerinnen und Bürger der DDR gab, die das zu schätzen wussten. Doch das trifft bestimmt

nicht auf alle zu. Insgesamt läuft Geschichte nie harmonisch ab. Da bis auf den Raum Dresden in der gesamten DDR das Westfernsehen empfangen werden konnte, verlief die Bewusstseinsentwicklung in der DDR ebenfalls unter diesem Einfluss. Über den Marshallplan, dessen Realisierung Wohlstand im Westen Deutschlands brachte und sich so ein Schaufenster für positiv empfundene kapitalistische Gesellschaftszustände entwickelte, wurden in der BRD alle Möglichkeiten genutzt, um über Werbung, Filme und Sendungen, Begehrlichkeiten unter BürgerInnen der DDR zu wecken. Kontakte mit Verwandten, die manchmal Päckchen schickten und damit deutlich machten, dass sie keine Engpässe in der Versorgung mit Lebensmitteln und Industriegütern erlebten, übten Wirkung aus. Diese Einflussnahme war von der BRD staatlich gewollt und gefördert. Manche, die die Vorzüge des Ostens, gesicherten Arbeitsplatz, bezahlbare Wohnungen, ein kostenloses Gesundheitswesen, preiswerte Kindereinrichtungen und anderes mehr, mit den Lebensbedingungen im Westen tauschen wollten, kehrten der DDR den Rücken. Das galt für Frauen und Männer. Andere nutzten ihre Beziehungen nach dem Westen, um sich besser zu versorgen.

In ihrem Lebensbericht „Über den Tag hinaus“ erzählt Margrit Pawloff dazu von ihren Eltern, deren Verwandte in München lebten: „Auch nach 1961 bekamen meine Eltern zu Feiertagen von diesen Verwandten Pakete. Puddingpulver Dr. Oetker, Kaffee, Kakao, Nylonstrümpfe, eben Westpakete. Als ich lange nach der Wende darum gebeten habe, mir die Briefe meiner Eltern als Andenken zu überlassen, hat sich für mich folgendes aufgetan: Mutti sollte minutiös jeden einzelnen Artikel aus dem Geschenkpaket mit Gewicht und Preis aufschreiben, im Dankesbrief erwähnen und unbedingt den Brief abschicken. Alle persönlichen Briefe hatten jetzt einen amtlichen Stempel. Die Verwandten hatten das der Gemeinde vorgelegt und bekamen das Geld dafür zurückerstattet.

[125:] Und meine bescheidene Mutter dachte immer, mit ihr teilt man das Brot. Es hat mich abgestoßen, dass die Eltern gebrauchte Bettwäsche bekamen, aber einen Kassenzettel für neue unterschreiben sollten, womit sich die Verwandten selbst modernisiert haben.“ (Pawloff 2007, S. 100)

Sicher haben nicht alle Angehörigen im Westen sich in dieser Form gegenüber ihren Verwandten im Osten verhalten. Doch es gab interessante Einblicke in den Wechsel der Beziehungen zwischen den Brüdern und Schwestern in Ost und West nach der Wiedervereinigung. Wie ich aus Erzählungen weiß, erwarteten manche aus dem Westen mehr Dankbarkeit von ihren Ostverwandten. Einige von denen fühlten sich getäuscht, weil ihnen vorher die reale Lebenssituation im Westen von den Angehörigen verschwiegen wurde. Manche erfuhren nun: Der Schein trügt. Doch alle hatten zu lernen, aufeinander zuzugehen und unterschiedliche Lebensläufe zu verstehen. Das war und ist nicht einfach. Einen Königsweg gibt es nicht. Auf jeden Fall hatten wir keine Schwierigkeiten in unserer Familie, von der ein großer Teil im Westen lebte und lebt. Wir haben uns gegenseitig immer reinen Wein über die Lebensverhältnisse in Ost und West und unsere Haltung dazu eingeschenkt. Es war nichts zu korrigieren, doch das Zusammenkommen nun erleichtert.

Auf Mädchen und Frauen wirkten noch andere Faktoren aus der BRD auf ihre Entwicklung ein. In der BRD erstarkten in zunehmendem Maße die Aktionen von Mädchen und Frauen gegen ihre Stellung in der Gesellschaft, die als Diskriminierung von ihnen erlebt wurde. Unter dem Sammelbegriff „Feminismus“ waren ganz unterschiedliche Strömungen auf der Straße und in Selbsterfahrungsziirkeln, autonomen Gruppen, spontanen Aktionen aktiv. Sie alle klagten Menschenrechte für sich ein. Das wurde in der DDR aufmerksam verfolgt. In der Rückschau kann man konstatieren, dass diese Aktivitäten von unterschiedlichen Frauen und Gruppen unterschiedlich aufgegriffen wurden. Man sollte dabei nicht vergessen: Es gab Sympathie für Aktionen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), die vor allem ökonomische, politische und soziale Rechte forderten, gegen den [126:] § 218 demonstrierten und gegen die Remilitarisierung aktiv auftraten. Friedensaktivitäten, im Bündnis mit anderen Partnern, wurden von einem großen Teil von Frauen in der DDR begrüßt.

Gerade die Auseinandersetzungen um den § 218 führten in der BRD zu vielen Aktionen, denen lange kein Erfolg beschieden war. Abgeschafft wurde er bisher zwar nicht vollständig, doch variiert. Die langjährige Leiterin des Frauenarbeitskreises beim Parteivorstand der DKP Marianne Konze berichtet über die „Erfahrungen aus der Frauenpolitik der DKP“. Sie schreibt: „Große Zustimmung hatten wir

beim Thema Selbstbestimmung der Frauen und bei den Aktionen zur Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch. Wir waren in Memmingen, als der Arzt Dr. Horst Theissen und viele Frauen verurteilt wurden. ‚Klar‘, meinte damals ein Anwalt, ‚die Kommunisten sind immer da, die anderen, die Sozialen, kommen wie immer zu spät‘. Trotzdem, auch wir taten uns schwer.“ (Konze 2009, S. 45) So berichtet sie über ausgeschlagene Bündnisse. Offensichtlich ist es nicht leicht, die Aktionseinheit der Frauen beim Einsatz für ihre Interessen herzustellen. Deshalb war die Gründung einer einheitlichen Organisation, die Fraueninteressen über Parteigrenzen und Konfessionen hinaus vertrat, so wichtig. Marianne Konze kenne ich aus vielen Begegnungen und Gesprächen als kritische und selbstkritische Beobachterin der Zeitumstände und als Aktivistin im Kampf für die Rechte der Frauen. Diese Aktionen der DKP liefen aber nicht unter dem Schirm „Feminismus“, auf den noch zurückzukommen ist.

Unter dem Dach der Kirche formierten sich in der DDR autonome Frauengruppen. Unter den Initiatoren war auch Bärbel Bohley. Ein Teil von ihnen verstand sich als autonome Frauen-Friedensgruppe. Als Anlass ihrer Gründung bezeichnen sie die Verabschiedung eines neuen Wehrdienstgesetzes in der DDR im März 1982, das auch die Einbeziehung von Frauen in die allgemeine Wehrpflicht vorsah. 151 Frauen unterschrieben einen gemeinsamen Protestbrief an den Staatsratsvorsitzenden Erich Hoenecker. Sie hielten Kontakt zu Frauenfriedensgruppen in Westberlin. Dabei ist ihnen nicht bekannt, dass die Frauen der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung in der Bundes-[127:]republik durch den Verfassungsschutz observiert wurden. Zahlreiche Frauen in der BRD wurden nach Demonstrationen verhaftet. Manche verloren dadurch ihren Arbeitsplatz. Die kritischen Frauen in der DDR registrieren nur, dass sie vom Ministerium für Staatssicherheit beobachtet werden. Das macht jeder Geheimdienst in der Welt, wenn es um Aktivitäten geht, die die Staatspolitik angreifen.

Es ist wichtig, wenn Frauen bewusst und organisiert um den Erhalt des Friedens kämpfen. Es ist zumindest problematisch, wenn das im Widerspruch zu einer Staatspolitik erfolgt, die international für ihre Friedensaktivitäten hohe Anerkennung genoss, war doch gerade in der UNO-Vollversammlung die Deklaration über die stärkere Einbeziehung von Frauen in den Friedenskampf, die die DDR eingebracht hatte, angenommen worden. Sich darüber zu informieren und dafür zu interessieren, wäre über die Presse in der DDR kein Problem gewesen. Ging es also um Frieden oder war die Forderung nur das Vehikel, um gegen die DDR Stellung zu nehmen? Jeder der damals Beteiligten sollte sich selbst darüber klar werden, was er wollte und wofür er instrumentalisiert wurde. Da ich selbst Pazifistin bin, hätte ich es verstanden, wenn weltweit die Abrüstung gefordert worden wäre. Wo sind die Aktivistinnen für den Frieden, wenn Frauen aus der BRD, die der Bundeswehr angehören, in Kriegsgebieten eingesetzt werden? Die DDR führte keinen Krieg, trotz des Wehrgesetzes. Die BRD ist an kriegerischen Auseinandersetzungen über die NATO beteiligt. Ein unvoreingenommener Blick auf die kritischen Frauenbewegungen in der DDR in den achtziger Jahren sollte solche Zusammenhänge nicht außer acht lassen.

Kann es sein, dass einige Frauen, die gegen bestimmte Maßnahmen in der DDR Sturm liefen, ungenügend die internationale Situation und die Entwicklung in der BRD in Betracht zogen? Sahen sie eventuell gar nicht über den Tellerrand in der DDR hinaus? Wollten sie nicht zur Kenntnis nehmen, dass Frauen in anderen Weltteilen bewusst aus der Friedenspolitik ausgeschlossen waren? Es erscheint so, als ob manchmal die eigene Profilierungssucht vielleicht ein stärkeres Handlungsmotiv war, als die Sorge um die Entwicklung des Staates, [128:] der versucht hat, ihnen Menschenrechte zu geben. Letztlich müssen sie mit ihrem Gewissen eine Einschätzung ihres Verhaltens vornehmen. Manchen fällt das sicher leicht, weil sie, mit welchen Mitteln auch immer, ihren Platz im vorher eventuell schon gewollten kapitalistischen System gefunden haben. Andere zogen sich aus der aktiven Politik zurück, da angestrebte Ideale nicht realisiert wurden.

#### **4.7.3. Feminismus und seine Wirkung in der DDR**

Feministische Strömungen in verschiedener Gestalt fanden ihre Anhänger in der DDR. Jedes Mädchen oder jede junge Frau konnte sich von einer oder einigen der unterschiedlichen Losungen angesprochen fühlen. Das geschah nicht selten ohne Hintergrundwissen und Kenntnis der realen Situation

der Lage von Frauen in der BRD. Diese sahen oft keinen anderen Weg, als mit extremen Aussagen gegen ihre Diskriminierung zu opponieren. Die lange Geschichte des Feminismus kannten manche Frauen in der DDR, die sich zu ihm bekannten, offensichtlich nicht. Einer seiner Kernpunkte, der Kampf von Frauen für ihre ökonomische Unabhängigkeit durch gesicherte Berufstätigkeit, war in der DDR erfüllt. So spielten in feministischen Forderungen in der DDR andere Aspekte eine Rolle, oft mit der generellen Losung verbunden, patriarchalische Strukturen beseitigen zu wollen.

Im weitesten Sinne kann der Feminismus als Freiheits- und Gleichheitsbestreben von Frauen verstanden werden, da das Eintreten für ihre Interessen und Rechte sein Zweck und Ziel ist. Im Nazi-Deutschland war Feminismus ein Schimpfwort. Feministisches Gedankengut wurde als abartig diskreditiert. In der sozialistischen Frauenbewegung wurde die Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung als Voraussetzung für die wahre Befreiung der Frau gefordert. Die bürgerliche Frauenbewegung strebte eine Gleichstellung mit den Männern an und trat im Rahmen des Kapitalismus für das Frauenwahlrecht ein. Sie forderte gleichen Lohn für gleiche Arbeit und Zugang von Frauen zur Universität und allen Berufen. Es ging wesentlich um das Bestreben von Frauen aus dem Bürgertum, Zugang zum Wissenser-[129:]werb zu erhalten. Interessen werktätiger Frauen waren kaum im Blick. „Während dieser Feminismus im wesentlichen noch eine Bewegung der gebildeten Mittelschichtfrauen war, sollte sich in den siebziger und vor allem achtziger Jahren auch unter der Masse ihrer Geschlechtsgenossinnen (Ideologen bestanden in der englischen Sprache nun auf der Bezeichnung gender anstelle von Sex) ein Bewußtsein durchsetzen, das weit über alles hinausging, was die erste feministische Welle erreicht hatte. Frauen als Bevölkerungsgruppe waren nun zum erstenmal zu einer wichtigen politischen Macht geworden.“ (Hobsbawm 1998, S. 393) Ab 1968 wurde die neue Frauenbewegung in der BRD als feministisch bezeichnet.

Die Theorie des Feminismus besteht aus vielen unterschiedlichen Ansätzen, die einander oft ergänzen, doch sich auch widersprechen können. Bei aller Unterschiedlichkeit vertraten alle feministischen Strömungen, dass die Unterdrückung der Frau durch den einzelnen Mann und durch eine patriarchalisch strukturierte Gesellschaft über ihre Reproduktionsfähigkeit verläuft. Sie kämpften gegen eine patriarchalisch geprägte Kultur und Gesellschaft. Frauen sollten sich in eigenen Gruppen organisieren und Möglichkeiten für ihre individuelle und kollektive Identität finden. Für viele Frauen bestand das Leitbild der emanzipierten Frau vor allem in ökonomischer Unabhängigkeit und Berufstätigkeit. Doch psychische Unabhängigkeit vom Mann wurde ebenfalls gefordert.

Ökonomische Unabhängigkeit und Berufstätigkeit war für Frauen in der DDR kein Problem. Sie unterstützten aus der Sicht erfolgreicher Kämpfe diese Forderung für andere voll. Doch die psychische Unabhängigkeit vom Mann ist nicht eindeutig zu bestimmen. Sie kann vielfältig sein. Sie umfasst sowohl die Ablehnung der Reproduktionsfunktion durch Verweigerung, als auch die Orientierung auf gleichgeschlechtliche Beziehungen. Autonomie der Frauen war so verschieden zu verstehen. Für die Ablehnung der Reproduktionsfunktion bestand in der DDR keine Notwendigkeit. Frauen bestimmten den Zeitpunkt der Geburt von Kindern selbst. Der Staat übernahm die Pflicht, für die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft die entspre-[130:]chenden Bedingungen zu schaffen, was, wie schon betont, eigene Anstrengungen von Müttern und Vätern einschloss. Lesben konnten ab einem bestimmten Zeitpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung selbstbestimmt ihr Leben gestalten. Dafür waren mannigfaltige Anstrengungen erfolgt. Es gab Studien mit Folgen, Publikationen mit Auswirkungen auf die öffentliche Einsicht und eine von mir mit gestaltete Sonntagsvorlesung an der HUB zur Homophilie, die große Aufmerksamkeit fand und leider nicht wiederholt wurde. Diskriminierungen in Betrieben und Institutionen unterlagen der offiziellen Kritik. Frauen, die ihr Leben nur mit Kindern, als alleinerziehende Mütter leben wollten, waren gesetzlich gleichberechtigt und brauchten keine öffentliche Diskriminierung fürchten. Das verhinderte Beleidigungen einzelner Frauen durch ihre Umgebung nicht automatisch. Doch man konnte sich dagegen wehren und Fehlverhalten öffentlich machen. Darauf orientierte sich feministische Kritik in der DDR. Sie verwies auf Männerdomänen in Herrschaftsstrukturen, auf veraltete Rollenklischees und Missachtung von Leistungen, die Frauen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens erbringen.

Über die Westmedien wurde Alice Schwarzer, Herausgeberin der Frauenzeitschrift „Emma“ in der DDR bekannt. Für sie war Feminismus an keine Partei und Organisation gebunden, sondern Ausdruck eines spezifischen Bewusstseins. Ihr Verständnis des feministischen Vorgehens kann man so deuten, dass sie dem Kampf gegen die spezifische Unterdrückung aller Frauen in allen Lebensbereichen und gegen eine von männlichen Normen beherrschte Welt Vorrang einräumte. Alice Schwarzer stimmte mit der französischen Feministin Simone de Beauvoir (1908-1986) überein, die in ihrem Buch „Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau“ (Hamburg 1951) provokativ geschrieben hatte, dass man nicht als Frau geboren, sondern dazu gemacht wird. Simone de Beauvoir wurde, besonders mit dem angegebenen Titel, weltweit verehrt. Ihre Gegner beschimpften sie, was bis heute anhält. Doch sie wurde gelesen. Andere griffen ihre Gedanken auf. Bücher über sie und ihr Leben mit dem französischen Philosophen Jean-Paul Sartre (1905-1980) idealisieren sie als Vorbild [131:] eines selbstbestimmten Lebens. Dazu gehört jedoch, man sollte es nicht vergessen, ohne Ehe und Familie, ohne Kinder, gelebt zu haben. So zu leben dürfte kaum das Ideal aller Frauen sein. Jede sollte das wollen und praktizieren, was sie glücklich macht, wenn es andere nicht verletzt.

Die Reaktion auf „Emma“, wenn man sie mal lesen konnte, war in der DDR unterschiedlich. Ich hörte kritische und zustimmende Äußerungen. Die Historikerin Britta hat an der Leipziger Universität studiert und wurde gerade am Ende der DDR fertig. Nach der Exmatrikulation war sie erst einmal arbeitslos. Das war eine für junge Frauen aus der DDR ungewohnte und vor allem bittere Erfahrung. Sie arbeitete als Verkäuferin und in unterschiedlichen Projekten. Sie meint: „Irgendwann nach der Wende trat die Zeitschrift ‚Emma‘ in mein Leben. Eine Gymnasiallehrerin aus der Verwandtschaft gab sie uns Frauen mit der Aufforderung: ‚Das müsst ihr unbedingt lesen, um zu wissen, wie es jetzt langgeht‘. Ich konnte mit der ‚Emma‘ nicht viel anfangen: Es wurde viel zur lesbischen Problematik veröffentlicht – vereinzelt interessierte mich etwas, wie ein Bericht zur Lage der Frauen im Irak. Aber regelmäßig lesen? Nö.“ (Rellin 2004, S. 138 f.) Doch wie es nun langging, das hatte die ausgebildete Akademikerin ohne akademische Tätigkeit bald ohne „Emma“ mitbekommen. „Zu Ostzeiten wären wir nie auf die Idee gekommen zu berechnen, was ein Kind kostet, also von der Geburt bis zum Ende der Ausbildung. 180.000 Mark, habe ich neulich gelesen. Oder waren es Euro? Auch egal. Denn: Was fang ich mit diesem Wissen an? Vielleicht: Nehme ich das Kind – oder doch lieber eine Doppelhaushälfte? Mir stehen diese Gedanken nicht richtig zu, weil ich selbst keine Kinder habe. Aber dieser Drang, alles in Geld ausdrücken zu wollen, den finde ich problematisch. Sprache ist doch ein Ausdruck des Denkens, nicht? Ist das nun eine typische Ostansicht? Ich denke doch nicht, oder?“ (Ebd., S. 141)

Während des Studiums brauchte sie sich keine Gedanken machen, ob sie Studiengebühren bezahlen kann, denn die gab es nicht. Einschreiben und Exmatrikulation kosteten nichts. Studienmaterialien [132:] waren kostengünstig zu erwerben. Niedrige Lebenshaltungskosten in der DDR ermöglichten mit dem Stipendium die volle Konzentration auf das Studium. Britta erzählt: „Mit meinem Geld bin ich gut ausgekommen, ich hatte als Studentin ungefähr so viel wie vorher im Verlag: Jeder Student bekam in der DDR ja 200 Mark Grundstipendium. Ich hatte vor dem Studium drei Jahre gearbeitet, und dafür bekam man zusätzlich 120 Mark. Dazu Leistungsstipendium, 60, 120, oder 180 Mark, ich hatte mal 60 und mal 120, machte 380 oder 440 Mark- im Verlag waren es auch nur 460.“ (Ebd., S. 131) Ihr Partner gehörte zu denen, die sich vor Hausarbeit nicht scheuten: „Mein damaliger Lebensgefährte klopfte gerne so markige Sprüche wie: ‚Frauen zum Kochen aus der Küche raus und zum Abwaschen wieder rein‘. Das war aber völlig o. k., denn er hat eigentlich den ganzen Haushalt erledigt. Als wir uns getrennt haben, musste ich richtig nachdenken, wo ich am besten einkaufen gehe und wo eigentlich die Mülltonnen sind. Wir haben uns in den Alltagskram gut reingeteilt. Er war handwerklich nicht so begabt, malern und bohren waren dann eher meine Aufgaben – das konnte ich auch ganz gut nach dem Ausbau meiner ersten Wohnung.“ (Ebd., S. 139 f.) In einer gleichberechtigten Partnerschaft geht es eben nicht um eine gleiche Verteilung jeder Aufgabe, sondern um die gegenseitige Ergänzung, damit keiner in seiner Entwicklung benachteiligt wird.

Wie setzt sich der Feminismus mit diesen alltäglichen Sorgen der Partnerschaft, des oft aus existenziellen Gründen schwer erfüllbaren Kinderwunsches, u. a. auseinander? Unter den Strömungen des

Feminismus existiert eine, die über die Gentechnologie die menschliche Fortpflanzung sichern möchte. Frauen sollen so von der Reproduktionsfunktion befreit sein. Das dürfte wohl kaum eine Zukunftsperspektive für alle Frauen sein, da Liebe, sexuelles Begehren und Reproduktion zusammenhängen. Technologische Möglichkeiten werden realisiert, wenn der Kinderwunsch nur so erfüllt werden kann.

Biologistische Standpunkte werden im Gynozentrismus vertreten. Nach dieser Vorstellung haben Frauen geschlechtsspezifische Eigenschaften, wie Intelligenz oder sind pazifistisch veranlagt, wodurch die [133:] Menschheit als Ganzes vorangebracht oder positiv beeinflusst werden könnte. Ihre Wunschvorstellung ist demzufolge die Rückkehr zum Matriarchat. Auch soziologistische Strömungen haben ihre Anhängerinnen gefunden. Dazu zählen die Radikalfeministinnen. Sie gehen von einer grundsätzlichen Gleichheit der Geschlechter aus. Sie erklären Unterschiede hauptsächlich aus gesellschaftlichen Machtstrukturen und der Sozialisation der Menschen. Dagegen werden im kulturellen Feminismus weibliche Eigenschaften als etwas Besonderes herausgestellt. Frauen sollen danach einfühlbarer und sanfter als Männer sein. Sie würden Kriege aus dem Leben der Völker verbannen.

Das sind nur einige Facetten im Feminismus. Kritik an ihnen blieb in der DDR und in anderen Ländern nicht aus. Illusionen und Einseitigkeiten wurden erkannt. Liebe zu einem Partner und das Begehren nach einem Mann konnten schon extreme Standpunkte über den Haufen werfen. Es gab Krisen im Feminismus. Manche Frauen stiegen aus einem aktiven Engagement für eine bestimmte Spielart des Feminismus aus. Doch das kann berechtigte Forderungen nicht aufheben.

Es ist schon interessant, wenn durch kulturellen Austausch Gruppen aus der DDR in der BRD auftraten und damit unterschiedliche Auffassungen über die Gleichberechtigung und die feministische Ausrichtung aufeinanderprallten. Die schon erwähnte Liedermacherin Barbara Thalheim hatte zu diesem Thema mit ihrer Gruppe ein Programm zum Thema „Vorsicht! Frau!“ einstudiert. Sie berichtet: „Wie wir sehr bald merkten, war ‚Vorsicht! Frau!‘ nach westweiblichem Verständnis ein Schuß in den Ofen. Ich erinnere mich an ein Konzert anlässlich der Feminale in Nürnberg. In der anschließenden westweiblichen Diskussion stürzte eine fremde Sprache auf mich ein: Frauenghetto/Frauenalltag/Geschlechterdifferenz/Frauen, die Objekte der Männer. Nicht, daß ich die Worte nicht verstanden hätte, ich konnte sie nicht mit Leben füllen. Eine Feministengemeinde sang mir den Choral: Mit den Männern geht es nicht!!! Die Antwort aus dem Osten lautet: Ohne Männer geht es nicht. Als die antifeministischen Feministinnen erfuhren, daß die meisten Liedtexte dieses [134:] Programms von einem Mann, von Fritz-Jochen Kopka waren, wurde darüber abgestimmt, diesen Konzertabend posthum aus den Köpfen zu streichen.“ (Szepansky 1995, S. 71)

Der Feminismus wirkte wohl kaum in der ganzen geschilderten Breite auf Frauen in der DDR ein. Manche, mit denen ich auf den verschiedensten Ebenen, vom Betrieb über die Universität bis zu den gesellschaftlich Tätigen, zu tun hatte, winkten beim Wort „Feminismus“ einfach ab. Es war mehr das Gefühl von Frauen in der DDR, mehr für ihre Rechte zu tun, wenn sie sich als Feministinnen bezeichneten. Meist kannten sie, auf Rückfragen, diese Vielfalt der Strömungen gar nicht. Ein theoretisches Aufgreifen, Anknüpfen und Weiterführen theoretischer Ansichten sind in der DDR durch einzelne Wissenschaftlerinnen sicher erfolgt, doch in der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen geworden. In einer von mir angeforderten Studie zum Feminismus aus der Abteilung Frauen beim ZK der SED hatte ich auf Vielfalt, Zielsetzungen und Auseinandersetzungen zwar aufmerksam gemacht, doch zugleich darauf verwiesen, dass es weniger um theoretische Fragen, sondern mehr um die Lösung praktischer Probleme in der DDR geht, wenn von Feminismus geredet wird. Meines Wissens wurde hauptsächlich die Kritik an patriarchalischen Machtstrukturen aufgegriffen. Doch leider, so stellte ich fest, fehlte Feministinnen der DDR die ausreichende Kenntnis der internationalen Situation. Sonst hätten sie die Menschenrechtsverletzungen an Frauen in bestimmten Regionen der Welt zusätzlich mit angeprangert.

Es gab m. E. eine mehr provinzielle, weil auf die DDR eingeschränkte, Sicht bei manchen Frauen in der DDR. Mängel, die auf jeden Fall vorhanden waren, konnten dabei oft zu prinzipiellen Einwänden gegen das System aufgebauscht werden. Das führte bei kritischen Einschätzungen der DDR-Wirklichkeit durch einzelne Frauen nach 1990 zu seltsamen Auswüchsen. An der Tagesordnung war für

diese nun eine abwertende Schilderung der Situation von Frauen in der DDR. Christina Schenk trat 1989/90 am Zentralen Runden Tisch, mit Hinweis auf den Unabhängigen Frauenverband (UFV), noch für eine bessere DDR ein. Ich nehme an, es war ihr sicher ernst damit. [135:] Sie meinte dann zur DDR: „Die Ursachen und Auswirkungen der noch immer gegebenen geschlechtstypischen Arbeitsteilung, sowohl auf gesellschaftlicher als auch auf familialer Ebene, sowie die Rolle des Mannes in Familie, Beruf und Gesellschaft insgesamt wurden nicht thematisiert und folglich auch nicht analysiert und in der Öffentlichkeit diskutiert. Die soziale Ungleichheit, die unterschiedlichen Entwicklungs- und Selbstverwirklichungsmöglichkeiten von Männern einerseits und Frauen andererseits, die vielfältigen Benachteiligungen und Diskriminierungen von Frauen in der Männergesellschaft DDR waren kein Thema, durften es nicht sein. Die reale Situation von Frauen in der DDR und der Charakter des Geschlechterverhältnisses waren nicht Bestandteil des öffentlichen Bewußtseins.“ (Schenk 1991, S. 126)

Das erfordert eine persönliche Anmerkung. Ende der achtziger Jahre sprach Frau Schenk mit ihrer damaligen Partnerin bei mir wegen einer Promotion vor, in der sie die Probleme der Lesben in der DDR darstellen wollte. Ich war damit einverstanden, härte jedoch dann nichts mehr von ihr. Aus meinem Gespräch mit ihr sind mir keine prinzipiellen Äußerungen der Art bekannt, wie sie aus dem Zitat abzuleiten sind. Das wäre ja auch widersinnig. Einerseits wird die Annahme einer Promotion zu diesem Thema befürwortet und andererseits behauptet, das sei kein Thema und dürfe nicht diskutiert werden. Bei der Darstellung von Debatten in den Medien werde ich zeigen, wie unsinnig diese Feststellungen sind. Wenn man sich, wie ich, theoretisch und praktisch jahrzehntelang im In- und Ausland mit diesen Problemen herumgeschlagen hat, umfangreich, auch gegen die Einwände von Fachkolleg/Innen, dazu publizierte, dann ist es schon ärgerlich, wenn die Bemühungen all derer, die mit mir gemeinsam für mehr Rechte der Frauen eintraten, einfach abgewertet werden. Das hebt berechtigte Kritik nicht auf. Doch eine etwas differenziertere Einschätzung hätte ich schon von einer Antragstellerin für eine Promotion erwartet.

Liest man diese kritische Analyse zur Situation der Frauen in der DDR, ohne die Autorin zu kennen, so bleiben eine Reihe von Fra-[136:]gen: Welche Ursachen und Auswirkungen der noch immer gegebenen geschlechtstypischen Arbeitsteilung, sowohl auf gesellschaftlicher als auch auf familialer Ebene, sowie die Rolle des Mannes in Familie, Beruf und Gesellschaft insgesamt konnten nicht thematisiert werden? Offensichtlich hat sich die Autorin nie die Mühe gemacht, die Vielzahl der Publikationen dazu anzusehen. (Aleksander 2005) Sind die sozialpolitischen Maßnahmen völlig ohne Analyse beschlossen worden? Archivstudien würden zeigen, welches Material dazu gesammelt und aufbereitet wurde. Worin bestanden vielfältige Benachteiligungen und Diskriminierungen von Frauen? Gegenfragen: Sind sie mit den gegenwärtigen zu vergleichen? Galt das für die, sicher zu wenigen, doch existierenden, Frauen in Leitungsfunktionen, also für Betriebsdirektorinnen, für leitende Frauen im Wissenschaftsbereich? Man könnte die Fragen erweitern, doch ich weiß, Erkenntnisse ersetzen keine Bekenntnisse, selbst wenn letztere nicht begründbare Vorurteile sind.

Nehmen wir dafür ein anderes, leider nicht angesprochenes Problem, das jedoch ebenfalls in die Betrachtung einzubeziehen ist und mit dem wir es auch in der DDR zu tun hatten, vor allem in der Phase des wachsenden Selbstbewusstseins. Geht man davon aus, dass viele Frauen ihre Leitungsfunktionen mit Engagement, mit Ideen, Klugheit und Menschlichkeit ausübten, dann gab es auch solche, die andere kluge Frauen nicht gerne neben sich geduldet haben. Manchmal wurden sicher auch Männer in ihrer weiteren Entwicklung durch solche Leiterinnen gehemmt. Wer hat hier nun wen unterdrückt? Schwarz-Weiß-Malerei ist niemals in der Lage, Sachverhalte in ihrer Komplexität richtig wiederzugeben.

Nicht selten traf man auf die Haltung, wenn Frauen die Herrschaft ausüben, dann wird alles besser. In der Wirklichkeit bestätigt sich das nicht so einfach. Hier sei daran erinnert, dass Margaret Thatcher in ihrer Regierungszeit als der einzige Mann der Regierung galt. Sie legte bereits früh Hand an den britischen Sozialstaat, insbesondere durch die Zerstörung der Gewerkschaftsmacht, die Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Kürzungen der Sozialleistungen. Die Zahl der Sozialhilfeempfängerinnen stieg und jedes 3. Kind lebte in relativer [137:] Armut als sie 1997 abtrat. Als Bangladesch eine Ministerpräsidentin hatte, war ihre erste Amtshandlung: alle Maßnahmen zur Förderung von

Frauen in der Kommunalpolitik, im gehobenen Staatsdienst, in der Justiz und an den Universitäten komplett zu streichen. Die Aufgabe, Gesetze zu ändern, die Frauen im Erb- und Eigentumsrecht benachteiligten, verschwand selbst als Forderung.

Halten wir generell zum Feminismus mit den Erfahrungen aus der DDR aus meiner Sicht fest: Ich favorisiere integrative Lebensweisen der Geschlechter, in denen Frauenrechte als Menschenrechte anerkannt sind. Der Versuch, einseitig patriarchalische Herrschaftsstrukturen durch matriarchalische zu ersetzen, ist m. E. wissenschaftlich und politisch nicht begründbar und verkennt die eigentlichen Frauenprobleme. Frauenbefreiung ist eine globale Aufgabe für alle Kulturkreise, deren Lösung durch Humanisten, Frauen und Männer voranzutreiben ist. Geschlechterrollen sind für mich das Produkt von historisch entstandenen Wertvorstellungen, Traditionen, Sitten und Gebräuchen, vermittelt über Vorbilder und Erziehung, also der konkret-historischen gesellschaftlichen und kulturellen Lebensbedingungen. Das mit der natürlichen Rolle der Frauen begründete Ehe- und Familienmodell hat sich inzwischen mit der Bildung neuer Partnerschaften modifiziert. Psychische Unterschiede von Frau und Mann sind m. E. erst dann feststellbar, wenn Menschenrechte von Frauen durchgesetzt sind. Sollten sie dann in den Verhaltensweisen sichtbar werden, könnte das von Vorteil für die Geschlechter sein. Es wäre eine gegenseitige Ergänzung der gleichberechtigten Partner. Immer sollte die Erziehung beider Geschlechter auf die Herausbildung von Gefühlsreichtum orientiert werden.

#### **4.7.4. Generationenprobleme**

In den achtziger Jahren in der DDR gab es eine stärkere Hinwendung mancher Denkerinnen zu generellen feministischen Auffassungen. Sie wollten auf die Probleme der Frauen aufmerksam machen. Zugleich entstand mit dem wachsenden Selbstbewusstsein von Mädchen und [138:] Frauen eine gewisse kritische Distanz zur Aufbaugeneration der Frauen der DDR. Junge Frauen wollten ihre eigenen Auffassungen durchsetzen, eigene Fehler machen. Sie fühlten sich manchmal von den Älteren gegängelt. Wo die früheren Streiterinnen für die Rechte der Frauen Dankbarkeit für das Erreichte einforderten, sahen Jüngere neue Aufgaben vor sich. Sie erlebten selbst in ungenügendem Maße, wie schwer die erreichten Sozialstandards, die mit den Sozialmaßnahmen geschaffen wurden, erarbeitet sind. Manche empfanden sie als verdientes Geschenk und achteten sie wenig, weil alles bisher Er kämpfte für sie selbstverständlich war. Das Leben verlief in geordneten Bahnen. Jüngere hatten keinen Krieg erlebt. Die Erlebnisse der Aufbaugeneration, die auf Kriegstote, Todesurteile für Gegner des Nationalsozialismus, Schwerstarbeit, Hunger, Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen verwiesen, waren nur noch Erlebnisberichte älterer Menschen und Lehrstoff im Geschichtsunterricht für sie. Schulbesuch, Lehrstellenplatz, berufliche Entwicklung, wenn auch nicht immer im gewünschten Beruf, war bis zum Rentenalter für jede Entwicklungsstufe gesichert. Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Nahrungsmangel existierten nicht. So gab es kaum Überlegungen Jüngerer über die eigene Verantwortung für den Erhalt solcher Leistungen, wie Eigenentscheidung über die Anzahl und Abfolge von Geburten, kostenlose Gesundheitsbetreuung, gesicherter Arbeitsplatz, medizinische und pädagogische kostenlose Betreuung von Kindern in dafür geschaffenen Kindereinrichtungen u. a. Das nicht selbst Errungene hatte keinen besonderen Wert. Erst nachdem das in der DDR Erreichte nicht mehr existierte, trauerte man dem Verlorenen nach.

Unterschiedliche Haltungen der Generationen zu den Wertorientierungen führten zunehmend zu Reibungen zwischen Jugend und Alter in den achtziger Jahren in der DDR. Für führende Politiker der DDR, meistens Männer, nahmen weiter Ideale eines gesicherten Arbeitsplatzes, das Recht auf Bildung und ein bezahlbarer Wohnraum einen hohen Rang ein. Sie zeigten nur wenig Verständnis für ein neues Autonomiestreben unter Jugendlichen. Oft redeten sie über die Köpfe der Jungen und der verständnisvollen Alten hinweg. Sie erwarteten [139:] Dankbarkeit für Sozialmaßnahmen, die längst als Selbstverständlichkeiten im Massenbewusstsein existierten.

Allmählich brachten auch die erworbenen Erfahrungen im Umgang mit neuer Technik, die Mädchen sich ja zunehmend erschlossen hatten, eine gewisse Distanz zur Elterngeneration mit sich. Nun wachsen sie mit neuen Geräten, mit Computer, Internet und Handy und der sich ausweitenden Technisierung des öffentlichen Lebens auf, während die ältere Generation den Umgang damit erst zusätzlich

zu lernen hat. Das Verhältnis der Generationen erhält dadurch oft einen anderen „touch“. Manchmal gehen Eltern und Großeltern bei ihren Kindern und Enkeln in die „Lehre“. So wird das Generationsproblem des unterschiedlichen Umgangs mit der Technik zwar noch deutlicher, doch es existierte schon am Ende der DDR.

Zusätzlich gab es zwischen den Generationen Konfliktstoff mit den „lockeren „ Beziehungen der Geschlechter untereinander. Im sexuellen Bereich hielten Ältere an überkommenen Moralnormen fest. Die Vorstellungen über Musik differierten. Rockmusik begeisterte Jugendliche und ließ den Wunsch aufkommen, westliche Gruppen live zu erleben. Das war sicher eine der Ursachen, dass manche die umfangreich betriebenen Reisen ins sozialistische Ausland nicht als gleichwertig mit denen ins westliche Ausland ansahen. Diese fehlende Reisemöglichkeit in die westlichen Ferienparadiese ließ viele auf aus dem Westen lancierte Losungen reagieren, generell fehlende Reisefreiheit zu vermissen. Der Balaton konnte Mallorca nicht ersetzen, der Kaukasus nicht die Alpen. Man wollte ohne Beschränkungen die ganze Welt bereisen. Den Westlern reichten ihre Einflusssphären, doch entdeckten sie nach 1990 schnell die Schönheiten des Schwarzen Meeres, vor allem die für sie kostengünstigen Varianten. Tatsache bleibt, die Reisefreiheit vermissten vor allem Jugendliche aus der DDR in ihrem Entdeckerdrang.

Andere Wertorientierungen unter Jugendlichen im Vergleich mit den anderen Generationen sind sicher kein hausgemachtes Problem der DDR allein. Sie treten unter anderen Losungen und anderer ökonomischer, sozialer und politischer Grundlage auch im Weltmaßstab [140:] auf. Das verweist auf existierende ökonomische Ursachen und einen anderen Umgang mit den vorgefundenen gesellschaftlichen Verhältnissen. Eric Hobsbawm meint: „Wie sollte ein junger Inder, für den der Kongress nichts weiter war als eine Regierung oder politische Maschine, einen Menschen verstehen, für den er das Symbol des nationalen Freiheitskampfes war?“ (Hobsbawm 1998, S. 412) Hobsbawm stellt eine zunehmende Individualisierung von Interessen fest, die durch Mädchen und Jungen durchgesetzt werden. Entwicklungstendenzen in der DDR bestätigten das, selbst wenn sie von den damalige Akteuren nicht so eingeordnet wurden.

Ende der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts spitzten sich die Widersprüche in der DDR zwischen der Bevölkerung und der Obrigkeit immer mehr zu. Es kam zu einem Aufbruch, an dem Frauen maßgeblich beteiligt waren, der jedoch weit über die hier behandelte Problematik der Frauenförderung in der DDR durch Herausforderungen hinausging. Dem Aufbruch folgte dann der von vielen Menschen in der DDR nicht gewollte Einbruch ihrer Rechte durch den friedlichen Übergang zum Kapitalismus. Die Folgen dieser gesellschaftlichen Umwälzung, vom Sozialismus zum Kapitalismus begriffen viele Menschen erst später, nach dem Ende der DDR.

[141:]

## 5. Zum Wirken des Demokratischen Frauenbundes

Auf die Bedeutung einer einheitlichen Frauenorganisation für die Durchsetzung der Rechte von Frauen wurde schon hingewiesen und die Hauptaufgaben im Gründungsdokument genannt. Es ging nach den verheerenden Folgen des 2. Weltkrieges für Deutschland und den Auswirkungen der Nazi-Ideologie auf das Frauenbild um einen Neuanfang, bei dem die positiven und negativen Erfahrungen der Frauenbewegungen früherer Zeiten zu beachten waren. Ein Hauptgrund für die ungenügende Wirksamkeit früherer Aktivitäten war, trotzmancher Erfolge, die Zersplitterung der Kräfte. Deshalb entstand bei vielen Aktivistinnen der ersten Stunde nach 1945 der Gedanke, in einer Frauenorganisation die Energien für die Interessen der Frauen zu bündeln.

### 5.1. Gründung und Aufbau des DFD

In den ersten Märztagen 1947 reisten Frauen aus allen Teilen Deutschlands nach Berlin, um ihren Willen zu bekunden, zukünftig in einer einheitlichen Frauenorganisation, dem Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD), die Geschicke Deutschlands mit zu bestimmen. Sie wollten für sich und ihre Familien friedliche Verhältnisse sichern und Kriege für immer verbannen. Der ungeheizte Admiralspalast (das spätere Metropoltheater) war vom 7.-9. März 1947 Tagungsort des Gründungskongresses für 811 ordentliche Delegierte aus allen sowjetisch besetzten Landesteilen und 400 Gäste. Unter ihnen befanden sich 104 Frauen aus den westlichen Landesteilen Deutschlands. Unterschiedliche Weltanschauungen und religiöse Bekenntnisse trafen aufeinander. Delegierte und Gäste kamen aus allen Schichten der Bevölkerung mit dem Ziel, alles Trennende zu überwinden und gemeinsam für Frieden, Demokratie und eine sichere Zukunft zu kämpfen. Else [142:] Lüders (1878-1966), älteste Delegierte und bekannte Vertreterin der bürgerlichen Frauenbewegung in der Weimarer Republik, eröffnete den Kongress. Sie, die zwei Weltkriege miterlebt hatte, mahnte, alles für den Wiederaufbau Deutschlands, für die Befriedung der Völker, für einen wirklichen Frieden zu tun. Übrigens war sie die erste Frau, die den Dr. rer. pol. an einer deutschen Universität erlangte. Den Bericht über die Arbeit des Vorbereitenden Komitees des DFD gab Dr. Anne-Marie Durand-Wever (1889-1970). Sie als Parteilose wurde dann zur ersten Vorsitzenden des DFD gewählt. Gleichberechtigte Stellvertreterinnen wurden Käthe Kern (SED), Else Lüders (CDU), Emmy Damerius-Koenen (SED) und Helene Beer (LDPD). Zur Generalsekretärin wurde Maria Weiterer (SED) gewählt. Anfang Juni 1947 hatte der DFD bereits 200.000 Mitglieder.

Die erste Vorsitzende Dr. Anne-Marie Durand-Wever war eine anerkannte Frauenärztin aus Berlin. Geboren als Diplomantentochter in Paris, wuchs sie in Chicago auf und besuchte dort das College. In Marburg, Straßburg und München studierte sie Medizin. Sie heiratete 1916 den deutschen Architekten Wilhelm Durand und bekam ein Jahr später ihr erstes Kind. Nach ihrer Arbeit als Assistenzärztin an der Münchner Universitäts-Klinik eröffnete sie 1927 in Berlin ihre eigene Praxis als Gynäkologin. Die frühzeitige Aufklärung junger Mädchen war ein wichtiges Anliegen von ihr. Sie schrieb Bücher und Broschüren, um Sexualaufklärung und Empfängnisregelung zu betreiben. Titel belegen die Breite der Aufklärung: „Die gesunde Frau wird Mutter“, „Das erste Kind wird erwartet“, „Verhütung der Schwangerschaft“. Sie gründete in Berlin eine „Vertrauensstelle für Verlobte und Eheleute“, weil es sie alarmierte, dass im Jahr ca. 10.000 Frauen an illegalen Schwangerschaftsabbrüchen starben. Nach der Machtübernahme der Nazis wurden ihre Aufklärungsbücher verbrannt. Die Nazis schlossen sie aus der Reichsschrifttumskammer aus und zwangen sie, alle sozialpolitischen Ehrenämter aufzugeben. Gleich nach dem Ende des zweiten Weltkrieges nahm sie ihre ehrenamtliche Tätigkeit mit Elan wieder auf.

[143:] Die SED schätzte die Arbeit der Frauenorganisation hoch ein. Der II. Parteitag, der vom 20. bis 24. September 1947 in Berlin stattfand, nahm eine Resolution zur Frauenfrage an, in der es heißt: „Die Frauen und Mädchen haben das Recht und die Pflicht, an der Gestaltung der deutschen Zukunft entscheidend mitzuwirken. Sie müssen dabei alle Vorurteile, die eine Folge jahrhundertelanger Zurücksetzung sind, überwinden und selber die entschiedensten Kämpferinnen für ihre Gleichberechtigung werden.“ (Protokoll 1947, S. 546) Der Parteitag stellte dazu konkrete Forderungen auf. So sei der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ konsequent zu verwirklichen. Es ging um verbesserten

Arbeits- und Gesundheitsschutz, einen bezahlten Hausarbeitstag, zusätzliche Ernährung und Arbeitskleidung für Frauen. Die Verantwortung der Frauen, um ihre Rechte selbst zu kämpfen, wurde immer wieder betont. Flankiert wurden die Ergebnisse des II. Parteitages durch den Befehl Nr. 234 der SMAD vom 9. Oktober 1947. Er verlangte, die niedrigen Lohnsätze in der Textil- und Bekleidungsindustrie abzuschaffen, die Ernährung durch eine zusätzliche tägliche warme Mahlzeit zu verbessern, einen wirksameren Arbeits- und Gesundheitsschutz und eine bessere ärztliche Betreuung zu gewährleisten und eine Neuregelung des Urlaubs vorzunehmen.

Der DFD sah sich in der Pflicht, mitzuhelfen, bei Frauen das notwendige Selbstvertrauen auszubilden, sich als bestimmende Kraft zu verstehen, auf deren Mitwirkung nicht verzichtet werden kann. Durch Frauen und Männer gemeinsam, so das Motto, seien hochgesteckte Zielsetzungen beim Aufbau eines friedlichen Deutschland zu erreichen. Vielen Frauen wurde damit Mut gemacht, sich ehrenamtlich zu betätigen oder einen beruflichen Einstieg zu wagen.

Auf dem II. Bundeskongress des DFD vom 29. und 30. Mai 1948 in Berlin konnte der DFD das schon Erreichte positiv bewerten. Viele Frauen engagierten sich für gesellschaftliche Ziele. Das geschah nicht immer aus politischer Einsicht, doch mit dem Wissen, etwas für die Verbesserung ihres eigenen Lebens und das ihrer Kinder zu tun. Zahlenmäßig war die Frauenorganisation mit nun 260.000 Mitgliedern weiter gewachsen. Davon waren etwa 60% parteilos und mehr als [144:] 60% Hausfrauen oder mithelfende Ehefrauen, die in Familienbetrieben des Handwerks und des Gewerbes beschäftigt waren. Die Delegierten beschloss, verstärkt berufstätigen Frauen und alleinstehenden Müttern mehr Hilfe zu geben und auf dem Land weitere Kindergärten einzurichten.

Herzlich wurde der scheidenden Vorsitzenden Dr. Anne-Marie Durand-Wever gedankt, die aus gesundheitlichen Gründen nicht wieder kandidierte. Sie blieb jedoch weiter aktiv in der Frauenbewegung. Als Frauenärztin trat sie gegen den § 218 auf, den sie als barbarisch bezeichnete. Sie wurde zur Mitbegründerin von Pro Familia, der „Deutschen Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung“. Dieser in Kassel gegründete Verein betreibt heute bundesweit 160 Beratungsstellen.

Die Delegierten wählten als neue Vorsitzende des DFD Emmy Damerius-Koenen (1903-1987). Als Emigrantin hatte sie in London die Frauenkommission in der „Freien Deutschen Bewegung“ mit gegründet. Sie brachte also Erfahrung für die Arbeit mit Frauen ein. Das hatte sie schon mit ihrem Referat „Die Frau und der Völkerfrieden“ auf dem Gründungskongress unter Beweis gestellt. Sie rechnete scharf mit Faschismus, Rassenhass, nationalistischem Dünkel und der von Antikommunismus geprägten Politik ab. Stellvertreterinnen wurden Käthe Kern (SED), Wilhelmine Schirmer-Pröscher (LDPD), Dr. Marga Baganz (parteilos), Helene Beer (LDPD), Erna Schäfer (CDU) und Generalsekretärin Maria Rentmeister (SED). Die neu eingerichtete Revisionskommission entwickelte sich als Kontrollorgan später weiter und leistete bis zum Ende der Organisation eine umfangreiche Arbeit zur Aufdeckung von Mängeln und Fehlleistungen, die Frauen in ihrer Entwicklung hemmten.

Der Druck der demokratischen Öffentlichkeit brachte 1948 die Alliierten Besatzungsmächte endlich dazu, sich nicht länger dem sowjetischen Vorschlag zu verweigern, eine einheitliche Frauenorganisation in Berlin zu schaffen. Am 6. und 7. März 1948 wurde der Demokratische Frauenbund Berlins (DFB) gegründet. Zu gleichberechtigten Vorsitzenden wurden Elli Schmidt (SED), Wilhelmine Schir-[145:]mer-Pröscher (LDPD) und Barbara von Renthe (parteilos) gewählt. Die Organisation umfasste 11.000 Mitglieder. In ihrer aller Namen forderte der Vorstand die demokratische Einheit Deutschlands und die Sicherung des Friedens. In den Westsektoren sollte mit vereinten Kräften die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung forciert werden, was wie wir wissen, nicht gelang und nicht gelingen konnte, denn die Verhältnisse waren nicht so.

Auf der 8. Tagung des DFD im September 1953 verstärkte der Bundesvorstand durch Arbeiterinnen und Bäuerinnen seine Anzahl der Mitglieder und wählte Ilse Thiele zur neuen Vorsitzenden der Frauenorganisation. Sie lernte ich durch die gemeinsame Arbeit im Rat der IDFF, für die sie mich erst gewonnen hatte, kennen, und schätzte ihr Eintreten für die Rechte der Frauen. 1920 in einer Berliner Arbeiterfamilie geboren, fand sie früh den Weg in die Politik. Sie trat 1945 in die KPD und 1946 in die SED ein, engagierte sich im kommunalen Frauenausschuss Lichtenberg, arbeitete als Bezirksrätin

für Soziales und gehörte zu den Gründerinnen des DFD. Ab 1952 leitete sie die Berliner DFD-Organisation. Sie brachte so die Kenntnis der Berliner Basis in die neue Funktion als Bundesvorsitzende ein. Im November 1989 legte sie dann den Vorsitz nieder und schied aus dem Berufsleben aus. Von 1958 bis 1989 war sie Mitglied des Rates und des Büros der IDFF und 1964 bis 1989 Vizepräsidentin der IDFF. Ilse Thiele gehörte als Vorsitzende der Frauenorganisation der Fraktion des DFD in der Volkskammer an, war Mitglied der Frauenkommission beim Politbüro der SED und bis 1990 Mitglied des Staatsrates der DDR. Für ihre Verdienste in der Frauenarbeit wurde sie 1957 mit der „Clara-Zetkin-Medaille“ und 1985 mit dem „Karl-Marx-Orden“ ausgezeichnet.

Die Weltöffentlichkeit verfolgte die Entwicklung der DDR und der Frauenorganisation aufmerksam. Die Leistungen fanden Anerkennung bei friedliebenden und fortschrittlichen Menschen. Der Bundesvorstand des DFD beantragte im Februar 1948 die Aufnahme in die Internationale Frauenföderation. Das Engagement für Friedenserziehung, Völkerfreundschaft, Solidarität mit den Frauen der [146:] Welt war in der IDFF sehr genau beobachtet worden. Zu tief waren die Wunden, die der deutsche Faschismus anderen Völkern zugefügt hatte. Doch das neue Deutschland fand Unterstützung. So setzten sich gerade sowjetische Frauen für die Aufnahme des DFD in die IDFF ein, obwohl ihr Land am meisten unter dem 2. Weltkrieg gelitten hatte. Auf dem 2. Weltkongress der IDFF 1948 in Budapest wurde der DFD in diese Gemeinschaft friedliebender und fortschrittlicher Frauen der Welt aufgenommen. Er hat sich bis zum Ende der DDR dieses Vertrauens als würdig erwiesen.

## **5.2. Der DFD als geachteter Partner der IDFF**

Der DFD organisierte vielfältige Initiativen von Frauen. Dabei nahm die Friedenserziehung nicht nur in der ersten Phase der Entwicklung des DFD einen vorrangigen Platz ein. Sie bestimmte generell die politische Ausrichtung. Das traf den Nerv vieler Frauen. Sie wollten eine sichere Zukunft für sich und ihre Kinder. Das hob nicht auf, dass der DFD die Verteidigung der Heimat gegen Angriffe für erforderlich hielt. Wer sich dazu kritisch verhält, sollte bedenken, dass die DDR keine Kriege führte und nicht, wie die BRD, Frauen als Soldatinnen in kriegerische Handlungen verwickelte.

International nahm man aufmerksam zur Kenntnis, was in Deutschland getan wurde, damit nie wieder ein Krieg von deutschem Boden ausgehen sollte. Kritisch sah man zwar die unterschiedliche Entwicklung im Osten und Westen Deutschlands, doch die IDFF schätzte die Friedensappelle des DFD sehr hoch. Bei den von ihm organisierten Friedensinitiativen half ihm seine aktive Mitarbeit in den Leitungsgremien der IDFF, weil vor allem internationale Unterstützung Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erregte. Im Rat der IDFF, der zwischen den Kongressen das leitende Organ der Föderation ist, wirkte die Vizepräsidentin Ilse Thiele. Die DDR war Gastgeberin für das Büro der IDFF in Berlin. Durch seine umfassenden gesellschaftlichen Aktivitäten in der DDR und im Ausland wurde der DFD zum ge-[147:]achteten Mitglied in der internationalen Gemeinschaft progressiver Frauenorganisationen. Die Erfahrungen, die der DFD im Prozess der Umsetzung gesetzlich fixierter Werte und Normen bei der schrittweisen Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frauen in der DDR sammelte, wurden in der IDFF von weltanschaulich unterschiedlichen internationalen Frauenorganisationen mit Interesse zur Kenntnis genommen, kritisch hinterfragt und auf die Brauchbarkeit im eigenen Land geprüft. Das weiß ich seit 1969 als eines der gewählten stellvertretenden Ratsmitglieder der IDFF aus eigener Erfahrung.

Es ging uns allen darum, in den Völkern den Friedensgedanken hoch zu halten. Sie sind allein in der Lage, Kriegstreiber und Kriegsgewinnler zu stoppen. Als die IDFF 1948 eine weltweite Kampagne für die Ächtung von Atomwaffen initiierte, rief der Bundesvorstand des DFD die Frauen auf, mit einer Unterschriftenaktion diese Forderung zu unterstützen. Der Aufruf wurde von der SED, der DBD, CDU, LDPD, NDPD, dem FDGB, der FDJ ebenfalls bejaht. Die Debatten, die mit Menschen geführt wurden, deren Unterschrift man erhalten wollte, gingen immer wieder auf das unsägliche Leid in Hiroshima und Nagasaki ein, das Atombomben der USA angerichtet hatten. Heute wissen wir, dass die Auswirkungen selbst im Jahr 2009 nicht überwunden sind. Damals aktivierte der ungeheuerliche und für den Kriegsausgang unnötige Einsatz einer Massenvernichtungswaffe viele Frauen, sich engagiert an der Aktion zu beteiligen. Es gab dennoch Menschen, die am Erfolg der Unterschriftensammlung zweifelten. Sie glaubten nicht, dass man damit Kräfte, die an Kriegen verdienen,

stoppen könnte. Reaktionen von Gegnern der Aktivität blieben ebenfalls nicht aus. Der RIAS nannte sie einen „kommunistischen Propagandafeldzug“. Er forderte Frauen direkt auf, ihre Unterschrift zu verweigern. Doch die Aktion wurde ein Erfolg. Im Januar 1949 hatten sich 5,3 Millionen Frauen mit ihrer Unterschrift gegen die Atombombe ausgesprochen. Das waren 72,6% der 7,3 Millionen zeichnungsberechtigter Frauen im Osten Deutschlands. Auf einer Kundgebung in Berlin wurde die Aktion im Ostteil Deutschlands abgeschlossen. Dazu waren Frauen aus allen Landesteilen angereist. [148:] Ihre Begeisterung war groß, sich mit solchem Erfolg als politische Akteure bewiesen zu haben. Die Unterschriften, so wurde es beschlossen, sollten an die IDFF in Paris übergeben werden, mit der Bitte, sie an die UNO weiterzuleiten.

Der Bundesvorstand des DFD hatte die Militärverwaltungen der westlichen Länder angeschrieben und in den Westzonen ebenfalls diese Unterschriftensammlung gefordert. Die Zustimmung wurde verweigert und diese Friedensaktion verboten. Fortschrittliche Frauen in den Westzonen ließen sich nicht abschrecken. Trotz Einschüchterung und Verfolgung sammelten sie in den Westzonen 360.000 Unterschriften für die Ächtung der Atomwaffe. Eine mutige Leistung!

Der Bundesvorstand des DFD startete noch eine weitere Aktion. Er wandte sich mit einer Adresse an die Regierungschefs der vier Siegermächte und forderte einen Friedensvertrag für Deutschland. Von der SMAD wurde die DFD-Abordnung noch am gleichen Tag vom Botschafter der UdSSR W. S. Semjonow empfangen. Er nahm das Schreiben mit der Verpflichtung in Empfang, es sofort seiner Regierung und den Regierungen der drei westlichen Großmächte zu übermitteln. Die drei Westmächte waren jedoch an einem vereinigten Deutschland und damit an einem Friedensvertrag nicht interessiert. Hinter dem Rücken der Bevölkerung haben sie schon im September 1948 mit Vertretern der CDU, CSU, FDP und der SPD das Grundgesetz des künftigen westdeutschen Separatstaates im Parlamentarischen Rat in Bonn ausgehandelt.

Im Osten hatte die existierende Volkskongressbewegung 1947 viele Kräfte zusammengefasst, die willens und imstande waren, politische Verantwortung parteienübergreifend bis hinein in den kommunalen Bereich zu übernehmen. So konnten sich Menschen gesellschaftlich betätigen, die keiner Partei oder Organisation angehörten. Darin manifestierten sich vielfältige demokratische Initiativen und Aktivitäten. Im Mai 1949 tagte in Berlin der 3. Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden. In einem Aufruf wurde das deutsche Volk aufgefordert, sich in einer nationalen Front für ein einiges, unabhängiges Deutschland und einen baldigen Abschluss eines Friedensvertrages [149:] einzusetzen. Der Kongress bestätigte hierfür den Verfassungsentwurf für eine deutsche demokratische Republik. Dieser Entwurf stand seit Oktober 1948 schon in einer Volksaussprache zur Diskussion. Die DFD-Mitglieder waren daran beteiligt. Frauen hatten 3000 Vorschläge zum Verfassungsentwurf eingebracht. Ihr Schwerpunkt lag darauf, die Gleichberechtigung der Frau unmissverständlich festzuschreiben. Mit der Beteiligung an der Verfassungsdiskussion für einen zukünftigen friedliebenden deutschen Staat und der erfolgreichen Unterschriftensammlung für die Ächtung der Atomwaffe erwies sich der DFD als verlässlicher Partner der IDFF.

Praktische Hilfe aus der DDR nahmen die Organisationen, die der IDFF angehörten, ebenfalls dankbar an. Der DFD organisierte dafür Sammelaktionen. So wurden mit Heften, Bleistiften und Lehrmaterialien arme Länder unterstützt, um die Überwindung des Analphabetentums zu befördern. DDR-Frauen haben sich an solchen Aktionen immer mit großem Engagement begeistert beteiligt, weil bloße Lippenbekenntnisse keine Solidarität ausdrücken. Das kann mit Zahlen belegt werden. Insgesamt haben gesellschaftliche Kräfte der DDR für die befreiten und um ihre Befreiung kämpfenden Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas von 1976-1979 Solidaritätsleistungen im Wert von 873 Millionen Mark erbracht. Als 1979 der Bundesvorstand des DFD und die Redaktion der Frauenzeitschrift der DDR „Für Dich“ zu einer Solidaritätsaktion aufriefen, spendeten die Frauen insgesamt 2.176.294,75 Mark. Aus diesen Mitteln konnten Frauenorganisationen in 25 jungen Nationalstaaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas so dringend benötigte Güter, wie Ausrüstungen für Entbindungsstationen und Nähstuben, Stoffe, Nahrungsmittel, Kindergarteneinrichtungen, Spielzeug, Decken, Schreibmaschinen übermittelt werden.

[150:]

### 5.3. Gesellschaftliche Aktivitäten des DFD in der DDR

Als Vertreterin einer großen Mehrheit von Frauen der DDR war der DFD im eigenen Land an der Erarbeitung von Gesetzen beteiligt, die den Belangen der Frauen immer besser gerecht werden sollten. Zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands hatte die Frauenorganisation Sitz und Stimme in der obersten Volksvertretung. In der Volkskammer war sie durch eine eigene Fraktion mit 35 Abgeordneten vertreten. In Land tagen, den Bezirkstagen, und den Volksvertretungen der Kreise, Städte und Gemeinden nahm der DFD über seine Abgeordneten an der Ausübung der politischen Macht teil. Ihr prozentualer Anteil erhöhte sich im Laufe der Jahre kontinuierlich. Damit wurde überzeugend ein schon Jahrhunderte existierendes Vorurteil gegen Frauen in der Politik ad absurdum geführt. In der Politik können Frauen ebenfalls mit Sachverstand agieren.

Frauen für eine berufliche Tätigkeit zu gewinnen war ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des DFD. Alle Hände wurden in der Volkswirtschaft gebraucht. Der DFD beschränkte sich in seiner Aufklärungsarbeit und seinen Initiativen nicht auf den ökonomischen Aspekt. Aus der historischen Entwicklung der Berufstätigkeit von Frauen wissen wir, dass sie, wie etwa im Krieg, also unter bestimmten Bedingungen, als „Notbehelf“ für fehlende Männer diente. Frauen erhielten jedoch weder den gleichen Lohn wie die Männer in der gleichen Branche, noch wurde Rücksicht auf ihre Funktion als Frau und Mutter genommen. In der DDR war gleicher Lohn für gleiche Arbeit durch Gesetze garantiert und es bestand nicht die Absicht, die Frauen unter anderen Bedingungen wieder aus dem Berufsleben zu verdrängen. In der Arbeit des DFD spielte das eine große Rolle. Der DFD stellte sich so der Aufgabe, in den Köpfen von Frauen und Männern diesen gegen veraltete Rollenklischees gerichteten Aspekt der Berufstätigkeit von Frauen als wichtigen gesellschaftlichen Wert zu setzen, ihn zu begründen, gesetzlich zu fixieren und praktisch umzusetzen. 1957 waren noch 35% der weiblichen Bevölkerung [151:] Hausfrauen. Um Frauen an die Arbeit heranzuführen, organisierte der DFD z. B. Hausfrauenbrigaden, die nur stunden- oder tageweise in Industrie oder Landwirtschaft halfen. Auf diese Art wollte er unter Frauen das Motto verbreiten: Mach etwas aus deinem Leben! Sie begriffen so: Ich werde nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung gebraucht, sondern gewinne Selbstvertrauen und damit neue Persönlichkeitsqualitäten.

Der DFD vermittelte zugleich kulturelle Bildungsangebote. Das war nicht einfach. Vielen Frauen war in der Vergangenheit der Zugang zu Kunst und Kultur kaum möglich gewesen. Welche Arbeiterin oder Bäuerin hatte das Geld und die Zeit, eine Theateraufführung oder eine Kunstaussstellung zu besuchen? Eintrittsgelder für Museen konnten sie nicht aufbringen. Die Buchpreise waren hoch. Nun waren kulturelle Bedürfnisse zumeist erst zu wecken. Das ist in der heutigen Situation, wo Massenmedien über Werbung viele Informationen vermitteln, vielleicht kaum vorstellbar. Doch die Informationsverbreitung war in der Nachkriegszeit und auch später noch eine schwierige Aufgabe. Hinzu kam, dass unter der Nazidiktatur Bücher humanistischer und progressiver Künstler verbrannt oder auf dem Index waren. Sie standen also nicht zur Verfügung. Obwohl die neuen Verlage gerade solche Bücher nun in hoher Auflage druckten, reichten die Angebote nicht aus. Deshalb griff der DFD Erfahrungen aus der Vergangenheit auf und organisierte das Kulturleben in besonderen Formen, mit denen Frauen anregende Erlebnisse vermittelt wurden. So organisierte man Leseabende, die Frauen z. B. mit Büchern, wie „Das siebte Kreuz“ von Anna Seghers oder „Die Buddenbrooks“ von Thomas Mann vertraut machte. Der 200. Geburtstag von Johann Wolfgang von Goethe war Anlass, um diesen großen deutschen Dichter mit seinen Leistungen vorzustellen. Ein weiteres Anliegen verfolgte der DFD, indem er die bis dahin unbekanntes sowjetische Literatur in Lesungen vorstellte. Empfohlen wurden solche Werke, wie „Die Mutter“ von Maxim Gorki, „Neuland unterm Pflug“ von Michail Scholochow oder „Flaggen auf den Türmen“ von A. S. Makarenko.

[152:] Die Schilderungen von Erlebnissen, die Makarenko in der Sowjetunion bei der Unterbringung und Erziehung der im Bürgerkrieg elternlos gewordenen Mädchen und Jungen hatte, waren interessant und anregend. Man konnte von ihm lernen, wie herumstreunende, kriminelle und zum Teil gewalttätige Jugendliche wieder ins normale Leben durch die Übernahme von Verantwortung integriert

werden konnten. Mancher erinnerte sich dabei sicher an eigene Erfahrungen. Nach 1945 war ja in Deutschland die Integration der auf Abwege geratenen Kinder, der Einsamen oder Verlorenen, ebenfalls zu leisten. Makarenko wurde in meiner Generation viel gelesen. Über solche Literatur lernte man die Sowjetunion näher kennen. Das galt nicht nur für seine Schriften. Wir, die den Krieg noch erlebt hatten, uns für den Aufbau der DDR als einem neuen antifaschistischen und antikapitalistischen Staat einsetzten und Freundschaft zwischen den Völkern erreichen wollten, nahmen Erzählungen russischer und sowjetischer Autoren über das Leben dort gern auf. Sie machten uns mit Menschen, Kultur, Sitten und Bräuchen in den unterschiedlichen Völkerschaften, die zur Sowjetunion gehörten, vertraut. Später fand ich bei meinem Studienaufenthalt in Moskau und meinen Gastaufenthalten in der Sowjetunion, ob dienstlicher oder privater Art, manches wieder, was ich aus der Literatur kannte. Ich verglich Literatur mit der Wirklichkeit. Sowjetische Freunde erklärten dann manches, auch Missstände und Differenzen zwischen Ideal und Wirklichkeit. Doch die Kenntnis der Literatur anderer Länder war und ist ein wichtiger Schritt, um Freundschaft unter Völkern auszubilden und Kriege gegen sie auszuschließen. Dazu trugen die Leseabende des DFD bei.

Die FDJ startete ähnliche Aktionen. Meine Erfahrungen zeigen, dass viele Frauen aus meiner Generation in der DDR durch Literatur mit geprägt wurden. Ich „verschläng“ auf jeden Fall alle Bücher, derer ich habhaft werden konnte. Das brachte mir in der Abitur-Zeitung 1953 die Charakteristik ein: „Suche einen Katalog von allen Büchern, die ich noch nicht gelesen habe.“ Sehr beeindruckt war ich von „Krieg und Frieden“ von Lew Nikolajewitsch Tolstoi (1828-1910). Seine handelnden Personen im Volkskrieg 1805/12 gegen Napoleon [153:] vermittelten ein eindrucksvolles Bild der russischen Gesellschaft jener Zeit. Durch diesen Roman gewann ich mehr historisches Wissen als durch ein Geschichtsbuch. Den Roman „Anna Karenina“ vom gleichen Autor las ich mit großer Anteilnahme. Die Hauptheidin scheitert mit ihren Idealen. Das bot Stoff zum Nachdenken. Warum konnte sie keinen Erfolg haben? Was war zu tun, um Frauenrechte durchzusetzen? Wenn wir uns heute im Kreis der Ehemaligen treffen, dann sind die Eindrücke, die wir aus Büchern damals gewannen, nicht selten Gegenstand der Gespräche. Das ist ein wichtiger Teil des Lebens der Frauen in der DDR.

So können m. E. die Verdienste des DFD bei diesen wichtigen kulturellen Aktivitäten nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie sollten nicht ignoriert, diffamiert oder vergessen werden. Große Anstrengungen wurden etwa zur Pflege des Liedguts, zur Gründung von Singgruppen und zur Förderung von Chören unternommen. Daraus ergab sich eine Tradition, deren Pflege von anderen Organisationen, wie der Volkssolidarität und der FDJ aufgegriffen wurde. Diese Geschichte war nicht immer im Bewusstsein, wenn in späteren Zeiten eine Singgruppe ins Leben gerufen wurde. Das ist sicher nicht so wichtig. Was zählt, das ist die Freude von Menschen an kultureller Betätigung und ein Publikum, das ihnen dafür Dank sagt. Falsch wird es jedoch, wenn die Geschichte umgeschrieben wird und die Aktivitäten von Mädchen und Frauen im DFD, die sich kulturell engagierten, aus ihr verschwinden sollen.

Die manchmal von einigen Leuten belächelte Handarbeit in DFD-Gruppen hatte damals auf jeden Fall ihre Berechtigung. Mit den Produkten versorgte man Waisenkinder, Ältere und Mütter, deren Geldbeutel sehr schmal war. Selbst heute wird diese Tätigkeit wieder gebraucht. Gleichzeitig erfüllte sie noch zwei andere Aufgaben: Sie ist zum einen eine Form der Kommunikation, denn die gemeinsame Tätigkeit baut möglicher Vereinsamung vor und zum anderen wird dadurch Brauchtum gepflegt. Das ist in Dörfern besonders wichtig. So ist es im Spreewald üblich, dass in solchen Frauengruppen zum Osterfest Eier kunstvoll bemalt werden, die großen Absatz finden. [154:] Die Anfertigung der Trachten von Sorbinnen finden hier ihre Meisterinnen. Eine spöttische Abqualifizierung dieser Seite einer Frauenorganisation fällt deshalb als Bumerang auf Kritikerinnen zurück, weil sie wichtige kulturelle Aktivitäten nicht achten und somit selbst kritikwürdig sind.

#### **5.4. Zum Platz des DFD in der DDR**

Der DFD war also weder eine nur politisch agierende Organisation, wie manche Leute sie deuten wollen, noch ausschließlich ein Handarbeitsverein. Vielseitige Interessen der in ihm zusammengeschlossenen Frauen fanden ihre Entsprechung in ganz unterschiedlichen Aktionen. Dabei stimmten

ihre grundlegenden Ziele mit denen des Staates überein. Das Leben von Frauen sollte so gestaltet werden, dass Frauenrechte als Menschenrechte Allgemeingut sind. Damit wurde den Forderungen entsprochen, die in der am 10. Dezember 1948 proklamierten Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO für Frauen erhoben wurden. Für die Umsetzung dieser Rechte in die Realität engagierte sich die Volkskammer der DDR. In ihr stand die Fraktion des DFD in der Pflicht. Wie halten es die Kritiker/Innen der DDR nun mit den positiven Erfahrungen, die Frauen der DDR bei der Beratung und Durchsetzung von Gesetzen gesammelt haben? Der DFD gehörte zum politischen System der DDR. Er übernahm wichtige Funktionen bei der Aufklärung von Frauen, bei der Durchsetzung von Frauenrechten, bei der Beseitigung von Unrecht und bei der Aktivierung der Frauen für politische, berufliche und kulturelle Tätigkeiten. Das hebt sicher Einseitigkeiten und Fehler nicht auf, doch die Kompliziertheit des Lebens warnt uns, sie mit einfacher Schwarz-Weiß-Malerei zu erfassen. Nennen wir deshalb noch wichtige Initiativen des DFD, die zu seinem positiven Engagement in der DDR gehören.

Neben den grundlegenden Zielsetzungen der Politik in der DDR, wie Frieden und Wohlstand, Recht auf Arbeit, Obdach, Gesundheits-[155:]fürsorge und Erholung, Gleichberechtigung der Geschlechter und Völkerfreundschaft setzte sich die Frauenorganisation der DDR, gemeinsam mit der IDFF und anderen internationalen Organisationen, für einen Kindertag ein. Am 1. Juni 1950 wurde er zum ersten Mal einheitlich in 51 Ländern begangen. Die Sorge um das Gedeihen von Kindern und internationale Aktivitäten nahmen in den folgenden Jahren viel Raum in der Arbeit des DFD ein. Ferienlager, in denen Kinder bei Sport und Spiel erholsame und unterhaltsame Tage und Wochen verbrachten, wurden durch dafür ausgebildete Frauen und Männer organisiert und gestaltet. Die Betreuerinnen hatten pädagogische Seminare besucht, um besser für die neue Tätigkeit gerüstet zu sein. Mit Liebe wurden griechische, koreanische und vietnamesische Kinder, die verwaist waren, zeitweilig in der DDR betreut. Delegationen des DFD nahmen an der Internationalen Konferenz zum Schutz der Kinder 1952 in Wien und am Weltkongress der Mütter, der 1955 in Lausanne stattfand, teil. Enge Kontakte wurden mit demokratischen Kräften in der BRD gepflegt. Vielen Frauen machte die Remilitarisierung der BRD große Sorgen. Das kam sehr deutlich auf dem Gesamtdeutschen Frauenkongress im Juli 1954 in der Hauptstadt der DDR zum Ausdruck, der unter der Losung „Frieden, Einheit, Gleichberechtigung – für ein glückliches Leben der Frauen in ganz Deutschland“ stattfand. Auf dem Kongress wurde ein Deutscher Frauenrat gebildet, der je 36 Vertreterinnen aus der DDR und der BRD vereinte. Gemeinsam traten sie gegen alle Friedensgefährdungen auf. Diese Frauen hatten die Schrecken des 2. Weltkrieges noch nicht verwunden. Leider konnten ihre Manifestationen und Aktivitäten den Beitritt der BRD im Februar 1955 zur NATO nicht verhindern. Träume von einem wiedervereinigten Deutschland waren damit endgültig geplatzt. Als Gegenreaktion schlossen die Sowjetunion und die Volksdemokratien im Mai 1955 den Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, den Warschauer Pakt, ab.

Kontinuierlich baute der DFD die Beziehungen zu den Frauenorganisationen der sozialistischen Staatengemeinschaft aus. In Treffen, Tagungen und Konferenzen wurden Erfahrungen darüber ausgetauscht, wie die Gleichberechtigung der Frauen noch besser in den einzelnen Ländern zu verwirklichen sein könnte. Über neue Gesetze und Verordnungen wurde dabei informiert und es wurden erforderliche Maßnahmen angemahnt. Da die Organisationen der IDFF angehörten, konnten die Ergebnisse des Austauschs in die Föderation insgesamt eingebracht werden.

Nachdem am 18. Oktober 1973 die DDR als souveräner Staat auf der 28. Tagung der UNO-Vollversammlung 133. Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen wurde, unterstützte der DFD in seinem Verantwortungsbereich die Staatspolitik in der UNO. Auf der XXVII. Vollversammlung der UNO wurde 1975 zum „Internationalen Jahr der Frau“ proklamiert. Der Vorschlag dafür war von der IDFF ausgegangen. Im Juli 1975 tagte dann die I. UNO-Weltfrauenkonferenz in Mexiko-Stadt. Unter Leitung von Prof. Dr. Johanna Töpfer, stellvertretende Vorsitzende des Bundesvorstandes des FDGB, nahm die DDR an dieser Konferenz teil. Zur Delegation gehörte auch Ilse Thiele, Vorsitzende des DFD. Sie wurde eine der Vizepräsidentinnen des Welttreffens der Frauen. Die Konferenz verabschiedete eine Deklaration über die Gleichberechtigung der Frauen und ihren Beitrag zu nationaler und

sozialer Entwicklung und Frieden, einen Weltaktionsplan für 10 Jahre und erklärte den Zeitraum 1976 bis 1985 zur UNO-Dekade für die Frau. Die DDR-Delegation brachte mit Zustimmung der Mehrheit der Konferenzteilnehmerinnen eine Resolution über „Die Teilnahme der Frauen an der Festigung des Friedens und der Sicherheit und am Kampf gegen Kolonialismus, Rassismus, Rassendiskriminierung und Fremdherrschaft“ ein. Alle drei Dokumente wurden dann zur Arbeitsgrundlage für mich, als ich 1975 durch den ECOSOC als Staatenvertreterin der DDR in die Kommission „Zum Status der Frau“ gewählt wurde.

Im Oktober 1975 fand der Weltkongress zum Internationalen Jahr der Frau statt. Die DDR bot Berlin als Tagungsort an und das Internationale Vorbereitungskomitee unter Leitung der Australierin Freda Brown hatte diese Einladung angenommen. Sie war dann Präsidentin des Weltkongresses. Auf dem anschließenden IDFF-Kongress [157:] wurde Freda Brown zur Präsidentin der IDFF gewählt. Der Weltkongress stand unter dem Motto: „Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden“. Es reisten 2000 Delegierte aus 141 Ländern an. Sie achteten die Leistungen der Frauen der DDR, die sich oft in tätiger Solidarität für viele Länder ausgedrückt hatte und wollten nun das Land kennenlernen, in dem Frauen gute Entwicklungschancen hatten. Die Angereisten kamen aus verschiedenen sozialen Schichten, Berufen und Tätigkeiten. Sie vertraten unterschiedliche politische und weltanschauliche Positionen und repräsentierten eine Vielzahl nationaler, regionaler und internationaler Organisationen. Neben angestrenzter Arbeit im Plenum und neun Kommissionen, in denen über alle wichtigen Fragen des Lebens ohne Einschränkung gesprochen werden konnte, fanden Betriebsbesichtigungen, Exkursionen in landwirtschaftlichen Genossenschaften, Gesundheits-, Sozial- und wissenschaftliche Einrichtungen statt.

Mein besonderes Anliegen als Mitglied der DDR-Delegation war, die Entwicklung von Frauen in der Wissenschaft zu zeigen. Viele wissbegierige Fragen gaben mir dazu dann ausreichend Gelegenheit. Minister und Staatssekretäre der DDR sowie der Oberbürgermeister von Berlin luden zu Gesprächen ein. Alle Angebote wurden von den Teilnehmerinnen mit Interesse angenommen und ausreichend genutzt, um ihr Bild über ein Land, das eine gesellschaftliche Alternative zum kapitalistischen System darstellte, abzurufen und Anregungen für eigene Zielstellungen zu erhalten. Begeistert nahm man hochkarätige Konzerte auf, die ein kulturelles Bild der DDR zeichneten. Ein Knabenchor konnte besonders viele Punkte sammeln. Ein vom Weltkongress angefertigter Film gab mir später in meiner UNO-Kommission die Möglichkeit, einseitige Bilder über die DDR etwas zu korrigieren. Der Kongress beendete seine Arbeit mit einem „Appell an die Frauen der Welt“. Darin wird festgestellt: „Von der Tat jedes Einzelnen, von uns allen gemeinsam hängt die Zukunft dieser Erde ab. Schließt Euch zu gemeinsamen Aktionen zusammen.“ Das gilt heute mehr denn je!

Die Sorge um eine weitere friedliche Entwicklung der Welt bestimmte in den folgenden Jahren innerhalb der DDR und in den breit [158:] ausgebauten Kontakten zu Frauen in aller Welt in starkem Maße die Arbeit des DFD. In der DDR ging es in erster Linie um die Erhöhung der Arbeitsleistungen als einer Friedensgarantie. Freundschaftstreffen mit Frauenorganisationen ganz unterschiedlicher Länder dienten der Vertiefung des Gedankens, dass Zusammenhalt und solidarische Verbundenheit Trennendes überwinden helfen sollen, um Kriege als Lösungsmittel für Konflikte aus dem Leben der Völker zu verbannen. Unterstützt wurde die Arbeit von Frauengruppen in Ländern, die um ihre Unabhängigkeit kämpften. Organisierte Frauen aus Äthiopien, Südafrika, Nicaragua und anderen Ländern kamen in die DDR, um deren Erfahrungen zu studieren. 1982 weilte eine Delegation der britischen Sektion der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit auf Einladung des Bundesvorstands des DFD zum Studienaufenthalt in der DDR. 1983 besuchte eine Gruppe von 92 Mitgliedern der USA-Sektion der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit unter Leitung ihrer Präsidentin die DDR. Zu unterschiedlichen Frauenorganisationen der BRD gab es Beziehungen, so zur Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen, zur Demokratischen Fraueninitiative und zu den Grünen. Darüber hinaus bereisten viele DDR-Delegationen andere Länder. Ich war u. a. zu einer Konferenz in Bangladesh und nahm an einem Seminar in London teil. Immer waren viele Fragen zur Entwicklung in unserem Land zu beantworten. Zu einer Tradition entwickelte sich das Dreiländertreffen zwischen der Volksrepublik Polen, der ČSSR und der DDR.

Vom 1.7. bis 7.7.1984 fand auf Einladung des Bundesvorstands des DFD eine Frauenfriedenswoche der europäischen Länder in Berlin statt. Die stellvertretende UNO-Generalsekretärin Letitia Shahani (Philippinen), die auf der dritten UNO-Weltfrauenkonferenz Generalsekretärin sein würde, zeigte durch ihre Anwesenheit, wie ernst die Friedensbemühungen der DDR in der UNO genommen wurden. Das betonte sie in ihrem Referat, das in der Frauenzeitschrift „Für Dich“ abgedruckt wurde. Ich hielt den Einleitungsvortrag bei einem Rundtischgespräch im Rahmen dieser Frauenfriedenswoche. Das Anliegen war, die von der DDR in der UNO eingebrachte Deklaration über [159:] die Teilnahme der Frauen an der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit vorzustellen, um für ihre Umsetzung Bündnispartner zu gewinnen. Sie war, nach der Annahme durch die UNO-Vollversammlung, der Bevölkerung in allen Ländern bekannt zu machen. Dazu wollten wir Frauen der DDR unseren Beitrag leisten.

Über die Arbeit des DFD gäbe es sicher noch viel mehr zu berichten, um der Arbeit aller jener Frauen gerecht zu werden, die in Wohngruppen und in anderen Bereichen wirkten. Es zeigt sich, wie abwechslungsreich und zielstrebig der DFD sich mit seinen Aktivitäten in die Geschichte der DDR eingebracht hat und welche große Leistung in dieser Organisation vollbracht wurde, um selbstbewusste Frauenpersönlichkeiten hervorzubringen. Nach der Wiedervereinigung retteten einige engagierte Frauen die Frauenorganisation durch die am 26. Oktober 1990 erfolgte Umwandlung in den Demokratischen Frauenbund e.V. (dfb). Doch das ist eine neue Geschichte.

[160:]

## **6. UNO-Aktivitäten der DDR für Frauenrechte**

Es gab eine Vielzahl von Veranstaltungen in der DDR, im östlichen und westlichen Ausland, mit aktiver Beteiligung von Vertreter/Innen der DDR, auf denen die Erfahrungen von Frauen aus der DDR, von politischen Organisationen, Verbänden, Komitees und staatlichen Einrichtungen bei der Durchsetzung von Frauenrechten eine Rolle spielten. Manche waren direkt Frauenproblemen gewidmet, wie der genannte Internationale Frauenkongress 1975 in Berlin als der Hauptstadt der DDR, auf dem die Einheit von Frieden, Entwicklung und Gleichstellung der Geschlechter thematisiert wurde. Über den Einsatz der IDFF für Frauenrechte wurde berichtet. Ich greife nun die UNO-Aktivitäten heraus, da sie einen guten Überblick über das internationale Wirken der DDR geben und ich sie aus eigener Erfahrung kennenlernen konnte.

### **6.1. Über das Wirken in der UNO**

In der UNO beschäftigte sich in der Zeit, in der die DDR existierte, vor allem die Kommission „Zum Status der Frau“ mit der Analyse der Lage von Frauen in der ganzen Welt und gab Empfehlungen zu ihrer Verbesserung. Erfahrungen aus der DDR spielten dort eine große Rolle. Hochachtung galt den schon erreichten Ergebnissen. Als Vertreterin der DDR in dieser Kommission war ich aktiv in die Arbeit einbezogen. Die DDR war Initiator der genannten Friedensdeklaration und an der Ausarbeitung der genannten Konvention über die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung der Frau beteiligt. (Hörz, H. E. 2009). Das von dieser Kommission eingesetzte Komitee zur Überprüfung der in der Konvention enthaltenen Forderungen, das Committee on the Elimination of all forms of discrimination against women (CEDAW) nahm in bestimmten Abständen Länderberichte [161:] dazu entgegen, so auch aus der DDR. Meine Kollegin von der Humboldt-Universität, die Rechtswissenschaftlerin Prof. Dr. Edith Oeser, vertrat im CEDAW die DDR. Mit ihr tauschte ich oft Erfahrungen über die Arbeit in der Kommission und im Komitee aus. Aus der BRD arbeitete Hanna Beate Schöpp-Schilling im CEDAW mit. Ich kannte sie schon aus einigen Sitzungen der Kommission und schätze ihr Eintreten für Frauenrechte. Wir hatten auch nach 1990 weiter Kontakt miteinander. Vor allem Fragen zur Arbeit der Kommission spielten in unseren Gesprächen eine Rolle. In einer sorgfältig recherchierten Studie zum CEDAW wird dessen umfassende Arbeit dargestellt. (Schöpp-Schilling 2007)

Neben den vielfältigen internationalen Aktivitäten des Staates und des DFD gab es die verdienstvolle Arbeit des DDR-Komitees für Menschenrechte. Mit seinen Recherchen, Veranstaltungen und Publikationen hat es mit der sachgerechten, konstruktiven und fundierten Analyse der Situation Hervorragendes für die Vorbereitung der erfolgreichen Arbeit der einzelnen Spezialisten in unterschiedlichen UNO-Gremien geleistet. Interessanterweise war es das einzige Menschenrechtskomitee in der sozialistischen Staatengemeinschaft. Es kann hier nur um die UNO-Aktivitäten im Zusammenhang mit unserem Thema gehen, da sonst der Rahmen der Darstellung gesprengt würde. Das Komitee unterstützte mich ausgezeichnet bei meiner Arbeit in der UNO. Dafür schätze ich noch heute die verantwortungsvolle und sorgfältige Tätigkeit von Dr. Siegfried Forberger sehr hoch. Er analysierte alle für die Ausarbeitung der Konvention „Über die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung der Frau“ vorliegenden Dokumente, wies auf Stärken und Schwächen hin und gab Orientierungen dafür, wie durch mit dem Einbringen wichtiger Formulierungen Zusammenhänge zu den Menschenrechtskonventionen der UNO von 1948 und 1966 herzustellen waren. Er arbeitete insgesamt 30 Jahre, von 1959 bis 1990, für das Komitee und sammelte dabei einen umfangreichen Erfahrungsschatz.

Ich nahm gern als Mitglied an den Beratungen des Komitees teil, weil ich so Informationen über die Arbeit anderer Staatenvertreter [162:] in den unterschiedlichsten UNO-Organen erhielt. Wir tauschten vor allem Erfahrungen über die Situation, die Initiativen der DDR und die Reaktionen darauf aus. Das weitete den Blick für neue Akzente und Schwerpunkte, die dann in der Kommission „Zum Status der Frau“ zu berücksichtigen waren, da ihre Aktivitäten in die Gesamtarbeit der UNO eingebettet waren. Das Komitee vertrat den Grundsatz der Einheit und wechselseitigen Bedingtheit der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte und wandte sich gegen die Isolierung oder Überbewertung des einen oder anderen Rechts. Bewusst und wirkungsvoll engagierte es

sich für die Gleichberechtigung und Förderung der Frauen. (Forberger 2000) In den Schriften und Informationen des Komitees, die an ca. 4.000 Persönlichkeiten und Institutionen in über 100 Ländern verschickt wurden, sind Konventionen, Deklarationen und Resolutionen, die die UNO verabschiedet hatte, publiziert worden. So konnte jede Frau und jeder Mann in der DDR, der es wollte, sich immer über UNO-Aktivitäten informieren.

Obwohl schon in der UNO-Charta, dem ersten allgemein anerkannten Völkerrechtsvertrag, der Gleichberechtigungsgrundsatz auf gleiche Menschenrechte enthalten war (vgl. Art. 1, 8, 13, 55, 76), waren ständig neue Anstrengungen zu unternehmen, um ihn immer wieder als berechtigte Forderung ins Bewusstsein der internationalen Öffentlichkeit zu rücken. Die DDR leistete dazu wichtige Beiträge. Verschiedene Konventionen, die wichtige Teilaspekte der Gleichberechtigung betrafen, wie die Festlegung eines Mindestalters für Eheschließungen, gegen den Menschenhandel, der vor allem Frauenhandel war, gegen die Ausbeutung durch Prostitution, konnten durchgesetzt werden. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten waren dabei federführend. Frauenpolitische Probleme durften nicht als randständig betrachtet werden, so ihr Credo. So fand auf ihr Drängen die erste umfassende Behandlung von Gleichberechtigungsfragen auf der 22. Generalversammlung der Vereinten Nationen statt. Im Ergebnis verabschiedete das Gremium die „Deklaration zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau“. Es handelte sich noch nicht um die später erar-[163:]beitete Konvention. Erst eine Konvention hat für die Mitgliedsstaaten bindenden Charakter und ist in nationales Recht umzusetzen.

Noch war die DDR kein Mitglied der UNO, aber dennoch wurden alle Aktivitäten der UNO durch verschiedene Gremien in der DDR aufmerksam verfolgt. Gerade das Behandeln der staatsbürgerlichen, politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte von Frauen war wichtig, um Bemühungen von Staaten, die Frauenrechte als Menschenrechte durchsetzen wollten, zu bestärken. Dazu gehörte die DDR seit ihrem Entstehen. Als mit der Resolution 3010 (XXVII) 1972 auf Initiative der Sowjetunion und der IDFF das Jahr 1975 zum „Internationalen Jahr der Frau“ durch die UNO-Vollversammlung erklärt wurde, hatte die DDR bereits einen anderen Ausgangspunkt für staatliche Aktivitäten.

Seit 1973 war die DDR als souveräner Staat anerkanntes Mitglied in den Vereinten Nationen. Im gleichen Jahr gab das DDR-Menschenrechtskomitee in Deutsch, Englisch und Französisch eine Broschüre über die Frauenpolitik in der DDR heraus. Den einleitenden Artikel hatte Prof. Dr. Herta Kuhrig geschrieben. Der Broschüre war ein Einlegeblatt beigelegt, in dem um Stellungnahmen gebeten wurde. Aus über 40 Ländern trafen Hunderte von zustimmenden Rückantworten ein. Positiv angemerkt wurde, dass Probleme und auftretende Schwierigkeiten bei der Verwirklichung der Gleichberechtigung klar benannt und damit die Kompliziertheit der Entwicklung nachvollziehbar war. Einige ausländische Zeitschriften brachten ausführliche Rezensionen. Herta Kuhrig erhielt vom UNO-Sekretariat eine Einladung zu einem Rundtischgespräch mit internationalen Frauenrechtsexpertinnen im New Yorker UNO-Hauptquartier.

In seinen Aufzeichnungen, auf die ich mich hier stütze, stellt Siegfried Forberger fest: „Fast 30 Jahre nach dem Erscheinen dieser Schrift meine ich auch aus heutiger Sicht, daß die DDR-Gesellschaft im Bemühen um die Gleichberechtigung der Frauen eine beachtliche Leistung vollbracht hat, die man mit gutem Gewissen als bedeutsamen Baustein für den Sozialismus bezeichnen kann. Nach meiner Erfahrung haben die Frauen in der DDR die Lebensweise wesentlich [164:] mitbestimmt. In Betrieben und Einrichtungen waren sie präsent, verschafften sich mit ihren Fähigkeiten und Leistungen Respekt bei ihren Kollegen und bestanden auf ihre Gleichberechtigung, wenn sie verletzt wurde.“

Im Verhältnis zwischen den Geschlechtern erlebte ich keine Diskriminierung, etwa durch Prostitution, Pornographie, Abbildung nackter Frauenkörper in Zeitungen und Illustrierten u. a. Im Gegensatz zur Mehrheit der Frauen in der kapitalistischen Bundesrepublik hatten die meisten Frauen in der DDR einen weitaus größeren Fortschritt in ihrer Emanzipation erreicht. Dies konnte man am Unterschied der Biografien, Lebenslagen und der kulturellen Lebensformen deutlich erkennen.“ (Forberger 2000, S. 401 f.)

1975 schickte das Außenministerium der DDR meinen Lebenslauf, eine Aufstellung meiner wissenschaftlichen Leistungen und die Liste der Publikationen mit dem Bewerbungsschreiben für einen

Platz der DDR in der Kommission „Zum Status der Frau“ an den ECOSOC. Diese Daten wurden in einem „Council document“ allen Mitgliedern des Wirtschafts- und Sozialrates zugänglich gemacht. Es war Grundlage für die zu treffende Entscheidung. Ich wurde dann durch den Rat für vier Jahre gewählt und später wieder gewählt. Ein neues Betätigungsfeld erschloss sich für mich. Es sollten fünfzehn Jahre in meinem Leben werden, in denen ich sehr stark in meiner beruflichen Tätigkeit an der Universität und in der ehrenamtlichen Funktion in der UNO gefordert war. Die Familie war mein starkes Hinterland. Ich habe, wie schon betont, in diesen Jahren viel gelernt, weltweite Probleme von Frauen, wie Staatenvertreterinnen sie darstellen, kennengelernt und Erfahrungen, die wir in der DDR sammelten, in die internationale Auseinandersetzungen um Frauenrechte einbringen können. Da ich weiterhin stellvertretendes Ratsmitglied der IDFF als einer nicht-staatlichen Organisation war, konnte ich nun die staatliche und die nichtstaatliche Sicht miteinander vergleichen, Informationen weitergeben und Impulse für meine Arbeit empfangen. So berichtete ich nach allen wichtigen Aktivitäten der UNO zu Frauenfragen, an denen ich beteiligt war, vor den Organen des Rats der IDFF, vor dem [165:] umfangreicheren Büro, in dem auch ehrenamtliche Mitglieder tätig waren und vor den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen des Sekretariats. Ratstagungen, Konsultativtreffen und Expertenberatungen verstärkten die internationale Sicht. Als wichtig empfand ich es, den Blick über die kleine DDR hinaus zu richten.

Im Rahmen der Arbeit in der UNO-Kommission bekleidete ich viele wichtige Funktionen. So war ich mehrmals Präsidentin der Tagung in New York oder Wien. In Kopenhagen auf der 2. UNO-Weltfrauenkonferenz wählte man mich zur 1. Vizepräsidentin in charge of co-ordination. Oft war ich Vizepräsidentin und 1990 wiederum Präsidentin der Tagung in Wien, die Weltkonferenzcharakter hatte. Eigentlich war ich für 1990 und 1991 gewählt. Da 1991 die DDR nicht mehr existierte, hatte ich mich an das Auswärtige Amt der BRD gewandt, deren Bürgerin ich nun war, um eine Entsendung für einen Tag zu erwirken, damit ich, wie es laut den UNO-Regeln vorgeschrieben war, die neue Präsidentin wählen lassen konnte. Daran war man nicht interessiert. Von einem Mitarbeiter erhielt ich die Auskunft, ich könnte doch privat hinfliegen. Das lehnte ich ab, denn ich war als Vertreter eines Staates zur Präsidentin gewählt worden und nicht als Privatperson. Die DDR war der BRD auf Beschluss der Volkskammer beigetreten. Doch nun hatte man das Gefühl, okkupiert worden zu sein. Man ignorierte mich einfach. Dadurch endete meine UNO-Tätigkeit abrupt, ohne die Chance, mich von einigen Repräsentantinnen noch verabschieden zu können. Insgesamt waren die Jahre der Arbeit in der UNO für mich und meine Familie hart, aber prägend. Sie forderte mich immer wieder neu heraus. Ich möchte sie nicht missen.

Die positive Einschätzung von Frauen aus der DDR bekam ich oft in meiner Arbeit in der Kommission bestätigt, wenn hochrangige Vertreterinnen und Vertreter von westlichen und Entwicklungsländern mit Hochachtung von den Leistungen der Frauen in der DDR und den fördernden Bedingungen für ihre Entwicklung durch den Staat sprachen. Noch 1990, als ich Präsidentin der Tagung unserer Kommission war, die in diesem Jahr den Charakter einer Weltkonferenz hatte, und deshalb viele Botschafter anzog, meinte einer vertraulich [166:] zu mir: „Lassen Sie sich bloß nicht mit der Wiedervereinigung die Erfolge bei der Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frauen in der DDR zerstören.“ Doch: Was konnte man denn noch tun? Mit provinziellem Gehabe traten doch selbst Frauen aus der DDR auf, um diese Erfolge zu ignorieren. Ich war schockiert, als eine Frau mit akademischem Abschluss mir 1990 erklärte: „Endlich haben wir die Freiheit, um Frauenhäuser einzurichten.“ Mir war zwar klar, dass wir sie brauchen würden, denn Gewalt gegen Frauen war unter den neuen Verhältnissen in größerem Ausmaß als in der DDR zu erwarten. Mich bestürzte die Oberflächlichkeit meiner Gesprächspartnerin, die sich offensichtlich keine Gedanken über die Ursachen für die erforderliche Existenz solcher Einrichtungen machte und freudig für die neue Freiheit bereits Erreichtes opfern wollte, was ja dann geschah.

## **6.2. DDR-Aktivitäten und die Lage der Frauen in der Welt**

Durch die 15-jährige Mitgliedschaft in der UNO-Kommission weiß ich, dass, trotz vieler Erfolge, die bei dem langen Weg zur Gleichberechtigung der Frauen auch in der DDR erreicht wurden, der Kampf um die Durchsetzung der Frauenrechte noch in den Kinderschuhen steckt. Daran haben auch das

Internationale Jahr der Frau 1975, die UNO-Dekade der Frau 1975-1985 und die UNO-Weltfrauenkonferenzen nicht viel ändern können. Trotzdem sind alle diese Aktivitäten wichtig, weil sie auf die existierenden Probleme von Frauen aufmerksam machen. Besonderes Gewicht hat die schon oft erwähnte „Konvention über Beseitigung aller Formen der Diskriminierung der Frau“. Auf die Mitarbeit an ihrer Ausarbeitung bin ich stolz. Im Rhythmus von vier Jahren zwingt sie Staaten zur Bestandsaufnahme des Erreichten. Sie lag im Entwurf bereits 1976 vor und war ein wesentlicher Schritt zur Präzisierung der Frauenrechte. Am 3. September 1981 trat sie in Kraft. Die DDR ratifizierte sie durch den Staatsrat am 9. Juli 1980 als zweites Land der Welt nach Schweden. 20 Staa-[167:]ten mussten unterzeichnen, ehe sie in Kraft treten konnte. Die BRD ratifizierte sie erst kurz vor der 3. UNO-Weltfrauenkonferenz 1985, die USA bisher noch nicht. Alle Staaten, die diese Konvention ratifiziert haben, gegenwärtig 180, sind zu festgelegten Terminen vor dem Komitee (CEDAW) rechenschaftspflichtig.

Die Regierung der DDR hat in ihren Berichten an den Generalsekretär der UNO Erfolge des bei der Gleichberechtigung der Frau in rechtlichen, sozialen, politischen und humanen Bereichen Durchgesetzten ausweisen können. Viele der in der DDR erbrachten Leistungen wurden als beispielgebend für andere Länder eingeschätzt. Vor allem die Friedensbemühungen des Staates, in die Frauen einbezogen waren und sich stark engagierten. Dazu gehörte die schon erwähnte, im Auftrag der DDR eingebrachte, Deklaration über die Teilnahme der Frauen bei der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Zusammenarbeit, die durch die 37. UNO-Vollversammlung 1982 verabschiedet worden war. Konvention und Deklaration sind Dokumente, die noch lange ihre Wirkung haben werden. Als Vertreterin der DDR daran maßgeblich mitgearbeitet zu haben ist etwas, was bleibt.

Die Regierung der BRD hat vor dem CEDAW ebenfalls schon mehrmals Rechenschaft ablegen müssen. Es handelte sich nach 1990 um Staatenberichte, die über ganz Deutschland Auskunft geben. Bei ihrem 5. Staatenbericht am 21. Januar 2004 in New York war m. E. manches geschönt und die Ostfrauen mit ihren Erfahrungen erschienen gar nicht. Das rief Kritik von Ausschussmitgliedern und Frauenorganisationen auch im Inland hervor. In sachlicher Form reagierte der dfb, Nachfolger des DFD. Mit konkreten Zahlen wurde nachgewiesen, dass die ostdeutschen Frauen durch Arbeitslosigkeit, Rückstufung, und nicht ihrer Qualifikation entsprechenden ABM-Maßnahmen, aber auch bei selbständiger Tätigkeit, durch hohe Kreditabzahlungen, die Verlierer der deutschen Einheit sind. Das wird nicht aufgewogen durch diejenigen Frauen, die den Sprung in die Arbeitstätigkeit oder in Funktionen geschafft haben. Insgesamt ist Altersarmut vorprogrammiert.

[168:] Es ist leider festzuhalten, dass trotz der Fortschritte bei der Durchsetzung von Frauenrechten, Frauen wegen ihrer Geschlechtszugehörigkeit immer noch weltweit diskriminiert werden. Das können die verbindlichen UNO-Konventionen, die in nationales Recht umzusetzen sind, nicht verhindern. Das Korrektiv der sozialistischen Staaten fehlt. Es ist sogar notwendig, von Stagnation und Regression im Gleichstellungsprozess zu sprechen. Das ist in UNO-Dokumenten nachzulesen, wie der „Pekinger Erklärung und Aktionsplattform“, die 1995 auf der 4. UNO-Weltfrauenkonferenz von 189 Staaten verabschiedet wurde. Wie zeigt sich diese Diskriminierung?

Der Grundsatz der Gleichberechtigung von Frau und Mann ist in fast allen Verfassungen der Welt enthalten, außer in den USA. Damit ist er aber noch lange nicht in die gesamte Rechtsordnung der jeweiligen Länder eingegangen. In manchen Ländern gibt es zum Beispiel kein Arbeitsrecht, das gleichen Lohn für gleiche Arbeit verlangt, kein Zivilrecht, das es den Frauen erlaubt, Eigentum zu erwerben, Kredite aufzunehmen, eigene Bankkonten zu haben, kein Familienrecht, das Zwangsehen verbietet und ihnen gleiche Erziehungsrechte, gleiches Recht auf Ehescheidung, Recht auf Benutzung von Verhütungsmitteln oder ein Recht auf Schwangerschaftsunterbrechung gewährt; kein Strafrecht, das Frauen vor Vergewaltigungen und anderer Gewaltanwendung schützt. Selbst, wenn es solche Gesetze gibt, ist ihre Realisierung und Kontrolle damit noch nicht gewährleistet. Lynne Segal machte schon 1989 für Großbritannien darauf aufmerksam, dass erst 1975 im Equal Pay Act die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit erfüllt wurde. Zugleich zeigte sich eine Beschränkung der Frauen auf ein auf sie zugeschnittenes Spektrum der am schlechtesten bezahlten Jobs. Nach dem Act habe das faktisch noch zugenommen. Die Löhne der Frauen seien noch weiter hinter jenen der

Männer zurückgeblieben. Beim Scheidungsrecht werde der Anspruch der Frauen auf finanzielle Unterstützung durch ihren Ehemann eingeschränkt und das Leben von geschiedenen Frauen und ihren Kindern in Armut vorprogrammiert. (Segal 1989). Oft sind die Lebensbedingungen und Wertvorstellungen in der Mehrheit der Länder [169:] nicht so, dass Frauen die ihnen zugesprochenen Rechte ohne weiteres wahrnehmen können. Für mich unfassbar war die Tatsache, die ich 1988 in einer Sitzung der Kommission „Zum Status der Frau“ erfuhr. Margaret Thatcher hatte, zu diesem Zeitpunkt noch Premierministerin, nicht das Recht, ihre eigene Steuererklärung zu unterzeichnen, weil das damals noch geltende Steuerrecht eine verheiratete Frau als „Habe des Ehemannes“ definierte.

Zu den patriarchischen Fehlleistungen gehört es nach wie vor, dass selbst in entwickelten Gesellschaften an Frauen andere Leistungsmaßstäbe als an Männer angelegt werden. Als gesellschaftlich relevante Arbeit wird zum Beispiel in aller Regel nur die bezahlte oder die Lohnarbeit angesehen. Daher arbeiten Frauen oft viel mehr Stunden am Tag als Männer, ohne dass das Mehr an Arbeit entsprechende gesellschaftliche Anerkennung erfährt. Oft sind Frauen in niedrigen Lohngruppen beschäftigt. In vielen Ländern produzieren die Frauen, besonders in Asien, Afrika und Lateinamerika, die Hälfte des Nahrungsaufkommens, aber die meisten von ihnen besitzen kein Land. In vielen Ländern können Frauen nicht über die Anzahl der Kinder entscheiden, die sie zur Welt bringen wollen. Tradition veranlasst sie zu frühen Eheschließungen, zu entsprechend frühen Geburten, was zu weniger Chancen in der Bildung und Berufswahl und folglich zur ökonomischen Abhängigkeit vom Mann führt.

Der charakterisierte Zustand war 1990, als ich Präsidentin der Tagung unserer Kommission war, Anlass für die damalige Generaldirektorin des Büros der Vereinten Nationen in Wien, Margaret Anstee, Stellvertreterin des UNO-Generalsekretärs, den Kampf der Frauen um Gleichberechtigung mit einem dreibändigen Epos zu vergleichen, dessen erster Band mit der Identifizierung der Hindernisse zu Ende gegangen sei. Folgen müssten Programme zu ihrer Überwindung und dann vor allem deren Realisierung. Sie forderte mehr Investitionen in die Bildung von Frauen als wichtige Voraussetzung für die Möglichkeiten ihrer gleichberechtigten Beschäftigung.

Auf der Grundlage von Staatenberichten, UNO-Studien, Berichten von NGOs und UNO-Fragebogenaktionen wurde im März 2005 [170:] eingeschätzt, dass der Prozess der de facto Gleichberechtigung, also der vollen Integration der Frauen in den Entwicklungsprozess oder der vollen Beteiligung der Frauen am politischen Leben, langsamer geworden oder gänzlich zum Stillstand gekommen ist. So stellte Brunhilde Raiser, Vorsitzende des Deutschen Frauenrats, fest, dass „sich in den letzten zehn Jahren der Wind gegen eine umfassende Frauengleichstellungspolitik“ richte. Zur Realisierung der Aktionsplattform von Peking bemerkte sie: „In Deutschland haben, mit Ausnahme einer Nachbereitungskonferenz, sowohl die damalige CDU/FDP Regierung als auch später SPD und Grüne die Aktionsplattform mehr oder minder in der Versenkung verschwinden lassen, außer wenn sie, wie 2000 für die Sondersitzung der UN-Generalversammlung und für Peking+10, zur Berichterstattung aufgefordert wurden. Auf der anderen Seite nehmen aber auch die Nichtregierungsorganisationen für ihre politische Arbeit nur selten Bezug auf internationale Vereinbarungen oder klagen sie bei den Regierungen ein.“ (Raiser 2005, S. 2 f.) Zusätzlich sollte man, nach meiner Meinung, nicht nur die Ignoranz und Stagnation betonen, sondern in manchen Bereichen gar von einer Regression in diesem Prozess sprechen.

Klar ist, die Beseitigung jeder Diskriminierung der Frau und die Herstellung ihrer Gleichberechtigung mit dem Mann ist nicht durch einen einmaligen gesetzgeberischen oder sozialen Akt erreichbar, sondern stellt einen Prozess individueller und gesellschaftlicher Entwicklung dar, der eben historische Dimensionen besitzt. Wenn wir den individuellen Aspekt erst einmal hervorheben, dann heißt das, sich in dem Bereich, in dem man tätig ist, mit kreativen Leistungen durchzusetzen. Dazu braucht man Stehvermögen, Hartnäckigkeit und darf seine Leistungen nicht geringer als die der Männer einschätzen. Konkurrenzkampf um Anerkennung spielt sich nicht nur zwischen Männern und Frauen ab, sondern auch, durch Konkurrenzneid begründet, zwischen Frauen, was Männer oft schamlos ausnutzen, um Leistungen von Frauen herabzusetzen.

Mir geht es vor allem um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die unbedingt zu verbessern sind. Entsprechend dieser Grund-[171:]kenntnis haben die Staaten den Begriff „Diskriminierung“ in der erwähnten UNO-Konvention „Über die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung der Frau“ so definiert, dass jeder Staat ohne Ausnahme konkrete Beiträge zur Überwindung der jahrhundertalten politischen, ökonomischen, ideologischen und anderen Hindernisse leisten kann, die der Gleichstellung der Frau im jeweiligen Land entgegenstehen. Diskriminierung von Frauen ist danach: „Jede Unterscheidung, jeder Ausschluss oder jede Beschränkung, die auf der Grundlage des Geschlechts getroffen wird und die die Wirkung oder den Zweck hat, die Anerkennung oder den Genuss oder die Ausübung von Menschenrechten oder Grundfreiheiten durch Frauen auf politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, zivilen oder anderen Gebieten ... zu beeinträchtigen oder unwirksam zu machen, und zwar unabhängig von ihrem familiären Status.“

Schon die Teilnahme der Staatenvertreter an der Ausarbeitung von UNO-Recht, auf der Grundlage staatlicher Erfahrungen, Werte und Normen, die Umsetzung dieses Rechts in die staatliche Gesetzgebung, die Information der Massenmedien über die Probleme und die konkrete Verwirklichung der Rechte sind für jeden Staat durch die politisch Herrschenden und durch die herrschende Werteordnung geprägt, worüber es viele Auseinandersetzungen gab und gibt. Nach wie vor wird die 3 K-Theorie auf der einen Seite verteidigt und auf der anderen dafür plädiert, Frauen die Macht zu übertragen, um anstehende Menschheitsprobleme zu lösen. Gemeint ist damit sicher nicht eine direkte Aufeinanderfolge von Stufen, die von einem Patriarchat nach dem Matriarchat wieder zu diesem zurückführen. So einfach verläuft Geschichte nicht. Außerdem wäre die von uns erlebte Stagnation oder gar Regression nicht berücksichtigt. Es ist wirklich wichtig, in diesen komplizierten Evolutionsprozessen, wie der Ausbildung von patriarchalischen und matriarchalischen Herrschaftsstrukturen, die verschiedenen Phasen der Entwicklung herauszuarbeiten, in denen durch die allmähliche Anhäufung quantitativer und qualitativer Veränderungen im Rahmen einer Grundqualität andere, neue und höhere Qualitäten entstehen und die Stagnationen und Regressionen zu analysieren. Die [172:] DDR hat dabei ihren Platz als ein Staat, der dabei war, die vorhandenen patriarchalischen Strukturen immer mehr abzubauen. Mit dem Ende der DDR war dieser Entwicklungsprozess ebenfalls zu Ende. Doch das Beispiel bleibt für zukünftige Generationen als Ansporn, das Positive zu übernehmen und aus den Fehlern zu lernen.

Unterschiedliche Zielstellungen zur Überwindung der Diskriminierung existieren sowohl in den historisch verschiedenen Formen von Frauenbewegungen mit unterschiedlichem politischem und ideologischem Programm, als auch in den NGOs. Sie haben sich mit Geschlechterrollen von Frauen und Männern auseinandergesetzt, sie verteidigt oder angegriffen, Rechte gefordert, wie Bildung, Wahlrecht usw., jedoch nicht selten auch zur Festigung von Rollenklischees beigetragen. Es ist nach meiner Erfahrung leider so, dass nicht alle Staatenvertreter, auch nicht Vertreter aller Frauenorganisationen, um die Frauenrechte in allen ihren wichtigen Seiten kämpfen. Menschenrechte und ihre Durchsetzung erfordern konkrete Maßnahmen in einem Land, um die volle Verwirklichung der Bürgerrechte, der politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte, durchzusetzen. Das bedeutet vor allem das Recht auf Arbeit, auf soziale Sicherheit, einschließlich Obdach, den gleichen Lohn für gleiche Arbeit, auf gleiche Bildung, von der Vorschulerziehung über die Grund- und Realschulbildung oder Gymnasium bis hin zur akademischen Ausbildung bzw. Weiterbildung. Gerade letzteres ist von entscheidender Bedeutung, denn mit über 60% bilden Frauen unter Analphabeten den höchsten Anteil in der Welt. Zu den regressiven Tendenzen gehörte die Lage der Frauen in Afghanistan unter der Taliban-Herrschaft. Die Folgen sind nur schwer zu überwinden.

Die DDR hat ihren Einfluss in der UNO genutzt, um als Vorbild und mit ihren Aktivitäten zur Verbesserung der Lage von Frauen in der Welt beizutragen. Leider stellte ich nach 1990 fest, dass manche Ignoranten mit öffentlichem Einfluss nun meinen, das Fehlen der DDR in der UNO falle nicht auf. Das gilt für die Frauenprobleme auf keinen Fall, wie mir viele von denen bestätigten, mit denen ich vorher zusammengearbeitet habe. Auf einer Tagung nach 1990 mit Offiziellen [172:] aus der BRD machte ich auf wesentliche Aktivitäten zu Frauenrechten in der UNO, die durch die DDR initiiert oder aktiv begleitet wurden, aufmerksam. Meine Einwände wurden als berechtigt akzeptiert und

sollten im Protokoll berücksichtigt werden. Das geschah leider nicht. Hinweise auf Erfolge der DDR waren nicht erwünscht. Nun kann das Ende der DDR bestimmt nicht allein als Grund dafür angesehen werden, dass es mit der Gleichberechtigung der Geschlechter kaum weiter vorangeht. Doch es ist zu konstatieren, dass mit dem Ende der DDR Rückschritte in Deutschland etwa bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bei der Versorgung der Kinder, bei der Durchsetzung von Frauenrechten eingetreten sind.

Bisher habe ich die UNO-Aktivitäten genannt. Es wäre wichtig, die Problematik in der EU zu verfolgen. Rechte der Frauen sind in den Entwurf der EU-Verfassung, wie ich erfuhr, erst durch Proteste von Frauenorganisationen aufgenommen worden. Immerhin besteht in Europa die Gefahr, dass schon Errungenes wieder verloren geht. Das zeigt etwa der Abbau von Kinderbetreuungen, der Verlust von bezahlter Beschäftigung, die wachsende Frauenarmut in osteuropäischen Ländern.

Eine Einschätzung der derzeitigen Situation wird in dem Aufruf des Bündnisses zu Peking+10, dem mehrere deutsche Organisationen und Stiftungen angehören, unter dem Titel „Die Beschlüsse der 4. Weltfrauenkonferenz auf dem Prüfstand“ gegeben. (Raiser 2005, S. 84 f.) Dort heißt es, dass es erstens weltweit mehr Rückschritte als Fortschritte bei der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an der Erwerbsarbeit und ihrer sozialen Sicherung gibt. Durch Erwerbsarbeit werde selten die Existenz und Altersversorgung von Frauen gesichert. An der ungleichen Bezahlung auch gleichwertiger Arbeit habe sich wenig geändert. Die massive Ausweitung von Teilzeit- und Niedriglohnbeschäftigung verfestige mit Hartz IV wieder die Abhängigkeit der Frau von dem Mann. Zweitens wird hervorgehoben, dass Gewalt gegen Frauen als schwere Verletzung ihrer Menschenrechte durch häusliche Gewalt, Frauenhandel und bewaffnete Konflikte, weltweit ungeheuer zugenommen habe. Auch in der BRD erlebe jede fünfte [174:] bis siebte Frau körperliche und sexuelle Übergriffe. Der weltweite Frauenhandel wachse stetig. Drittens sei der Einfluss ethnisch, religiös und nationalistisch begründeter Fundamentalismen auf nationale und internationale Politiken in seinen Auswirkungen auf Frauen gravierend. Ihre Rechte würden unterschiedlichen Glaubenssätzen untergeordnet.

Es gibt zwar keinen Grund für optimistische Einschätzungen des Erreichten, wie die drei Punkte zeigen, doch geben Frauen und Männer im Kampf um die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht auf. Erfahrungen der Frauen in der DDR sind in die Analyse einzubeziehen. Wer sie ignoriert oder diffamiert, verschenkt die Möglichkeit, dort Erreichtes als Forderung zu formulieren.

Wichtig sind dabei einflussreiche Bündnispartner, Massenbewegungen und internationale Anstrengungen, um das historisch entstandene Problem der Frauenunterdrückung zu lösen. Auch mich beschäftigen die internationalen Probleme von Frauen und die Durchsetzung ihres Menschenrechts weiter. Die alleinige Betrachtung der Probleme eines Landes ist sicher fehl am Platze. Das ist engstirniger Provinzialismus. Er drückt sich nicht nur in der Missachtung der Frauenprobleme in anderen Regionen der Welt, in der Herabwürdigung kleiner Schritte, die auf dem UNO-Parkett gemacht werden und in der überheblichen Sicht auf andere aus, sondern auch in der Überbetonung scheinbarer und wirklicher Mängel bei der Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frauen in der DDR. Damit werden die erreichten Ergebnisse, die Vorbild für den internationalen Kampf bei der Durchsetzung von Frauenrechten sein könnten, ignoriert. Erfolge in der Entwicklung von Frauenpersönlichkeiten kann man nur erzielen, wenn man immer eine internationale Sicht behält und sich daran reibt.

[175:]

## **7. Philosophisch-kulturelle Auseinandersetzungen um Frauenbilder in der DDR**

Philosophisch-kulturelle Auseinandersetzungen um die Rechte der Frauen und die Gleichberechtigung waren in der DDR keine Angelegenheit von Spezialisten oder von unverbindlichen Talkrunden, in denen wichtige Personen über ein Gebiet sprechen, für das sie eventuell Kompetenzen, doch keine Entscheidungsbefugnisse besitzen. Es ging in allen Bereichen um die und zur Sache. Das betraf die philosophischen Überlegungen zu den Menschenbildern und die Debatten in den Massenmedien ebenso, wie die wissenschaftlichen Forschungen zur historischen Rollenverteilung der Geschlechter und die Darstellung der Frauen in der Literatur.

Philosophie hat sich, wenn sie sich nicht in unverständliche abstrakte Höhen erheben will, was manche zur eigenen Profilierung tun, mit alltäglichen Problemen in ihrer philosophischen Bedeutung auseinanderzusetzen. Das hat zwei Seiten: Einerseits sind soziale Erfahrungen von Menschen in ihren persönlichen Auswirkungen wesentliches Material, um die Stellung der Menschen in der Welt philosophisch zu begreifen. Andererseits ist zu zeigen, dass die von der Philosophie entwickelten Welterklärungen und Menschenbilder Problemlösungen für die Sorgen bieten, die Menschen unter konkreten Umständen bewegen.

Das gilt ebenfalls für historische und aktuelle Frauenbilder und für die immer noch vorhandenen Rollenklischees, nach denen manche meinen, Geschlechter differenzieren zu können. Damit hatte ich mich in der DDR theoretisch und praktisch auseinanderzusetzen. Als Frauenforscherin und Ethikerin erhielt ich zu meinen Publikationen, zu meinen Vorträgen und zu meinem Auftreten in Massenmedien viel Zustimmung, kritische Überlegungen und Anfragen von Interessierten. Da Ethik sich mit dem Sinn des Lebens befasst, ging die philosophische Diskussion schnell in die Debatte über gesellschaftliche und [176:] persönliche Konflikte über, berührte also die Kultur im Alltag. Kultur ist nicht nur Kunst und Literatur, sondern umfasst alles, was die Menschen an materiellen und geistigen Produkten geschaffen haben. Um philosophisch-kulturelle Auseinandersetzungen, die in der DDR um Frauenbilder geführt wurden, zu verdeutlichen, ist zuerst etwas über das Frauenbild generell zu sagen. Dann führe ich Beispiele für die Debatten in den Massenmedien an und zeige, wie Frauen in der schöpferischen Literatur der DDR dargestellt wurden.

### **7.1. Der Platz von Frauen in Menschenbildern**

Über Menschenbilder wird in jeder Gesellschaftsordnung gestritten. Offensichtlich gibt es nicht einmal in einer soziokulturellen Einheit, seien es ethnische Gruppen, Nationen oder Regionen, ein einheitliches Menschenbild. Stets treffen unterschiedliche Forderungen von Herrschenden, Ausbeutern und Reichen einerseits und Unterdrückten, Ausgebeuteten und Ausgegrenzten andererseits aufeinander. Hinzu kommen die durch unterschiedliche kulturelle Traditionen und Wertvorstellungen geprägten Menschenbilder, die sich oft widersprechen. So werden im aufgeklärten Europa Ehrenmorde strafrechtlich verfolgt. Steinigungen wegen Ehebruchs sind verboten. Jahrhundertlang bestimmte jedoch, trotz kultureller Unterschiede, das Mann-Sein auch hier das herrschende Menschenbild. Wir haben es also stets mit unterschiedlichen Menschenbildern zu tun, deren kulturelle Wurzeln ebenso zu beachten sind, wie ihre Zielstellungen im gesellschaftlichen Zusammenleben, das durch soziale Differenzierung, Arbeitsteilung und Machtansprüche bestimmt ist. Die Bilder überlappen sich in bestimmten Bereichen. Sie können individuell und gesellschaftlich sehr verschieden sein. Manchmal sind sie idealisierend, wenn unterstellt wird, dass jeder Mensch gut ist. Sie sind völlig negativ, hemmen die Solidarität und orientieren auf egoistische Ziele, wenn jeder Mensch als Feind des anderen gesehen wird. Menschenbilder hängen so vom Stand der sozialen und wissenschaftlichen Entwicklung ab. Sie ent-[177:]sprechen oder widersprechen dem Zeitgeist und nehmen in jeder Gestalt Einfluss auf Orientierung und Normierung des Lebens jedes Menschen. Jede Verabsolutierung bestimmter Aspekte wäre falsch. Generell gilt: Wenn Menschen durch die Umstände geformt werden, dann sind die Umstände menschlich zu formen. Jedes Menschenbild ist so Teil des Gesellschafts- und Weltbilds.

In der DDR galt das Ideal einer Familie, in der die Partner gleichberechtigt ihre Aufgaben wahrnehmen, beide berufstätig sind, möglichst mehrere Kinder haben und die Frauen wegen der jahrhundertlangen Benachteiligung besonders gefördert werden. Gleichzeitig waren die alleinstehenden Frauen und Mütter zu schützen. Frauen sollten gesellschaftliche Bedingungen vorfinden, unter den sie gleichberechtigt und selbstbestimmt ihr Leben gestalten konnten. Dabei traten Widersprüche zwischen Ideal und Wirklichkeit auf, wie sie in einer Gesellschaft, die sich der Überwindung der einseitigen Männerherrschaft verschrieben hat, unbedingt zu erwarten sind. Es wäre dabei stets zwischen Erscheinungen zu unterscheiden, die noch den alten Rollenklischees in der Köpfen geschuldet sind, den für die Gleichstellung der Geschlechter fördernden und hemmenden gesellschaftlichen Bedingungen und den immer wieder, unter allen Bedingungen auftretenden persönlichen Problemen im Zusammenleben von Mann und Frau.

Mit allen diesen Formen der philosophisch-kulturellen Auseinandersetzungen war ich, wie viele andere, in der DDR konfrontiert. Sie waren meist konstruktiv-kritisch angelegt, gingen jedoch manchmal schon in Systemkritik über. Nicht selten dominierte jedoch der Wille zur persönlichen Problemlösung. Dafür erwartete man Hinweise. Mir halfen bei der Einordnung differenzierter Erfahrungen von Menschen mit der gesetzlich festgelegten Gleichberechtigung der Geschlechter meine Einsichten in die motivierende Rolle von Frauenbildern.

Frau und Mann stimmen in den Eigenschaften überein, die den Menschen als Gattungswesen auszeichnen, wie die bewusste gegenständliche Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit nach eigenen Zielsetzungen und die Einsicht in Gesetze ihres eigenen Erkennens und Verhaltens. Individuelle Verhaltensweisen sind nicht allein durch [178:] das Frau- und Mann-Sein bestimmt. Für beide Geschlechter gilt gleichermaßen, dass genetisch-biotische Prädispositionen individuellen Verhaltens ein Möglichkeitsfeld darstellen, aus dem unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen eine bestimmte Möglichkeit in der einen oder anderen Weise realisiert wird. Es existiert also generell kein genetischer Automatismus für das Verhalten einzelner Menschen, der Vorgeformtes nur einseitig ausprägt und schon gar kein geschlechtsspezifischer Determinismus, der bestimmte Verhaltensweisen ausschließlich bestimmten Geschlechtern zuordnen lässt.

Auf dieser begründeten Einsicht in das Wesen der Menschen ist der Zusammenhang mit den Menschenrechten herzustellen. Menschenbilder haben die Gleichwertigkeit von Frau und Mann zu erfassen, wenn sie nicht antihuman oder unwissenschaftlich ausgerichtet sind. Es ist eine Abwertung der Frau in ihrem Mensch-Sein, wenn behauptet wird, dass die Frau nicht zu gleichen Verstandesleistungen wie der Mann fähig sei. Erst 2007 erregte das Buch von Louann Brizendine, einer Neuropsychiaterin aus San Francisco, über das weibliche Gehirn Aufsehen. (Brizendine 2007) Es löste Anerkennung bei einigen Männern und Kritik von Sachkundigen beiderlei Geschlechts aus. In „Nature“ wird festgestellt: „Brizendine und die Sicht ihrer Bundesgenossen auf die frühe Prägung zu Weib und Mann ist eine ‚pseudowissenschaftliche‘ Einteilung der Geschlechter in ‚Denker und Fühlende‘.“ Solche Deutungen seien, so heißt es „fundamental unbiologisch“, denn sie „erklären nichts“. „Was genau unterscheidet die Frau im Kern vom Manne? Lange nicht so viel, wie alle immer denken, sagt Lutz Jäncke (Neuropsychologe von der Universität Zürich) – und das klingt ziemlich lapidar angesichts der Tragweite dieses kleinen Halbsatzes. ... Die Forscher legen unter der dicken Makulatur der Stereotype ein neues Bild frei von Mann und Frau. Ihre Erkenntnis, inzwischen wissenschaftlich wohl belegt: Mann und Frau unterscheiden sich kaum. Dort, wo sich Andersartigkeit messen lässt, spielt sie entweder keine Rolle für den Lebensalltag oder ist unbedeutend klein. Vor allem aber gibt es gute Gründe, sie nicht als Ergebnis biologischer Bestimmung zu sehen.“ (Bredow 2007, S. 143) [179:] Die entsprechenden Experten schlagen berechtigt den Bogen zum sozialen Wesen des Menschen, denn sie betonen die Rolle der Kultur für die Ausprägung von Verhaltensweisen. Hier gilt, wie schon betont, dass die genetisch-biotischen Prädispositionen nicht automatisch zu einer bestimmten Rolle der Persönlichkeit führen, sondern unter den konkret-historischen soziokulturellen Bedingungen unterschiedlich ausgeprägt werden. Es sind also stets sowohl die genetisch-biotischen Möglichkeiten als auch die persönliche Formierung unter konkreten soziokulturellen Realisierungsbedingungen zu beachten, wenn historisch und aktuell das Mann- und Frau-Sein analysiert wird.

In den Medien dominiert nun oft das Leitbild der Karrierefrau, alleinstehend und kinderlos. Ermutigend ist es, wenn einige junge Frauen beginnen, sich dagegen zu wehren und das Recht auf Familie und Kinder fordern. Sie setzen sich dabei der Kritik anderer Frauen aus, die sich dem Leitbild der Hausfrau und Mutter unterordnen. Sind werktätige Frauen Rabenmütter? Mit diesem Leitbild werden Frauen für auftretende Schwierigkeiten und Probleme verantwortlich gemacht, wo die öffentliche Hand gefordert ist. Männer haben ebenfalls Rollenklischees zu überwinden. Die Qualifizierung des Mannes zum Vater und aktiven Familienmenschen ist offensichtlich nicht immer im Blick. Sie ist jedoch ein gesellschaftliches Erfordernis. Das ist der richtige Ansatz, um zum Gefühlsreichtum als Menschengeschlecht zu gelangen. In der DDR konnten Frauen beides haben, Kinder und Karriere und niemand beschimpfte sie als schlechte Mütter.

Wie schnell jedoch neue gesellschaftliche Bedingungen die Menschen formen, zeigen 20 Jahre kapitalistischer Entwicklung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Förderung von Frauen wird marginalisiert. Das Selbstbewusstsein qualifizierter Frauen aus der DDR leidet unter Arbeitslosigkeit oder Beschäftigung in Bereichen, die der Qualifizierung nicht entsprechen. Gefördert wird die Kindererziehung vor allem in der Familie. Wir erleben neues Machogehabe von Männern, verbunden mit mobbing usw.

Die Wirkungen von Menschen- und Frauenbildern, umgesetzt in Ideale und Leitbilder, sind immer an Humankriterien zu messen. Zu [180:] ihnen gehören die Garantie einer sinnvollen Beschäftigung für jedes Glied der Gesellschaft in Abhängigkeit von den herauszubildenden Fähigkeiten und erworbenen Kompetenzen, eine persönlichkeitsfördernde Kommunikation, die individuell spürbare Erhöhung des Lebensniveaus für alle Glieder eines sozialen Systems und die garantierte und geförderte Entwicklung der Individualität, wenn Bildung, Arbeit, Obdach, Nahrung und Erholung gesichert sind. Hinzu kommt die Integration von Behinderten. Da hat die DDR, trotz berechtigter Kritik an dem, was noch nicht erreicht wurde, Nachahmenswertes geleistet.

## **7.2. Debatten in den Massenmedien**

Die Medien in der DDR unterstützten in breitem Umfang die Auseinandersetzung mit ideologischen und gesellschaftlichen Hemmnissen beim Entwicklungsprozess von Frauen und Männern. Immer wurden neu auftretende Probleme angepackt. Die Themenbreite war beachtlich. Wohltuend war, dass die Frau nicht als Sexobjekt in Zeitungen und Zeitschriften dargestellt wurde. Dafür wurden Frauenpersönlichkeiten vorgestellt, die die neue Stellung der Frau in der DDR verkörperten. Neben vielen Facharbeiterinnen und Bäuerinnen, die sich durch besondere Leistungen in ihren Wirkungsbereichen hervorgetan hatten, kamen auch Wissenschaftlerinnen zu Wort. So stellte die Frauenzeitschrift „Für Dich“ 1969 mit Prof. Dr. Rita Schober, Dr. Karin Herrmann und der Diplomandin Margot Maglioschetti Frauen vor, alle von der Humboldt-Universität Berlin, die auf verschiedenen Stufen ihrer wissenschaftlichen Entwicklung die Möglichkeiten in der DDR nutzten, sich selbst zu verwirklichen und der Wissenschaft zu dienen. („Für Dich“, Nr. 29/1969, S. 21)

Frau Prof. Dr. Rita Schober war zu dieser Zeit Dekanin der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Humboldt-Universität. Nach dem Krieg baute sie als Assistentin das Romanische Institut an der Martin-Luther-Universität in Halle [181:] mit auf. Dort war sie eine der ersten Prorektorinnen für Studienangelegenheiten. 1953 kam sie nach Berlin, habilitierte sich und übernahm 1957 das Romanische Institut der HUB. Sie hat als international anerkannte Spezialistin für die Arbeiten des französischen Schriftstellers Emile Zola viel geleistet, um seine Werke in der DDR bekannt zu machen.

Dr. Karin Herrmann war Überassistentin der Sektion Physik im Bereich der experimentellen Halbleiter-Physik an der Humboldt-Universität. 1936 geboren, machte sie 1954 das Abitur, studierte von 1954 bis 1960 an der Humboldt-Universität Physik, war von 1960 bis 1965 Aspirantin an der Moskauer Lomonossow-Universität für Halbleiter-Physik. Seit 1966 als Überassistentin an der HUB tätig, war sie damals gerade dabei, sich 1970 zu habilitieren. Nach erfolgter Habilitation wurde sie an der HUB zur Professorin berufen.

Margot Maglioschetti, 22 Jahre, war Diplomandin an der HUB, Sektion Physik. Sie nutzte in der DDR die Möglichkeit eines Abiturs mit Facharbeiterabschluss. 1965 machte sie ihr Abitur und schloss gleichzeitig mit der 12. Klasse die Ausbildung als Mechanikerin im Funkwerk Köpenick ab. Sie studierte ab September 1965 an der Sektion Physik der HUB im Bereich der experimentellen Halbleiter-Physik. Da es damals schon die Möglichkeit gab, nach dem Diplom ein Forschungsstudium, das zur Promotion führte, aufzunehmen, war vorgesehen, dass sie dieses 1972 mit der Dissertation abschließen würde.

Rita Schober ist für mich stets eine interessante Gesprächspartnerin, deren wissenschaftliche Kompetenz und Lebenserfahrung ich sehr schätze. Sie drängte mich, meine Habilitation fertigzustellen, damit ich als Professorin berufen werden konnte. Ich folgte ihrem Rat. Karin Herrman, die ich aus dem Universitätsbetrieb kannte, und Margot Maglioschetti sind m. E. bedenkenswerte Beispiele für die Entwicklung von Frauen in der Wissenschaft unter den dafür günstigen gesellschaftlichen Bedingungen in der DDR.

Mit der Vorstellung dieser drei Frauen veröffentlichte die „Für Dich“ ein Interview, das mit der damaligen Direktorin für Kader und [182:] Qualifizierung an der HUB Frau Dr. Irene Wilde über Gleichberechtigungs-Probleme geführt worden war. Mit Irene Wilde, die vorher als Historikerin an der HUB gearbeitet hatte, war ich befreundet. Wir tauschten uns oft über die Entwicklung in der DDR und speziell über die Probleme der Gleichberechtigung an der HUB aus, mit denen wir an unterschiedlichen Stellen als Wissenschaftlerinnen mit eigenen Erfahrungen und als in verschiedene Ämter berufene Personen zu tun hatten. Wir traten für die Förderung der Frauen durch hohe Anforderungen ebenso ein, wie für die Überwindung der von uns erkannten Mängel bei der Durchsetzung der Gleichberechtigung.

Irene Wilde konnte in ihrem Interview darauf verweisen, dass am 1. Februar 1969 an der HUB eben so viele Frauen wie Männer als Dozenten berufen wurden. Der Anteil der Frauen an den wissenschaftlichen MitarbeiterIn der Humboldt-Universität betrug 1960 27,1%, 1964 28,6% und 1968 31,8%. Der Anteil der Frauen an Professorinnen im nichtmedizinischen Bereich war 8%, an Dozentinnen im nichtmedizinischen Bereich 16%, an Professorinnen im medizinischen Bereich 6% und an Dozentinnen im medizinischen Bereich 16%. Wilde kennzeichnete Probleme, die an der HUB noch zu überwinden waren, um gerade auf der Ebene der Hochschuldozentinnen und Professorinnen den Anteil von Frauen zu steigern. So wurden nicht selten potenzielle Hochschullehrerinnen in der Forschung auf Randthemen abgedrängt. Manchmal wählten sie selbst solche, um den planmäßigen Abschluss eines Forschungsprojektes nicht zu gefährden, falls Familienpflichten eine Einhaltung des geforderten Termins fraglich erscheinen ließen. Das erschwerte eine Berufung als Hochschullehrerin. Es ging eben nicht um die Erfüllung von Quoten, sondern um die planmäßige Entwicklung von Frauen für die Berufung, damit entsprechende Forschungsleistungen vorgelegt werden konnten. Das war und ist kein einfach zu lösendes Problem, doch kein unüberwindbares. Ideen für eine alle Seiten zufriedenstellende Überwindung von Schwierigkeiten konnten und durften entwickelt werden. Auf jeden Fall gab es an der HUB und in der DDR keine gesellschaftlichen Barrieren, womit Frauen in der Vergangenheit konfrontiert waren.

[183:] So sei an das Verhalten gegenüber Marie Curie (1867-1934) erinnert. Als sie für ihre Forschungen schon in der ganzen Welt berühmt war, wurde ihre Aufnahme als Mitglied in der Französischen Akademie abgelehnt, weil das zugleich die Frage der Mitgliedschaft von Frauen generell aufwarf. Sie hatte zu diesem Zeitpunkt schon gemeinsam mit ihrem Mann Pierre Curie 1903 den Nobelpreis für Physik erhalten. 1911 wurde sie dann noch mit dem Nobelpreis für Chemie geehrt. Warum ihre Aufnahme in die Universität erfolgte, schildert Marie Curie mit folgenden Worten: „Mein Mann verunglückte, unmittelbar nachdem die Öffentlichkeit mit der Bedeutung seiner Entdeckungen bekannt gemacht worden war. Sein Tod wurde insbesondere von wissenschaftlichen Kreisen als ein nationales Unglück empfunden. Hauptsächlich unter diesem Eindruck beschloß die Wissenschaftliche Fakultät in Paris, mir den Lehrstuhl anzubieten, den mein Mann über eineinhalb Jahre an der Sorbonne innehatte. Dies war ein Ausnahmefall, da bisher keiner Frau eine derartige Ehre zuteil geworden war.“ (Sklodovska-Curie 1962, S. 40). Nun hatten diese patriarchalischen Machtstrukturen,

die Frauen nur in Ausnahmefällen ihren Leistungen gemäß würdigten, in der DDR keinen Boden mehr. Zwar konnten in den Köpfen mancher Männer Vorbehalte gegenüber den Leistungen von Wissenschaftlerinnen existieren, doch es gab keine offizielle Möglichkeit, sie in der geschilderten Form durchzusetzen.

Die Medien in der DDR griffen zielgerichtet rückwärtsgewandte Auffassungen an und gaben damit Orientierungen für gleichberechtigtes Verhalten. Da in manchen Familien der alte Adam noch seine Macht auslebte, war die gleichberechtigte Familiengemeinschaft oft Gegenstand von Debatten mit Lesern. Neue Formen des Zusammenlebens waren in diesen frühen Jahren noch kein Thema in der Presse. Homosexualität griffen wir jedoch Mitte der achtziger Jahre an der HUB als interdisziplinäres Projekt auf.

Das neue Familienleben unter Bedingungen der Berufstätigkeit der Frau wurde mit allen seinen guten und auch mit den „Schattenseiten“ charakterisiert. Die „Für Dich“ führte über mehrere Monate eine Diskussion über „Junge Frauen und Junge Männer heute“. In [184:] vielen Leserzuschriften wurden Ansprüche an den Partner formuliert, die lobend und kritisch Verhaltensweisen beurteilten, und dabei Ideal und Wirklichkeit miteinander verglichen. Große öffentliche Resonanz hatten solche ständigen Fernsehserien wie „Sie und Er und tausend Fragen“ oder die „Elternsprechstunde“. Neue Leitbilder wurden für den Mann dargestellt, die ihn vom „Außenminister“ zum „Innenminister“ machten, der für die inneren Probleme der Familie als Partner ebenfalls mit zuständig war.

Diesen Schritt gingen viele Männer sehr zögerlich, denn Zeitbudget-Untersuchungen belegten bis zum Ende der DDR eine höhere Belastung von Frauen im Haushalt. Schulspeisung, Betriebsessen, Wäschereien, Reinigungseinrichtungen, preiswerte Gaststättenangebote waren schon Schritte, um Haushaltsleistungen der Familie zu verringern und 'auszulagern. Trotzdem fehlten neben technischen Voraussetzungen zur Erleichterung der Hausarbeit und einem breiten Angebot von Fertiggerichten auch noch strategische Visionen für die zukünftigen Gestaltungen von Partnergemeinschaften und neuen Lebensformen.

Nicht selten hatten sich die Medien mit der absurden Behauptung auseinandersetzen, dass die Berufstätigkeit der Frau ihrem Charme abträglich sei. Nachdem die in der DDR viel gelesene „Wochenpost“ 1968 einen Ausschnitt aus meinem Buch „Die Frau als Persönlichkeit“ (Hörz, Helga 1968) abgedruckt hatte, erhielt sie viele Leserbriefe. (Wochenpost Nr. 4/1969, S. 3) Selbst die Zuschriften von Männern, es war die Mehrheit, die sich zu Wort meldete, waren überwiegend zustimmend. Doch manche meldeten Zweifel an. So wurde gefragt, ob Frauen sich überhaupt als Mathematikerinnen hervortun könnten. Mancher meinte, dass es abwegig sei, ein Übergewicht an Frauen in technischen Berufen anzustreben. Die Behauptung, Frauen würden in leitenden Funktionen ihren Charme verlieren, war ebenfalls zu finden. In den Zuschriften von Frauen waren die Auffassungen einheitlicher, kritischer und selbstbewusster. Eine Frau sah noch „Bastionen männlicher Vorurteile, die gestürmt werden müßten“ und war der Meinung, „dass mancher Mann gelegentlich gesellschaftlich-moralische sanfte [185:] Schläge auf den Hinterkopf benötige, um sein Denkvermögen in dieser Hinsicht zu erhöhen“. Der Journalist Siegfried Schröder reagierte auf die Leserbriefe mit einer Kolumne unter dem bezeichnenden Titel „Weiblicher Charme oder die alten Adams“. Darum ging es ja auch mir in meinen Auftritten. Die alten Adams, die sich ihrer Eva überlegen fühlten und doch mit Charme verführt werden wollten, meinten vielleicht noch, der Charme reiche aus, denn Intelligenz und Selbstbewusstsein könnten ja die angenommene Überlegenheit des Mannes über die Frau untergraben. Schröder stellte fest: „Ein Sozialismus ohne Charme würde mir wie ein Sommer ohne Sonne erscheinen.“ Im Resümee bezog er sich auf den utopischen Sozialisten Charles Fourier, der zuerst betont hatte, dass in einer gegebenen Gesellschaft der Grad der weiblichen Emanzipation das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation sei. Schröder stellte fest: „Die Frauen werden immer das sein, was die Gesellschaft, das sind wir alle, ihnen zu sein ermöglicht. In diesem Sinne bedeutet Gleichberechtigung, daß der Mann eigentlich immer etwas mehr tun muß als die Frau, damit sie auch von überflüssiger, ja zum Teil noch unwürdiger Arbeit befreit wird. Der weibliche Charme kann dadurch nur gewinnen. Er dürfte sogar zu einer neuen Blüte gelangen. Sollten wir uns nicht bemühen, dessen Wert zu sein?“

Nachdem die DEFA als Filmgesellschaft der DDR in dem Spielfilm „Das siebte Jahr“ solche Probleme aufgeworfen hatte, die in einer Ehe und Familie entstehen können, wenn die Frau berufstätig ist, führte die „Wochenpost“ dazu eine Diskussion durch. Viele Leserzuschriften schilderten eigene Erfahrungen. Ich nutzte die öffentliche Debatte, um Fernstudenten der Kulturwissenschaft in meiner Lehrveranstaltung zur Ethik nach ihrer Meinung zu Film und Diskussion zu fragen. Die Standpunkte waren sehr unterschiedlich. Doch die Mehrheit bemängelte am Film, dass er nach ihrer Ansicht keine echte Partnerschaft zeigen würde. Das Verständnis für die Arbeit des jeweilig anderen, der Austausch der Probleme und die damit gegebene Bereicherung beider fehlte ihnen. Im Film würde nicht deutlich, dass es zum persönlichen Glück gehöre, Zeit füreinander zu finden bzw. sich zu verschaffen, [186:] um zu zweit etwas zu unternehmen und daraus Kraft zu sammeln für die berufliche Tätigkeit. Es sei wichtig, dass man nicht nur aus der Arbeit Glück schöpfen könne, sondern ganz wesentlich aus der familiären Gemeinsamkeit mit seinen Kindern. Unter dem Titel „Nur mein Glück? Unser Glück!“ fasste ich die Diskussion mit ihnen und den publizierten Leserzuschriften für die „Wochenpost“ zusammen. Mein Fazit lautete: „Für viele – auch für uns – bedeutet es schon persönliches Glück, täglich immer wieder Familie und Beruf, Liebe und Arbeit in Einklang zu bringen.“ (Wochenpost Nr. 29/1969, S. 10)

In den öffentlichen Debatten, die in den Massenmedien geführt wurden, spielten immer die Probleme von Kindern eine große Rolle, denn sie brauchen für eine glückliche Kindheit Liebe, Geborgenheit und Ansporn für eine selbständige Entwicklung in funktionierenden Partnerschaften. Das war nicht immer zu erreichen. Also wurde in der Presse die Frage diskutiert: Wie kann man Kinder vor Schäden durch eine Scheidung der Eltern bewahren? Das war in der DDR und ist auch heute eine schwer zu lösende Problematik, denn die Frage ist sicher nicht pauschal zu beantworten. Die Persönlichkeitsentwicklung der Eltern spielt für die Entwicklung der Kinder eine entscheidende Rolle, doch das Umfeld, Großeltern und Freundeskreis, ist ebenfalls zu berücksichtigen. Niemals gibt es generelle Antworten. Zwar können gesellschaftlich fördernde Bedingungen die Problemlösung erleichtern, während hemmende sie erschweren, doch die Individualität der Menschen und ihre Verhaltensweisen bestimmen positiv oder negativ entsprechende Entscheidungen.

In der „Berliner Zeitung“ engagierte sich besonders die Redakteurin Susanne Statkova für Probleme der Gleichberechtigung. Mit ihr habe ich gerne diskutiert und gemeinsame Diskussionen bestritten. Eine Fragestellung war: „Krönen Kinder erst die Ehe?“ Selbstverständlich berücksichtigten die dazu angestellten Überlegungen, dass Paare ungewollt kinderlos – oder kinderarm blieben. Ebenso wurde betont, Zeitpunkt der Geburt eines Kindes und Anzahl der Kinder seien einzig und allein eine Entscheidung, die Paare zu treffen haben. Sie bestimmen über ihr Leben und darüber, ob sie es mit oder ohne [187:] Kinder gestalten wollen. Ich hob bei der Zusammenfassung der Diskussion hervor: „Die schöpferische Phantasie und Tatbereitschaft bei den Kindern zu wecken, fordert von uns Eltern, uns selbst zu erziehen, unser Verhalten tagtäglich zu überprüfen. Kinderaugen sind wachsam für alle Nuancen des Verhaltens der Eltern. Sie ahmen die Eltern bewußt oder unbewußt nach. Wenn wir die Autorität, Liebe und Achtung unserer Kinder besitzen und ständig neu darum ringen, dann hinterlassen wir Spuren im Leben der Nachwelt. Das empfinde ich als eine starke, beglückende Herausforderung sich im Leben als Persönlichkeit zu bewähren. Und aus dieser Verantwortung den Kindern gegenüber möchte ich die Frage bejahen: Kinder krönen die Ehe.“ (Berliner Zeitung, Nr. 277 vom 20./21.11.1976, S. 14)

Wonach beurteilt man einen Menschen? Das war eine weitere Frage, die mit vielen Nuancierungen in den Medien zur Diskussion stand. Neben neuen Leitbildern für beide Geschlechter, deren Ausformung im Kindergarten begann, sich bei der Zuordnung von Spielzeug niederschlug, in Schulbüchern fortgeführt wurde, ging es zugleich um einfache Umgangsformen. Der Rundfunk interviewte mich so zu der Frage: „Ist Höflichkeit eine Tugend oder ein Rudiment?“ Ich erklärte Höflichkeit als erforderliche Umgangsform zwischen gleichen und gleichberechtigten Menschen, in der die Achtung für den anderen sich ausdrückt. Unhöflichkeit ist ein Ausdruck von Selbstüberschätzung, von Missachtung des anderen Menschen.

Die Ethikerin und Frauenforscherin wurde oft befragt. Ich nahm so aktiv an vielen Debatten in den Medien teil. Dabei ging es meist um die Gleichberechtigung, um Erreichtes und zu Erreichendes, um Ideal und Wirklichkeit, um Probleme und ihre Lösungen, um Defizite und persönliche Motivation zur Überwindung von Schwierigkeiten. Auf alle diese Diskussionen und auf mein Auftreten gab es stets lebhaft Reaktionen von Leserinnen und Zuhörer/Innen. Sie lösten neue Fragestellungen aus, zwangen mich zum Nach- und Weiterdenken und bereicherten hoffentlich das Wissen aller Beteiligten. Da ich schon die Kultur des Umgangs angesprochen habe, sei noch darauf hingewiesen, dass man sich ebenfalls dafür interessierte, wie man sich [188:] zwischen den Geschlechtern zu verhalten habe. Ist etwa das Türaufhalten für die Frau noch zeitgemäß? Auf jeden Fall kann man sagen, alles, was von der Achtung des Partners zeugt, ist in einer humanen Gesellschaft wünschenswert und durchzusetzen. Wenn jedoch etwas zur Routine verkommt, nur die Etikette beachtet wird, dann handelt es sich um überholte Rudimente einer Gesellschaft, die den Schein über das Sein stellt.

Das Kernproblem aller dieser Debatten war die Überwindung alter Rollenklischees von den Frauen als den Untertanen des Mannes, die jahrhundertlang Frauen und Männern zugeordnet wurden. Gegen ihr Weiterleben oder ihr Wiederaufleben engagierten sich die Medien in der DDR, um zu helfen, neue humane Verhaltensweisen zwischen Geschlechtern herauszubilden. Es war dabei allen klar, die sich für die Gleichberechtigung einsetzten, Gesetze können nur umgesetzt werden, wenn Menschen sie als richtig und angemessen akzeptieren. Da Frauen auf der Grundlage überlebter Leitbilder noch mehr im Haushalt belastet waren, vermittelten die Medien verstärkt neue Leitbilder für Männer. Diese waren in den Familien jedoch erst noch zu realisieren. Hätten Mütter konsequent in allen Haushaltsbelangen ihre Söhne einbezogen, dann wären Männer besser auf die Ehe vorbereitet worden. Doch in den Mediendiskussionen zeigte sich, dass bei vielen Jugendlichen durch Eltern die Illusion geweckt worden war, man habe nur den „idealen“ Partner zu finden, dann laufe in der Ehe alles reibungslos. Doch so funktioniert das nicht.

Jeder Mensch hat seine Eigenheiten, seine starken und schwachen Seiten. Er hat nicht nur ein Sonn- und Feiertagsgesicht, sondern seine eigenen Sorgen und Nöte. Schwierigen Situationen fühlt er sich manchmal allein nicht gewachsen. Das fordert beiderseitiges Verständnis, starke Gefühle und liebevolle Bereitschaft für gemeinsame Lösungen schwieriger Probleme heraus. Deshalb wurde in den Medien auf die Erziehung von Gefühlsreichtum eingegangen. Das ist, wie schon öfter betont, generell eine entscheidende Voraussetzung für einen menschlichen Umgang miteinander. Nur dadurch kann sich eine humane Gesellschaft auszeichnen und von anderen abheben.

[189:] Solche in der DDR um die Gleichberechtigung geführten Debatten könnten mit vielen Beispielen weiter ausgebaut werden. Die Grundlinie zeichnet sich jedoch ab. Es ging um gelebte Vorbilder, um die Kritik überholter Auffassungen, um die persönlichen Initiativen, damit die durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gegebenen Potenzen besser ausgeschöpft werden. Es wird so deutlich, wie angestrengt die Massenmedien in der DDR mit unterschiedlichen Mitteln sich der Probleme annahmen, die mit Verwirklichung der gewollten Gleichberechtigung der Frau auftraten und zu lösen waren.

### **7.3. Frauenbilder in der Literatur der DDR**

Frauenbilder sind schon immer Gegenstand der Literatur. Widersprüche treten auf. (Scholz 1992) Schriftstellerinnen der DDR nahmen sich auf ihre Weise der Probleme von Frauenrechten als Menschenrechten an. Interessant sind dabei sowohl ihre Lebensläufe als auch ihre Werke. In Porträts hervorragender Frauen aus der Vergangenheit und Gegenwart zeigt sich der Mut, gegen Unterdrückung und Diffamierungen vorzugehen. Umstände werden geschildert, Schicksale dargestellt, Situationen verfremdet. Literatur ist immer Nachdenken über bestehende Zustände, subjektive Problemsicht und Veranschaulichung von Lebenshaltungen in konkreten Situationen durch handelnde Personen. Frauengestalten werden als positive oder negative Vorbilder geschildert, womit Frauenbilder gemalt werden, die Motivationen auslösen können, sich ebenso zu verhalten oder gegen das ihnen angetane Unrecht zu kämpfen. Das soll an einigen Fallbeispielen gezeigt werden.

### 7.3.1. Renate Feyl und der lautlose Aufbruch

Meine ehemalige Studentin Renate Feyl, erfolgreiche Schriftstellerin der DDR, die sich nun wieder mit ihren Büchern bei den Leserinnen durchsetzt, befasst sich in ihren Werken intensiv mit dem Kampf von [190:] Frauen um ihre Rechte. Es ist der lautlose Aufbruch, der von der Unterdrückung in die Gleichberechtigung führen kann. Sie schreibt über sich: „Das erste Licht erblickt 1944 zu Prag, das erste Schulzeugnis erhalten in Jena, zum erstenmal verliebt gewesen in Berlin. Dazwischen liegen vierundzwanzig Jahre mit einer planmäßig proportionalen Entwicklung des Lernzentrums. Abitur, Buchhändlerlehre, Studium der Philosophie und Psychologie an der Humboldt-Universität Berlin. Von urberufswegen Hang zu Büchern. Nach Leitungstätigkeit in einem großen Berliner Jugendklub Drang zum Bücherschreiben. Als gewählte Abgeordnete der FDJ im Stadtbezirk Friedrichshain Bekanntschaft mit vielen Jugendlichen; Halbstarke, Ganzstarke, Zugvögeln, Langfingern, Schlauköpfen und Schrittmachern.“ (Für Dich, Nr. 29/1969, S. 23) Produkt ihrer Erfahrungen ist 1968 der Roman „Rauhbein“, in dem sie das kontrastreiche Leben in Berlin zeigt. Nicht nur alte Häuser fallen, sondern überholte Lebensformen ändern sich. Ihr geht es um die Schwierigkeiten junger Menschen, die sie ohne Schönfärberei darstellt.

Seit 1970 freischaffend, stellt sie im Buch „Bilder ohne Rahmen“ 1977 Porträts berühmter Wissenschaftlerinnen des 19. und 20. Jahrhunderts vor und befragt dazu Nachkommen von Wilhelm von Humboldt, Hermann von Helmholtz, Lise Meitner u. a. Der Lebensweg von Lise Meitner (1878-1968) zeigt, von Renate Feyl geschildert, wie schwer es Frauen gemacht wurde, in der Wissenschaft voranzukommen. So wurde der Familienrat einberufen, um sie davon abzubringen, Physik zu studieren. Sie hielt jedoch an ihrem Plan fest. 1906 legte sie ihre Doktorarbeit vor. Sie war damit in der Geschichte der Wiener Universität die zweite Frau, die im Hauptfach Physik promovierte. Einige der anwesenden Herren seien überzeugt gewesen, dass sie keine nennenswerten Leistungen als Frau bringen werde. Doch sie irrten sich gründlich. Lise Meitner ging konsequent ihren Weg in der Wissenschaft weiter. Vorurteile konnten sie nicht demütigen. Sie wird zur anerkannten Kollegin in ihrem Forscherteam. Doch außerhalb galt es als Scherz oder Missverständnis, sie als Expertin in der Kernphysik anzusehen. Sie verfasste Artikel für die „Naturwissenschaftliche [191:] Rundschau“. „Wegen Klarheit und logischer Gedankenführung fallen sie einem Redakteur des Brackhaussehen Konversationslexikons auf. Er bittet den Chefredakteur der ‚Naturwissenschaftlichen Rundschau‘, ihm die Adresse des Herrn Meitner zu vermitteln, von dem er mehrere Artikel für das Lexikon wünsche. Als der Brackhausredakteur erfährt, daß es sich um eine ‚Frau Meitner‘ handelt, schreibt er empört zurück, er denke nicht daran, den Artikel einer Frau in das berühmte Lexikon aufzunehmen.“ (Feyl 1977, S. 187) In der Nazizeit emigriert sie und geht nach Stockholm. 1945 wählt sie das USA-Magazin „Star“ zur „Frau des Jahres“. Sie wird Mitglied vieler Akademien und erhält mehrfach die Ehrendoktorwürde. Bei zahlreichen Vorträgen verurteilt sie, die berühmteste Atomforscherin der Welt, den Missbrauch der Atomenergie für kriegerische Zwecke. Als sie 1968 stirbt hat sie alle Preise, die in der Kernphysik zu vergeben sind, nur nicht den Nobelpreis. „Ihre Freunde wissen den Grund: Ein einziges Mal hatte Lise Meitner keine Zeit für ihre Forschungen. Sie mußte ihr Leben retten. Deshalb steht ihr Name nicht unter der Entdeckung des Jahrhunderts.“ (Ebd., S. 198) Es ist die Hartnäckigkeit, mit der Lise Meitner den Widrigkeiten trotzte, in einer männerdominierten Wissenschaft physikalische Forschung zu betreiben, die Vorbildwirkung hat. Sie setzte sich durch. Die Frage bleibt: Wie viele Talente konnten sich unter den damals herrschenden Rollenklischees nicht entfalten?

Renate Feyl fasziniert die Persönlichkeitsentwicklung von Frauen weiter. 1981 erschien ihr Buch „Der lautlose Aufbruch. Frauen in der Wissenschaft“. Elf Schicksale charakterisieren den schweren Weg von Frauen, die sich gegen ihr Rollenklischee wehren. Sie wollten sich durch wissenschaftliche Leistungen einen Platz in der Geschichte sichern. Eindrucksvoll schildert die Autorin, welchen Anfeindungen diese Frauen ausgesetzt waren, welche Engstirnigkeit ihnen begegnete und wie sie sich mit Geduld all dem widersetzen und ihren Weg konsequent weiter gingen. Sie zogen damit Hass auf sich, der nicht nur von Männern kam. Frauen, die die ihnen im Leben zuge dachte Rolle akzeptierten, begegneten ihnen mit Hohn und Spott. Unrühmlich traten Akademiker auf. Sie bezeichneten Bildung bei Frauen als [192:] unweiblich, denn sie würden nur hässlich. Das „Ewigweibliche“ wird von ihnen

beschworen. Mag sein, das gemalte Bild von Schönheit, Liebreiz, Sanftmut schmeichelte manchen Frauen, wodurch es jedoch nicht etwa wahr wurde. Renate Feyl schreibt: „Nur wenige erkennen, daß das Ewigweibliche Ausdruck für eine Gesinnung ist, die unter dem Mantel scheinbar männlichen Wohlwollens und männlichen Schutzes die Frau zur ‚naturgemäßen Nummer zwei des Menschengeschlechts‘ erklärt, zu einem Wesen, das weder im Denken noch im Sein zu irgendeiner Veränderung fähig ist, keine Geschichte hat und keine Zukunft kennt.“ (Feyl 1981, S. 18) Die Auseinandersetzung mit antihumanen Rollenklischees, durch die Darstellung der Lebensleistung der elf mutigen Frauen begründet, macht die Lebensläufe auf überzeugende Weise nachvollziehbar.

Das Buch, das 1983 auch in der BRD erschien, zeigte nachdrücklich, welchen historischen Ballast wir in Gleichberechtigungsfragen mit uns schleppen und zu überwinden haben. Frauen bekamen Mut, ihren Selbstanspruch an das Leben unter noch so widrigen Umständen geltend zu machen und durchzusetzen. Manche Frauen beschämte es hoffentlich, wenn sie die unter neuen gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR gebotenen Möglichkeiten zur Entwicklung nicht nutzten, sondern dafür kleimütig manches vorhandene Problem aufbauschen, weil sie Leistungen des Staates forderten, wo Eigeninitiative gefragt war.

Im Buch „Idylle mit Professor“ schildert Renate Feyl das Leben von Luise Adelgunde Victoria Gottsched (1713-1762), die sich aus der Vormundschaft ihres Mannes befreite und die erste Schriftstellerin Deutschlands wurde, die aus ihrer Neigung einen Beruf machte. (Feyl 1986) Sie orientierte mit dieser Frauengestalt Frauen der DDR darauf, um ihre Rechte zu kämpfen, eventuell gegen den eigenen Ehemann. Niemals darf man sich durch Demütigungen dem Herrschaftsanspruch eines Mannes beugen. Das Buch erschien nach 1990 in der DIANA Verlag Taschenbuchreihe. Die viel gelesene Autorin gab eben selbst dann nicht auf, als nach 1990 Schriftstellerinnen der DDR Mühe hatten, mit ihren Büchern Anerkennung und für neue [193:] Arbeiten Verlage zu finden. Erfolgreich stellte sie weiterhin historische Frauengestalten mit ihren Leistungen vor, so Caroline von Wolzogen (1763-1847), die Schwägerin von Friedrich Schiller. Sie wurde als Schriftstellerin von Goethe geschätzt und von Wilhelm von Humboldt bewundert. Mit der Biografie über ihren Schwager schuf sie die Grundlage für Schillers Nachruhm. (Feyl 2002)

Als ich vor wenigen Jahren Renate bat, in den von mir moderierten Lesungen der Bildungsakademie der Volkssolidarität Berlin zu sprechen, sagte sie mir sofort zu. Die Zuhörer wussten, dass sie in ihren Büchern eine Lanze für die Frauen gebrochen hatte. Sie las aus ihren hervorragenden historischen Romanen und brachte uns damit den Dichter Schiller näher.

### **7.3.2. Brigitte Reimann zwischen Ideal und Wirklichkeit**

Mit Brigitte Reimann (1933-1973) lernen wir eine weitere Frau der DDR mit einem interessanten Lebenslauf und bestimmten literarischen Ambitionen kennen. Nach dem Abitur 1951 wirkte sie als Lehrerin, Buchhändlerin, Sprechstundenhilfe und Reporterin. Sie schrieb verschiedene Texte, so 1956 die Erzählung „Die Frau am Pranger“, in der es um die Liebesbeziehung einer jungen deutschen Frau mit einem russischen Kriegsgefangenen geht. In „Das Geständnis“ von 1960 denunziert ein Hitlerjunge in den letzten Kriegstagen einen Deserteur, der dadurch stirbt. Durch die Liebe zu einer Frau legt er später ein Geständnis ab. Das Verfahren wird mit der Begründung eingestellt, er habe sich ja aktiv beim Aufbau der DDR bewährt. 1961 und 1962 erhielt Reimann den Literaturpreis der FDJ. Andere Preise folgten. 1965 wurde sie mit dem Heinrich-Mann-Preis in der DDR ausgezeichnet. Fest von der Humanität des Sozialismus überzeugt, bemerkte sie schmerzhaft die Widersprüche zwischen sozialistischen Idealen und der Wirklichkeit. Zu ihrer Überwindung wollte sie mit ihren Arbeiten beitragen.

1960 arbeitete sie in Hoyerswerda mit einer Brigade des Kombinats „Schwarze Pumpe“ zusammen, um das Leben im Betrieb besser [194:] kennenzulernen. Auftretende Alltagsprobleme stellte sie 1961 in der Erzählung „Ankunft im Alltag“ dar. In ihren Tagebuchaufzeichnungen zeigt sich ihr Engagement für Brigade und Betrieb. Sie fühlt sich voll in die Entwicklung der sechziger und siebziger Jahre in der DDR eingebunden. Sie ergreift Partei und irrt sich dabei. Doch sie legt den Finger in Wunden, die in jeder Gesellschaft Menschen zugefügt werden, wenn Altes und Neues aufeinandertreffen. Sie

begreift, dass unterschiedliche Charaktere in gleichen Situationen verschiedene Verhaltensweisen praktizieren. Sie will schneller vorwärts zu einer humanen Gesellschaft. Bremser stören sie. Am 11.1.1964 steht in ihrem Tagebuch: „Gestern 2. Sitzung der Jugendkommission, die immer lebhafter, kritischer wird. Unser erster Beschluß (über Berufsbilder) liegt dem PB vor; – in der Berufslenkung – wird sich einiges ändern. Wir sind also keine Schwatzbude, nur Horst Schumann, mit seinem schlichten Verstand quatscht. Wenn man diesen 1. Sekretär der FDJ hört, versteht man Schwierigkeiten in der Arbeit des Verbandes.“ (Reimann 1998, S. 5).

Aus den Tagebüchern wird ersichtlich, wie ruhelos ihr Leben ist, wie sehr sie sich selbst überanstrengt. Mehrere Ehen, Scheidungen und Liebesaffären bringen Depressionen mit sich. Tablettenmissbrauch führt sogar zu einem Selbstmordversuch. Hochstimmung und tiefste Niedergeschlagenheit wechseln sich ab. Beides hängt sehr stark mit ihrer Lebensgestaltung zusammen, worin die wechselnden Partnerschaften mit Männern ihre Gefühle durcheinander schütteln. Auftrieb geben ihr unter anderem Erlebnisse, in denen sie als Schriftstellerin Anerkennung bei Leserinnen erfährt und freundschaftliche Begegnungen, in denen sie Zuspruch für die Fortsetzung ihrer literarischen Arbeiten bekommt. Hierbei ist für sie die Freundschaft mit dem Schriftstellerehepaar Christa und Gerhard Wolf von besonderer Bedeutung.

Ihr wichtigster Roman ist „Franziska Linkerhand“, der für unser Thema ebenfalls von großem Interesse ist. Sie schildert mit der Hauptheidin eine junge ehrgeizige Architektin, die mit ihren hochgesteckten Idealen in Konflikt mit der Wirklichkeit sozialistischer Plan-[195:]wirtschaft in der DDR gerät. Leider blieb der Roman unvollendet, da Brigitte Reimann an Krebs erkrankte und 1973 in Berlin starb. Doch Walter Lewerenz, ihr Lektor beim Verlag Neues Leben in Berlin, hat das Manuskript 1974 mit einigen wenigen vorsichtigen Korrekturen publiziert. Die Titelheidin geht nach Abschluss ihres Studiums nach Neustadt, um beim Wohnungsbau mitzuwirken, wobei ein neues Stadtzentrum entstehen soll. Noch begeistert von Entwürfen, die im Studium durch ihren Lehrer den Student/Innen vorgestellt wurden, möchte sie ästhetisch anspruchsvolle Bauten durchsetzen. Doch das Planungssoll existiert bereits in Form von Wohnblöcken. Diese sind praktisch und wenig veränderbar.

Eine Zwischenbemerkung dazu möchte ich einfügen. In einem Gespräch, das mein Mann und ich mit dem Architekten Hermann Henselmann (1905-1995) hatten, der immer gern mit Philosoph/Innen diskutierte, sprachen wir über die Trostlosigkeit von Plattenbauten. Doch er meinte zu dem Argument der geringen Veränderbarkeit, mit Initiative könnte Vielfalt und ästhetisches Aussehen erreicht werden, was einige Wohnungsbaukombinate zeigten. Es sei manchmal ein Argument für die Scheu vor Risiken, wenn angebliche Sachzwänge die eigene Tatenlosigkeit entschuldigen sollen. Einmal erzählte er, er habe Walter Ulbricht nach seiner Kritik am Kreuz, das an dem Berliner Fernsehturm zu sehen sei, mit der Bemerkung beruhigt: „Das ist doch das Plus des Sozialismus.“

Franziska Linkerhand gerät mit dem Bauingenieur Schafheutlin in Konflikt. Seine Vorstellungen über das Stadtzentrum hält sie für phantasielos und ihn selbst bezichtigt sie der energielosen Nüchternheit. Erst allmählich kommen sie sich in der Arbeit näher. Beide verändern sich dabei und entwickeln Verständnis füreinander. Dagegen scheitert sie in ihrer Ehe mit einem Arbeiter. Die unterschiedlichen Entwicklungswege führen sie nicht zusammen. Brigitte Reimann scheint die Arbeit an ihrem Roman manchmal ausgesetzt zu haben. In ihrem Tagebuch finden sich dazu mehrere Hinweise. Einmal schreibt sie: „Endlich wieder an der Arbeit. Die Szene, die ich nicht bewältigen konnte, habe ich weggeschmissen; jetzt sitze ich an einer Episode, die [196:] mir wieder Spaß macht (ein bitterer Spaß: die Exß-Familie enteignet Franziska). Ich habe mir vorgenommen, ohne Selbstzensur zu schreiben, ohne an die Folgen zu denken – einfach so, nach meiner Wahrheit. Mir ist aber doch unbehaglich zumute, die Szene fällt, fürchte ich, glatter aus als geplant.“ (Ebd., S. 180)

Manchmal wiederum ist sie erstaunt, dass sie der Figur der Linkerhand Charakterzüge verliehen hat, die sie als pubertierende Jugendliche ihrer Mutter angedichtet und die diese nie besessen hatte. Erschreckt über sich selbst schreibt sie dann: „Flucht in die Kindheit, Flucht in Erinnerung, Flucht aus dieser Welt, mit der ich in Wahrheit uneins bin. Das ist mir nun klar geworden, und irgendwann werden es auch die anderen – oder manche – merken, die es lesen.“ (Ebd., S. 242 ) In solchen Phasen macht ihr Christa Wolf wieder Mut. Sie liest einige Kapitel, findet sie interessant, fordert sie zum

Weiterschreiben auf und meint, sie soll sich dabei Zeit lassen. Insgesamt ist mit Franziska Linkerhand ein Buch auf den Büchermarkt der DDR gebracht worden, das Probleme benennt, bei der Entwicklungs- und Emanzipationsgeschichte seiner Hauptheidin alles offen lässt, keine fertigen Lösungen anbietet und kritisch Widersprüche im Alltag aufdeckt. (Reimann 1974) Das Werk hat es verdient, in ganz Deutschland Anerkennung und Beachtung zu finden.

### **7.3.3. Christa Wolf und die unvermeidlichen Konflikte im Leben**

Die international bekannte DDR-Schriftstellerin Christa Wolf hat mit vielen ihrer Romane und Erzählungen Partei für Frauenrechte als Menschenrechte ergriffen. 1929 in Landsberg/Warthe geboren, besuchte sie dort bis 1945 die Oberschule. Es folgte die Aussiedlung nach Mecklenburg und 1947 der Umzug nach Bad Frankenhausen. 1949 legte sie ihr Abitur ab und studierte von 1949-1953 Germanistik in Jena und Leipzig. Danach war sie in mehreren Verlagen tätig, bevor sie 1962 als Schriftstellerin freischaffend wurde. Politisch aktiv in der SED, wird sie von 1963-1967 Kandidat des ZK der SED. Sie hat mit [197:] Gerhard Wolf zwei Töchter. Für ihr literarisches Schaffen wurde sie mit vielen Auszeichnungen, Preisen, Orden und Ehrendokortiteln geehrt. Einige seien genannt, um die nationale und internationale Anerkennung zu zeigen. Zweimal, 1964 und 1987, erhielt sie den Nationalpreis der DDR. Sie wurde Mitglied im PEN-Zentrum Ost und West und 1974 in der Akademie der Künste. 1978 hatte sie Gastvorlesungen in den USA, Schottland, der BRD, der Schweiz, Italien. 1980 erhielt sie den Georg-Büchner-Preis. 1983 wurde ihr die Ehrendoktorwürde der Ohio State University, Columbia, USA, 1985 der Philosophischen Fakultät der Universität Hamburg verliehen. 1985 erhielt sie den Österreichischen Staatspreis für Europäische Literatur. Nach 1990 machten die Universitäten von Hildesheim und Brüssel sie zum Ehrendoktor. Man sagt über sie, dass sie in beiden deutschen Staaten als literarische und moralische Instanz angesehen wurde. Sie begleitete in ihren Romanen und Erzählungen die Entwicklung in der DDR zwar kritisch, beugte sich jedoch nicht westlichen Vorstellungen über angemessenes Verhalten.

Im ersten Roman von 1961 „Der geteilte Himmel“ thematisierte sie den Bau der Mauer und zeigte, welche persönlichen Schicksale damit verknüpft waren. Ihre Hauptheidin Rita, die ein Pädagogik-Studium absolvierte, lernt bei ihrem Praktikum in einer Waggonfabrik Mängel, Streitigkeiten und Intrigen kennen. Sie findet Bündnispartner in ihrem Engagement für den sozialistischen Aufbau in der DDR. Nur im privaten Bereich erlebt sie das Scheitern ihrer Beziehung zu ihrem Lebenspartner. Ihr Partner verlässt die DDR. Rita folgt ihm. Sie wird in der Fremde nicht heimisch und kehrt in die DDR zurück. Der Roman erhielt ein breites Echo in der DDR, wurde viel diskutiert und brachte der Autorin Zustimmung und Kritik. Sie erhielt für den Roman den Heinrich-Mann-Preis.

Danach wendet sie sich verstärkt der Frauenproblematik zu. Es folgt 1968 „Nachdenken über Christa T“. Mit dieser Figur will sie zeigen, dass die Entwicklung von Menschen niemals konfliktfrei verläuft. Ausgehend vom Tod einer Freundin und deren Tagebüchern schildert sie die Suche ihrer Hauptheidin nach Identität in den vor-[198:]gegebenen Strukturen. Diese findet sie weder im Kollektiv, noch im Vergleich mit Menschen, die als Realisten mit den Tatsachen leben können. Der Rückzug in die Privatsphäre hilft ebenfalls nicht. Sie scheitert an der Konfliktbewältigung.

In der Erzählung „Kassandra“ und ihren Poetik-Vorlesungen 1982 in Frankfurt/Main spürt Christa Wolf den Anfängen der Unterdrückung der Frau nach. Die Seherin Kassandra, die zur Hinrichtung geführt wird, lässt noch einmal den unvermeidlichen Untergang Trojas Revue passieren. Mit der Hinwendung zur antiken Mythologie geht eine scharfe Kritik des Patriarchats einher. Kassandra ist für die Autorin das Sinnbild für die Ohnmacht des Wissens gegenüber den Interessen der Herrschenden. Die auf die Gegenwart bezogene Ablehnung des Wettrüstens und der atomaren Bedrohung machte das Buch in der Friedensbewegung in Ost und West bekannt. Nicht jeder Lesende kam mit der Verfremdung der aktuellen Probleme klar. Ich hörte die unterschiedlichsten Meinungen zum Werk, von Ablehnung bis zu euphorischer Zustimmung. Ich halte es mit seiner Herrschaftskritik durch eine Frau für eine große Leistung. Die Analyse von Konflikten und die Möglichkeiten zu ihrer Bewältigung zeichnen auch andere Arbeiten von Christa Wolf aus, die für den Kampf der Frauen von Bedeutung sind, wie „Kindheitsmuster“ von 1976 und die Erzählung „Kein Ort. Nirgends“ von 1979.

### 7.3.4. Irmtraud Morgner und die Hexen-Romane

Irmtraud Morgner (1933-1990) sorgte in der DDR mit ihren Hexen-Romanen für Aufsehen. Ihre Hauptheidin Laura vertritt, in Abwandlung eines Zitats von Karl Marx, das sich auf die Veränderung der Welt bezieht, die Auffassung: „Die Philosophen haben die Welt bisher nur männlich interpretiert. Es kommt aber darauf an, sie auch weiblich zu interpretieren, um sie menschlich verändern zu können.“ Das rief Feministinnen der verschiedensten Art auf den Plan, die begeistert zustimmten. Doch reicht die weibliche Interpretation schon aus, damit die Welt menschlich verändert werden kann? Eine Denk-[199:]provokation ist die These auf jeden Fall. Alleinige Männerherrschaft wird mit ihr in Frage gestellt.

Irmtraud Morgner wurde in Chemnitz geboren, machte dort 1952 ihr Abitur und studierte von 1952 bis 1956 Germanistik in Leipzig. Sie hörte u. a. bei Hans Mayer und Ernst Bloch. Als Kind war sie mehr auf den Beruf ihres Vaters fixiert. Er war Lokführer. Ein Junge wünscht sich den Beruf seines Vaters, ohne dafür belächelt zu werden. Bei einem Mädchen regt sich sofort der Widerstand der Erwachsenen, wenn man meint, einen Männerberuf vor sich zu haben. So sieht Morgner später ihren Berufswunsch als erstes Aufbegehren, weil sie sich nicht den noch existierenden Rollenklischees beugen wollte. „Vielleicht zeigte dieser Wunsch das Körnchen natürliche Widerspenstigkeit an, das ein konventionell erzogener weiblicher Mensch als Anfangskapital braucht, um eine Chance zu nutzen, sich gegen die Strömung der Sitten irgendwann freizuschwimmen.“ (Morgner 1990, S. 20) Ihr Berufswunsch wird nicht akzeptiert. Er taucht bei einigen ihrer weiblichen Romanfiguren in abgeänderter Form als berufliche Tätigkeit wieder auf. So ist Laura Straßenbahnfahrerin.

Die Entdeckung einer Bücherkiste wird für Irmtraud Morgner, die in einem Haushalt ohne Bücher aufwächst, zum aufregenden Erlebnis. Sie verschlingt „Don Carlos“, „Die Räuber“ und „Faust“ und orientiert sich an den Haupthelden. Die Lektüre führt sie zu ihrer Studienwahl. Nach dem Studium ist sie bei der Zeitschrift „Neue Deutsche Literatur“ tätig, ab 1958 lebt sie freischaffend als Schriftstellerin in Berlin. Mit dem Schriftsteller Paul Wiens (1922-1982) verheiratet, später geschieden, hat sie einen Sohn. Für ihre Arbeiten erhält sie 1975 den Heinrich-Mann-Preis und 1977 den Nationalpreis. 1984 macht sie eine Lesereise durch die USA und ist 1987-1988 Gastdozentin der Universität Zürich. Sie wird 1986 Mitglied der Akademie der Künste der DDR und erhält 1989 in Kassel den Literatur-Preis für grotesken Humor.

1968 wendet sie sich mit „Hochzeit in Konstantinopel“ Themen zu, die über den schwierigeren Weg von Frauen zu einem gleichberechtigten Leben berichten. Morgner plante dazu eine Trobadora-[200:]Trilogie, die aber leider unvollendet blieb. 1974 erschien „Leben und Abenteuer der Trobadora Beatriz“. Diese sitzt, beunruhigt durch den Weltzustand, als Sirene im Berliner Tierpark, wird von den Wärtern mit Papier gefüttert, um das wahre Leben der Laura Amanda darzustellen. Danach hat Laura Amanda Salman zwei Existenzen. Einmal ist sie eine alleinerziehende Mutter, die tagsüber ihren Sohn betreut, nachts Straßenbahn fährt und in ihrer zweiten Existenz ein Leben als Hexe auf dem Hörselberg führt. Sie besteht danach aus zwei Hälften. Eigentlich trifft das auch für Männer zu, aber diese leiden, im Unterschied zu den Frauen, nicht darunter. Die Grundaussage besteht darin, dass die Zukunft der Menschheit von der Zusammenführung der beiden Hälften abhängt. Will man die Welt retten, dann müssen männliche Machtstrukturen zerstört, Chauvinismus, Rüstungswettkampf und Umweltzerstörung überwunden werden. Das heißt, Männern ist die alleinige Macht zu entziehen.

Irmtraud Morgner, als genaue Beobachterin des Weltzustandes und der gesellschaftlichen Strukturen, die die Zukunft der Menschheit bedrohen, weist auf das Patriarchat hin. Darin trifft sie sich mit Christa Wolf, auch mit den Feministinnen in westlichen Ländern. „Die einzige Hoffnung – so die Wolf, so die Morgner – liege bei den Frauen, insofern sie nicht in die herrschenden Wahnsysteme integriert sind. Die Frauen seien Angehörige einer zweiten Kultur und erlebten aus historischen und biologischen Gründen eine andere Wirklichkeit als die Männer, sagt die Wolf, genauer: ‚Frauen erleben Wirklichkeit anders als Männer‘. Mit den Hoffnungsfiguren Cassandra und Laura-Aruanda wird der kaputten Männerwelt ein weiblicher (und menschlicherer) Gegenentwurf vorgeschrieben.“ (Löffler 1991, S. 53)

Geht es eigentlich Wolf und Morgner, wie den gynozentrischen Feministinnen, allein um einen weiblichen Gegenentwurf? Diese forderten eine Umkehrung der Werte, weg von den „männlichen“ und eine Orientierung an „weiblichen“ Werten. „Weiblichkeit“ und „weibliche“ Werte, so ihre Auffassung, dienten der Lebenserhaltung und Lebensgenerierung, der Fürsorge, dem Mitgefühl, der Verständigung und Toleranz. Darin sehen sie ein wesentliches und unverzichtbares [201:] moralisches, geistiges und praktisches Potenzial für die Rettung der Menschheit. In diesen Vorstellungen drückt sich jedoch ein idealisiertes Bild von Weiblichkeit aus, das so in der Realität nicht existiert. Weiblichkeit ist schon in einer Gesellschaft ganz breit gefächert, niemals nur mit Mitgefühl und Toleranz zu definieren. Weltweit ist die Varianzbreite noch umfassender. Morgner und Wolf greifen zwar zu Recht die patriarchalischen Strukturen an, doch sie plädieren keineswegs für ein Matriarchat. Sie fordern eine menschlichere, humanistische Form des Zusammenlebens von Menschen, in der Kriege aus dem Leben von Völkern verbannt sind und gemeinsam eine Harmonie mit der Natur angestrebt wird. Es ist sicher berechtigt, wenn die gynozentrischen Feministinnen ihre Sorge um die menschliche Zukunft zum Ausdruck bringen und für die Gefährdung des Lebens auch die vorrangig Schuldigen benennen. Doch die Orientierung nur auf die Frauen ist kein Ausweg aus der Krise. Es ist im Gegenteil notwendig, im Blick zu haben, dass Kämpfe um Religion, Nationalität und Gleichberechtigung der Geschlechter derart miteinander verzahnt sind, dass eine Separierung der Frauenprobleme, eine weibliche Sicht allein, keine Konzeption für die Lösung menscheitsgefährdender Probleme bringen kann.

Morgner wurde nicht nur in der DDR mit ihren Romanen begeistert gelesen, sondern fand auch in der BRD und anderen westlichen Staaten eine breite Leserschaft. Frauengruppen luden sie zu Lesungen ein. Sie stellte sich gerne Diskussionen, weil sie Bündnispartnerinnen für ihre Zukunftsvisionen gewinnen wollte. In der DDR anerkannte sie die Leistungen, die für Frauenrechte erbracht wurden. Sie wandte sich zugleich berechtigt gegen Unzulänglichkeiten. Sie kreidete der DDR die noch existierenden patriarchalischen Formen an. Als Schriftstellerin ging es ihr nicht um eine wissenschaftlich differenzierte Darstellung patriarchalischer Strukturen. Das war nicht ihre Aufgabe. Sie wollte Frauen dafür mobilisieren, selbst aktiv um ihre Rechte zu kämpfen. Sie sollten sich mit Hemmnissen nicht abfinden, sondern dagegen aufstehen.

[202:] Leider hat der Krebs sie zu früh besiegt. Es wäre interessant gewesen, wie sie die neue Lebenssituation von Frauen im wiedervereinigten Deutschland in neuen Romanen dargestellt hätte. Das beschäftigt auch die promovierte Ärztin für Psychiatrie und Neurologie Gerda Jun. Mit Arbeiten zu den inneren Reserven der Menschen, zu Charaktertypen und zu Kindern mit Behinderung hat sie Interessantes publiziert, was oft Gegenstand unserer fruchtbaren Gespräche im kleinen Kreis ist. Sie schreibt: „Mich bewegen in der Traurigkeit nach dem viel zu frühen Tode von Irmtraud Morgner bisher vor allem drei Fragen, die ihr Leben und Sterben, zwischen Möglichkeiten und Wirklichkeiten, mir als Rätsel hinterlassen haben:

1. Wäre sie länger lebensfähig gewesen, auch in der Abwehr (Vorbeugung?) gegen den Krebs, ihre Todeskrankheit, wenn sie ihr Konto an Lebensenergie mehr bedürfnisgerecht und weniger rollenbestimmt hätte verausgaben und verwalten können? ‚Die meisten Kräfte, die mir das Leben abverlangte, hab ich für Anpassung aufbringen müssen‘.
2. Ein Gedankenexperiment: Welches Lebenskonzept, welche Menschenrechte (für sich und andere, für Männer und Frauen) und welche dichterische Botschaft hätte I. M. entwickelt, wenn ihre Seele in einem männlichen Körper auf unsere Welt gekommen wäre? Hätte sie dann die männlichen Sozialprivilegien auch in Frage gestellt, als ungerecht verachtet und sogar für sich verweigert?
3. Die Frage: wie hätte sie den Umbruch in Osteuropa, den Zusammenbruch der sogenannten zweiten Welt mit den Fragen für die Menschheit gedeutet und erlebt? Das ist gleichzeitig die Frage nach dem nun ungeschriebenen dritten Band der Trilogie. Vermutungen über Irmtraud Morgners Gedanken und Empfindungen, ihre wahrscheinlichen Ängste und ihre möglichen Hoffnungen ... werden mein eigenes weiteres Denken und Fühlen unwillkürlich begleiten.“ (Jun 1991, S. 45)

Irmtraud Morgners Bücher sollten in der heutigen Zeit wieder aus anderer Sicht neu gelesen werden. Sie sind ein Lese-genuss, Aufforderung zum Nachdenken über die eigene Lebenssituation als Frau und über das zukünftige Leben auf unserem Planeten.

[203:]

### **7.3.5. Helga Königsdorf – Mathematikerin und Schriftstellerin**

Es ist schon bemerkenswert, wenn eine Professorin der Mathematik ihre Erfahrungen als Schriftstellerin verarbeitet. Wie ich aus den Erzählungen meines Mannes weiß, der sich mit Wissenschaftsphilosophie befasst, beschäftigte sich Helga Königsdorf als Mathematikerin ebenfalls mit philosophischen Problemen ihres Fachs. In seinen Gesprächen mit ihr ging es etwa um die Rolle von Modellen in der wissenschaftlichen Erkenntnis. Vielseitiges Interesse brachte sie offensichtlich dann dazu, sich als Schriftstellerin mit Frauenbildern zu befassen. Aus ihrem Leben als Wissenschaftlerin schöpft sie den Stoff für ihre Erzählungen. Eigene Befindlichkeiten werden dabei in ironisch verfremdeten Stil in ihrem Erzählband „Der Lauf der Dinge“ von 1982 dargestellt. Dabei geht es auch um die Geschlechterbeziehungen. Doch sie nimmt mit Ironie Frauen und Männer gleichermaßen mit ihren Verhaltensweisen aufs Korn. Mit einem Augenzwinkern werden Schwächen, Eitelkeiten und Bemühungen im Beruf und in den zwischenmenschlichen Beziehungen dargestellt. Man kann sich wiederfinden oder mehr eine kritische Distanz dazu halten. Immerhin hat es nicht jeder gern, wenn ihm der Spiegel vorgehalten wird und ihm dabei sein Bild gar nicht gefällt.

Helga Königsdorf ist 1938 in Gera geboren. Nach dem Abitur 1955 wählte sie Physik als Studienfach. Sie studierte von 1955 bis 1961 in Jena und Berlin. Dann begann ihre wissenschaftliche Tätigkeit auf dem Gebiet der Mathematik. 1963 promovierte sie und 1972 folgte die Habilitation. 1974 wurde sie zur Professorin an der AdW der DDR berufen und leitete eine Abteilung für Wahrscheinlichkeitsrechnung und Mathematische Statistik. Sie ist in ihrem Beruf erfolgreich, erhält Auszeichnungen und internationale Anerkennung. Bereits in dieser Zeit begann sie sich schriftstellerisch auszuprobieren. Ab 1990 ist sie dann freiberuflich als Schriftstellerin tätig. Ihre kritische Sicht auf Rollenklischees von Frau und Mann regt zum Nachdenken an.

[204:] In späteren Erzählungen setzte sie sich mit der Entwicklung der Technik in ihrer Auswirkung auf den Menschen auseinander und artikuliert die Angst vor der atomaren Bedrohung. Ich war sehr froh, als sie mir zusagte, darüber in der Veranstaltungsreihe „Ethik: Gerechtigkeit-Humanismus-Verantwortung“, die ich ab 1992 für einen längeren Zeitraum im Lese-Café „Herbstzeitlos“ in den Berliner Spittelkollonaden durchführte, zu sprechen. Sie referierte zu dem damals von ihr vorbereiteten Essayband „Über die unverzichtbare Rettung der Welt“. Zu ihrem Vortrag waren 75 Teilnehmer/Innen erschienen. Sie erhielten geistigen Stoff zum Nachdenken über die Zunahme der Bedrohung durch lokale Kriege, auch durch das Wegbrechen des Korrektivs, das vorher durch die Existenz sozialistischer Staaten gegeben war. Zugleich bot sie Überlegungen an, wie man in diesen turbulenten Umbruchzeiten sich nicht unterkriegen lassen darf, sondern sich durch Neubestimmung seines Lebens behaupten kann. Die Veranstaltung war ein voller Erfolg.

Mit einigen Beispielen wollte ich zeigen, wie vielfältig die literarische Auseinandersetzung in der DDR mit gängigen Frauenbildern erfolgte. Grundsätzlich ging es gegen Überreste von Männerherrschaft, um die Stärkung des Selbstbewusstseins der Frauen, damit aus eigener Kraft etwas erreicht werden kann, um die Gleichstellung der Geschlechter mit der Kritik an überholten Rollenklischees und um die Aufforderung an Frauen und Männer sich für die Frauenrechte als Menschenrechte einzusetzen.

[205:]

## **8. Das Ende der DDR: Aufbruch und Abwicklung**

Ende der achtziger Jahre geriet die DDR durch die Entwicklung in der Sowjetunion ökonomisch, politisch und sozial immer mehr in Bedrängnis. Reformen waren unbedingt erforderlich. Die Sowjetunion war dafür kein Vorbild, da sich dort die Versorgung mit der Perestroika nicht verbesserte und der Staatenbund in eine Krise fiel. Mädchen und Frauen wollten gemeinsam mit Männern das Experiment DDR, gerechte Verhältnisse für alle Bürger zu schaffen, durch Reformierung verkrusteter Strukturen fortführen. Aber das gelang nicht. Das Jahr 1989 brachte entscheidende Veränderungen des gesellschaftlichen Lebens in der DDR mit sich. Unüberhörbar wurden Forderungen nach Reformen in Demonstrationen laut, die in verschiedenen Orten stattfanden. In ihnen ging es immer noch um eine bessere DDR, um einen Sozialismus, der Bürger/Innen mehr Rechte, z. B. Meinungs- und Reisefreiheit, einräumt. Die Rückkehr in eine kapitalistische Gesellschaftsordnung war damals für die Mehrheit der Demonstrierenden keine Alternative zu einem besseren Sozialismus. Manche traten unter der Losung auf: Wir bleiben hier. Immerhin hatten viele Menschen inzwischen die DDR verlassen. Die Gründe dafür, einschließlich der Hoffnungen, Illusionen, Enttäuschungen und Gewinne sind noch in soliden historischen Arbeiten aufzudecken. Es war ein Aufbruch, an dem viele Frauen beteiligt waren.

### **8.1. Der Fall der Mauer und seine Folgen**

Am 9. November 1989 öffnete sich die Grenze zur BRD und nach Westberlin. Hans Modrow, bis 1989 Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, war vom 13. November 1989 bis 12. April 1990 Vorsitzender des Ministerrats der DDR. In seinem Buch „Die Perestroika“ heißt es: „Am 9. November fiel die Mauer, ‚ein Irrtum‘, wie [206:] die amerikanischen Diplomaten Zelikow und Rice zutreffend kommentierten. ‚Für das kommunistische Regime war die Maueröffnung der Todesstoß.‘ Das war wohl so ...“ (Modrow 1998, S. 95 f.)

Doch noch gab es Kräfte, darunter auch viele Bürgerrechtler, die für eine eigenständige DDR eintraten. Schon am 26. November 1989 erklärten sie in dem Appell „Für unser Land“ nach der Charakteristik der existierenden Krise: „Entweder können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, mit allen unseren Kräften und durch die Zusammenarbeit mit denjenigen Staaten und Interessengruppen, die dazu bereit sind, in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind.

Oder wir müssen dulden, daß, veranlaßt durch starke ökonomische Zwänge und durch unzumutbare Bedingungen, an die einflußreiche Kreise aus Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik ihre Hilfe für die DDR knüpfen, ein Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte beginnt und über kurz und lang die Deutsche Demokratische Republik durch die Bundesrepublik vereinnahmt wird.

Laßt uns den ersten Weg gehen. Noch haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln. Noch können wir uns besinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind.“ (Appell 1989) Mein Mann und ich haben den Appell unterzeichnet, nachdem uns die Wissenschaftlerin und Schriftstellerin Helga Königsdorf davon informiert hatte. Immerhin forderte er die von uns vertretenen humanen Ideale einer Solidargemeinschaft ein. Die Entwicklung verlief in der zweiten Richtung, nachdem der Ruf „Wir sind das Volk“ in die Losung umschlug: „Wir sind ein Volk“.

Neue Organisationen und Parteien formierten sich in dieser Zeit. So wurde am 7. Oktober 1989 die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP, später SPD) gegründet, die sich am 26. September 1990 in Berlin mit der SPD vereinigte. Sie war in der Regierung Modrow [207:] durch einen Minister ohne Geschäftsbereich vertreten, was auch für die anderen der neu entstandenen Parteien und Organisationen, wie dem Unabhängigen Frauenverband, galt. Die Volkskammerwahl im März 1990 brachte eine Enttäuschung für die Sozialdemokraten. Statt der erhofften absoluten Mehrheit zog die

SPD mit 21,7% der Stimmen in das Parlament ein. Wahlsieger war die Allianz für Deutschland, die 48,15% der abgegebenen Stimmen erhielt. Sie war ein Wahlbündnis aus CDU-Ost, Deutsche Soziale Union (DSU) und Demokratischer Aufbruch (DA), das die rechte Mitte vertrat. Wesentlichen Anteil an diesem Zusammenschluss hatte die CDU (West) unter dem damaligen Vorsitzenden und Kanzler der BRD Helmut Kohl. Dieses Bündnis trat für eine schnelle Wiedervereinigung Deutschlands ein. Mit dem Beitritt der DDR zur BRD am 3.10.1990 war das Ziel erreicht und das Bündnis löste sich auf.

Das wieder vereinigte Deutschland erweckte neue Ängste, wie mir in Gesprächen, vor allem im Ausland, sorgenvoll gestanden wurde. Würde dieses neue Deutschland, das mit seinen eigenen Landsleuten aus der DDR so antihuman umging, nicht wieder das Sagen über kleinere Länder haben wollen? Margaret Thatcher teilte als Premierministerin Großbritanniens von 1979 bis 1990 die Sorgen. Die deutsche Vereinigung sei keine Angelegenheit Deutschlands allein. Sie lehnte die Wiedervereinigung 1989/90 zunächst strikt ab. Ihrer Ansicht nach sei eine Übergangszeit von zehn- bis fünfzehn Jahre notwendig. Über Wurzeln des Geschichtsverständnisses von M. Thatcher äußerte ihr enger Mitarbeiter Percy Cradock: „Es sei eine Tatsache, dass die Premierministerin die deutsche Vereinigung nicht möchte. Für sie war es eine unangenehme Ironie, dass nach den Verlusten von britischem Blut und materiellen Werten in zwei Weltkriegen wir wieder konfrontiert werden mit einem Deutschland, daß erneut in der Lage sei, Europa zu dominieren. Sie war im II. Weltkrieg aufgewachsen und wie bei vielen ihrer Zeitgenossen prägten diese Erinnerungen ihre Vorstellungen von Deutschland.“ (Zitiert in Mitdank 2008, S. 242 f.)

Nach meiner Meinung hätten die katastrophalen Folgen für große Teile der Bevölkerung der DDR, darunter für die Mädchen und Frau-[208:]en, schon durch eine Übergangszeit von einigen Jahren, gemildert werden können, wie man sie dem Saarland nach dem Volksentscheid von 1955 zugestand, als es sich für den Beitritt zur BRD entschloss. So erfolgte erst 1957 der politische Anschluss und im Juli 1959 der wirtschaftliche. Doch das war für die DDR politisch nicht gewollt. Die katastrophalen Folgen auf dem Gebiet der Finanzwirtschaft mit Auswirkungen auf die wirtschaftliche Infrastruktur in Deutschland, von den Experten prognostiziert und den Politikern missachtet, schildert Edgar Most, letzter Vizepräsident der Staatsbank der DDR und Berater der Bundesregierung für den Aufbau Ost. (Most 2009) War man wirklich der Meinung, die Wirtschaft in einem Teil des Landes zerstören zu können, ohne Folgen für das ganze Land? Wer heute über die Kosten der Einheit schimpft, sollte bedenken, was der politische Wille, Helmut Kohl war maßgeblich beteiligt, an Schaden angerichtet hat. Das Motto war: Einheit mit allen Folgen sofort. Das war die Losung derer, die heute, wenn sie nicht zu den Einheitsgewinnern gehören, eventuell darüber jammern, was ihnen passiert ist.

In diesem Zusammenhang ist das Schicksal von Dr. Joachim Mitdank interessant. Er kannte die Haltung der britischen Regierungschefin aus der diplomatischen Tätigkeit, war er doch von 1989-1990 der Botschafter der DDR in London und Dublin. Erfahrene Diplomaten mit Landes-, Kultur- und Sprachkenntnis aus der DDR brauchte und wollte man nun im vereinigten Deutschland nicht mehr. Der Bericht von Mitdank ist so ein Stück des Puzzles, das, zusammengesetzt, zwar das Bild nach der Wiedervereinigung in den Beziehungen zwischen Ost und West prägte, doch bei den Einheitsfeiern ausgeblendet wird. Hochqualifizierte Menschen wurden mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) beschäftigt. In seinen Erinnerungen schreibt er: „Von 1992 bis 1996 kam auch ich – wie 6,5 Millionen ehemalige Bürger der DDR – in den zweifelhaften Genuss dieser ABM. Mir oblag die Leitung einer Gruppe von 16 Frauen, die mit der sozialen Betreuung von Seniorinnen befasst waren. Nach Ablauf dieses Sozialprojektes, wie es bundesdeutsch genannt wurde, erhielt ich die Möglichkeit, mit meinem Pkw im Auftrag eines Westberliner Labor-Unternehmens [209:] von 30 Arztpraxen Laborproben täglich abzuholen und in das Unternehmen zu bringen.“ (Mitdank 2008, S. 289). Über die anderen 2172 Mitarbeiter, die im diplomatischen Dienst der DDR gestanden hatten, ist bekannt, dass 1990 nur vier vom Auswärtigen Amt übernommen wurden.

Botschafter anderer Länder bedauerten nach der Wiedervereinigung mir gegenüber zweierlei: Erstens, dass sie viele der Kolleg/Innen aus der DDR wegen ihrer Kenntnis der Kultur und der Sprache des jeweiligen Landes, in dem sie die DDR vertraten, geschätzt haben. Zweitens prophezeiten sie,

dass der schon erreichte Stand in der Gleichstellung der Geschlechter, der die DDR auszeichnete, in einem vereinigten Deutschland wieder verloren gehen würde. Die Leistungen der BRD in dieser Frage wurden und werden von denen, die die Lage realistisch einschätzen können, nicht sehr hoch bewertet.

## 8.2. Frauen in Aktion

Viele Frauen waren mit unterschiedlichen Zielsetzungen am Aufbruch 1989/90 beteiligt, der sich gegen die verkrusteten Strukturen in der Staatsdiktatur des Frühsozialismus in der DDR und gegen die Reformunwilligkeit der politisch Herrschenden richtete. Noch überwog dabei das Engagement für eine eigenständige reformierte DDR. Eine der machtvollsten Aktionen in dieser Richtung war die Kundgebung am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz in Berlin mit etwa einer halben Million Beteiligter, auf der die Schriftstellerin Christa Wolf für ihre Forderung Beifall erhielt: „Ein Vorschlag für den 1. Mai: Die Führung marschiert am Volk vorbei.“

Wie die bekannte DDR-Schauspielerin Annekathrin Bürger (geb. 1937) berichtet, lag der Keim, aus dem sich das Ganze entwickelte, in einer kleinen Runde, die sich über die fast schon zur Routine verkommene Teilnahme am alljährlichen Vorbeimarsch an der Partei- und Staatsführung zum Tag der Republik am 7. Oktober austauschte. Nun war der 40. Jahrestag der DDR zu feiern. Was war zu tun, um den [210:] Zeiten des Aufbruchs gerecht zu werden? „Wir gehen da nicht hin. Wir haben keine Lust, überlegen kurz vorher Walfriede Schmitt, eine Kollegin aus der Deko-Abteilung und Annekathrin Bürger. Sie befinden sich auf einer Gewerkschaftsversammlung der Volksbühne. Die Versammlungsleiterin Marion van de Kamp wird später nicht sagen können, welche der drei zuerst diese Widersetzlichkeit formulierte. Die Republik hat Geburtstag und keiner geht hin. Aber irgendetwas müssen wir doch machen, erhebt das schlechte Gewissen einen ersten Einwand.“ (Bürger, Decker 2007, S. 360) Es wurde beschlossen, in der Volksbühne selbst zu feiern. Der befragte Intendant war einverstanden. Man verständigte sich mit den anderen Theatern in Berlin. Der Funke sprang über. „Kurz darauf riefen Theater aus der ganzen Republik an und sagen, dass sie auch kommen wollen. Sie hätten gehört, Marion van de Kamp will sich auf den Rosa-Luxemburg-Platz stellen und eine Rede halten. Marion van de Kamp dementiert umgehend, aber die Theater der Republik kommen trotzdem in die Volksbühne, zum Republikgeburtstag ohne Geburtstagskind.“ (Ebd., S. 361) Ein weiteres Treffen am Deutschen Theater wird vereinbart und eine Demonstration angedacht. Sie soll am 4. November in Berlin stattfinden. Man wollte für die Artikel 27 und 28 der Verfassung der DDR mit den Forderungen nach Freiheit und Öffentlichkeit demonstrieren. Ein Organisationsstab wird gegründet.

Noch gab es bürokratische Hürden. Am 19. Oktober beantragt man bei der VP-Inspektion Mitte diese Demonstration für den 4. November, was dort Erstaunen auslöst, da die Zeit für die Bearbeitung viel zu kurz sei. Der 19. November würde gehen. Doch die Zeitungen der DDR hatten schon den 4. November genannt. Also blieb nur der Weg zum Polizeipräsidenten von Berlin, der zwar auf die vielen Probleme bei solchen Demonstrationen aufmerksam machte, wie Versicherungsschutz bei Zerstörungen, spätere Reinigung u. a., doch die Erlaubnis erteilte. Er meinte dann noch, wer das Mikrofon hat, der hat dort die Macht. Diese übernahm dann Marion van de Kamp. Die Rednerliste wird aufgestellt. Da Markus Wolf sprechen soll, sagt Walter Janka ab. Annekathrin Bürger singt deshalb für ihn: „Worte [211:] eines politischen Häftlings an Stalin“. Es enthält auch die beiden Strophen, die einen traurig und betroffen machen: „Begruben gestern gerade zwei Marxisten,/In rote Fahnen hüllten wir sie ein,/Der eine war, sagt man, rechts hin abgewichen,/Der andre, stellt sich raus, soll schuldlos sein.

Bevor die Augen sich für immer schlossen,/Vermachte er Euch letzte Worte noch:/Bat seinen Fall zu prüfen, die Genossen/Und rief ganz leise: ‚Stalin lebe hoch!‘“ (Ebd., S. 367)

Der Weg in eine neue Zeit mit einer reformierten DDR schien offen. Doch dann fiel die Mauer und es kam anders, als viele Frauen, die am Aufbruch beteiligt waren, gedacht und gewünscht hatten. Noch beschäftigte man sich mit den erforderlichen Reformen. Dabei waren viele Frauen ebenfalls aktiv. An einem Zentralen Runden Tisch wurden Vorschläge dafür erarbeitet. Er sollte am 7. Dezember 1989 zum ersten Mal zusammentreten. Um an dessen Arbeit teilnehmen zu können, hatten Frauen

sich zu organisieren. Am 3. Dezember 1989 fand deshalb ein Frauenkongress in der Volksbühne statt. Walfriede Schmitt (geh. 1943), schon in der Vorbereitung der Kundgebung am 4. November aktiv, setzte sich dafür ein, die Volksbühne als Tagungsort zur Verfügung zu stellen. Sie ist die Tochter des Dramaturgen Walter Schmitt und der Schauspielerin Elfriede Florin und selbst eine profilierte Theaterschauspielerin. Sie gehörte bis 1994 zum Ensemble der Volksbühne Berlin.

Der Kongress beschloss, die politische Vereinigung „Unabhängiger Frauen Verband“ (UFV) zu bilden. In ihm vereinigten sich u. a. „Frauen für den Frieden“ und die Frauen/Lesben-Bewegung. Er wollte unabhängige Frauengruppen, Fraueninitiativen, Frauenkommissionen und außerdem die Frauenfraktionen der Parteien und Massenorganisationen der DDR zusammenschließen. Der UFV verstand sich als Dachverband für Frauenorganisationen. Deren Eigenständigkeit sollte gewahrt bleiben. Er forderte die paritätische Beteiligung der Frauen an allen politischen und ökonomischen Entscheidungen. Die Interessen der Frauen in der Situation des Umbruchs in der DDR sollten berücksichtigt und eine Verschlechterung der sozialen Lage [212:] von Frauen verhindert werden. Die Teilnehmerinnen des Frauenkongresses verabschiedeten ein von Ina Merkel vorgelegtes „Manifest für eine autonome Frauenbewegung“. Vertreterinnen des UFV am Runden Tisch sollten Walfriede Schmitt und Ina Merkel sein. Die Ergebnisse des Kongresses drücken den Willen der Frauen aus, ihre Rechte einzufordern und diese zu erweitern. Vom DFD grenzte man sich ab. Im Manifest werden, neben berechtigter Kritik, Versäumnisse in der Frauenpolitik der DDR aufgelistet, die nur zum Teil ihre Berechtigung hatten und haben. In ungenügendem Maße werden m. E. die Rahmenbedingungen, wie die existierenden ökonomischen Grundlagen, der Kalte Krieg gegen die DDR und die internationale Situation, berücksichtigt. (Hampele Ulrich 2000)

Ein persönliches Erlebnis bestätigte mir die fehlende Weite der Problemsicht führender Vertreterinnen des UFV. Als ich 1990 in Wien Präsidentin der Tagung der UNO-Kommission „Zum Status der Frau“ mit Weltkonferenzcharakter war, wurde ich damit unmittelbar konfrontiert. Die Vertreterin des UFV, die als Ministerin ohne Geschäftsbereich der Modrow-Regierung angehörte, sah es als ihr Hauptanliegen, in ihrem Beitrag der UNO und den Vertreterinnen aus den verschiedenen Ländern eine Kritik am DFD vorzutragen. Das löste bei denen, die überhaupt zuhörten, Befremden aus. In einigen Ländern der Welt galt gerade die Existenz einer einheitlichen Frauenorganisation, die die Staatsziele, soweit sie human orientiert waren und die Rechte der Frauen achteten, mit trägt, als enormer Fortschritt, weil so Interessen von Frauen besser Gehör finden konnten. In der Kritik von Staatenvertreterinnen und Botschaftern verschiedener Länder, die sie an mich herantrugen, war das Erstaunen über dieses Auftreten noch die geringste Form der Ablehnung dieser Präsentation aus der DDR. Man fragte mich, ob diese Frau wirklich aus der DDR komme, deren Vertreterinnen immer als hoch gebildet und umfangreich informiert galten. Da die Frau Ministerin in Vorgesprächen in der DDR, ohne mein Wirken in der UNO und als Ethikerin zu kennen, in der damals bei manchen (Bürger)Rechthaberinnen üblichen diffamierenden Art, meinen gut gemeinten Rat, sich auf die wirklichen Probleme zu kon-[213:]zentrieren, ablehnte, da ich eine „Altlast aus der DDR“ sei, geht diese internationale Abfuhr allein auf ihr persönliches Konto.

Das Frauenmanifest drückte, wie der Appell „Für unser Land“, die Sorge aus, dass in einem vereinigten Deutschland, die in der DDR existierenden Rechte der Frauen wieder außer Kraft gesetzt werden könnten. So heißt es: „Wollen wir uns etwa mit den Herren in Bonn wiedervereinigen, die Diktatur des Politbüros durch die Diktatur des Bundeskanzleramts ersetzen? Wiedervereinigung hieße in der Frauenfrage drei Schritte zurück – es hieße überspitzt gesagt: Frauen zurück an den Herd. Es hieße wieder kämpfen um das Recht auf Arbeit, kämpfen um einen Platz für den Kindergarten, um Schulspeisung. Es hieße, vieles mühsam Errungene aufzugeben, statt es auf eine neue qualitative Stufe zu heben.“

Die Frauen haben kein Vaterland zu verlieren, sondern eine Welt zu gewinnen. Wir sollten gerade jetzt die Chance ergreifen, in einem erneuerten Sozialismus die Vielfalt unserer Lebensformen, unsere individuelle Verschiedenartigkeit, unsere Bedürfnisse und Ansprüche zur Geltung zu bringen.“

Das haben die Frauen des UFV auf verschiedene Weise versucht. Sie gingen mit Parteien und Bewegungen dazu Bündnisse ein, die nicht unbedingt zum gewünschten Erfolg führten. Am 17. Februar 1990 erfolgte auf einem Kongress, wiederum in der Hauptstadt der DDR, die offizielle Gründung des UFV. Sie war erforderlich, um bei den anstehenden Wahlen zur Volkskammer antreten zu können. Ein Bündnis mit der Grünen Partei der DDR brachte 2% der Stimmen und acht Sitze in der frei gewählten Volkskammer. Nach der Wahl kündigte der Verband jedoch das Wahlbündnis, weil die Grüne Partei nach dem Wahlverfahren alle acht errungenen Mandate erhielt und sich weigerte, davon welche dem UFV abzutreten. Zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 am 2. Dezember gab es ein Wahlbündnis des UFV mit Demokratie jetzt, den Grünen, der Initiative Frieden und Menschenrechte, dem Neuen Forum und der Vereinigten Linken mit dem Listennamen „Bündnis 90/Grüne – Bürgerinnenbewegungen“ (B90/Grüne). Erfolge blieben aus. Das Interesse ließ nach. Ende September 1991 beschloss der 3. außerordentliche Kongress des UFV in Weimar, dass der Verband in Zukunft als eingetragener Verein weiterarbeiten sollte. Der löste sich 1998 auf. Manche der Gründerinnen gingen in die ostdeutsche Gleichstellungsverwaltung.

### **8.3. Rückschritte in der Frauenförderung**

Im wiedervereinigten Deutschland begann in den neunziger Jahren der Rückschritt vor allem mit der Ausgrenzung der großen Mehrheit kompetenter ostdeutscher Frauen. Frauen hatten nicht nur die zum Teil sinnlosen Umschulungen mitzumachen, sondern sie erlebten immer wieder eine Benachteiligung gegenüber Männern. Sie fanden, ihnen gegenüber, weniger Aufnahme in ABM-Maßnahmen. Sie wurden, wenn sie noch in einem Arbeitsverhältnis waren, schneller gekündigt. Frauen waren bei der an alle Arbeitenden erhobenen Forderung nach Mobilität und Flexibilität im Nachteil. Die Rücksichtnahme, die Frauen aus der DDR gewohnt waren, fiel weg. Neue Maßnahmen gab es nicht. „Der Spiegel“ stellte in einem Beitrag fest: „Flexible Arbeitszeiten, globale Märkte in unterschiedlichen Zeitzonen stehen gegen feste Zubettgehzeiten der Kinder. Dieses Dilemma wird bleiben.“ (Dürr 2007, S. 72) Das galt nach 1990 und gilt heute. In der DDR kannten wir keine Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes wegen der Kinderbetreuung.

Zwar weckte der Einigungsvertrag noch Hoffnungen auf Änderungen in der BRD, denn es heißt dort im 1990 verabschiedeten Text: „Es ist die Aufgabe des gesamtdeutschen Gesetzgebers, die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen weiter zu entwickeln.“ Nach den zwanzig Jahren, die nun seit der Wiedervereinigung vergangen sind, ist leider zu konstatieren, dass es keine progressive Weiterentwicklung gegeben hat. Das schließt Bemühungen von Ministerinnen, Frauenorganisationen, engagierten Frauen und Männern, die achtenswert sind, nicht aus. Wir befinden uns in einem Stagnations- und Regressionsprozess in den Beziehungen zwischen [215:] Frauen und Männern. So kann es nicht zu einem harmonischen und gerechten Zusammenleben der Geschlechter kommen. Der Rückschritt existiert, wie schon erläutert, weltweit. Der Zusammenbruch alternativer sozialistischer Systeme in Europa, zu denen die DDR gehört, beförderte ihn, denn sie waren im Rahmen der UNO ein Korrektiv. In den unterschiedlichen kapitalistischen Staaten konnten Gewerkschaftsverbände und Frauenorganisationen sich früher durch die Gesetze, Verordnungen und Maßnahme-Pläne in sozialistischen Ländern inspirieren lassen und daraus spezifische gangbare Wege für ihr eigenes Land ausmachen.

Manche Frauen aus der DDR, vor allem, wenn sie sich in etablierten Parteien organisiert hatten, schafften den Karrieresprung in der Politik. Dazu hatten sie jedoch die Forderung aufzugeben, eine soziale Alternative zum Kapitalismus in Deutschland mit einem reformierten demokratischen Sozialismus zu schaffen. (Nehmen wir die Vertreterinnen in der Partei „Die Linke“ aus, wenn dieser Vorwurf sie nicht trifft.) Die Wertorientierungen der alten BRD waren zu übernehmen, einschließlich rückständiger Frauen- und Familienbilder. Das trifft selbstverständlich ebenso für manchen männlichen Zeitgenossen zu. Manchen Frauen und Männern gelang das Wichtigste, eine bezahlte Tätigkeit zu erhalten, meist jedoch unter bisherigem Niveau. Abschlüsse und Qualifikationen wurden nicht anerkannt. Die Bezahlung blieb unter den im Westen geltenden Tarifen. Das Gros der Menschen in der DDR wurde durch den Einigungsvertrag zwischen DDR und BRD seines Arbeitsplatzes beraubt,

manche verloren das Haus und den Wohnraum. Sie lernten nun, nach 40 Jahren gesicherter Lebensexistenz, Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Armut in nie gekanntem Ausmaß kennen.

Frauen im arbeitsfähigen Alter, die 1989 in der DDR zu 91,1% berufstätig waren, lernten oder studierten und langfristig ihre Lebensziele mit ihrer Berufstätigkeit bestimmt hatten, weil sie nicht nur ökonomische Unabhängigkeit gegenüber dem Lebenspartner schätzten, sondern auch Glück über anerkannte Leistungen zum Lebensreichtum zählten, waren dieses Wertes plötzlich beraubt. Sie fielen in ein tiefes Loch. Sollten sie wieder auf den Mann als Versarger angewiesen [216:] sein? Sollten die Mühen der Weiterbildung vergeblich gewesen sein? Mussten sie wieder um Kindergartenplätze kämpfen oder wurden ihre Kinder um diese Spiel- und Lernkommunikation durch ihre Arbeitslosigkeit gebracht? Jedenfalls waren alle DDR-Gesetze, die der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft einen festen Boden gaben, außer Kraft gesetzt. Diese verlorene Sicherheit hatten einige der in der DDR renitenten Frauen mit ihren Forderungen nach Überwindung der Männerherrschaft sicher nicht gewollt. Waren sie leichtsinnig mit diesem wertvollen Gut umgegangen? Wer ein Gewissen hat und sich mitverantwortlich fühlte für das Wohlergehen anderer Menschen, der sollte seine Handlungen und Verhaltensweisen in dieser Zeit selbst befragen.

Nach 1990 durchgeführte Untersuchungen belegen: „Im Zeitraum von drei Jahren wurden mehr als vier Millionen Dauerarbeitsplätze im Osten vernichtet. Die zugehörigen Menschen wurden Arbeitslose, Pendler, ABM-Kräfte, Kurzarbeiter, Vorrentner und Fortbildungs- bzw. Umschüler. Unter diesen Bedingungen der sich dramatisch zuspitzenden Arbeitsplatz-Konkurrenz wird den Frauen wieder die alte ‚natürliche‘ Rolle zugeordnet. Etwa 64% aller Arbeitslosen im Osten waren Mitte 1992 Frauen.“ (Schröter 2002, S. 6)

Da viele Frauen in der DDR Selbstbewusstsein erworben hatten und das auch geltend zu machen wussten, gaben sie nicht kampflos auf. Sie bewarben sich für ABM-Stellen, für Umschulungen und schrieben viele Bewerbungen für ausgeschriebene Arbeitsangebote. Dabei kam es, wie ich aus vielen Berichten von Betroffenen erfuhr, zu kuriosen Zuständen. Frauen, die sich in jahrelanger erfolgreicher Tätigkeit als Leiterinnen, Fachkundige auf verschiedenen Gebieten, so als Technikerinnen, Informatikerinnen usw., als kompetent ausgewiesen hatten, wurden zu Grundkursen geschickt, bei denen Lehrende weniger als die Lernenden wussten, was der Arroganz der ersteren jedoch keinen Abbruch tat. Es war so für die ausgewiesenen Fachleute aus der DDR, als ob sie ihre Ausbildung erst beginnen würden.

Gewissenskonflikte traten auf. So erzählte mir eine Ärztin von der Verpflichtung, an einer betriebswirtschaftlichen Weiterbildung [217:] teilzunehmen. Sie erfuhr, wie sie einen eintretenden Patienten oder eine Patientin danach abzuschätzen hätte, welche Leistungen sie ihm anbieten könne, damit sie möglichst viel verdienen werde. Sie habe sich als Kinderärztin geschämt. Bisher hatte sie in der DDR das Wohl derer im Auge, die zu ihr kamen. Die Bezahlung war sicher nicht sehr hoch, doch es reichte für ein auskömmliches Dasein. Nun sollte sie Kinder als Profitbringer sehen. Das konnte sie nicht. Sie gab auf. Ein Kollege von ihr, erfahrener Arzt in der DDR, verließ unter Protest den Kurs. Inzwischen haben sich sicher manche Ärztinnen und Ärzte daran gewöhnt, weniger das Wohl der Hilfesuchenden in den Vordergrund zu stellen und dem Hippokratischen Eid zu folgen: „Heilig und rein will ich mein Leben und meine Kunst bewahren!“ Sie testen, was zu gewinnen ist. Doch es gibt andere, bei denen man weiter darauf vertrauen kann, gut beraten und behandelt zu werden.

Man könnte weitere Beispiele der Abqualifizierung anführen. Wenn etwa eine leitende Angestellte der Bahn, deren Arbeit hoch geschätzt wurde, nun Fahrkartenverkäuferin werden sollte, weil sie aus der DDR stammt, dann ist das eine Vergeudung kreativer Potenzen, der allein dem Siegerwillen der neuen Obrigkeit entspringt. Trotz der Berufungen von Wissenschaftlerinnen mit DDR-Hintergrund auf Professuren, weiß ich von Ablehnungen, die nichts mit der Fachkompetenz zu tun haben, sondern allein mit der Herkunft oder Gesinnung. In der Industrie gingen durch Schließung der Betriebe massenhaft Arbeitsplätze verloren. Dafür wurde oft das „Argument“ genutzt, der Maschinenpark sei veraltet, die technischen Bedingungen entsprächen nicht dem erforderlichen Standard. Das traf für einige Betriebe zu, doch nicht für alle. In der Bekleidungs- und Textilindustrie, die viele Frauen beschäftigte,

waren diese die Verlierer. Selbst im Handel wurde der Anteil der Frauen reduziert, bzw. die Leitung von Einrichtungen, durch Zurückstufung von Frauen ins Angestelltenverhältnis, umstrukturiert. Eine bittere Pille für manche Frauen. Sobald eine Tätigkeit als berufliche Existenzsicherung fungiert, streben Männer diese an und haben bei Unternehmerfirmen die größeren [218:] Chancen, weil sie durch das Kinderkriegen und die Kinderbetreuung nicht ausfallen können.

Im Unterschied zu den Betrieben blieben Universitäten erhalten. Nur die Akademie der Wissenschaften der DDR, die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften und der Landwirtschaftswissenschaften wurden „abgewickelt“, was viele Wissenschaftlerinnen hart traf. Doch die Lage an den Universitäten war nicht etwa besser. Evaluierungsgruppen und Ehrenkommissionen siebten den Personalbestand. Der Vorwurf fachlicher oder persönlicher Nichteignung traf viele Frauen. Mancher Arbeitsplatz wurde nun vernichtet. Die in der DDR hoch entwickelte Betreuungsarbeit der Studierenden schränkte man ein, indem man die Stellen im Mittelbau kürzte. Außerdem strömten aus den Altbundesländern Privatdozenten in die neuen Länder und verdrängten die vor allem in den Sozial- und Geisteswissenschaften wirkenden Wissenschaftler/Innen. In den Naturwissenschaften übernahm man einzelne Personen mit Zeitverträgen. Hunderte Professoren und 90% des Mittelbaus hatten die HUB zu verlassen, darunter viele Frauen. Die Entwicklungen an anderen Universitäten der DDR verliefen ähnlich. Aus Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sind mir erschreckende Schicksale bekannt, die auf einen scharfen Kurs bei der Ausgliederung der DDR-Elite hinweisen und persönliche Katastrophen auslösten. Manches konnte, nach dem Einsatz von Betroffenen, korrigiert werden.

Die „Abwicklung“, besser hätte man „Ausgrenzung“ sagen sollen, hatte unterschiedliche Formen, zu denen eben Kündigungen wegen angeblich fehlenden Bedarfs oder persönliche Nichteignung gehörten. Manches davon hielt vor Gericht nicht stand. Persönliche Diffamierungen waren an der Tagesordnung, die bis zum Suizid führten. Es gab Empfehlungen zu Rückstufungen gegenüber den Berufungen in der DDR. Hinzu kam der dringende Rat, mit 55 Jahren in den Vorruhestand zu gehen. „Abwicklung“ wurde zum Unwort der Wiedervereinigung bei vielen DDR-Bürgern.

Wir wollen aber auch nicht vergessen, dass sich manche Frauen und Männer sehr schnell den neuen Verhältnissen unterordneten. [219:] Das ist verständlich, da es um die Existenzsicherung ging. Doch leider war das manchmal zugleich mit der Abwendung von einigen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen verbunden. Misstrauen wurde gepflegt und Denunziationen wirkten, oft ohne stichhaltige Belege. In einem Vortrag von Günter Gaus (1929-2004), dem ehemaligen Staatssekretär im Bundeskanzleramt und ersten Leiter der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR, hörte ich Anfang der neunziger Jahre die Feststellung zur Lage nach der Wiedervereinigung: „Es ist in einem Rechtsstaat neu, ungewöhnlich und rechtswidrig, wenn eine Akte zugleich Anklage und Verurteilung ist.“ Gaus, der 2001 aus der SPD ausgetreten war, als Bundeskanzler Gerhard Schröder die „uneingeschränkte Solidarität mit der US-Regierung „verkündete, war stets ein aufmerksamer Beobachter der deutsch-deutschen Beziehungen. Er stand sehr kritisch zu den negativen Folgen der Wiedervereinigung für große Teile der DDR-Bevölkerung.

Als international tätige Frauenrechtlerin und engagierte Hochschullehrerin für Ethik stand ich vor der persönlichen Entscheidung, wie mit den neuen Verhältnissen umzugehen ist. Nun zählte die bisherige Lebensleistung nicht mehr. Manche Frauen stellten leichtfertig schon Erreichtes zur Disposition. Eine Welle der Verleumdungen begann, die offiziell unterstützt wurde. Es gab Ehrenkommissionen. Was konnten sie leisten? Spätere Historiker werden ihre Wertungen kritisch beleuchten. Nach Beratung mit der Familie, mit Freunden und meinem Arzt, ging ich im Oktober 1990 in den Vorruhestand. Noch glaubte ich, dass bisherige Kommunikationsstränge mit der Humboldt-Universität, meiner langjährigen Wirkungsstätte, der ich seit 1953, mit kurzer Unterbrechung, angehörte, erhalten blieben. Doch da täuschte ich mich gewaltig. Während in der DDR die Emeriti weiter in das Hochschulleben einbezogen waren, gab es für mich keine Einladungen der Universität. Betreuungsarbeiten waren nicht möglich. Vorlesungen und Vorträge wollte man nicht mehr. Es war, als ob ich dort nicht gelehrt, geforscht, betreut und publiziert hätte. Meine Erfahrungen als eine der Vorsitzenden des Frauenausschusses der Gewerkschaft an der Universität, mein internationaler Kampf für [220:] bessere Lebensverhältnisse von Frauen weltweit und meine Leistungen in der Frauenforschung wurden

nicht hinterfragt. Man wollte lieber das Rad neu erfinden, als Einsichten von Wissenschaftlerinnen aus der DDR zu beachten. In Diskussionen stellte ich dann dazu leider fest, dass einige der etablierten „Sachkennerinnen“ der Frauenproblematik die in der DDR publizierten Materialien gar nicht kannten, von den gesammelten Erfahrungen ganz zu schweigen. Sie argumentierten einfach, solche Arbeiten hätte es in der DDR nicht gegeben. Ignorantinnen gibt es sicher unter West- und Ostfrauen. Das Ausmaß ist für mich jedoch erschreckend. Es ist nur schade für die Forschung und für die Frauen, die durch theoretische Einsichten praktische Hilfestellung für ihren erneut schwierigeren Kampf um ihre Menschenrechte bekommen könnten und allein gelassen werden. Doch die Erfahrungen der DDR und ihrer Frauen sind nicht vergessen und werden für spätere Generationen wieder eine Rolle spielen.

Die nach dem Aufbruch in der DDR folgende „Abwicklung“ im vereinigten Deutschland war nicht nur eine Missachtung erbrachter Leistungen, sondern eine Vergeudung menschlichen Wissens und Könnens. Eine große historische Chance, Menschen mit unterschiedlicher Sozialisation durch Toleranz und Humanität zusammenzuführen und ihre schöpferischen Potenzen für das Gesamtwohl zu nutzen, wurde vertan. Das wiedervereinigte Deutschland konnte damit für Humanist/Innen im In- und Ausland nicht zum Vorbild werden.

#### **8.4. Frauenschicksale**

An der Jahrtausendwende haben Frauen ihre Erfahrungen und Hoffnungen unter dem Titel „Was ein Jahrtausend sei? Laß michs bedenken“ für ihre Kinder, Enkel und die Nachwelt aufgeschrieben. Sie sind für zukünftige Frauengenerationen lesenswert. Prof. Dr. Evamaria Engel, ausgewiesene Historikerin und früher an der AdW der DDR tätig, hat das Büchlein initiiert und gestaltet, um Erinnerungen wach zu halten. Sie schreibt im Vorwort: „Mehr als die Hälfte der Auto-[221:]rinnen trägt über sechs Jahrzehnte Erfahrungen dieses Jahrhunderts mit sich. In ihren biographischen Daten bezeichnen sie sich als ‚Rentnerin‘, als ‚im Ruhestand befindlich‘ oder als ‚freischaffend‘ tätig. Ich weiß aber sehr genau, daß viele von ihnen vor der gesetzlichen Frist zwangsweise in diesen ‚Zustand‘ gerieten und daß nahezu alle auch heute noch auf verschiedensten Gebieten Nützliches für die Wissenschaft, für ihr soziales Umfeld, für ihre Mitmenschen leisten.“ (Engel 1999, s. 8)

Die Verfasserinnen der Geschichten hatten die Vorgabe, etwas Interessantes aufzuschreiben. Sie waren nicht verpflichtet, ihre Namen zu nennen. Es ging um Erlebnisberichte über die vergangene Zeit. Zwei Feststellungen sind in den Darlegungen der erzählenden Frauen für unseren Bericht über die Frauen in der DDR bemerkenswert, weil sie zeigen, was durch die „Abwicklung“ verloren ging. Erstens wird deutlich, dass für diese Frauen die Arbeit in einem Beruf Sinn ihres Daseins war. Zweitens zeugen die Berichte davon, dass in der DDR die Solidarität mit anderen unter vielen Menschen ausgeprägt war. Das brachte nach dem zwangsweisen Ausschluss aus der bisherigen, mit Erfolg ausgeübten, Tätigkeit mit sich, dass diese Frauen sich nun bemühen, für andere Menschen sinnvolle Lebensbedingungen zu schaffen.

Nehmen wir als Beispiel den Bericht der ehemaligen Hochschullehrerin und Lehrerin im Ruhestand I. B. aus Berlin. Sie schreibt zu ihrer Entwicklung in der DDR: „Erstmalig in Deutschland wurden an Universitäten im Osten Pädagogische Fakultäten gegründet und an ihnen Grundschullehrer ausgebildet. Und erstmalig in meiner Familie gelang einem Mitglied der Weg zur höchsten Bildungsstätte. Ich erhielt ein Stipendium. Niemals hätten meine Eltern das Studium an der Karl-Marx-Universität Leipzig bezahlen können.

Nach der Rückwende der DDR zum gewöhnlichen Kapitalismus als Hochschullehrer und im Beruf ‚abgewickelt‘, wegen ‚Staatsnähe‘ die Rente gekürzt, war Besinnung gefordert, sowohl über Vergangenes nachzudenken als auch darüber, wie weiterleben und sicht trotz verlorener Illusionen nicht aufgeben. Ich besann mich auf meinen erlernten [222:] Beruf und wurde wieder praktisch pädagogisch tätig bei der körperlich aktiven Freizeitgestaltung älterer Menschen.“ (Ebd., S. 61).

Die Großhandelskauffrau und Pädagogin im Zwangsruhestand I. E. aus Prenzlau, die als alleinerziehende Mutter, mit Unterstützung ihrer Eltern, solange sie lebten, ihre Tochter zu einem lebensstüchtigen Menschen erzogen hatte, wollte, nachdem ihre Tochter erfolgreich das Studium und die

Promotion abgeschlossen hatte, noch einmal kräftig im Beruf durchstarten. Sie liebte ihren Beruf, hatte Wissen, Berufs- und Lebenserfahrung und konnte nicht fassen, dass man sie jetzt, mit Mitte 50, als zu alt für ihre Arbeit erklärte. Als zur gleichen Zeit dann sogar das Rentenalter von Frauen wieder von 60 auf 65 Jahre hochgesetzt wurde, empfand sie das als Hohn ihr gegenüber. „Ich fühlte mich heimatlos in der eigenen Heimatstadt. Oft saß ich stundenlang traurig herum, war von grenzenlosem Heimweh geplagt, Heimweh nach meiner Heimat, die es nun nicht mehr gab. Alle Bewerbungen, die ich in ganz Deutschland verschickte, waren umsonst. Der Arbeitsort wäre mir völlig egal gewesen. Ich fühlte mich wie ein abgenutzter Putzlappen, der irgendwo weggeworfen wurde. Eine neue Arbeitsaufgabe hätte mir sicher Heimatboden zurückgegeben.“ (Ebd., S. 96 f.) Sie zog sich selbst wieder aus dem „Sumpf“ der Beschäftigungslosigkeit und suchte sich eine ehrenamtliche Tätigkeit. Älteren Menschen gab sie Unterstützung und gewann mit ihnen gemeinsam wieder Lebensfreude.

Die arbeitslose Historikerin S. L. aus Berlin berichtet, wie betroffen sie vom Tod zweier Kollegen war, die ihren Platz im Wissenschaftsbetrieb an der AdW der DDR nach 1990 nicht mehr fanden: „Dem einen blieb ob der ständigen Zurücksetzung durch jüngere Fachkollegen aus den alten Bundesländern und der Verlogenheit von zuständigen Politikern das Herz stehen, der andere fand sein Leben ohne Labor und Möglichkeiten der Forschung nicht mehr lebenswert.“ (Ebd., S. 123)

Wie das Zusammenwachsen beider deutscher Staaten nach der Wiedervereinigung funktionieren werde, bewegte 1990 viele Menschen. So erfragte Gerda Szepansky, die sich selbst als „West-Frau“ [223:] bezeichnet, die Schicksale von Frauen aus der DDR nach 1990, die sie 1995 publizierte. Sie stellte fest: „Die Zusammenfügung der beiden deutschen Staaten hat nicht die schnelle Einheit gebracht, weder in bezug auf die ökonomischen Verhältnisse noch auf die Lebensweise der Menschen. Sowenig auf die bisher praktizierte Art und Weise die rasche Umwandlung der Planwirtschaft in die Marktwirtschaft funktioniert, sowenig gelingt der Systemwechsel als einfacher Umschaltvorgang der Lebenswirklichkeit. Der Umbruchprozeß, der sicher noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird, erfordert vor allem einen intensiven gesellschaftlichen und persönlichen Dialog zwischen den Menschen der ehemals zwei deutschen Staaten. Dies gilt in besonderem Maße auch für die Frauen in Ost und West.“ (Szepansky 1995, S. 7) Besonnene Menschen, die die unterschiedliche Sozialisation in Ost und West nicht nur als Worthülsen im Munde führten, machten also deutlich genug auf eine lange Wegstrecke aufmerksam, die zurückzulegen ist, damit Deutsche aus Ost und West als Einheit zusammen wachsen. Mich hat es beeindruckt, bei vielen negativen Erlebnissen, dass in diesen Ausführungen Verständnis statt Arroganz und Besserwisserei, Sachlichkeit statt Diskriminierung dominiert. Es wird kein Versuch unternommen, Gesagtes, tendenziös gegen die DDR gerichtet, zu bewerten. Das hebt sich wohltuend von manchen öffentlichen Auftritten von Politikern ab, die, um die DDR nur verdammen zu können, die heutige deutsche Wirklichkeit geschönt darstellen, so wie vorher die BRD als die schönste aller Welten für die Bürger der DDR erscheinen sollte.

Gerda Szepansky lässt neben der Darstellung unterschiedlicher Berufsgruppen, Frauen aus der oppositionellen Bürgerbewegung, der unabhängigen Frauenbewegung, aus kirchlichen Kreisen, auch Frauen, die den Staat DDR als ihren Staat betrachteten, zu Wort kommen. Es ist ihr klar, dass sie mit der Breite ihrer Darstellung trotzdem keinen repräsentativen Querschnitt vermitteln kann. Sie ermittelt zwar viele Gemeinsamkeiten zwischen Frauen in Ost und West, kann jedoch die typische Ost- oder West-Frau nicht finden. Das Leben war vielfältiger, als es diese Unterscheidung nahe legt. Doch sie bemerkt m. E. [224:] zutreffend, dass bei Ostfrauen die Erwerbstätigkeit einen höheren Stellenwert hatte als bei Westfrauen. Dabei ging es nicht, wie oft unzulässig behauptet, allein um das materielle Interesse, sondern vor allem darum, sich durch qualifizierte Arbeit selbst zu verwirklichen. Sie stellt fest, dass das Gebrauchtwerden mindestens ebenso wichtig war wie das Bezahltwerden.

Interessant ist ihre Schilderung der Situation von berufstätigen Frauen in der DDR, die sich aus Recherchen ergab: „Umfragen zufolge sind 90% der Frauen in den neuen Bundesländern nicht bereit, auf eigene Erwerbstätigkeit zu verzichten. Es ist klar, daß das Schwinden der ökonomischen Unabhängigkeit sich auch negativ auf das Selbstbewußtsein vieler Frauen auswirkt. Berufliches und privates Leben waren keine streng getrennten Bereiche. Neben der umfangreichen sozialen Betreuung an der Arbeitsstätte (medizinische Leistungen, Unterbringung der Kinder, Einkaufsmöglichkeiten u. a.)

gab es das Kollektiv der Kolleginnen und Kollegen, Brigadefeste und -ausflüge, gemeinsame Besuche kultureller Veranstaltungen, Hobbyzirkel und vieles mehr; es gab ein Netz gegenseitiger Hilfe, es entwickelten sich Freundschaften und persönliche Beziehungen zwischen den Familien.“ (Ebd., S. 11) Auch wenn manche nur das Lob der Einheit singen, Frauen haben damit zu kämpfen, dass alle diese Kommunikationsstränge nun zerrissen sind. Ob das für die Betroffenen die gepriesene neue Freiheit ist, wage ich zu bezweifeln. 1995 hatten schon zwei Millionen Frauen in den neuen Bundesländern ihren Arbeitsplatz verloren. Fast bewundernd stellt Gerda Szepansky fest, dass die Ostfrauen zu DDR-Zeiten sehr früh ihre Kinder bekamen und mit 40 Jahren erwachsene Kinder hatten. Nach 1990 kam es zu einem krassen Rückgang der Geburtenzahlen.

In einer Frage macht sie es sich nach meiner Meinung zu leicht mit der Antwort. Sie meint, dass es um die Verwirklichung der Gleichberechtigung in der DDR keine kritische Diskussion gab, weil Gleichberechtigung vorhanden war und deshalb nicht näher thematisiert wurde. Sie macht es unter anderem daran fest, dass Standardwerke der feministischen Weltliteratur unzugänglich und daher weitgehend [225:] unbekannt waren. Hier hätte sie die internationalen Aktivitäten von Frauen, die sich über den DFD, seine Mitgliedschaft in der IDFF, über die UNO und deren Aktivitäten, Weltkonferenzen u. a. realisierten, weiter hinterfragen können. Eventuell ist sie hier der eingegengten Sicht einiger DDR-Frauen aufgesessen, die Probleme von Frauen in vielen Teilen der Welt nicht im Blick hatten und sich ihnen nicht stellten. Sie blieben bei einer Nabelschau der DDR stehen und nutzten die vielen vorhandenen Informationsmöglichkeiten kaum. Tatsache ist sicher, dass die internationale Literatur nicht in den Buchhandlungen in ganzer Breite präsent war, doch Bibliotheken waren kostenlos zu benutzen. Ich persönlich habe schon während der Arbeit an meiner Promotionsschrift die für theoretisch interessierte Frauen wichtige Schrift von Simone de Beauvoir „Sitte und Sexus der Frau“ in der Staatsbibliothek ausgeliehen. Das Fernsehen in Ost und West informierte. Internationale Dokumente wurden in der Reihe an der AdW oder in anderen Presseorganen veröffentlicht. Ignoranz und Provinzialität sollte nicht hinterher durch fehlende Informationsmöglichkeiten entschuldigt werden. Ich freue mich schon darauf, wenn diese damals uninformierten Frauen nun endlich fordern werden, dass die Bundeszentrale für Politische Bildung alle klassischen kapitalismuskritischen und aktuellen BRD-kritischen Arbeiten endlich der breiten Öffentlichkeit zugänglich macht.

Gerda Szepansky hat viele Frauen kennengelernt, die aktiv in gesellschaftlichen Funktionen, wie Gewerkschaft, DFD, Volkssolidarität, kommunalpolitischen Ämtern, als Bürgermeisterinnen, gearbeitet haben. Wenn sie z. B. im Frauenausschuss der Gewerkschaft waren, dann bestand ihre Aufgabe darin, sich nicht auf dem bereits Erreichten auszuruhen, sondern Schwachstellen in der Gleichberechtigung aufzufindig zu machen und für ihre Überwindung zu sorgen. So stellt sie in ihrem Buch viele interessante Frauenpersönlichkeiten mit ganz unterschiedlichen Biografien vor. Man kann es allen denen zur Lektüre empfehlen, die einen Eindruck über Lebensläufe von Frauen in der DDR erhalten möchten.

[225:] Unser Leben war nicht eintönig und uniformiert, sondern bunt und vielgestaltig. An einem Frauenleben möchte ich das noch näher festmachen. Es geht um Frau Liesbeth Mühle. (Ebd., S. 126-140) Als das Interview 1993 mit ihr begonnen wurde, war sie 64 Jahre alt. Von ihr kann man sagen: Sie hat Höhen und Tiefen des Lebens voll ausgekostet. 1928 als fünftes Kind von neun Kindern in einer Landarbeiterfamilie geboren, musste sie mit vierzehn Jahren, das war 1943, in einer Bäckerei von vier Uhr früh bis zweiundzwanzig Uhr abends arbeiten. Als die Front näher rückte, hatte sie aus Angst vor den Russen, die ihr eingebläut worden war, ihre Familie verlassen und flüchtete nach Sachsen. Zu Fuß machte sie sich nach einer gewissen Zeit wieder auf den Heimweg zu ihrer Familie auf. Unterwegs von Deutschen noch beraubt, kam sie wieder in Niederschlesien an, um bald danach ganz kurzfristig mit ihrer Familie aus Polen ausgesiedelt zu werden. Ihr Vater entschied für die Familie, nach dem alten Rollenverhalten, dass sie in die Landwirtschaft zu gehen hatten.

Gute Arbeit der FDJ half ihr, sich schnell in diesen neuen gesellschaftlichen Verhältnissen wohl zu fühlen. Sie trat 1949 in die SED ein und ließ sich als Pionierleiterin ausbilden. Mit Kindern ging sie gerne um. Sie selber hat insgesamt fünf Kinder geboren und großgezogen. Eine Abtreibung kam für sie nicht in Frage, obwohl sie alleinerziehend war. Als einfache Arbeiterin fing sie nach einem Jahr Pionierleitertätigkeit im Elektroapparatwerk (EAW) Berlin-Treptow an. Sie war zu diesem Zeitpunkt

mit ihrem zweiten Kind schwanger. Von den Vätern ihrer Kinder erfährt man nur, dass sie nichts zum Heiraten waren. Sicher ein schweres Eingeständnis für eine Frau. Man merkt aus ihren Erzählungen, sie suchte Geborgenheit und fand sie nicht bei den Männern, mit denen sie zusammen lebte. Im Betrieb holte sie nach Feierabend, darunter in Frauensonderklassen, Schulbildung nach, qualifizierte sich in einem Meisterlehrgang und wurde 1972 Meisterin einer Frauenbrigade. Noch dominierten Männer als Meister im Betrieb. Sie hatten aber, im Unterschied zu den Frauen, keinen Lehrgang besucht, um Meister zu werden. Bis zu den achtziger Jahren hat sie sich als Meisterin wohl gefühlt, weil sie Solidarität und Hilfe bei der [227:] Krankheit ihrer Kinder erfuhr, gute Kollektivbeziehungen entwickeln konnte, kulturelle Erlebnisse mit ihrer Brigade hatte und anderes mehr. Immer haben sie als Brigade den Internationalen Frauentag begangen. Sie wurde „Heldin der Arbeit“ und erhielt den „Karl-Marx-Orden“ für ihre Leistungen.

Mit jungen Frauen hatte sie in den achtziger Jahren manchmal ihre Schwierigkeiten. Sie meinte, einige würden die Leistungen des Staates als zu selbstverständlich hinnehmen und nicht die entsprechende Gegenleistung bringen. Was ihre Generation sich hart erarbeitet hatte, fiel ihnen in den Schoß. 1988 ging sie in Rente, arbeitete aber noch bis 1989/1990. Mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen ist sie noch nicht ins Reine gekommen. Sie wollte eine Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft mit aufbauen und hat sich dafür engagiert. Eine humane Zukunft sieht sie nur in einer Gesellschaft, die allen Bürgern Bildung, Beschäftigung und bezahlbaren Wohnraum zugesteht. Daran können auch ihre Enttäuschungen über einige Parteifunktionäre nichts ändern, die sehr schnell diese Ideale nach 1990 aufgegeben hatten.

Es sind Ausschnitte aus dem Leben von Frauen, die eben nicht zu den Gewinnerinnen der deutschen Einheit gehören, über die oft allein berichtet wird. Ein sachlicher Umgang mit der Geschichte zeigt jedoch, welches Leid heraufbeschworen, welche Freiheiten mit dem Leben bezahlt und welche Chance einer Eingliederung in die neuen Strukturen vergeben wurde. Sollten wir nicht mit der Schwarz-Weiß-Malerei aufhören? Gewinne und Verluste sind nicht gegeneinander aufzurechnen. Doch das Schicksal der aus dem Beruf gedrängten Frauen aus der DDR kann mich nicht kalt lassen, selbst wenn es anderen vielleicht so geht.

## **8.5. Ergebnisse**

Das bisher schon Geschilderte zeigt in besonderem Maße die Vielfalt von Charakteren und Entwicklungslinien von Frauen in der DDR. [228:] Ihre Lebensleistungen zu achten, ihre Verdienste nicht zu vergessen, ihre Biografien zur Kenntnis zu nehmen, das könnte das Verständnis für die DDR und ihre Frauen erweitern, wenn man sonst nur hört, wie geknechtet durch die DDR sie waren. Was sind denn die Rückschritte in der Frauenförderung, mit denen wir es nun im wiedervereinigten Deutschland zu tun haben?

Betrachten wir dazu zuerst ein bestimmtes Schicksal. Mauerfall und Wiedervereinigung wirkten sich auf Künstlerinnen aus. Nehmen wir als Beispiel das Leben der Schauspielerin Annekathrin Bürger, Mitinitiatorin der Aktion vom 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz. Man kannte sie in der DDR als die Uschi aus „Eine Berliner Romanze“. Premiere war 1956. Die „Berliner Zeitung“ sah den Film als bahnbrechend, „denn die Art und Weise, wie diesmal an das Thema herangegangen wurde, lernten wir bisher nur aus guten französischen und italienischen Filmen kennen. Keine Überhöhung, kein Pathos, nur ein kleines Stück vollkommen unverstellter Wirklichkeit.“ (Bürger, Decker 2007, S. 113) Mit weiteren Filmen, wie „Verwirrung der Liebe“ (1959) und „Königskinder“ (1962) sind es über 85 Film- und Fernsehproduktionen bis 1990, an denen sie beteiligt war. Trotz des Ruhms als Uschi absolvierte sie ein Studium an der Hochschule für Film und Fernsehen in Babelsberg und wirkte danach drei Jahre in Senftenberg am Theater der Bergarbeiter. Das folgende Engagement an der Berliner Volksbühne dauerte 38 Jahre. In der Retrospektive der Berlinale 2006 wurde sie als „Traumfrau der Fünfziger“ geehrt. Anlässlich einer DEFA-Retrospektive mit Berlin-Filmen 2006 wurde ihr Film von 1976 „Hostess“ wieder aufgeführt, den mehr als eine Million Zuschauer gesehen hatten. Sie begeisterte die Zuhörer im In- und Ausland mit ihren literarisch-musikalischen Programmen. Im neuen

deutschen Fernsehen tritt sie als Richterin in „Im Namen des Gesetzes“ und als beste Freundin des Kommissars Bruno Ehrlicher im Leipziger „Tatort“ auf.

Ich freute mich sehr, als sie mir zusagte, auf den von mir moderierten Veranstaltungen der Bildungsakademie der Volkssolidarität Berlin 2009 aufzutreten, um über ihre Erinnerungen zu berichten [229:] und sich den Fragen der Interessenten zu stellen. Es war eine gelungene Veranstaltung, in der Freude und Leid in einem nicht einfachen Leben zur Sprache kamen. Sie gehörte zu denen, die, trotz mancher Schwierigkeiten, in der DDR blieben. 1990 gab es dann viele Probleme für sie und andere Künstlerinnen. Leicht ironisch mit etwas bitterem Unterton bemerkt die Schauspielerin und Sängerin: „Für einen kurzen, unendlich langen Augenblick hatte das Ost-Volk zur Wendezeit seine Künstler vergessen. Man muss ihm das verzeihen. Wer über Jahrzehnte eingemauert war, will endlich einmal andere Gesichter sehen, andere Stimmen hören und die altbekannten kommen ihm plötzlich ungemein vorgestrig vor.“ (Ebd., S. 378)

Das galt nicht nur für diesen Bereich. Die durch das West-Fernsehen in der DDR bekannten viel gepriesenen West-Produkte übten eine ungeweine Anziehungskraft aus. Qualitativ hochwertige Ost-Produkte verschwanden aus den Regalen. Ein Sturm auf das Unbekannte setzte ein, der jedoch bald nachließ. Man merkte, dass der durch Werbung vermittelte Schein nicht immer der praktischen Überprüfung standhielt. Die auf die vorher in der DDR Lebenden nun einstürmende Reklame verwirrte sie. Wem war zu trauen und wem nicht? Neben vielem Annehmbarem vermisste man nun Altgewohntes. Mancher trauerte dem Vergangenen nach und freute sich über Messen für Ost-Produkte und auch über das Wiedersehen mit den Künstlerinnen aus der DDR. Die Produzenten der Ostprodukte waren Umstrukturierungen unterworfen, wodurch nur wenig erhalten blieb.

Doch das Rad der Zeit war nicht zurückzudrehen. Viele Bücher aus den Verlagen der DDR waren makuliert. Das traf auch mich und meine Mitstreiter/Innen etwa mit unserem Lehrbuch „Ethik“ und der nicht erfolgten Neuauflage des „Lexikons der Humansexuologie.“ Um beim Schicksal von Annekathrin Bürger zu bleiben, so berichtet sie über ihren und den Terminkalender anderer Kolleginnen mit den abgesagten Konzerten nach 1990. Sie gaben jedoch nicht auf. „Zu viert stehen sie auf der Bühne und sind doch kein Mini-Chor, sondern ganz und gar einmalig. Die vier sind Uschi Brüning, Carola Nossek, Barbara Kellerbauer und Annekathrin Bürger. Jazz, Oper, Chanson [230:] und Schauspiel. Vier Virtuosinnen ihres Fachs.“ (Ebd., S. 378) Auf Anregung von Barbara Kellerbauer hatten sie 1990 begonnen, sich als „Vier im Konzert“ zu finden, über ein Jahr geprobt und 1992 im Köpenicker Garten in Berlin ihre Premiere. „Der Abend wird ein Triumph – frech, grenzgängerisch, urkomisch-traurig.“ (Ebd., S. 379) Zwölf Jahre lang treten sie vor begeistertem Publikum und vollen Häusern an verschiedenen Orten im Osten auf.

Was hat das mit den Frauen in und aus der DDR zu tun? Ist das nicht eine Geschichte, die in jedem Land unter den verschiedensten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geschehen kann? Es sind zwei spezifische Erfahrungen, die sie machen und die einen Aspekt des Ost-West-Verhältnisses in Deutschland charakterisieren. Da ist erstens das unterschiedliche Interesse in Ost und West für die Leistungen der anderen Seite. Den ausverkauften Sälen bei den Konzerten der vier Virtuosinnen im Osten stehen andere Erfahrungen im Westen gegenüber. Bei einer von Bertelsmann für den Westen organisierten Reihe sind in Bielefeld zehn Zuschauer da und in einem anderen Ort gar keiner. „Da spielten sie für die Mitglieder des Jugendclubs, die an diesem Abend Dienst haben. Es war eines der schönsten Konzerte. In Ulm traten sie nach dem Kinderturnen in einer Stadtrand-Turnhalle auf. Fünfzig Leute sind da, fünfzig, die zwei Stunden später nicht mehr verstehen, wie so etwas Un-Erhörtes sich verirren konnte, in ihre kleine Turnhalle.“ (Ebd., S. 379)

Es war eben so, dass das Interesse der in der DDR Sozialisierten weltweit war. Man kannte die westlichen und östlichen Stars, informiert durch die Westmedien, und besuchte die Veranstaltungen, auf denen sie, amtlich vorgegeben, im Verhältnis von 40 zu 60 vertreten waren. Doch im Westen Deutschlands spielten die vielbeschworenen Brüder und Schwestern aus dem Osten kaum eine Rolle. Mir erzählten manche in der Wissenschaft Tätigen, die an Arbeiten aus der DDR interessiert waren, dass es an einigen Einrichtungen der BRD formale oder informelle Verbote gab, Literatur aus der

DDR heranzuziehen. Wie ich aus Gesprächen mit Promovenden weiß, kann es eventuell karriere-schädigend sein, wenn man einem Betreuer eine zu positive [231:] Einschätzung der DDR abgibt. Wo bleiben da eigentlich wissenschaftliche Akkuratess und argumentativ fundierte Einschätzungen?

Ein zweite Erfahrung ganz anderer Art hatten viele Menschen zu machen. Sie hängt mit der Herrschaft des Geldes zusammen. Man arbeitet und bekommt dann doch nichts. Das traf auch unsere Familie, als mehrere Monate geregelter Arbeit unter Einsatz des eigenen PKW nicht bezahlt wurden. Annekathrin Bürger erlebte es nach einem erfolgreichen Auftritt als Pöpstin Johanna im Berliner Dom, von der Presse hoch gelobt. „Der Regisseur lobt auch. Und dann sagt er noch einen Satz: Das Geld ist alle! Ach? antwortet die Pöpstin für drei Tage. Keine Mark Gage. Keine Mark Aufwandsentschädigung. Und wie soll sie das ihrem orgelspielenden Musiker und dem Techniker erklären? Johanna und Dostojewskis Großinquisitor haben es gewusst: Es ist eine sehr missliche Sache mit der Freiheit. Manchmal.“ (Ebd., S. 382)

Man könnte über weitere Frauenschicksale aus der DDR berichten, die mit den Folgen der überstürzten, teils gewollten und teils erzwungenen (der Einigungsvertrag stand nicht zur Abstimmung), Wiedervereinigung Deutschlands zu tun haben. Es gibt Gewinnerinnen und Verliererinnen der Einheit. Das zeigt die Widersprüchlichkeit des Geschehens, das eben nicht mit dem Schema von früherer Unfreiheit und nunmehriger Freiheit zu erfassen ist, wenn man nicht bissig für einige Frauen hinzu-setzen will, ja, ich bin frei von Geld, Arbeit, Wohnung u. a. Ich könnte reisen, doch wer bezahlt das. Ich habe Kinder und kann sie kaum versorgen. Wer in der DDR gelebt hat und nun auf der Schattenseite der Gesellschaft steht, fragt sich schon: Freiheit wovon? Freiheit für wen?

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch vier Punkte hervorheben, die zu den bisher betrachteten Ergebnissen der nicht genutzten historischen Chance, Frauenrechte im vereinigten Deutschland zu erweitern, Kompetenzen der Ostfrauen gleichberechtigt zu nutzen, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu übernehmen, hinzukommen:

Erstens: Die wachsende Armut im Land wird immer mehr weiblich sein. Es trifft vor allem Frauen, wenn sie nicht mehr berufstätig [232:] sein können. Das knappe Einkommen vieler Familien, das nun, bei fehlender Grundversorgung, die in der DDR gesichert war, dringend der Aufbesserung bedarf, wenn nicht gehungert werden soll, fehlt. Die Preise steigen. Manche DDR-Bürgerin wird sich nach festen niedrigen Preisen sehnen. Wer weiß schon noch, dass ein Brötchen, eine Schrippe in Berlin, fünf Pfennige kostete und eine Fahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln in Berlin zwanzig Pfennige. Mieten waren bezahlbar. Schulgeld gab es nicht. Lehrmittel erhielt man kostenlos. Gesundheit war kein Kostenfaktor usw. Wer leidet vor allem: die Frauen und Mütter.

Zweitens: Hart trifft es besonders alleinstehende Frauen und alleinstehende Mütter. Sie wurden in der DDR nie allein mit ihren Sorgen gelassen. Nun haben sie Probleme, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, für ihre Kinder zu sorgen. Wer noch ein behindertes Kind hat, ist besonders arm dran. Staatliche Hilfe gibt es kaum. Selbst Steuererleichterungen gibt es für diesen Kreis nicht.

Drittens: Die Kinderarmut steigt in der BRD an. Viele Kinder können, wegen der Kosten, nicht in die Kindereinrichtungen. Jede Ausbildung von Talenten, sportlicher, sprachlicher, musikalischer Art, kostet Geld. Manche Mütter verzweifeln oder resignieren.

Viertens: Mag sein, dass es Frauen gibt, die das älteste Gewerbe der Welt, eben die Prostitution, gewollt ausüben. Doch wie viele Mädchen und Frauen, von Jungen einmal abgesehen, werden dazu gezwungen. Die Brutalität im Rotlichtmilieu, das Anlocken von Mädchen und Frauen mit falschen Versprechungen, der Menschenhandel, alles systemimmanente Faktoren, scheinen manchmal auf, wenn Prozesse das ganze Ausmaß der Unterdrückung von Frauen ahnen lassen. Da wirkt es schon lächerlich, wenn auf den Einsatz von Prostituierten in bestimmten Regionen und zu bestimmten Ereignissen in der DDR verwiesen wird. Will das wirklich jemand mit der Prostitution in der BRD vergleichen?

Als Fazit ergibt sich: Die Mehrheit der Frauen aus der DDR gehört zu den Verlierern der deutschen Einheit.

[233:]

## 9. Was bleibt?

1990 erfolgte die Abwicklung der DDR. Eine historische Chance wurde vertan! Mit konstruktivem Herangehen, statt der rigorosen Durchsetzung des Vernichtungswillens der nunmehrigen Sieger und Einheitsgewinnler, hätten Vorzüge der Kinderversorgung und der Durchsetzung von Frauenrechten aus der DDR in das vereinigte Deutschland übernommen werden können. Frauen mit hoher Qualifikation verloren Posten, oft die Arbeit. Abschlüsse und Kompetenzen wurden nicht anerkannt. Der Übergang von der Staatsdiktatur des Frühsozialismus zur Kapitaldiktatur vollzog sich durch innere und äußere Ursachen. (vgl. Hörz, H. 1994). Die Entsozifizierung sollte schärfer als die Entnazifizierung erfolgen, da die nun Herrschenden den Versuch bestrafen wollten, eine antikapitalistische staatliche Alternative in Deutschland zu schaffen. So wurden gerade viele qualifizierte Frauen zu Wendeverlierern. Der bisher unbefristete Arbeitsvertrag galt nicht mehr. Es kam zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM). Arbeitslosigkeit traf viele Frauen. Umschulungen waren zu absolvieren. Bisherige Kommunikationsstränge wurden zerstört. Frauen hatten nun neue soziale Erfahrungen zu sammeln.

### 9.1. DDR und BRD

Da die DDR nicht mehr existiert, meinen manche, damit sei ein Kapitel der Geschichte Deutschlands geschlossen, das man vergessen könne. Scharfe Auseinandersetzungen um die DDR und die Leistungen derer, die sie gegründet, geformt und begraben haben, sprechen eine andere Sprache. Sie sind teilweise emotional aufgeladen und nicht immer von Sachkenntnis geprägt. Der These vom „Unrechtsstaat“ setzen andere den vom „gerechteren Sozialstaat“ entgegen. Der in Ost und West tätige Banker Edgar Most bemerkt, die oft wiederholte These, die DDR sei insolvent gewesen, werde von den tatsächlichen Fachleuten [234:] nicht vertreten. Innerhalb von drei Jahren nach der Wiedervereinigung seien alle Auslandsschulden der DDR mit deren Guthaben bezahlt worden. Er meint: „Der Ostdeutsche fühlte sich zum Bürger 2. Klasse degradiert. Der Aufbau Ost, ein Kraftakt aller Deutschen, wurde zu einer entschiedenen Stabilisierung West, denn die Entwicklung der BRD befand sich vor dem Mauerfall in einem wirtschaftlichen und sozialpolitischen Sinkflug, was sich in einer Zunahme der Arbeitslosen widerspiegelte.“ (Most 2009, S. 10) Leidtragende waren und sind vor allem Frauen und Kinder. Mancher Kritiker der Bildungsmisere in der BRD verweist auf die positiven Ergebnisse des Bildungssystems der DDR, das skandinavischen Ländern als Vorbild diente. Wenn man die Gleichberechtigung von Frau und Mann und die Beseitigung aller Formen der Diskriminierung der Frauen untersucht, dann steht das vereinigte Deutschland vor Problemen, um deren Lösung in der DDR mit Erfolg gerungen wurde.

Will man die Frage beantworten, was von der DDR und den Leistungen ihrer Frauen bleibt, dann ist die derzeitige Situation mit der Lage der Frauen in der DDR zu vergleichen. Die DDR bekam internationales Lob für die Durchsetzung der Frauenrechte. Das wurde nicht nur offiziell ausgesprochen, sondern mir, wie schon betont, in der UNO-Kommission „Zum Status der Frau“ immer wieder persönlich bestätigt. Wie sieht es damit im vereinigten Deutschland aus? Die Probleme von Ost-Frauen werden kaum thematisiert. Leistungen der DDR, etwa in der Betreuung von Kindern und bei der Verbindung von Berufstätigkeit und Familie, die nach 20 Jahren noch nachwirken, werden für Gesamtdeutschland verbucht. Das kann jedoch die Mängel kaum verdecken. Im schon erwähnten Alternativbericht vom November 2008 heißt es dazu: „Die Bundesregierung verfolgt ganz offensichtlich keine zielorientierte Gleichstellungspolitik und konzentriert sich fast ausschließlich auf Familienpolitik; eine Familienpolitik, die zudem nicht durchgängig gleichstellungsorientiert ist und besonders auf Geringverdienende retraditionalisierend wirkt. In bedeutsamen Lebensbereichen ist sogar eine Verschlechterung der Situationen der Frauen zu verzeichnen.“ (Alternativbericht 2008, [235:] S. 5) Von der Gleichstellungsstrategie Gender-Mainstreaming habe sich die Bundesregierung verabschiedet und falle nun weit hinter die im 5. Staatenbericht geweckten Erwartungen zurück. Gender-Mainstreaming werde von der derzeitigen Bundesregierung nicht mehr pro-aktiv verfolgt. Weiter wird festgestellt: „Armut ist auch in der reichen Bundesrepublik ein zunehmendes Problem, das in

besonderem Maße Frauen betrifft. Wider besseres Wissen bleibt dies aber im Staatenbericht unerwähnt. Waren es im Jahr 2000 noch 12% aller Männer und 15% aller Frauen, die unter die Armutsrisikogrenze (60 % des mittleren Einkommens aller Personen) fielen, so gehörten im Jahr 2005 schon 16% aller Männer und 21% aller Frauen dazu. Unerwähnt bleibt auch das besonders hohe Armutsrisiko von Kindern und die zu befürchtende Altersarmut von Frauen, die mit dem hohen weiblichen Anteil an Langzeitarbeitslosen zusammenhängt. Dabei sind vor allem Menschen (meist Frauen) von Armut bedroht, die pflegende, helfende, erziehende, erhaltende Arbeiten in dieser Gesellschaft verrichten, ohne damit ein existenzsicherndes Einkommen zu erzielen ... Deshalb stieg entgegen dem europäischen Trend auch die Armutsquote von Erwerbstätigen 2005 auf 12% und nahm die Ungleichverteilung der Einkommen in den letzten Jahren deutlich zu.“ (Ebd., S. 8)

Wie fällt der Vergleich mit der DDR aus, wenn man das bisher Dargestellte berücksichtigt? Die DDR hatte eine effektive Gleichstellungsstrategie, die praktisch umgesetzt wurde und deren Mängel zwar nicht unter den Tisch gekehrt werden dürfen, doch die Erfolge sollten ebenfalls nicht verschwiegen werden. Sie kannte als armes Land nicht dieses nun sich ausbreitende Maß an Armut von Frauen und Kindern in der reichen BRD.

Wie widerspiegelt sich diese Situation im Verständnis mancher Frauen aus der DDR? Barbara Thalheim bemerkt: „Als Neubundesbürgerin quält mich aber mein fehlendes Verständnis der Ansichten meiner (ungewollt) angeheirateten Altbundesbürgerschwestern. Warum war Gleichberechtigung für mich (bis jetzt) kein Thema? Weil ich sie nicht einklagen mußte? Das Selbstverständnis, Frau zu sein, [236:] das Ost-Frauenmensch in dieses neue Deutschland einbringen, mit dem West-Frauenmensch so schlecht zurechtkommen, es immer hinterfragen und anzweifeln, hat mich ermutigt, das Programm ‚Vorsicht! Frau!‘ in überarbeiteter Fassung ab Oktober wieder in mein Programm aufzunehmen. Ich bin eine Frau. Na und? Meine Utopie ist ein neues Verhältnis zwischen Mann und Frau und Mann und Mann und Frau und Frau, eine Balance von Vernunft und Seele, von Ordnung und Lebendigkeit, von Erotik und Erfolg. Will sagen: Emanzipation aller Menschen.“ (Szepansky 1995, S. 71)

Was bleibt also von der DDR? In erster Linie sind es die durch das Leben in der DDR gewonnenen Erfahrungen der Menschen, ihre Wertorientierungen und dazu manche Verhaltensweisen, die das Alltagsdasein bestimmten. Es gibt jedoch auch Vereinigungen, die sich neue Tätigkeitsfelder erschlossen haben, wie etwa die Volkssolidarität als der größte deutsche Wohlfahrtsverband und für die Frauen der Demokratische Frauenbund (dfb), der weiterhin dem Kampf um die Frauenrechte unter den neuen Bedingungen verpflichtet ist. Neben Erfahrungen und Verbänden mit neuen Zielstellungen sind auch in der DDR entstandene Gruppen zusammengeblieben. Das zeigt etwa der Chor der fröhlichen Rentnerinnen. Gehen wir also nach der Charakteristik bleibender Erfahrungen mit zwei Beispielen, dem dfb und dem Chor, auf Bleibendes ein, um zu verdeutlichen, dass die DDR mit Diffamierungen ihrer Frauenpolitik nicht einfach wegdebattiert werden kann.

## **9.2. Bleibende Erfahrungen**

Die Lebensweise in der DDR unterschied sich von der in der BRD. So wurde in der DDR mehr Wert auf das Leben miteinander gelegt, während im westlichen Teil Deutschlands die Profilierung gegeneinander in der Ellbogengesellschaft dominierte. Die gesellschaftlichen Bedingungen wirken sich als Umfeld und als Öffentlichkeit auf das persönliche Verhalten aus, ohne es voll zu bestimmen. Doch ist es [237:] sicher schwieriger, bei auftretenden Konflikten freundschaftlich und tolerant zu sein, wenn der andere generell als Konkurrent auftritt. Haifisch-Kapitalismus nennen es manche, wenn nach dem Motto verfahren wird: Im Wasser des Lebens frisst Du die Anderen oder Du wirst gefressen. In der DDR bildete sich ein „Wir-Gefühl“ heraus, dem das egoistische „Ich-Gehabe“ im anderen Teil gegenüberstand. Das war keine Absage an Individualität, wie behauptet wird, sondern Ausformung von Qualitäten der Persönlichkeit, die individuelle Ausprägung von Charakteren bei allen Mitgliedern einer Gemeinschaft einschließt und fordert. Gerade viele Frauen haben die gemeinsam besuchten Veranstaltungen mit ihren Kolleginnen und Kollegen und die gegenseitige Hilfe geschätzt. Sie erinnern sich heute noch gerne daran und vermissen diese Art von Geborgenheit.

Ich meine, dass nun oft unter Individualität Profilierungssucht verstanden wird. Wenn in einem Team die Angst um den Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes das Arbeitsklima bestimmt, dann kommt Solidarität untereinander kaum auf. Jeder betreibt sein Fortkommen auf Kosten des Anderen. Das gab es in der DDR ebenfalls, doch es hatte keinen Boden mehr durch die Wertvorstellungen, die genau diese Richtung favorisieren, wie das jetzt der Fall ist. Dadurch konnten derartige Verhaltensweisen in der Öffentlichkeit eher zurückgewiesen werden. Da in der DDR das Geld nicht die Rolle spielte, wie es in kapitalistischen westlichen Ländern der Fall ist, wurde weniger Wert auf äußere Demonstrationen seines Besitzes an Gütern gelegt. Schlägt man heute illustrierte Zeitungen auf, gewinnt man den Eindruck, eine prominente Persönlichkeit ist nur der, der über das komfortablere Haus, das größere Auto, den besseren Luxus verfügt.

Innere Werte, wie Wissen, Toleranz und Hilfsbereitschaft anderen Menschen gegenüber sind im größeren Deutschland wenig gefragt. Der geringere Wert, der Äußerlichkeiten in der DDR zugestanden wurde, war und ist oft in Aussagen von Frauen aus dem Westen so ausgedrückt worden, dass man an der Kleidung schon die Ost-Frau erkennen würde. Das ist ein oberflächliches Urteil. Vielleicht hatten wir Frauen im Osten es oft schwerer, Kleidung nach unserem Ge-[238:]schmack kaufen zu können, aber praktisch und gut angezogen zu sein, war auch unser Wunsch. Doch wollten wir nicht vor allem durch Äußerlichkeiten als Persönlichkeit wahrgenommen werden. Unsere Leistung im Beruf, unsere Familienbeziehungen und die Entwicklung unserer Kinder standen in unserer Werteskala höher als der Schein, durch Kleidung Eindruck zu machen.

Es ging offensichtlich um dieses andere Lebensgefühl der Mehrheit von Frauen in der DDR, das Wissenschaftlerinnen und Journalistinnen aus verschiedenen Ländern interessierte und weiter interessiert. In ihren Interviews mit Frauen, die in der DDR gelebt haben, fragten sie, ob Frauen in der DDR gezwungen oder freiwillig gearbeitet haben. War Berufstätigkeit und Mutterschutz in der DDR wirklich vereinbar? Was war in der Gleichstellungsstrategie der DDR offizielle Propaganda und was die wirkliche Lage? Nehmen wir dazu drei Beispiele für Befragungen. So untersuchte die Professorin Helen H. Frink aus New Hampshire (USA) die Motivation für den hohen Beschäftigungsgrad von DDR-Frauen. Die nun im Osten lebende Journalistin Martina Rellin, die sich selbst als West-Frau bezeichnet, hat ebenfalls bei allen von ihr befragten DDR-Frauen festgestellt, dass es ihnen immer um die Arbeit ging. Prof. Dr. Erika Maier, Wirtschaftswissenschaftlerin aus der DDR, stellte zwölf Doppelbiografien aus Ost und West mit gleichen Berufen zusammen, auf die schon hingewiesen wurde.

Die Bewunderung von Frink gilt der Tatsache, dass über 91% der Frauen in der DDR arbeiteten, studierten oder eine Lehre absolvierten und dabei wenigstens ein Kind hatten. Allein das sei schon nach ihrer Meinung wert, für Amerika berichtet zu werden. Als Mutter von zwei Töchtern kennt sie die Probleme, die auftreten, wenn man Berufstätigkeit und Mutterschaft vereinbaren will. Gut situierte Frauen im Westen hatten dabei fördernde Bedingungen durch Haushaltshilfen, au-pair-Mädchen u. a., um Beruf und Familienleben in Einklang zu bringen. Mit Bedauern stellt sie jedoch fest, dass sich nach dem Fall der Mauer die allgemeinen Lebensbedingungen der ostdeutschen Frauen enorm verschlechtert haben. Gestützt auf Ergebnisse einer Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach, nennt sie dafür die groß-[239:]en Verluste der Verdienstmöglichkeiten, das Fehlen der ganztägigen Kinderbetreuung und des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch. Sie wollte wissen, wie ostdeutsche Frauen mit den neuen Bedingungen umgehen. Würden sie überhaupt einer Befragung zustimmen, nachdem die Geschichte der DDR nun umgeschrieben worden war?

Solche Errungenschaften, wie der hohe Bildungs- und Alphabetisierungsgrad, eine niedrige Säuglingssterblichkeit und eine gleichmäßigere Verteilung des Kapitals als im Westen, so die Professorin aus den USA, wurden quasi aus den Geschichtsbüchern gestrichen. Sie stellte fest, dass gerade dieser Umstand DDR-Frauen für eine Befragung bereit machte. „Sie sind stolz auf ihre Karriere und stolz auf ihre Kinder. Sie sagten mir, dass sie weder daran gehindert worden waren, ihre Religion auszuüben, noch zur Arbeit gezwungen wurden. Sie hatten jedoch durch ihre Kriegserfahrungen den Glauben an die institutionelle Kirche verloren und sie waren berufstätig geworden, um Selbstachtung und Unabhängigkeit zu erlangen und Geld zu verdienen. Während westlich kapitalistisch orientierte

Interpretationen ihrer jetzigen Situation sich eher auf den Rückgang ihres Einkommens konzentrieren, spielt für sie vielmehr der Verlust eines Teils ihrer Identität eine Rolle, da sie sich nun nicht mehr über Bildung, Berufsweg und Arbeitsplatz definieren können.“ (Frink 2004, S. 15 f.) Junge Frauen können Erfahrungen mit der Durchsetzung der Frauenrechte in der DDR zwar als Wissen erwerben, doch sie leben mit den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen. Frink konstatiert dazu nüchtern: „Für viele junge ostdeutsche Frauen ist der Wunsch nach einer Arbeitsstelle größer als der nach einer Familie, und sie versuchen zuerst, sich mühsam in ihrem Beruf zu etablieren, bevor sie an Heirat denken. Noch abwegiger ist der Gedanke, Kinder zu bekommen, wenn man die Kosten und Knappheit an Kinderkrippenplätzen sieht und an die Beschränkung des Abtreibungsgesetzes denkt.“ (Ebd., S. 88)

Die negativen Auswirkungen der Annullierung von DDR Gesetzen, die die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft staatlich sicherten, sieht Frink erstens darin, dass von den fast 30 Prozent alleinerziehenden Müttern heute drei Viertel von ihnen unter der Ar-[240:]mutsgrenze leben. Die Anzahl der Geburten alleinerziehender Mütter ist rückläufig, da Kosten für die Kinderbetreuung nicht aufgebracht werden können und das Risiko, die Arbeit zu verlieren, zu groß ist. Zweitens wird die Frage, ob Kinder das Leben bereichern 1990 im Osten Deutschlands noch von 90% der Frauen und 87% der Männer bejaht. Das nimmt im Laufe der Jahre rapide ab und gleicht sich der Haltung im westlichen Teil Deutschlands an, wo diese Bereicherung des Lebens weniger anerkannt wird.

Die Journalistin Martina Rellin stellte ebenfalls fest: Die Frauen aus der DDR wollen arbeiten, weil es ihnen für die Selbstverwirklichung wichtig ist. Sie vermissen die Arbeit, wenn sie sie verlieren. Sie schreibt: „Viel stärker als West-Frauen legen Ost-Frauen Wert auf die eigene Berufstätigkeit, auch wenn sie Kinder haben. Die Anerkennung als Berufstätige in der Gesellschaft und im Beruf selbst ist ihnen wichtig, das West-Rollenmodell ‚Mutti bleibt zu Hause und Papi verdient‘ ist ihnen fremd. Schon die Startbedingungen sind dafür im Osten heute noch besser als im Westen: Laut Familienministerium gab es Ende der 90er Jahre im Osten für rund 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren Krippenplätze-im Westen nur für drei von hundert Kindern!“ (Rellin 2004, S. 14 f.)

Doch nicht nur über die Arbeit sprachen die Interviewten. Sie erzählten von ihren Familien, von ihren Männern, den Kinder und ihren Freunden, die wichtig für ihr Leben sind. Es bestätigt sich, was in anderen Lebensläufen schon deutlich wurde: Die Mehrheit der DDR-Frauen entwickelte ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein. Die angesprochenen Frauen besaßen alle eine gute Schul- und Berufsausbildung oder waren Akademikerinnen. „Diese Ausbildung, das Wissen und das damit verbundene Selbstbewußtsein führten dazu, dass die meisten nach einer kurzen Phase der Irritation entweder das Alte beherzt fortgesetzt oder mit Kraft etwas Neues begonnen haben. Oder sie suchen noch gelassen das, was in der neuen Gesellschaft zu ihnen passt. Verbiegen, das ist ganz klar, wird sich keine dieser Frauen.“ (Ebd., S. 16 f.) Eine 45jährige Verwaltungsangestellte merkt zu den alten und nun wieder neuen Frauenrollen kritisch an, dass heute [241:] zunehmend Frauen, die ihr Kind in eine Kindereinrichtung bringen, gefragt werden, ob sie ihr Kind nicht lieber selbst betreuen wollen. Das habe sie in der DDR nie erlebt. Sie sagt von sich, dass sie sich gerne um ihre Kinder kümmere, doch die Arbeit für ihr Selbstwertgefühl brauche. „Selbst wenn ich eine Million hätte, würde ich nicht zu Hause bleiben, ich brauche die Bestätigung durch die Arbeit, die Kollegen, die Bürger.“ (Ebd., S. 255) Sorgen machen ihr jedoch nun die Hektik, das Abhetzen vieler Menschen heute, ihre oft physische und psychische Überforderung. Das kannte sie aus ihrem Leben in der DDR nicht. Daraus erklärt sie sich, warum man nun meint, Berufstätigkeit und Mutterschaft seien nicht vereinbar.

Eine 23jährige Studentin sagt von sich: „Ja, die zehn Jahre die ich in der DDR gelebt habe, haben mich wirklich geprägt, sie sind ein Teil von mir, auf den ich stolz bin, den ich auch nicht ablegen möchte, den ich Westdeutschen voraus habe, denn er hat mich gemacht, wie ich bin.“ (Ebd., S. 277) Berechtigt meint sie jedoch, die Unterscheidung von Ost und West solle endlich der Vergangenheit angehören. Die Studierenden erledigen gemeinsam ihre Aufgaben, treffen sich in ihrer Freizeit und pflegen Freundschaften.

Erika Maier macht unterschiedliche Beweggründe und Chancen für die Berufswahl in Ost und West deutlich. Sie charakterisiert Zielstellungen und ihre Realisierung. Höhen und Tiefen im Lebensablauf

der von ihr Befragten werden benannt. Das Buch ist ein Zeitdokument besonderer Art. Es zeigt bei gleichen Berufen Ähnlichkeiten und Unterschiede in Ost und West. Zugleich wird klar, wie Menschen sich durch Kennenlernen näher kommen können, sich tolerieren lernen und so die Wiedervereinigung auf persönlicher Ebene meistern. Nehmen wir dazu das Leben der Lehrerinnen Jutta Dietrich aus Storkow/Brandenburg und Karin Koch aus Bad Salzuflen/NRW, beide verheiratet und Mutter von zwei Kindern. In 30 Jahren Berufstätigkeit haben sie Erfahrungen im Schulalltag gesammelt. Jutta Dietrich brachte ihre Tochter in die Krippe, studierte erst zu Ende und arbeitete danach. Ihre Tochter ist trotz Krippe, wie sie wegen der Abwertung der Krippenerziehung durch manche Leute extra betont, ein lebensstüchtiger Mensch gewor-[242:]den. Ihr Mann, auch Lehrer, teilte zu Hause die Arbeit mit ihr. Nur in die SED trat er nie ein, was sie als deren Mitglied gern gesehen hätte. Karin Koch, während des Examens schon schwanger, hat, da ein Jahr später ihre zweite Tochter geboren wurde, erst gar nicht zu arbeiten begonnen, weil ihr Mann es nicht wünschte. Sie wollte ihre Kinder nicht zu Schlüsselkindern machen. Erst als ihre Kinder sechs und sieben Jahre alt waren, wurde sie Lehrerin. Zu diesem Zeitpunkt gab es in NRW absoluten Lehrermangel. Der Ehemann von Karin Koch war, wie sie meint, ein geduldiger Vater. Doch erzogen hat sie ihre Kinder allein. Ihre Mutter unterstützte sie. Hatte sie abends noch Korrekturen von Schülerarbeiten vor sich, dann war ihr Mann sehr unzufrieden. Ihr Mann und sie waren beide CDU-Wähler. Sie war politisch nicht versiert, sondern hat sich an ihm orientiert.

Unterschiedlicher Berufsbeginn und verschiedene Haltung der Ehemänner haben schon etwas mit den gesellschaftlichen Bedingungen zu tun, wenn auch nicht allein. Charaktere spielen eine wichtige Rolle. Zugleich ist wichtig, was vom Staat und den Medien propagiert und toleriert wird. Verfolgt man beide Lehrerinnen-Biografien, dann stellt man folgendes fest: Während die Brandenburgerin sich um Einschätzungen des Schulalltags bemüht, schildert die Salzuflerin nur einzelne Arbeitsabläufe. Die Sicht beider auf die Wiedervereinigung differiert. Jutta Kochs Mann will den Zusammenbruch des Kommunismus erleben. Daran orientiert sie sich. Nach ihrer Pensionierung kümmert sie sich um die Enkel, aber lebt auch für ihre eigenen Interessen. Finanziell ist sie gut abgesichert. Jutta Dietrich hat sich für die Mitarbeit zur Ausgestaltung einer gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus in der DDR entschieden. Nach 1990 hatte sie sich völlig umzuorientieren. Die neuen Anforderungen im Beruf meisterte sie. Doch sie wollte mit ihrer Lebensleistung und ihrer Biografie anerkannt werden. Ihre Rentenbenachteiligung findet sie ungerecht. Doch sie kommt damit zurecht. Das Jammern liegt ihr nicht. Die Vorteile der Bildung in der DDR benennt sie klar. 1997 ging sie in den Ruhestand. Sie stellt fest: „Wenn ich den Unterricht vergleiche, muss ich sagen: Was wir in der DDR den Schülern beigebracht haben, war richtig [243:] gut. Besonders in Deutsch wurde solides Grundwissen vermittelt. Die wussten in der fünften Klasse, woraus ein Satz besteht, was Prädikat und Subjekt sind und konnten mit der deutschen Sprache umgehen. Unser Deutschunterricht war einfach systematischer.“ (Maier 2007, S. 154). Nach 1990 entsetzte sie die nun einsetzende Lernunlust von Schülern, ihre Disziplinlosigkeit und der Verlust an Solidarität mit anderen. Sie erkennt, dass Perspektivlosigkeit im beruflichen Leben und Arbeitslosigkeit der Eltern dafür verantwortlich sind. Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit gab es in der DDR nicht. Selbst bei schlechtem Schulabschluss konnte eine Lehre absolviert werden. Was nützt die freie Berufswahl, wenn es keine Stellen gibt? Zwar kann nun jeder studieren, doch für manche ist es nur der Übergang in die nieder qualifizierte Arbeit oder in die Arbeitslosigkeit.

### **9.3. Demokratischer Frauenbund (dfb)**

Während der 1989/1990 aktive Unabhängige Frauenverband (UFV) immer mehr öffentliches Interesse verlor und sich auflöste, hat der dfb eine starke Stellung in der BRD bei der Durchsetzung von Frauenrechten erreicht. Man kann das verschieden deuten. So könnte der UFV in der Mehrheit von Frauen getragen worden sein, die mit der Beendigung der DDR ihr politisches Ziel erreicht hatten und sich neue Posten sicherten. Doch damit würde man manchen Kämpferinnen gegen Diffamierungen der Frauen Unrecht tun. Diese, und das wäre eine weitere Deutung, haben nun resigniert oder andere Tätigkeitsfelder gesucht. Doch der als Adler hoch geflogene UFV ist als Zaunkönig gelandet und dann aus dem politischen Leben verschwunden. Der dfb existiert und leistet eine umfangreiche

Arbeit auf politischem und sozialem Gebiet. Vorsitzende ist Brigitte Triems, die ich schon aus der Arbeit in der IDFF kenne und mit der ich gern über aktuelle Fragen der Frauenpolitik rede.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands wandelte sich der DFD am 26. Oktober 1990 in den Demokratischen Frauenbund e. V. [244:] (dfb) um. Er ist ein bundesweiter, überparteilicher, gemeinnütziger Verein mit selbständig arbeitenden Landesverbänden in sechs Bundesländern. Hauptzweck des Vereins ist laut Satzung die Förderung des demokratischen Gemeinwesens durch die besondere Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, der Familie und auf sozialem Gebiet. Hinzu kommt die Förderung von Toleranz und Völkerverständigung. Zur Verwirklichung werden Frauen- und Familienzentren, Beratungsstellen, Frauenhäuser und Zufluchtwohnungen in freier Trägerschaft betrieben. Es gibt eine Vielzahl von Projekten für individuelle Beratung, Betreuung, Förderung und konkrete Lebenshilfe für Frauen und Mädchen sowie für Familien. Oberstes Ziel ist die Hilfe zur Selbsthilfe. Mit arbeitsmarktorientierten Projekten sollen Langzeitarbeitslose und schwer zu Vermittelnde auf dem ersten Arbeitsmarkt einen Platz finden. Es geht darum, in den Ländern und Kommunen die Kräfte von Frauen zu bündeln und gemeinsame Initiativen und Aktionen, unabhängig von Parteizugehörigkeit und Weltanschauung, zu fördern. Das betrifft Frauenaktionswochen, Frauenstammtische, Frauenmessen, soziale Aktionsbündnisse und Netzwerke. Gefördert werden wissenschaftliche Untersuchungen, Symposien und Seminare sowie die Herausgabe entsprechender Informationsmaterialien zu Fragen der Gleichberechtigung von Frauen und Männern.

Die Erweiterung der sozialen Aufgabenstellung des Frauenbundes zeigt sich in der 1993 erfolgten Gründung des „SOZIALWERK“ des dfb als Träger für soziale Arbeit und Dienste. Es ist für sozial Benachteiligte engagiert, der Hilfe zur Selbsthilfe verpflichtet, fördert Nachbarschaft und schafft Arbeitsplätze. Ein Beispiel ist das einzigartige Wohnprojekt „Undine“ in Berlin, das 1996 eröffnet wurde. Aus einem heruntergekommenen, leerstehendem Gebäude entstand ein modernes Haus mit Wohnungen für Menschen unterschiedlicher Generationen, die die Erfahrung von Obdachlosigkeit gemacht haben. Hier erhalten sie Beratung, Betreuung und Hilfe zur Selbsthilfe. Schirmherrin ist seit 1996 die Sängerin Dagmar Frederic.

[245:] Seit 1993 ist der dfb Mitglied im Deutschen Frauenrat. Dieser ist die Vereinigung von aktuell 56 bundesweit aktiven Frauenverbänden und -Organisationen. Dazu zählen konfessionelle Verbände und Berufsverbände, die Frauengruppen der Parteien, der Gewerkschaften und des Deutschen Olympischen Sportbundes, außerdem überkonfessionell und überparteilich arbeitende Organisationen mit vielfältigen sozialen und politischen Aufgaben. Insgesamt hat der Deutsche Frauenrat mehr als zehn Millionen Mitglieder. Er ist die wichtigste Lobby von Frauen und hat wesentlich dazu beigetragen, Frauen- und Gleichstellungspolitik auf die politische Agenda zu setzen.

Der dfb hat die positiven Seiten des Wirkens der Frauenorganisation der DDR, die vor allem in der Bündelung der Kräfte zur Durchsetzung der Frauenrechte bestehen, aufgegriffen und mit sozialen Aspekten weiter geführt. In ihm wirken auch Frauen aus der DDR weiter mit, die den Kopf oben behalten haben, sich von den schwierigen Bedingungen nicht abhalten lassen, weiter um ihre Rechte zu kämpfen. Sie setzen ihr Wissen und Können mit anderen Frauen und vor allem mit der jüngeren Generation, für die Ost und West keine Trennlinie ist, ein, um politisch zu wirken und sozial zu helfen. Mit den Erfahrungen aus der DDR im Kopf weiß die engagierte Frau, was zu erreichen ist, wenn man sich nicht aufgibt, seinen Elan nicht verliert und konsequent für Frauenrechte eintritt.

#### **9.4. Chor der fröhlichen Rentnerinnen**

Das Schicksal von Dr. Christine Roßberg ist untrennbar mit dem Chor der fröhlichen Rentnerinnen verbunden. Sie arbeitete als Ärztin und ist seit 1998 Vorsitzende des Landesverbandes der Volkssolidarität Berlin. 1973 begann sie mit einer Singegruppe. Diese mauserte sich im Laufe der Jahre zu einem Rentnerinnen-Chor, dessen Leiterin Christine Roßberg war und ist. Zwar wechselten die Mitglieder, doch die Chorleiterin blieb. Der Chor trat und tritt bis heute auf vielen Bühnen erfolgreich auf. Zu seiner „Geburtsstunde“ war das kaum abzusehen. [246:] Interessant ist schon, wie die Ärztin zu der neuen und zusätzlichen Aufgabe kam. Sie war in einem Ambulatorium tätig, das ein

Feierabendheim (Bezeichnung für Heimbetreuung von Rentnerinnen und Rentnern) im Wohngebiet ärztlich versorgte. Sie machte sich Gedanken über die Freizeitaktivitäten der Bewohner/Innen. Bei einem Gespräch, das sie und ihr Mann Kurt, der ehrenamtlich im Wohngebiet sehr viel in Bewegung setzte, mit dem Heimleiter führten, bat dieser um Unterstützung dafür, eine Singegruppe bilden zu können. Ihr Mann schlug sofort sie dafür vor. Da der Heimleiter begeistert dankte, widersprach sie nicht. Sie erzählt: „Auf dem Heimweg bin ich noch immer sprachlos, aber mir ist schon klar, dass ich gegen Kurts Argumente keine Chance haben werde. Gesellschaftliche Arbeit ist für die Frau eines solchen Energiebündels und Wohngebietsaktivisten eine Selbstverständlichkeit, ist seine Überzeugung. Auf diese Weise bin ich bereits Vorsitzende einer Sozialkommission geworden, halte Vorträge über gesunde Lebensweise vor älteren Menschen, bin mitverantwortlich für einen Rentnertreff in unserem Klub in der ‚Passage‘,“ ( Roßberg 2002, S. 9 ) Sie überlegte dann, dass seit ihrem Studium von 1955 bis 1958 an der Kirchenmusikschule in Halle ihre Dirigentenqualifikation zwar von ihr nicht mehr genutzt worden war, doch bestimmt wieder reaktiviert werden könnte. Es war schon eine Herausforderung, die für sie ihre Reize hatte.

Mut für neue Lebensorientierungen hatte sie schon mehrfach gezeigt. Ausgebildet als Kinderkrankenschwester, eine Tätigkeit, die sie sehr befriedigte, hatte sie mit 30 Jahren das Medizinstudium gewagt. Das war in der DDR ein ungewöhnliches Alter für einen neuen Studienbeginn. Sie schloss es 1970 erfolgreich ab und promovierte 1971. Danach absolvierte sie die Ausbildung zum „Facharzt für Allgemeinmedizin“, arbeitete ab 1975 als Hausärztin im Ambulanten Gesundheitswesen in Berlin-Lichtenberg und wurde dort 1980 Leiterin der Geriatrischen Beratungsstelle des Stadtbezirks. Zusätzlich leistete sie eine umfangreiche ehrenamtliche Arbeit bei der Betreuung älterer Menschen. Noch heute sind ihr die dankbar, denen sie bei Krankheit geholfen und bei Problemen Ratschläge gab. 1991 wurde [247:] sie arbeitslos und 1994 Rentnerin. Kraft gab ihr in dieser schweren Zeit ihr Chor. „Man mag es gar nicht glauben, während meines Studiums vor vierzig Jahren habe ich gelernt, dass es im Alter nur Defizite gibt. Die Körperfunktionen bilden sich zurück, der Geist lässt in seinen Funktionen nach, Emotionen werden rar ... Der alte Mensch – bedauernswert, ohne Zukunft, ohne Lebenssinn ... Wie gut, dass die tägliche Praxis ganz andere Erfahrungen bringt. Das Alter ist sinnvoll, der Chor, unsere Gemeinschaft ist unser ‚Über-Lebensmittel‘ geworden.“ (Ebd., S. 93)

Es gab Auftritte auf unterschiedlichen Bühnen und zu verschiedenen Anlässen. Die Weiterbildungen für die Chorleiter hatte Prof. Vagts von der Humboldt-Universität übernommen. Zu einem späteren Zeitpunkt wurde die Volkssolidarität über ihren Reiseklub Veranstalter von Chortreffen. Künstlerischer Leiter der Chortreffen wurde nach 1990 Prof. Müller. Er, ein erfahrener Musikwissenschaftler, Hochschullehrer, der besonders Robert Schumann verehrte, war nach 1990, wie so viele Menschen nach dem Ende der DDR, ohne Aufgabe und psychisch dadurch sehr angegriffen. Er nahm deshalb gerne das Angebot der Volkssolidarität an. Die Chortreffen werden durch den Reiseklub in den unterschiedlichsten Städten der Welt veranstaltet. So reiste der Chor von Christine Roßberg nach Sofia, Villach, zum Weissenhäuser Strand, Pesaro (Geburtsstadt von Rossini), ins Salzburger Land, nach Prag, Koblenz, Wien, Jesolo, Innsbruck und in das Böhmisches Bäderdreieck. In der „Beethovenhalle“ in Bonn erklangen zu Ehren des berühmten Sohnes „Heilige Freiheit“ und ein Teil des Jubelchores der IX. Sinfonie „Freude, schöner Götterfunken“. Das Lieblingslied des Chores ist: „Setzt ich mir ein Bäumchen vor das neue Haus – Friede für das Bäumchen, Friede für das Haus.“ Das Lied sangen sie im großen Konzertsaal des Schauspielhauses am Gendarmenmarkt, als 300 Sängerinnen und Sänger aus sechs Chören, alle im betagten Alter, sich den erwartungsvollen Zuhörern mit ihrem Können vorstellten. Krönender Abschluss war der gemeinsame Auftritt des Konzertchores der Staatsoper mit den Senioren/Innen. Sie sangen drei Chorsätze von Gluck, Beethoven und Kreutzer.

[248:] Geboren aus einer Idee, die Freude bringen und keine Einsamkeit unter Älteren aufkommen lassen sollte, entwickelte sich durch das Engagement vieler Menschen eine kulturelle Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens. Sie hatte den Nebeneffekt, zu zeigen, dass Alter nicht heißt, keine Leistungen mehr für die Gesellschaft bringen zu können. So überlebte durch die Aktivitäten der Chorleiterin eine in der DDR entstandene Gruppe, die es sich zur Aufgabe gemacht hatte, durch Musik anderen Menschen Freude zu bringen, die sie auch heute noch mit Enthusiasmus erfüllt.

[249:]

## 10. Schlussbemerkung

Betrachtet man die Vorgeschichte, die 40 Jahre DDR und die Nachgeschichte der Frauen aus der DDR, dann wird deutlich, dass für die Durchsetzung der Frauenrechte als Menschenrechte die Initiativen einzelner Persönlichkeiten wichtig sind. Gesellschaftliche Bedingungen sind zu schaffen, um Veränderungen von Verhaltensweisen zu erreichen, die der Gleichberechtigung von Frauen und Männern entsprechen. Doch das Angebot von Möglichkeiten ist das eine, die Realisierung durch die Tat Einzelner das andere. Mit Elan haben Frauen in der DDR die Chancen zur Selbstverwirklichung genutzt, Zögernde mitgerissen, Probleme aufgedeckt und Schwierigkeiten überwunden. Die dabei gesammelten Erfahrungen können Grundlage für das Nachdenken über zukünftige gesellschaftliche humane Zustände sein. In der Gegenwart bieten sie die Voraussetzung für Forderungen, um Frauenrechten mehr Realitätsbezug zu unterlegen. Der nun wieder rückläufige Trend in Lebenshaltungen, der nicht nur an den erwähnten Beispielen nachzuweisen ist, zeigt, welche große Leistung bei der Veränderung von Verhaltensweisen in den 40 Jahren ihrer Existenz die DDR vollbrachte.

Im Bewusstsein vieler Menschen der DDR bleiben Erinnerungen an bezahlbare Theaterbesuche, hervorragende Theaterensembles und Schauspieler, die ihr Leben bereicherten. Die Angebote an guter Literatur werden weiter Kenntnisse von unseren Sorgen und Mühen im Alltag vermitteln, von dem, was wir verändern konnten und mit welchem Resultat. Spätere Generationen werden unvoreingenommen Biografien von DDR-Bürgern lesen. Sachbücher, wissenschaftliche Literatur können Auskunft über Leistungen geben, die im Wissenschaftsbetrieb erreicht wurden und welche Lösungen für allgemein-menschliche Probleme angeboten wurden. Immer hatten Frauen der DDR hierfür ihre Energien als Menschen im Aufbruch mit eingebracht.

Erfahrungen von DDR-Frauen bleiben lebendig und werden an die kommenden Generationen weiter gegeben. Sie machen deutlich, [250:] dass mit staatlicher Strategie, d. h. Gesetzen und Verordnungen, und deren konkreter Ausgestaltung, Berufstätigkeit und Mutterschaft vereinbar sind. Dazu bedarf es spezifischer Fördermaßnahmen für Bildung und Weiterbildung von Frauen, konkreter Durchsetzung der Frauenrechte in jedem Lebensbereich und der kritischen Auseinandersetzung mit Hemmnissen. Das ist leichter realisierbar, wenn die Einrichtungen der Wirtschaft, der Bildung und der Wissenschaft die staatlichen Vorgaben umzusetzen haben und keine privaten Interessen nach Maximalprofit verfolgen.

Die richtige Haltung heute kann nur sein: Anerkennung der Biografie des jeweils anderen und die Übernahme von gemeinsamer Verantwortung für eine gesellschaftliche Verbesserung des Lebens aller Bürger. Vielleicht begreifen das manche Politiker nicht, weil sie sich schon zu weit vom einfachen Leben entfernt haben. Was bleibt, ist das Leben, das in Ost und West durch Frauen gemeistert wurde. Die Unterstützung, die durch den gesellschaftlichen Rahmen gegeben war, unterschied sich. Die Bedingungen, um Frauenrechte als Menschenrechte immer besser durchzusetzen waren in der DDR für Frauen günstiger. So viel sollte allen unvoreingenommenen Lesern klar sein.

[251:]

## Literatur

Aleksander, Karin (Hrsg.) (2005), Frauen und Geschlechterverhältnisse in der DDR und in den neuen Bundesländern. Eine Bibliographie. Berlin: trafo Verlag

Alternativbericht (2008), Alternativbericht der Allianz von Frauenorganisationen Deutschlands zum 6. Bericht der Bundesregierung Deutschland zum Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (CEDAW), Berlin, November 2008, hrsg. von der Redaktionsgruppe der Allianz von Frauenorganisationen Deutschlands

Appell (1989) „Für unser Land“ [www.glasnost.de/hist/ddr/89appell.html](http://www.glasnost.de/hist/ddr/89appell.html)

Autorenkollektiv (1979), Zum 100. Jahrestag der Herausgabe von August Bebel's Buch „Die Frau und der Sozialismus“. Die Frau in der Deutschen Demokratischen Republik, Dresden: Verlag Zeit im Bild

Bahr, Egon (1996), Zu meiner Zeit, München: Karl Blessing Verlag

Bebel, August (1979), Die Frau und der Sozialismus, Berlin: Dietz Verlag

Bebel, Briefe (1997), August und Julie Bebel. Briefe einer Ehe, Hrsg. Ursula Herrmann, Bonn: Dietz

Bredow, Rafaela von (2007), Das gleiche Geschlecht, in: Der Spiegel 6/2007

Brizendine, Louann (2007), Das weibliche Gehirn – Warum Frauen anders sind als Männer, Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag

Brot & Rosen (1979), Geschichte und Perspektive der demokratischen Frauenbewegung, Hrsg. von Florence Herve, Frankfurt am Main: Verlag Marxistische Blätter

Bruhm-Schlegel, Uta, Kabat vel Job Otmar, unter Mitarbeit von Barbara Bertram und Monika Reißig, Junge Frauen Heute. Wie sie sind – was sie wollen. Leipzig: Verlag für die Frau 1981

Bürger, Annekathrin, Decker, Kerstin (2007), Der Rest, der bleibt. Erinnerungen an ein unvollkommenes Leben. München: Droemer Verlag

Dohm, Hedwig (1893), Der Frauen Natur und Recht, Berlin: Wedekind & Schweiger 1893

Dohm, Hedwig (2006), Ausgewählte Texte, hrsg. von Nikola Müller und Isabel Rohner, Berlin: trafo Verlag

Dohm, Hedwig (2006-2009), Edition Hedwig Dohm, Bd. 1 bis 4, hrsg. von Nikola Müller und Isabel Rohner, Berlin: trafo Verlag

Dokumente (1975), Dokumente der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung zur Frauenfrage 1848-1974, Leipzig: Verlag für die Frau

[252:]

Dünnebier, Anna, Scheuch, Ursula (2002), Die Rebellion ist eine Frau. Anita Augspurg und Lida G. Heymann, Kreuzlingen/München: Heinrich Hugendubel Verlag

Dürr, Anke u. a. (2007), Der Familienkrach, in: Der Spiegel 9/2007

Eberlein, Werner (2009), Geboren am 9. November. Erinnerungen. Berlin: Das Neue Berlin

Echolos (2004), Anna-Christine Rhode-Jüchtern, Maria Kublitz-Kramer (Hg.), Echolos. Klangwelten verfolgter Musikerinnen in der NS-Zeit, Bielefeld: Aisthesis Verlag

Engel, Evamaria (Hrsg.) (1999), Was ein Jahrtausend sei? Laß michs bedenken. Berlin: edition bondoni

Feministische Philosophie (1990). Hrsg. von Herta Nagl-Docekal. Wien: R. Oldenbourg

- Feyl, Renate (1977), Bilder ohne Rahmen, Greifenverlag zu Rudolstadt
- Feyl, Renate (1981), Der lautlose Aufbruch, Berlin: Verlag Neues Leben
- Feyl, Renate (1986), Idylle mit Professor, Berlin: Verlag Neues Leben
- Feyl, Renate (2002), Das sanfte Joch der Vortrefflichkeit, München, Zürich: DIANA Verlag, Taschenbuchausgabe 06/2002
- Forberger, Siegfried (2000), Aufzeichnungen über die Geschichte der Menschenrechtskommission, Abschnitt: Gleichberechtigung und Förderung der Frauen, Manuskript, vom Autor zur Verfügung gestellt
- Frauenmosaik (2009) Neue Frauenbiographien aus dem Berliner Stadtbezirk Treptow-Köpenick, Berlin: trafo Verlag
- Frink, Helen H. (2004 ), Lebenswege ostdeutscher Frauen. Women after Communism. The East German Experience. Schkeuditz: GNN Verlagsgesellschaft
- Gans Erhard, Liebe, Siegfried (1982), Proportionen des Zeitaufwandes der sozialistischen Gesellschaft im Gesamtprozeß ihrer Reproduktion in der DDR, Berlin: Akademie-Verlag
- Geschichte des Demokratischen Frauenbunds Deutschland (DFD) (1989), Leipzig: Verlag für die Frau
- Gutschke, Irmtraud (2008), Eva Strittmatter. Leib und Leben. Berlin: Verlag Das Neue Berlin
- Hampele Ulrich, Anne (2000), Der unabhängige Frauenverband. Ein frauenpolitisches Experiment im deutschen Vereinigungsprozeß. Berliner Debatte Wissenschaftsverlag
- Hermann, Ursula, Emmrich Volker (1989), August Bebel. Eine Biographie. Autorenkollektiv unter Leitung von Ursula Herrmann und Volker Emmrich. Berlin: Dietz-Verlag
- [253:]
- Herrnstadt, Rudolf (1990), Das Herrnstadt-Dokument, hrsg. Von Nadja Stulz-Herrnstadt, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag
- Hervé, Florence (Hrsg.) (2007), Clara Zetkin oder: Dort kämpfen, wo das Leben ist. Berlin: Karl Dietz Verlag
- Hobsbawm, Eric (1998), Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München: Deutscher Taschenbuch Verlag
- Hörz, Helga (1968), Die Frau als Persönlichkeit. Philosophische Probleme einer Geschlechterpsychologie. Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften
- Hörz, Helga E. (2006), Patriarchalische Machtstrukturen in philosophischer und psychologischer Auseinandersetzung, Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik. Berichte, 16 (2006) 163, S. 7-27
- Hörz, Helga E., (2009), Zwischen Uni und UNO. Erfahrungen einer Ethikerin, Berlin: trafo Verlag 2009
- Hörz, Herbert (1994), Selbstorganisation sozialer Systeme. Ein Modell zum Freiheitsgewinn der Persönlichkeit. Münster: LIT-Verlag
- Hovenbitzer, Ina (1978), Besondere Rechte der werktätigen Frau und Mutter. Erläuterungen zum 12. Kapitel des Arbeitsgesetzbuches der DDR. Berlin: Verlag Tribüne
- Jun, Gerda (1991), Gemeinsamsein und Einsamsein. in: Irmtraud Morgners Hexenfahrt. Eine Zeitmontage. Hrsg. von Christine von Soden. Berlin: Elefanten Press Verlag GmbH
- Kirsch, Ruth (1982), Käte Duncker. Aus ihrem Leben. Berlin: Dietz Verlag

- Konze, Marianne, Erfahrungen aus der Frauenpolitik der DKP, in: Marxistische Blätter, Heft 6-09, 47 Jg., S. 42-45
- Lexikon der klassischen Komponisten (1995), Hamburg: Nikol Verlagsgesellschaft mbH.
- Liedtke, Ulrike {Hrsg.} (2005), Frau Musica heute. Konzepte für Kompositionen. Rheinsberger Pfingstwerkstatt Neue Musik 2005. Veröffentlichung der Musikakademie Rheinsberg GmbH
- Löffler, Sigrid (1991), Eine anmutige Spinnerin. Die Frauen müssen die Welt instandsetzen. in: Irmtraud Morgners Hexenfahrt. Eine Zeitmontage. Hrsg. von Christine von Soden. Berlin: Elefanten Press Verlag GmbH
- Maier, Erika (2007), Einfach leben hüben wie drüben. Zwölf Doppelbiographien. Berlin: Karl Dietz Verlag Berlin GmbH 2007
- Marx/Engels (1959), Manifest der kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin: Dietz-Verlag
- Marx, Karl (1962), Das Kapital, Bd. 1 in: Marx, Engels, Werke, Bd. 23, Berlin: Dietz-Verlag [254:]
- Marx, Karl, Engels, Friedrich (1965), Werke, Band 32, Berlin: Dietz Verlag
- Mitdank, Joachim (2008), Die DDR zwischen Gründung, Aufstieg und Verkauf, Berlin: NORA Verlagsgemeinschaft Dyck & Westerheide
- Möbius, Paul Julius (2000), Über den physiologischen Schwachsinn des Weibes, Augsburg: Weltbild Verlag GmbH
- Modrow, Hans (1998), Die Perestroika, Berlin: edition ost
- Morgner, Irmtraud (1990), Apropos Eisenbahn. In: Irmtraud Morgner, Texte, Daten, Bilder. hrsg. von Marlis Gerhardt, Frankfurt am Main: Luchterhand Verlag
- Most, Edgar (2009), Fünfzig Jahre im Auftrag des Kapitals – Gibt es einen dritten Weg? Berlin: Das Neue Berlin
- Pawloff, Margrit, (2007), Über den Tag hinaus, Berlin: Verlag KARO
- Pawlowski, Rita (Hrsg.) (2008), Unsere Frauen stehen ihren Mann. Frauen in der Volkskammer der DDR 1950-1989. Ein biographisches Handbuch, Berlin: trafo Verlag
- Pekinger Plattform (1995), UNO-Weltfrauenkonferenz 1995 (Beijing, 4.-15. September 1995), auszugsweise Übersetzung des Documents A/Conf. 177/20 vom 17. Oktober 1995, Deutscher Übersetzungsdienst der Vereinten Nationen, Anlage II, Aktionsplattform Pöttsch, Horst (1998), Deutsche Geschichte von 1945 bis zur Gegenwart. München: OLZOG Verlag
- Protokoll (1947) des II. Parteitages der SED, Berlin. Dietz Verlag 1947
- Rellin, Martina (2004), Klar bin ich eine Ostfrau! Berlin: Rowohlt Verlag
- Raiser, Brunhilde (2005), Schon abgehakt? Peking plus 10, Zehn Jahre Weltfrauenkonferenz – Zehn Jahre Pekinger Aktionsplattform, Berlin: Deutscher Frauenrat
- Reimann, Brigitte (1974), Franziska Linkerhand, Berlin: Verlag Neues Leben
- Reimann, Brigitte (1998), Alles schmeckt nach Abschied. Tagebücher 1964-1970, Berlin: Aufbau-Verlag GmbH, 2. Auflage
- Roßberg, Christine (2002), Der Chor ist unser zweites Zuhause. Eine Chronik aus persönlicher Sicht. Berlin: Dr. Christine Roßberg, edition unikum-litera
- Schad, Martha (2002), Frauen gegen Hitler. Schicksale im Nationalsozialismus. München: Heyne Verlag

Schenk, Christina (1991 ), Experiment UFV, in: Irmtraut Morgners Hexische Weltfahrt. Eine Zeitmontage. Hrsg. von Christine von Soden, Berlin: Elefantentpress 1991

[255:]

Schöpp-Schilling, Hanna Beate (Ed.) (2007), The circle of empowerment. Twenty-five years of the UN-Comitee on the elimination of discrimination against women. New York: The feminist press at the City University of New York

Scholz, Hannelore (1992), Widersprüche im bürgerlichen Frauenbild. Zur ästhetischen Reflexion und poetischen Praxis bei Lessing, Friedrich Schlegel und Schiller. Weinheim: Deutscher Studien Verlag (Neuaufgabe im trafo Verlag Berlin)

Scholze, Siegfried (2001), Der Internationale Frauentag einst und heute. Geschichtlicher Abriss und weltweite Tradition vom Entstehen bis zur Gegenwart. Berlin: trafo Verlag

Schröter, Ursula (2002), ... was denn, Euch gibt's noch? Berlin: Demokratischer Frauenbund e.V. (dfb)

Segal, Lynne (1989), Ist die Zukunft weiblich? Probleme des Feminismus heute. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag GmbH

Skłodowska-Curie, Marie (1962), Selbstbiographie, Leipzig: B. G. Teubner Verlagsgesellschaft

Studie (1988), Über den Stand der Auswahl, Vorbereitung und den Einsatz von Frauen in verantwortlichen Funktionen der Volkswirtschaft, des Staatsapparates sowie in gesellschaftlichen Bereichen, Studie vom 27. Oktober 1988, im Besitz der Autorin

Szepansky, Gerda (1995), Die stille Emanzipation Frauen in der DDR. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag GmbH

Wenzel, Siegfried (2008), Von wegen Beitritt! Offene Worte zur deutschen Einheit, Berlin: Das Neue Berlin

Wurms, Renate (1980), Wir wollen Freiheit, Frieden, Recht. Der Internationale Frauentag. Zur Geschichte des 8. März. Frankfurt am Main: Verlag Marxistische Blätter

Wollstonecraft, Mary (1989), Eine Verteidigung der Rechte der Frau, Leipzig: Verlag für die Frau

Woolfolk Cross, Donna (1999), Die Päpstin, Berlin: Aufbau Taschenbuch Verlag GmbH 1999

[256:]

## **Personenverzeichnis**

### **A**

Aleksander, Karin 12, 136, 251  
Anstee, Margaret 169  
Augspurg, Anita 36, 38, 39, 45, 252

### **B**

Baganz, Marga 144  
Bahr, Egon 83, 251  
Beauvoir, Simone de 130, 225  
Bebel, August 32, 33, 34, 35, 44, 69, 251  
Bebel, Julie 32, 33  
Beer, Helene 67, 142, 144  
Bertram, Barbara 251  
Beuster, Louise 98  
Bloch, Ernst 199  
Bohley, Bärbel 126  
Brautsch, Martha 54  
Brecht, Bertolt 49  
Bredow, Rafaela von 178, 251  
Britta, Historikerin 131  
Brizendine, Luoann 178, 251  
Brown, Freda 156, 157  
Bruhm-Schlegel, Uta 123, 251  
Brüning, Uschi 229  
Buch, Martha 98  
Bürger, Annekathrin 209, 210, 211, 228, 229, 231, 251

### **C**

Cage, John 27  
Churchill, Winston 81  
Coppi, Hilde 49  
Cotton, Eugenie 50  
Cradock, Percy 207  
Cremer, Fritz 62  
Curie, Marie 183, 255  
Curie, Pierre 183

### **D**

Damerius-Koenen, Emmy 142, 144  
Decker, Kerstin 210, 228, 251  
Diehl, Guida 48  
Dietrich, Jutta 241, 242  
Dohm, Hedwig 45, 46, 251  
Duncker, Hermann 40  
Duncker, Käte 38, 40, 43, 44, 45, 71, 253  
Dünnebier, Anna 36, 252  
Durand, Wilhelm 142  
Durand-Wever, Anne-Marie 142, 144  
Dürr, Anke 214, 252

### **E**

Eberlein, Werner 80, 81, 82, 83, 252  
Engel, Evamaria 220, 221, 252  
Engels, Friedrich 15, 22, 33, 111, 253  
Erdmann, Christa 99  
Ermisch, Luise 85  
Ewing 83

### **F**

Feuchtwanger, Lion 49  
Feyl, Renate 189, 190, 191, 192, 193, 252  
Fink, Ilsegret 10  
Fischer, Edmund 43  
Florin, Elfriede 211  
Forberger, Siegfried 161, 162, 163, 164, 252  
Fourier, Charles 185  
Frank, Bruno 49  
Frederic, Dagmar 244  
Frink, Helen H. 238, 239, 252

### **G**

Gans, Erhard 120, 252  
Gaus, Günter 219  
Gerhardt, Marlis 254

Gilbert, Pia 27  
Goethe, Johann Wolfgang von 151, 193  
Gomez, Teresinha 28  
Gorki, Maxim 151  
Gottsched, Luise Adelgunde Victoria 192  
Gouges, Olympe de 30  
Gropper, Roberta 56  
Gutermuth, Rosemarie 87  
Gutschke, Irmtraud 55, 111, 252

## H

Hallgarten, Contanze 49  
Hampele Ulrich, Anne 212, 252  
Hatvany-Winsloe, Christa von 49  
Helmholtz, Hermann von 190  
Henselmann, Hermann 195  
Herrmann, Karin 180, 181  
Herrmann, Liselotte 49  
Herrmann, Ursula 251  
Herrnstadt, Rudolf 82  
Hesse, Hermann 39  
Heymann, Lida G. 36, 38, 39, 45, 252  
Hitler, Adolf 39, 48, 254  
Hobsbawm, Eric 129, 140, 253  
Hockauf, Frida 56, 85  
Hoffmann, Frida 85, 86  
Honecker, Erich 74, 126  
Hovenbitzer, Ina 73, 253  
Humboldt, Wilhelm von 190, 193

## I

Ingelheim, Johanna von 28

## J

Janka, Walter 211  
Julie Bebe! 251  
Jun, Gerda 202, 253

## K

Kabat vel Job, Otmar 123, 251  
Kellerbauer, Barbara 229, 230

Kern, Käthe 56, 62, 63, 142, 144  
Key, Ellen 70

Kilian, Liddy 65

Kirsch, Ruth 40, 253

Koch, Jutta 242

Koch, Karin 241, 242

Kohl, Helmut 207, 208

Königsdorf, Helga 203, 206

Konze, Marianne 126, 253

Kopka, Fritz-Jochen 134

Kublitz-Kramer, Maria 252

Kugelmann, Ludwig 15

Kuhrig, Herta 114, 163

## L

Landowska, Wanda 26

Lenin, Wladimir Iljitsch 118

Leßig, Lotte 56

Lewerenz, Walter 195

Liebe, Siegfried 120, 252

Liebknecht, Kar! 45

Liedtke, Ulrike 26, 253

Löffler, Sigrid 200, 253

Lüders, Else 142

Luxemburg, Rosa 45

## M

Maglioschetti, Margot 180, 181

Maier, Erika 99, 238, 241, 243, 253

Makarenko, A. S. 151, 152

Malenkow, Georgi 81

Mann, Erika 49

Mann, Heinrich 49

Mann, Klaus 49

Mann, Thomas 49, 151

Marcuse, Ludwig 49

Marx, Karl 15, 22, 23, 31, 33, 111, 198, 253

Marx-Aveling, Eleanor 31

Mayer, Hans 199

McCloy 83  
Meitner, Lise 190, 191  
Merke, Else 85, 86  
Merkel, Ina 212  
Mikojan, Anastas 81  
Mitdank, Joachim 207, 208, 254  
Möbius, Paul Julius 21, 22, 254  
Modrow, Hans 205, 206, 212, 254  
Morgner, Iertraut 198, 199, 200, 201, 202, 253, 254  
Most, Edgar 208, 233, 234, 254  
Mühle, Liesbeth 226  
Müller, Künstlerischer Leiter der Chortreffen 247  
Müller, Nikola 251

**N**

Nagl-Docekal, Herta 1252  
Nehru, Pandit 39  
Nossek, Carola 229

**O**

Oeser, Edith 161

**P**

Pawloff, Margrit 124, 125, 254  
Pawlowski, Rita 89, 254  
Peters, Luise Otto 57  
Pötzsch, Horst 77, 254  
Puttkamer, Robert Viktor von 33

**R**

Rade!, Frieda 68  
Raiser, Brunhilde 170, 254  
Reichenbach, Hans 49  
Reimann, Brigitte 193, 195, 196, 254  
Reißig, Monika 251  
Rellin, Martina 131, 238, 240, 254  
Remarque, Erich Maria 49  
Renthe, Barbara von 145  
Rentmeister, Maria 71, 144  
Rhode-Jüchtern, Anna-Christine 252  
Rice 206  
Robespierre 30  
Rohner, Isabel 251  
Rolland, Romain 39  
Roßberg, Christirre 245, 246, 247, 254  
Rousseau, Jean-Jacques 21  
Russel, Bertrand 39  
Russell, Dora 39

**S**

Salzmann, Christian Gotthilf 31  
Sartre, Jean-Paul 130  
Schad, Martha 48,254  
Schäfer, Erna 144  
Scharnhorst, Erna 114  
Schenk, Christina 134, 135, 254  
Scheuch, Ursula 36  
Schiller, Friedeich 193  
Schirmer-Pröscher, Wilhelmine 56, 57, 68, 144, 145  
Schlesinger, Charlotte 27  
Schmidt, Elli 62, 63, 67, 144  
Schmidt-Kolmer, Eva 56, 57, 58  
Schmitt, Walfriede 210, 211, 212  
Schmitt, Walter 211  
Schober, Rita 180, 181  
Scholochow, Michail 151  
Scholz, Elfriede 49  
Scholz, Hannelore 189, 255  
Scholze, Siegfried 42, 255  
Schöpp-Schilling, Hanna Beate 161, 254  
Schottmüller, Oda 49  
Schröder, Gerhard 219  
Schröder, Siegfried 185  
Schröter, Ursula 216, 255  
Schumann, Horst 194  
Schumann, Klara 26

Schumann, Robert 26, 247

Schwarzer, Alice 130

Schweitzer, Albert 39

Segal, Lynne 168, 255

Seghers, Anna 56, 58, 59, 151

Semjonow, W. S. 148

Shahani, Letitia 158

Simon, Beate 100

Soden, Christine von 253, 254

Staehle, Hildegard 67

Stalin, Josef Wissarionowitsch 81, 118, 211

Statkowa, Susanne 186

Strittmatter, Erwin 110

Strittmatter, Eva 54, 110, 111, 112, 252

Szepansky, Gerda 10, 99, 134, 223, 224, 225, 236, 255

## **T**

Talleyrand-Perigord 30, 31

Thalheim, Barbara 10, 133, 235

Thälmann, Rosa 56

Thatcher, Margaret 136, 169, 207

Theissen, Horst 126

Thiele, Ilse 145, 146, 156

Tolstoi, Lew Nikolajewitsch 152

Töpfer, Johanna 156

Triems, Brigitte 243

Truman, Harry S. 81

## **U**

Ulbricht, Walter 195

## **V**

Vagts 247

van de Kamp, Marion 210, 211

Vogeler, Heinrich 39

## **W**

Weigel, Helene 56, 59

Weiterer, Maria 142

Wenzel, Siegfried 80, 255

Wiens, Paul 199

Wilde, Irene 182

Wirzberger, Karl-Heinz 95

Wohlgemuth, Toni 67

Wolf, Christa 194, 196, 198, 200, 201, 209

Wolf, Gerhard 194, 197

Wolf, Markus 211

Wollstonecraft, Mary 31, 32, 255

Wolzogen, Carotine von 193

Woolfolk Cross, Donna 28, 255

Wurms, Renate 42, 255

## **Z**

Zechlin, Ruth 26

Zelikow 206

Zetkin, Clara 31, 35, 36, 37, 38, 40, 43, 44, 53, 55, 65, 69, 71, 253

Zieritz, Grete von 2 7

Zinner, Hedda 56, 57

Zola, Emile 181

[262:]

## Über die Autorin

Prof. em. Dr. sc. phil. Helga E. Hörz, geb. Ivertowski ist 1935 in Danzig geboren. 1942-1953 erfolgte der Schulbesuch in Danzig und Nauen (Abitur). 1953-1957 Studium der Philosophie und Psychologie Humboldt-Universität Berlin (HUB) mit dem Abschluss als Diplom-Philosophin (Dipl.-phil.) 1957-1959 Jugendarbeit im Berliner Glühlampenwerk Narva und von 1959-1960 Wissenschaftliche Assistentin an der Hochschule für Ökonomie Berlin (HfÖ), dann Aspirantin an der HUB und nach der Promotion 1965 zum Dr. phil. in Philosophie und Ökonomie (HUB) mit einem Thema zur Gleichberechtigung der Frau wissenschaftliche Überassistentin an der HUB. 1965-1969 ehrenamtliche Vorsitzende der Frauenkommission der Gewerkschaft Wissenschaft an der HUB. 1969-1990 stellv. Ratsmitglied der Internationalen Demokratischen Frauenföderation (IDFF).

1969 Hochschuldozentin für Ethik an der HUB. 1972 Studienaufenthalt an der Moskauer Lomonossow-Universität. 1974 B-Promotion (Habilitation) zum Dr. sc. phil. (HUB). 1974 ord. Professorin und Lehrstuhlleiterin für Ethik an der HUB. 1975 Wahl durch ECOSOC als Experte in die UNO-Kommission „Zum Status der Frau“. 1975-1990 mehrmals Vizepräsidentin und Präsidentin von UNO-Gremien (z. B. 1. Vizepräsidentin der UNO-Weltfrauenkonferenz 1980 in Kopenhagen und 1990 Präsidentin der Tagung mit Charakter Weltkonferenz in Wien) 1990 Emeritierung, 1990-1993 Ethik-Veranstaltungen in der Begegnungsstätte Berlin-Mitte. 1997 Mitglied und ab 1998 Vorsitzende des Beirats der Bildungsakademie der Volkssolidarität, Landesverband Berlin (wöchentliche wissenschaftliche Veranstaltungen, Schriftstellerlesungen und Computerkurse)

Fachgebiete: Ethik, Philosophie und Psychologie, Humansexuologie, Gender Studies

Wichtige Bücher: Frau als Persönlichkeit (1968, 2. Aufl. 1971, Japanisch 1972); Blickpunkt Persönlichkeit (1977); Hochschullehrbuch Ethik, Leiterin des AK (1986, 2. Aufl. 1989); Lexikon der Human-[262:]sexuologie, Autorin und Mitherausgeberin (1990). Mehr als 100 wiss. Beiträge in Büchern, Lexika und Zeitschriften, darunter neuere Artikel: Ethik als Entscheidungshilfe und humanistische Herausforderung (1999); Frauenrechte sind Menschenrechte (1999); Zur Evolution von Geschlechterrollen (Frau Musica Heute, 2005), Patriarchalische Machtstrukturen (2006); Zur gesellschaftlichen Determination von Ethik und Interesse (2006), Soziale Werte und moralisches Handeln (2007)

Im trafo Literaturverlag erschien 2009 ihr Buch „Zwischen Uni und UNO. Erfahrungen einer Ethikerin“

Die bekannte Frauenrechtlerin und Professorin für Ethik Helga E. Hörz schildert den langen Weg zur Gleichberechtigung der Frauen. Sie nutzt ihre Erfahrungen, die sie in 15 Jahren ehrenamtlicher Tätigkeit in der UNO-Kommission „Zum Status der Frau“, in ihrer Tätigkeit als Hochschullehrerin und in verschiedenen Ämtern bei der Durchsetzung von Frauenrechten in der DDR und darüber hinaus gesammelt hat. Die Schilderung unterschiedlicher Schicksale belegen Erfolge und Misserfolge. 40 Jahre Existenz der DDR sind nur eine kurze Zeit, um jahrhundertalte Ungerechtigkeiten zu beseitigen, ein neues Lebensgefühl zu entwickeln, Männerherrschaft abzubauen und das Selbstwertgefühl der Frauen zu fördern. Im Buch geht es um die prägenden Traditionen der Frauenpolitik in der DDR. Ausgangspunkt ist die Stellung der Frau in der Gesellschaft als Kriterium des Fortschritts. Patriarchat oder Männerherrschaft wird charakterisiert, um zu verstehen, wogegen und wofür eigentlich zu kämpfen ist, wenn es um die Gleichberechtigung der Geschlechter geht. Der Internationale Frauentag in seiner Geschichte und aktuellen Bedeutung wird behandelt. Im Mittelpunkt steht die Frauenförderung in der DDR durch Forderungen in verschiedenen Etappen in ihren Ergebnissen, Problemen und Konflikten. Die Rolle einer einheitlichen Frauenorganisation in der DDR und internationale Aktivitäten der DDR beim Eintreten für Frauenrechte in der UNO sind Gegenstand des Buches. Beispiele aus Medien-Debatten belegen kulturell-philosophische Auseinandersetzung in der DDR um Frauenbilder. Das schließt Werke von Schriftstellerinnen der DDR ein, die sich mit den aktuellen Problemen auseinandersetzten. 1990 kam das Ende der DDR. Eine Phase des Aufbruchs endete mit der Abwicklung. Eine historische Chance bei der Wiedervereinigung, Positives aus beiden Staaten zu übernehmen, wurde vertan. Ablauf und Ergebnisse dieser Phase sind charakterisiert. Den Schluss bilden Überlegungen zur Frage, was denn von dem Wirken der Frauen in der DDR bleibt.

ISBN 978-3-89626-948-5